



AIB

2V 7426 E

3,50 DM

Juli-August

7-8/1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Volksoffensive in Nicaragua



Iran • Vietnam-China
BRD-Afrikapolitik
UNCTAD V

PATRIA LIBRE O MORIR

Inhalt:

AIB-Aktuell: Zimbabwe und Namibia	3
Nikaragua	
Ulrich Rupp: Die Volksoffensive	4 – 6
Kommuniqué zur FSLN-Vereinigung	6
Interview mit Giaconda Belli: Nikaraguas hohes Lied der Befreiung	7 – 8
Programmatische Grundlagen der Sandinistas	9 – 10
Verfassungsakte der Patriotischen Front	10 – 11
Guatemala	
Massenwiderstand gegen das Lucas-Regime	12 – 13
El Salvador	
Alfons I. Bresche/Jutta von Freyberg: „Nur eine Antwort – die Kugel“	14 – 15
Haiti	
Gerard Pierre-Charles: Duvalieristen nicht mehr unangefochten	16 – 18
Uruguay	
Willi Israel: Das Regime zeigt Schwäche	20 – 21
Deklaration der Frente Amplio: Einheit für den Sturz der Diktatur	21 – 22
Argentinien	
Erklärung argentinischer Parteien	23
Chile	
Iván Ljubetić: Der 1. Mai 1979 in Chile	24 – 25
Peru	
Jorge Fernández Maldonado: Frieden durch Befreiung	26 – 27
Vietnam – China	
Günther Ritter: Verhandlungen mit zweierlei Maß	28 – 30
3-Punkte-Vorschlag der SR Vietnam	28
8-Punkte-Vorschlag der VR China	29
Sri Lanka	
Interview mit Pieter Keunemann: Wiederkehr der Großbourgeoisien	31 – 32
Fritz Seiler: Jayawardenes: „Liberalisierung“	33
Iran	
Wolfgang Ritter: Das „revolutionäre Fieber“ hält an	34 – 37
Abolhassan Bani-Sadr: Grundsätze islamischer Wirtschaftspolitik	36
Eva Priester: Islam – zurück ins Mittelalter?	38 – 39
Israel – Palästina	
Münchener Palästina-Komitee: Selbstverwaltung à la Begin	40 – 41
UN-Resolution 446 vom 22. 3. 1979	41
Birgit Sommer: Israels Araber machen Front	42 – 43
Jemen	
Abdel Fattah Ismail: Im Meer der Revolution geboren	44 – 46
Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei	47 – 48
Äthiopien	
Gespräch mit Dawit Wolde Giorgis: Die Massen politisieren	49 – 50
Zimbabwe	
Jürgen Ostrowsky: Flüchtlingslager in Sambia	51 – 52
Südafrika	
Interview mit Eli Weinberg: Afrikanische Arbeiter für radikalen Wandel	53 – 56
BRD-Neokolonialismus	
Rainer Falk: Bonner Afrikapolitik der 70er Jahre	57 – 61
Alfred Babing: „Erweiterte Südflanke“ von NATO und BRD	62 – 66
Eberhard Czaya: EWG-Abkommen von Lomé: Die Fesseln blieben	67 – 69
Entwicklungsländer	
Michael Mohnke: V. UNCTAD – neue Sachlichkeit?	70 – 72
Stellungnahme von Otto Graf Lambsdorff	70
Stellungnahme von Horst Sölle	71
Rezensionen: Sandino – die „Waffe voller Hoffnung“	74
Kurzinformationen: Westsahara, Palästina, Ekuador, Mexiko – Kuba, Nichtpaktgebundene, Afghanistan	75
Kommentar: Retter der Türkei?	76



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672, Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola.
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co, Neuss
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.
Redaktionsschluss: 19. 6. 1979
Es arbeiteten mit: B. Brinkmann, H. Denk, G. A. Epke, G. Eckart, R. Hegewald, M. Hellmann, W. Israel, L. Letsche, C. López, H. Mayer, J. Ostrowsky, B. Pflug, G. und W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, B. Weng, K. Wetzel.
Anzeigen: Blätter für deutsche und internationale Politik, Röderberg Verlag, Das Argument, rote Blätter, frontal, skaal, Nikaragua-Büro

AIB-Aktuell: Zimbabwe und Namibia

Im Prozeß der Installierung schwarzer Marionettenregimes in Zimbabwe und Namibia ist ein Einschnitt erreicht. Mit der Wahl von Josiah Gumende zum „Präsidenten“ und von Abel Muzorewa zum „Premierminister“, mit der anschließend vorgenommenen Einsetzung eines „Kabinetts“ aus Männern von Muzorewas Unabhängigem Afrikanischen Nationalrat (UANC) und Vertretern der alten Smith-Administration wurde Ende Mai d. J. vollzogen, was nach der Wahlfarce vom April (siehe AIB 6/1979) zu erwarten war.

Auch in Namibia ist mit der Einsetzung einer „Nationalversammlung“ am 21. Mai aus korrupten Stammeshäuptlingen und Vertretern der weißen Minderheit um Dirk Mudge ein weiterer Schritt auf die Verwirklichung der geplanten internen „Lösung“ getan worden. Zielstrebig steuert der von Pretoria eingesetzte Generaladministrator Marthinus Steyn auf eine einseitige „Unabhängigkeitserklärung“ hin.

Die gleichlaufenden Entwicklungen in Namibia und Zimbabwe sind nicht sensationell; sie waren vor dem Hintergrund der südafrikanischen Pläne absehbar. Gleichwohl wäre nichts verkehrter als hieraus den Schluß zu ziehen, dies alles sei ein „läppi-sches Theater“, nichts weiter als ein makabres Schauspiel von Ewiggestrigen. Die Gefährlichkeit des Manövers mit den „internen Lösungen“ liegt darin, daß die rassistischen Regimes auf diese Weise vollendete Tatsachen schaffen in der Hoffnung, Anerkennung bei den Westmächten zu finden.

Tatsächlich — auch dies ein Beweis der Gefährlichkeit der aktuellen Entwicklungen im Südlichen Afrika — verstärken sich die Kräfte in den westlichen Hauptstädten, die auf eine völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden oder anvisierten Marionettenregierungen drängen. Der US-Senat verabschiedete bereits zweimal eine entsprechende Aufforderung an die Carter-Administration. Nach dem Wahlsieg der Konservativen Partei in Großbritannien verstärken sich auch hier die Anerkennungsbestrebungen. Im Rapport ihres Wahlbeobachters Lord Boyd z. B. werden die unter Terrorbedingungen abgehaltenen Wahlen als „den Umständen entsprechend durchaus fair“ bezeichnet — ein Hohn angesichts der kürzlich bekanntgewordenen Ermittlungen der Patriotischen Front, wonach die Rassistenarmee allein im Wahlmonat April 3647 Zivilisten ermordete. Auch in der Bundesrepublik fordern CDU/CSU — gestützt auf die gezinkten Berichte ihrer Beobachter Todenhöfer und Voss (beide Mitglieder des Bundestags) — massiv die Anerkennung des neuen Regimes in Salisbury und die unverzügliche Aufhebung der UN-Sanktionen.

UNO: Wahlen „null und nichtig“

Wenngleich die westlichen Regierungen die Marionettenregimes lieber heute als morgen anerkennen würden, müssen sie jedoch vorerst starke Gegenkräfte in ihr Kalkül mit einbeziehen. Nachdem bereits unmittelbar nach der Wahlfarce der UN-Sicherheitsrat das Manöver (bei Enthaltung der Westmächte) für „null und nichtig“ erklärt und die Fortführung der Sanktionen beschlossen hatte, appellierten Anfang Juni d. J. die Frontstaaten Angola, Moçambique, Botswana, Sambia und Tansania gemeinsam mit Nigeria an alle Länder, der Regierung Muzorewas keinesfalls auch nur „irgendeine Form der Anerkennung“ zu gewähren.

Die konsequent-positive Haltung Nigerias zum Befreiungskampf könnte in der gegenwärtigen Situation zur Achillesverse der USA werden: Als einer der wichtigsten Erdölexporteure in die USA erklärte seine Regierung, daß sie bereit zum Stopp des Ölhandels sei, falls die Carter-Administration Muzorewa anerkenne. Da ein Ausfall der etwa 15 % des Ölimports der Vereinigten Staaten, die auf Nigeria entfallen, bereits zum Energie-notstand in den USA führen kann, hält Carter (zumindest vor-



Neues Gespann in Zimbabwe: Muzorewa und Smith

läufig) noch — trotz des Drucks im Senat — an den Rhodesienaktionen fest.

Auch in der Namibiafrage steht der Westen vor einem ähnlichen Dilemma, das der Leitartikler der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Klaus Natorp, am 19. 4. 1979 so kennzeichnete: „Nur sollte niemand so naiv sein, anzunehmen, die SWAPO sei besiegt, wenn der Westen die ‚interne Lösung‘ anerkenne. Wahrscheinlich ginge der Kampf dann erst richtig los.“

Tatsächlich ist der Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen in Namibia und Zimbabwe der wichtigste Garant dafür, daß die imperialistischen Manöver letztlich zum Scheitern verurteilt sind. Auf Dauer werden selbst die Westmächte nicht darum herumkommen, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und die Patriotische Front als einzige legitime Vertretungen der Völker Namibias und Zimbabwes anzuerkennen. Von besonderer Bedeutung für den Fortgang des Kampfes auch nach der Inthronisierung des Muzorewa-Regimes ist in Zimbabwe die verstärkte Tendenz zur Vereinheitlichung der beiden Flügel der Patriotischen Front, ZAPU (Nkomo) und ZANU (Mugabe). Nachdem das Exekutivkomitee der Patriotischen Front Mitte Mai in Addis Abeba die Bildung eines Koordinierungs- und Verteidigungsrates, die Schaffung eines gemeinsamen militärischen Oberkommandos und die Ausarbeitung eines einheitlichen politischen und militärischen Programms beschlossen hatte, wurde Anfang Juni in Daressalam ein gemeinsames militärisches Operationskommando geschaffen. Damit sind wichtige Voraussetzungen vorhanden, die nach langen Auseinandersetzungen die Basis für die organisatorische Einheit und das Zusammenwirken im bewaffneten Befreiungskampf werden können.

Nikaragua

In den Ländern der mittelamerikanischen Landbrücke (Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua), in denen ca. 17 Mio Menschen (3/4 sind Indianer und Mestizen) leben, sind die prowestlichen Militärdiktaturen augenblicklich mit einer explosiven Situation konfrontiert: Generalstreiks, Massenproteste und Guerillaaktionen reißen insbesondere im Sturmzentrum Nicaragua, aber auch in Guatemala und El Salvador nicht ab, wie unsere nachstehenden Beiträge bezeugen.

In Nicaragua wurde mit der bewaffneten Volksoffensive und der Ausrufung einer breiten antidiktatorischen Gegenregierung Mitte Juni d. J. der Endkampf gegen das Somoza-Regime eingeleitet. In Lateinamerika zog die Diskreditierung des Völkermordregimes ernsthafte politisch-diplomatische Konsequenzen nach sich: Dem Beispiel des Abbruchs der Beziehungen seitens Mexiko und Kostarikas folgten im Juni d. J. Panama sowie mit einer Absichtserklärung auch die Mitglieder des Andenpaktes (Venezuela, Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien). Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) kannten sie als im Sinne des Völkerrechts kriegsführende Partei an. Dem von Somoza bedrohten Kostarika sicherten sie militärischen Beistand zu. Internationale Brigaden aus Panama, Kolumbien u. a. lateinamerikanischen Ländern griffen auf der Seite der Sandinistas in die Kämpfe ein. Kuba hat die Provisorische Regierung unverzüglich anerkannt und die USA nachdrücklich vor einer direkten Intervention gewarnt, die zwangsläufig in ein neues Vietnam münden werde.

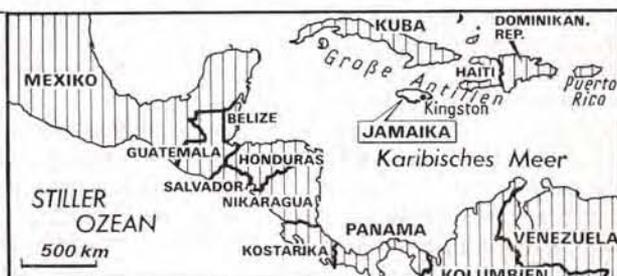
In der gegenwärtigen Situation sind es wiederum alleine die USA, die Somoza massive Rückendeckung geben. Im Februar d. J. hatte die Carter-Administration zwar offiziell die Einstellung der Militärhilfe für das Regime in Managua verkündet, aber über Dritte insgeheim weiter geliefert. Ein desertierter Bombenpilot der Nationalgarde enthüllte Mitte Juni, daß die US-Luftwaffe Napalm an Somoza liefere.

US-Außenminister Cyrus Vance: „Wir haben Präsident Somoza gesagt, daß wir eine politische Lösung brauchen, um das Problem zu lösen.“ Andernfalls werde sich „die Polarisierung fortsetzen, und die Chancen für eine radikale Lösung des Problems sind groß.“ (International Herald Tribune, Zürich, 15. 6. 1979)

Dem nikaraguanischen Volk aber hilft nur eine Radikalkur, der Sturz Somozas und die Beendigung der neokolonialen Abhängigkeit vom Yankee-Imperialismus. Den USA gilt es durch internationalen Druck gerade jetzt die Hände zu binden.

Ulrich Rupp

Die Volksoffensive



Mitte Juni 1979, auf dem Höhepunkt der Großoffensive der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), scheint der Sturz der Somoza-Diktatur unausweichlich. Beim Volk verhaßt, international diskreditiert, ist selbst Somozas Kontrolle über die 15 000 Mann starke Nationalgarde fragwürdig geworden.

Diese existenzielle Krise des Somoza-Regimes zeichnete sich bereits deutlich im Vorjahr ab. Sie resultierte aus dem außerordentlichen Erstarken der antiimperialistischen Volksbewegung und der tiefsten wirtschaftlich-sozialen Krise des Landes.

Nicaraguas Auslandsverschuldung hat fast die Höhe seines Bruttosozialproduktes von 1,4 Mrd Dollar erreicht. Folglich wird der Schuldendienst Nicaraguas von 7 % der Exporterlöse 1965 auf über 20 % im laufenden Jahr steigen.

Die soziale Lage der Mehrheit des nikaraguanischen Volkes hat sich im laufenden Jahr weiter verschlechtert (vgl. auch AIB 4/1978, S. 25). Rund 1/6 der Bevölkerung haust in Elendsquartieren. Die Arbeitslosenrate stieg seit Anfang 1978 von ca. 25 % auf 40 % an. Arbeitslosenunterstützung aber ist so gut wie nicht vorhanden. Die Inflationsrate von nun weit über 20 % zehrt ebenso am — ohnedies niedrigen — Realeinkommen der Werktätigen wie auch ein dramatischer Sozialabbau des Somoza-Regimes.¹

Die Haushaltsposten im Budget 1979 für Erziehung, öffentliche Dienste und Gesundheit wurden um 20 Mio DM gekürzt, wohingegen man den Militärhaushalt um 105 Mio DM aufstockte. Den Unternehmern, die sich den Aufstandsbewegungen des Jahres 1978 angeschlossen hatten, wurden Investitionsanreize, Steuervergünstigungen sowie Exporterleichterungen gestrichen. In der Folge schlossen mehrere Fabriken. Weitere 20 000 Arbeiter lagen auf der Straße.²

Die Politik des nationalen Ausverkaufs seitens des Somoza-Clans³ hat überdies im Zuge der 70er Jahre zu einer erhöhten Abhängigkeit von den USA geführt. Ein um 70 % niedrigeres

Lohnniveau, Steuerfreiheit für die US-Konzerne u. a. m. veranlaßten sie zu Kapitalinvestitionen von schätzungsweise 1 Mrd Dollar und brachten folgende Besitzverhältnisse in Nicaragua hervor: US-Firmen konnten 90 % des Holzeinschlages, der Bergbauproduktion und der Fischerei, 50 % des Binnenhandels sowie 1/3 der Konsumgüterproduktion an sich reißen. Der Konzern United Brands (früher United Fruit) kontrolliert fast ausnahmslos die Bananenproduktion. Jährlich übersteigen die unbesteuert transferierten Profite der US-Konzerne die 20-Mio-Dollar-Grenze.⁴

Somozas Halt: die USA

Die neokoloniale Abhängigkeit von den USA schlägt sich auch in der Außenhandelsstruktur Nicaraguas nieder: 35 % der Importe und 25 % der Exporte des Landes entfallen auf die USA. Doch die US-Überlebenshilfe für Somoza erklärt sich auch aus handfesten strategischen Interessen Washingtons in Mittelamerika.

Beschworen wird immer wieder der kubanische „Bazillus“, der mit dem Sieg der Aufständischen in Nicaragua auf dem Festland Wurzeln zu schlagen drohe. Angesichts dieser „Gefahr“ gibt es seit langem Planungen, daß die Nationalgarde Nicaraguas den Kern einer im Rahmen des Militärbündnisses CONDECA (gegründet 1965, Mitgliedsländer Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Honduras) operierenden Eingreifstreitmacht abgeben soll.

Um die Nationalgarde zur Erfüllung dieses Auftrages in die Lage zu versetzen, pumpten die USA in den letzten 15 Jahren 80 Mio Dollar an Militärhilfe nach Nicaragua.⁶

Den USA muß künftig umso mehr an der Unterstützung Somozas gelegen sein, als die Einigungsbewegung der Opposition in Nicaragua den Bestand des treuesten Vasallen-Regimes der

USA ernsthaft gefährdet. Höchstwahrscheinlich könnten sich im Falle des Sturzes Somozas die weitaus schwächeren Regimes in El Salvador und Guatemala, wo der Befreiungskampf ebenfalls beeindruckende Ausmaße angenommen hat, nicht mehr halten.

Seit Anfang 1978 hat der nikaraguanische Volkswiderstand eine besondere Breite und Schlagkraft erreicht. Aus dem Zusammenwirken von Guerillaaktionen und politischem Massenkampf schöpft er seine Stärke.

Die 1961 gegründete Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) entwickelte, gestützt auf Arbeiter und Bauern, den Guerillakampf. Beschränkte sie sich anfangs noch in ihren Aktionen auf den gebirgigen Norden, so ging sie ab 1977 zu Aktivitäten im ganzen Land über. In ihrem Regierungsprogramm von 1978 (Wortlaut in AIB 1/1979) votierte sie für eine vollständige Beseitigung der Somoza-Diktatur, für eine umfassende Nationalisierung der nationalen Reichtümer, für die Bildung einer Volksarmee und demokratische Freiheiten.

Eine gewichtige Rolle im antidiktatorischen Kampf spielte auch die 1974 gegründete Demokratische Front für Befreiung (UDEL), die sich aus sieben politischen Parteien, darunter der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI), der Sozialchristlichen Partei (PSL), der Sozialistischen Partei (PSN), der Konservativen Partei sowie den Gewerkschaftsverbänden CTN und GGT (I) zusammensetzte.

Die Ermordung ihres Führers Pedro Joaquin Chamorro am 10. 1. 1978 (siehe detailliert in AIB 4/1978, S. 23 ff.) durch Somoza-Schergen, brachte den Volkswiderstand erstmals zum Siedepunkt. Ein Generalstreik aus Protest gegen den feigen Mord lähmte 3/4 des Wirtschaftslebens. 80 % der Wahlberechtigten unterstrichen kurz darauf diese Haltung durch ihren Boykott der Kommunalwahlen vom 5. 2. 1978.

Unter dem Eindruck der Massenbewegungen und der verstärkten Repression Somozas zur Niederschlagung des Generalstreiks bildete sich im März 1978 die Breite Oppositionelle Front (FAO) zur Ablösung Somozas, die neben der UDEL auch Unternehmervverbände, die Demokratische Bewegung Nikaraguas sowie die als politischen Arm der FSLN fungierende Gruppe der 12 umfaßte.

Allerdings gaben die bürgerlichen Gruppen in diesem Bündnis von Anfang an den Ton an. Sie favorisierten die Errichtung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems, traten nicht für eine vollständige Nationalisierung der Reichtümer Somozas ein (sie wollten sie lieber unter ihre eigene Kontrolle bringen), und sie befürworteten auch nicht die völlige Auflösung der Nationalgarde. Da sie sich auch gegenüber der US-Nikaraguapolitik zunehmend kompromißbereiter zeigten, bildete sich im Juli 1978 innerhalb der FAO die Linksallianz Vereinigte Volksbewegung (MPU) als Gegengewicht (Gründungsmanifest und Programm in AIB 2/1979).

Die 22 MPU-Mitgliedsorganisationen, darunter die Kommunistische Partei (PCN), die Sozialistische Partei (PSN), Studenten-, Schüler-, Frauen- und Gewerkschaftsorganisationen, stellten die „Entwicklung der Aktionseinheit“ der Arbeiterklasse, Bauern und anderer sozialer Kräfte oben an. Als



Kampfziele formulierte die MPU die Mobilisierung des Volkes für den Sturz Somozas, die Anhebung des Organisationsgrades der Massen sowie die Förderung der Einheit unter den revolutionären Kräften. Ihre politischen Forderungen sind weitgehend identisch mit denen der Sandinistas.

Seinen bisherigen Höhepunkt erfuhr der Volkswiderstand im Septemberaufstand 1978. Mit der Eroberung des Nationalpalastes in Managua durch ein FSLN-Kommando konnte die Freilassung von 59 politischen Gefangenen erreicht werden.

Im Anschluß an die Aktion rief die FAO zum Generalstreik auf. Die FSLN setzte sich an die Spitze der sich spontan erhebbenden Bevölkerung und besetzte in einer Großoffensive fünf Städte. Die Nationalgarde schlug brutal zurück, hinterließ 5000 Tote, 7000 Verletzte und vertrieb 35 000 Menschen.

Als nach der Niederschlagung des Aufstandes Teile der Konservativen Partei und FAO-Vertreter über den „kontrollierten Wandel von der Diktatur zur relativen Demokratie“⁷ unter Beteiligung der USA verhandelten, kam es innerhalb der FAO zum Bruch. Nach dem Austritt der Gruppe der 12 und der Vereinigten Volksbewegung rief die FSLN dazu auf, daß nun alle wahrhaften Patrioten die FAO verlassen mußten, um sich am Kampf für die wirkliche Befreiung von der Somoza-Diktatur zu beteiligen.

Aus dem Septemberaufstand 1978 wurden entscheidende Lehren für die Zukunft gezogen. So schätzte die MPU in einem Dokument vom 6. 10. 1978 ein, daß verschiedene Faktoren zum erfolgreichen Abschluß des Aufstandes nicht gegeben gewesen wären: Trotz der spontanen Beteiligung der Bevölkerung sei diese nicht genügend in den Kampf einbezogen worden. Zum anderen habe es an einer Koordination zwischen den verschiedenen Fronten gefehlt und seien die bewaffneten Aktionen nicht nach einem einheitlichen Aufstandsplan verlaufen.⁸

Offensive zur Volkseinheit

Auf der Grundlage des Bemühens, diese fehlende Einheitlichkeit herzustellen und um dem Kompromißertum der FAO entgegenzuwirken, formierte sich im Februar 1979 die Nationale Patriotische Front (FPN). Dieser antisomozistisch-antiimperialistischen Einheitsfront gehören die MPU, die Gruppe der 12, die Sozialchristliche Partei, die Unabhängige Liberale Partei sowie Gewerkschaftsorganisationen an.

In ihrem Programm (siehe Wortlaut) erteilte die Front einem sog. „Somezismus ohne Somoza“, d. h. jeglicher Kollaboration mit dem Somoza-Regime, eine unmißverständliche Absage. Zu ihren Kernforderungen zählen:

- die Auflösung des von der Somozapartei beherrschten Nationalkongresses und seine Ersetzung durch eine demokratische Volksversammlung,
- die Bildung einer neuen Regierung,
- die Auflösung der Nationalgarde durch eine neue Armee,
- die völlige Enteignung des großbourgeois Somoza-Clans,
- die Durchführung einer Agrarreform.

Die FPN orientiert auf die Koordinierung aller Formen des Kampfes und auf die Organisation der Aktionseinheit gegen die Somoza-Diktatur. Kurz darauf vereinigten sich die drei Flügel der FSLN (siehe Vereinigungsdokument und Interview mit G. Belli) unter einem einheitlichen politischen und militärischen Oberkommando.

FSLN, MPU und FPN haben in jüngster Zeit überdies ein strategisches Offensivkonzept entwickelt, das mehr Gewicht auf die politische Massenmobilisierung legt.

So hat die FPN damit begonnen, ihre Organisation auf die Departements (Landkreise) auszuweiten. Auch dort wird wie auf nationaler Ebene die Struktur aus dem höchsten FPN-Organ der Patriotischen Versammlung, mit 12 Mitgliedern (sie werden von den Mitgliedsorganisationen ernannt) sowie einem Exekutivsekretariat mit 6 Mitgliedern bestehen. Auf der Basisebene ermöglicht die Einheit der FSLN die Organisation der Bevölkerung an ihren Arbeitsplätzen und in ihren Wohngebieten.

Kommuniqué zur FSLN-Vereinigung



Die Vereinigte Nationalleitung der Sandinistas (v. l. n. r.): Jaime Wheelock, Daniel Ortega, Thomas Borge, Henry Ruiz, Victor Tirado Lopez, Humberto Ortega

An: Die Arbeiter in Stadt und Land, Studenten, Intellektuellen, patriotischen Frauen, Künstler, öffentlichen und privaten Angestellten, Priester, Mönche, christlichen Gemeinden, demokratischen Händler und Industriellen, ehrlichen Soldaten, die der Nationalgarde angehören.

An alle Völker der Welt.

Brüder Nikaraguas: Mit revolutionärer Freude verkünden wir der Welt die unzerbrechliche Einheit der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN). Die FSLN ist der historisch-notwendige Ausdruck des langen und schwierigen Kampfes, der vom Volk Nikaraguas gegen die fremde Unterdrückung und die innere Tyrannei geführt wird.

Die FSLN ist Resultat des Kampfes gegen den spanischen Kolonialismus, des Krieges von 1856 gegen die nordamerikanischen Söldner, des mutigen Aufstands von Benjamin Zeledón im Jahre 1912, des historischen Moments, in dem sich Augusto Cesar Sandino im Jahre 1927 mutig der bewaffneten Intervention der nordamerikanischen Regierung entgegenstellte.

Die Tyrannei von Somoza, die mithilfe der nordamerikanischen Marine ins Leben gerufen wurde, hat mit noch nicht dagewesener Grausamkeit beinahe 50 Jahre lang das Volk von Nikaragua unterdrückt und ausgebeutet. Dieses Volk und die FSLN haben in einem schwierigen und blutigen Prozeß für Freiheit und nationale Unabhängigkeit gekämpft. Heute hat der Prozeß des revolutionären Kampfes eine qualitativ höhere Etappe erreicht.

Mit Unterstützung der reaktionärsten Kreise der Regierung der Vereinigten Staaten führen Somoza und die antinationalen, verräterischen Kreise unseres Volkes ihre aggressive und brutale Unterdrückung durch. Sie beabsichtigen, die FSLN militärisch niederzuschlagen und durch einen Staatsstreich — der mit der Zustimmung Somozas und der reaktionärsten Kreise des Landes organisiert wird — eine Lösung der gegenwärtigen Krise auf dem Rücken des Volkes durchzusetzen. Als das Volk noch unter großen Opfern kämpfte, als unser Gründer Carlos Fonseca Amador sowie Carlos Aguero, Pedro Arauz, Roberto Huembes, Camilo Ortega und Gaspar Garcia Laviana im Kampfe fielen, konnte Somoza noch lachen . . . Jedoch rechneten die antinationalen Sektoren und Somoza nicht mit der revolutionären Ausdauer der Sandinistas. Seit dem Septemberaufstand (im Jahr 1978; d. Red.) wurden die internen Differenzen, die ein Hindernis für den endgültigen Sieg darstellten, Schritt für Schritt überwunden.

Als Antwort auf die neuen Machenschaften Somozas, als Antwort auf die Unentschlossenheit einiger niederträchtiger und verräterischer oppositioneller Sektoren, die daran interessiert sind, die Spielregeln des Unterdrückungssystems aufrechtzuerhalten, gelingt der FSLN heute mit der Integration in einen einzigen Organismus und unter einer Führung und Strategie ein historischer Schritt von entscheidender Bedeutung.

Die Einheit der Sandinistas ist ein Schlag gegen die Tyrannei Somozas und zugleich der erste Schritt zum aufrechten Gang eines Volkes, das sich das Recht erkämpft hat, seine Zukunft selbst zu gestalten. Nein zum Staatsstreich! Ja zum sandinistischen Aufstand!

Die sandinistische Volksrevolution wird siegen!

Freies Vaterland oder Tod!

Vereinigte Nationalleitung der FSLN

Ein Ort in Nikaragua, 22. März 1979

(Quelle: Frente Sandinista de Liberacion Nacional, Comunicado, o. O., März 1979, leicht gekürzt)

Neben einer großen Anzahl von Arbeiterkomitees bestehen in den Fabriken schon eine Reihe von Komitees für zivile Verteidigung, die von der MPU initiiert wurden. In ihnen schließen sich die Bewohner eines Straßenblocks zusammen, die außerhalb der militärischen Organisation der FSLN ihre Aktionen durch die Lagerung von Lebensmitteln, Wasservorräten, Barrikadenbau usw. unterstützen sollen. Diese Komitees sind auf Stadtteilebene zusammengefaßt.

Nachdem die Gespräche zwischen der FAO und den USA einerseits, Somoza andererseits, über einen eventuellen Rücktritt Somozas in einem zweiten Anlauf gescheitert waren, zeichneten sich Annäherungstendenzen zwischen der FAO und der FPN ab. Teile der FAO, vertreten durch den Industriellen Alfonso Robelo, deuteten die Möglichkeit ihrer Unterstützung eines neuerlichen Generalstreiks an. Sie ist wichtig, da die FAO im privaten Sektor der Wirtschaft über erheblichen Einfluß verfügt. Zum anderen muß die FAO an einer Zusammenarbeit mit der FPN deshalb interessiert sein, da sie bei weitem nicht über die Massenkontakte bzw. Verankerung unter den Werktätigen wie die FPN verfügt.⁹

Bis zum 15. 6. 1979 konnte die FSLN, unterstützt von Volksmilitäzen, 27 Städte und Ortschaften besetzen, darunter die zweitgrößte Stadt Leon, wo nach zweiwöchiger Belagerung die Garnison der Nationalgarde fiel, bis hin zu großen Teilen der Hauptstadt Managua. Der am 4. Juni ausgerufene Generalstreik wird zu 80 % befolgt, hat das ganze Land erfaßt und in den großen Städten das Wirtschaftsleben zum Erliegen gebracht.

Die Nationalgarde wurde allein der Lage nicht mehr Herr. In aller Eile dienstverpflichtete Somoza seine Regierungsangestellten, die in speziellen Trainingslagern von Söldnern aus den USA, Israel, Honduras und Guatemala ausgebildet werden. Mit der Verordnung des Belagerungszustandes, des Kriegs- und Standrechts gab Somoza Feuer frei auf alles was sich bewegte. Nach Angaben des Roten Kreuzes waren bis Mitte Juni mindestens 1500 Tote und 45000 Verwundete zu beklagen, über 30000 Menschen drängten sich in den Flüchtlingslagern.

In den befreiten Gebieten wurde am 17. 6. 1979 die Bildung einer Provisorischen Regierung bekanntgegeben, die ihren Sitz in Rivas haben soll. Ihre fünf Mitglieder repräsentieren das gesamte Spektrum der antidiktatorischen Opposition: Sergio Ramirez Mercado von der Gruppe der 12, Violeta Barrios de Chamorro, Witwe des ermordeten Oppositionspolitikers Chamorro, Alfonso Robelo Callejas von der FAO, der Universitätsprofessor Moises Hassan von der MPU sowie Daniel Ortega Saavedra von der nationalen Leitung der FSLN.

Die Provisorische Regierung nahm die Ausarbeitung eines alternativen Regierungsprogramms in Angriff, das u. a. die Verstaatlichung der Reichtümer Somozas, die Auflösung der Nationalgarde sowie die Durchführung einer Agrarreform beinhalten soll.¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Latin America Economic Report (LAER), London, 4. 5. 1979; Handelsblatt, 24. 8. 1978
- 2) Frankfurter Rundschau, 9. 4. 1979; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 18. 2. 1979
- 3) Der Somoza-Clan selbst besitzt allein 117 nationale Industriefirmen, kontrolliert 30 % des bebauten Grund und Bodens, fast das gesamte Verkehrswesen, die Infrastruktur sowie 50 % des Außenhandels.
- 4) D. Nohlen/F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3, Hamburg 1976, S. 344—353; Die Zeit, 2. 3. 1979; Horizont, Berlin, Nr. 34/1976
- 5) International Herald Tribune, Paris, 12./13. 5. 1979; LAER, 4. 5. 1979; Prensa Latina, Havanna, 25. 4. 1979
- 6) Der Spiegel, Nr. 39/1978
- 7) Süddeutsche Zeitung (SZ), 3. 10. 1978
- 8) Vgl. Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 3/1979, S. 401
- 9) Latin America Political Report (LAPR), London, 4. 5. 1979
- 10) LAER, 8. 6. 1979; LAPR, 8.6. 1979; International Herald Tribune, Zürich, 18. 6. 1979; L' Humanite, Paris, 18. 6. 1979

Interview mit Giaconda Belli

Nikaraguas hohes Lied der Befreiung



Giaconda Belli, Dichterin und Kämpferin der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN), gewährte dieses Gespräch dem Herausgeber der Zeitschrift Claridad, Carlos Rivera Lugo. G. Belli ist Mitglied der Sandinistas seit 1970 und heute Repräsentantin der Außenpolitischen Kommission der FSLN.

(. . .) FRAGE: Man hat gesagt, daß die Aktion der Sandinistischen Front 1974 eine neue Etappe des Kampfes in Nicaragua eröffnet hat. Könntest Du uns eine Einschätzung dieser Aktion geben, des Erfolges und der Bedeutung, die sie hatte?

G. BELLI: Dazu müssen wir ein bißchen weiter in die Geschichte der Front zurückgreifen, genauer, bis unmittelbar nach dem bewaffneten Anschlag von Baltasar 1967, was zwar militärisch eine Niederlage, politisch jedoch ein Triumph über die Wahlfarce war, die zu jener Zeit (vom Somoza-Regime; d. Red.) arrangiert wurde.

Die Sandinistische Front, die sich für die Massenarbeit mit der Sozialistischen Partei verbündet hatte, brach mit dieser Partei, die an den Wahlen im Rahmen der UNO-Koalition teilnehmen wollte, welches eine Koalition oppositioneller Kräfte war, die sich zu jener Zeit gebildet hatte. Die FSLN entschied, daß es zu diesem Zeitpunkt notwendig sei, den bewaffneten Kampf als einzige mögliche Alternative anzusehen, die Nicaragua für seine nationale Befreiung gegeben ist.

Alternative bewaffneter Kampf

Die Tatsache, daß die Wahlen scheiterten, daß sie ein Betrug waren, brachte der Sandinistischen Front trotz der militärischen Niederlage, die sie erlitt, großes politisches Ansehen. Diese militärische Niederlage zog für die FSLN eine Neuorientierung ihrer politischen Linie nach sich, ihrer Massenlinie, ihrer Strategie, und dieser neuen Bewertung ihrer Aktivitäten entsprang die Konzeption vom langandauernden Volkskrieg. Ihr zufolge sollte ein Prozeß der Sammlung der Kräfte stattfinden, der engen Verbindung mit den Massen auf dem Land wie in der Stadt, um zu höheren Etappen im Kampf voranschreiten zu können. Dazu mußten wir unsere geheime Infrastruktur entfalten.

Somit traten wir 1967 mit der Planung all dessen in eine neue Etappe der Sammlung der Kräfte ein. Diese Etappe wird 1974 unterbrochen mit der Aktion des 26. Dezember (FSLN-Besetzung der Residenz des Exministers von Somoza, José Maria Castillo Quant, während einer ranghohen Festivität, womit 14 politische Gefangene freigekämpft wurden; d. Red.)

Zu diesem Zeitpunkt betrachtete es die Organisation einerseits für notwendig, an das Licht der Öffentlichkeit zu treten, denn Somoza verkündete, wir seien zerschlagen, die Sandinistas gäbe es nicht mehr. Andererseits war eine Aktion notwendig, die den Protest gegen die Massaker an den Bauern zum Ausdruck brachte. Sie hatte die Diktatur verübt wegen der Guerillatätigkeit der Kräfte, die sich in den Bergen zu organisieren begonnen hatten, eine Aktion, die diese zugleich entlastete. Damit sollte auch eine neue, offensivere Etappe im Kampf gegen Somoza und den Imperialismus erreicht werden.

Allerdings, was diese Aktion markieren sollte, gelang nicht. Denn was diese Aktion erreichen sollte, war der Aufschwung der Offensive der Front (mit Front ist die FSLN gemeint; d.

Red.) gegen die Diktatur. Dank dieser Aktion erhielt die Front aber immerhin eine große Menge an Waffen und verbreiterte ihre soziale Basis.

Eben diese Verbreiterung der sozialen Basis war aber auch der Ursprung der Spaltung und dieser Prozeß der Spaltung verhinderte, daß die Pläne bis zum Schluß durchgeführt werden konnten, welche mit dem 26. Dezember 1974 in Angriff genommen worden waren.

FRAGE: Seit damals also existierten Fraktionen innerhalb der Front?

G. BELLI: Damals begann der Prozeß und es wurden eine Reihe von Fragen diskutiert hinsichtlich der Strategie und Taktik, eine Reihe von Vorhaben, die verschiedene Genossen hatten. 1975 zeichnete sich tatsächlich eine Spaltung der Front ab; auf der einen Seite entstand die ursprüngliche Richtung des langandauernden Volkskriegs (GPP), auf der anderen Seite die proletarische Richtung. Die dritte Richtung (der sog. Terceristas; d. Red.) entstand später.

FRAGE: Könntest du uns über diese Debatte berichten?

G. BELLI: Dies ist nicht bloß eine Diskussion über den Zeitpunkt, sondern eine Diskussion, der unterschiedliche politische Auffassungen zugrunde liegen. Wir unsererseits meinen, daß der Prozeß langfristig bestimmt sein muß von der Entsprechung der Kräfte im Innern, von der politischen Entwicklung der Massen, von der Entfaltung ihres Bewußtseins, von der Entwicklung unserer eigenen Kräfte angesichts der Kräfte des Feindes.

Im Krieg gibt es bestimmte Phasen, die man nicht überspringen kann. Das hat sich in der Praxis gezeigt. Die Tatsache, daß man eine große Menge modernen Kriegsmaterials beschlagnahmen konnte, bedeutet nicht notwendigerweise, daß wir einen qualitativen Sprung in der Entwicklung des Krieges vollzogen haben, weil dieses moderne Kriegsmaterial einer bestimmten Phase des Krieges entsprechen muß.

Bezüglich der These vom Aufstand glauben wir, daß sie zutreffend ist. Wir sind nicht gegen den Aufstand, allerdings meinen wir, daß ein Aufstand erst reif ist, wenn bestimmte Minimalbedingungen im organisatorischen wie im militärischen Bereich erfüllt sind. Zum Beispiel erachten wir es für den Erfolg eines Aufstandes als erforderlich, zunächst den Feind zu zermürben, den Feind zerstreut zu haben, fähig zu sein, seine Kräfte aufzusplitteln, den Krieg an verschiedenen Fronten zur gleichen Zeit zu führen und diesen Krieg an der Guerillafront in einen Aufstand der Städte, besser gesagt, einen Prozeß rings um die Städte ausgehend von den Gebieten, in denen die Entwicklung des Krieges günstiger für uns ist auch vom Standpunkt des Kräfteverhältnisses, zu verwandeln. Wir haben also eine bestimmte militärische Stärke, aber es ist keine militärische Macht, mit der wir uns in einem Stellungskrieg mit dem Heer Somozas messen könnten. (. . .)

Jetzt sprechen wir bereits davon, daß sich uns massiv Leute anschließen, daß das Bewußtsein der Menge in kurzer Zeit mehr vorangekommen ist als in den vielen Jahren zuvor, daß die eigentliche Entwicklung der Guerilla in letzter Zeit auf günstigere Bedingungen getroffen ist eben durch die Unterstützung der Bevölkerung. Wenn wir daher von „langandauernd“ reden, meinen wir, daß man sich die Zeit lassen muß, die nötig ist; wir können nicht bestimmte Erfordernisse vernachlässigen, um zu

einer gegebenen Situation zu kommen.

Genau dies war der Fall bei den Ereignissen im September 1978. Wir haben der Situation Gewalt angetan, man unterschätzte den Feind und überschätzte die eigene Kraft. (. . .)

Die Septemberereignisse sind insofern positiv zu sehen, als sie den Teilen der Sandinistischen Front, die noch nicht von der Notwendigkeit überzeugt waren, sich allen Problemen der Entfaltung des Krieges zu stellen, gezeigt haben, daß es nötig war, dies im Hinblick auf die Erhebung erneut zu reflektieren und es in der Dimension zu sehen, in der es gesehen werden muß. In diesem Sinne können wir sagen, daß inzwischen ein bestimmter Grad der Koordination in Bezug auf die militärische Planung zwischen den drei Richtungen erreicht ist.

FRAGE: Welches ist der Unterschied zwischen den „Proletariern“, den Genossen der dritten Richtung, den Terceristas, und Euch?

G. BELLI: Durch die Entwicklung des Kampfes selbst sind die „Proletarier“ und wir gegenwärtig einig im Hinblick auf die politischen und militärischen Pläne. Was uns anfangs unterschied, war, daß die „Proletarier“ davon ausgingen, daß primär in Nicaragua die Schaffung einer Partei der Arbeiterklasse anstand.

Die 3 Richtungen der Sandinistas

Folglich widmeten sie sich der Schaffung dieser Partei, verstärkten die organisatorischen Strukturen und entwickelten eine politische Arbeit in den Städten, die positiv unter den Massen von Nicaragua gewirkt hat. Sie hatten im Sinn, daß man wegen der Konzentration der Bevölkerung Nicaraguas in der Region am Pazifik dort arbeiten müsse mit dem Ziel, die Partei aufzubauen, und von dort zur Aktion übergehen müsse. Sie verfochten auch die These vom Aufstand, die eigentlich von ihnen stammt. Sie gingen davon aus, daß der Aufbau der Partei sowie der Kampf in den Städten stattfinden müsse, weil sich dort die Bevölkerung konzentriert.

In diesem Sinne sind wir der „Bergkrankheit“ angeklagt worden, nämlich nur von den Bergen und den Bauern zu reden. Es ist richtig, daß wir zu einer bestimmten Zeit vor einigen Jahren die Bauernfrage sehr betont haben. Aber man muß auch sehen, daß es in Nicaragua etwa 700 000 ökonomisch aktive Personen gibt, davon 60 % Bauern. Wir haben allerdings schnell durch die Praxis gelernt, daß das Proletariat berufen ist, Avantgarde zu sein. Nicht nur, weil es so in den Büchern steht, sondern weil die Genossen Arbeiter die Vorhut bei der Entfaltung der Guerilla waren. So sind wir zu dem Schluß gekommen, daß der Motor, der die Revolution in Nicaragua vorantreiben muß, das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist.

Die Guerilla in den Bergen versteht sich als Einheit, die politische Arbeit in der Bevölkerung leistet, die sich auf die Bevölkerung stützt, die Nachschubbasen anlegt und die nach und nach eine Armee aufstellt. Für die Einheiten in der Stadt kann man nicht das gleiche konzipieren.

Was wir derzeit für notwendig erachten, ist eine Zusammenfassung des Krieges in allen seinen Aspekten. Wir treiben den Aufbau von Einheiten in der Stadt voran. Wir treiben die Organisation in den Stadtteilen Block für Block voran. Die Blöcke sollen ihre eigenen Brigaden haben, und ihre Volksbrigaden der Selbstverteidigung, Komitees der Aktion des Volkes.

FRAGE: Und wie war die Reaktion des Volkes?

G. BELLI: Sie war hervorragend. Die Aktionen, die in den letzten Monaten seit dem September in den Städten gelaufen sind, haben mit der breiten Teilnahme von Genossen stattgefunden, die sich ganz frisch der Organisation angeschlossen haben, die in kleinen Operationen der Nadelstiche und Waffenbeschaffung, zur Beschaffung von Geld und bei der Begleichung von „Rechnungen“, wie immer man das nennt, mitgemacht haben. Breite Kreise der Bevölkerung haben sich angeschlossen.

FRAGE: Das ist wichtig, denn aufgrund der Offensive vom September sowie der Verbreitung einer Reihe von Erklärungen

von führenden Köpfen der Terceristas, daß die Gegenoffensive bevorstünde, verharnte Lateinamerika in einem Zustand der Erwartung mit der Frage, was weiter geschehen würde. Dann kam das Vermittlungsmanöver der USA und es bestand Besorgnis darüber, was geschehen würde angesichts des Bemühens der Vereinigten Staaten, einen politischen Ausweg aus der Krise zu finden. Wie stellt sich nun in dieser Hinsicht die aktuelle Situation im Lande dar und welches sind die Perspektiven?

G. BELLI: Unsere Perspektiven bestehen darin, zur kurzfristigen Aktion überzugehen, wobei wir die Aktion als Offensive betrachten, als landesweite Entfesselung der Guerilla unter Akzentuierung des militärischen Aspektes in den ländlichen und gebirgigen Zonen sowie zugleich verbunden mit einer Offensive der politischen Organisation im städtischen Bereich. Die Perspektiven sind, überzugehen zu besser koordinierten und organisierten Operationen der Kräfte, die sich in den Städten sammeln und vorbereiten, um erneut eine Situation der Erhebung herbeizuführen. Dies allerdings mit anderem Konzept, dem Plan nämlich, daß es ein Prozeß wird währenddessen sich ein immer höherer Grad an Übereinstimmung der Kräfte entfaltet, so daß es zum Aufstand und zur Niederringung der Diktatur kommt.

Im Hinblick auf die Manöver der USA kann man sagen, daß die Vermittlung, die sie nach dem Septemberaufstand versucht haben, für sie nicht das erhoffte Resultat zeitigte. Einerseits klammerte sich Somoza mit einer Kraft an die Macht, die nicht einmal die Vereinigten Staaten erwartet hatten. Außerdem bestehen im Inneren der nordamerikanischen Führung die gleichen Widersprüche, wo es nämlich Sektoren gibt, die Somoza unterstützen.

Die Persönlichkeit Somozas ist ein weiterer Faktor. Er ist ein befehlsgewohnter Mensch, der sich stark fühlt, der eine riesige wirtschaftliche Macht besitzt und zudem weiß, daß die USA, um ihn kaltzustellen, eine lokale Figur brauchen, die ihre Interessen verteidigt, daß diese Alternative zur Zeit jedoch nicht existiert. Die einzige Alternative, die es gibt, ist eine Alternative des Volkes, der revolutionären Bewegung und selbstverständlich wollen sie genau das nicht.

Insofern war die Vermittlung erfolglos, die vorgab, Somoza zu liquidieren und ein Somoza-Regime ohne Somoza zu hinterlassen und auf der anderen Seite die bürgerliche Opposition zu stärken, die sich in der Breiten Oppositionellen Front (FAO) organisiert hat. Ja, gerade die Teilnahme der FAO an der Vermittlung, die als ein interventionistisches Manöver betrachtet und angezeigt wurde, hinterließ sie angeschlagen und trug zu ihrer Desintegration bei. Die repräsentativsten Organisationen schieden aus. Wir glauben, daß jeder, der wirklich an der politischen Entwicklung in Nicaragua im Rahmen einer Front teilnehmen will, sich der Nationalen Patriotischen Front (FPN) anschließen muß, denn die FAO hat an Bedeutung verloren, allein schon durch die Tatsache, daß sie an der Vermittlung teilgenommen hat und dabei sehr zweideutige und versöhnlerische Haltungen bewiesen hat, wobei sie vor den Pressionen Somozas zurückgewichen ist. Das Volk erlebte ganz eindeutig, daß dort keine konsequente Position mit Standvermögen eingenommen wurde. So hat die FAO an Prestige eingebüßt.

Ausgehend von der Initiative der Vereinigten Volksbewegung (MPU) — einer Koalition von Volkskräften, welche die repräsentativsten Organisationen aus dem politischen und gewerkschaftlichen Bereich, von Studenten, der Frauenbewegung und Bürgerrechtsbewegung umfaßt — wurde zur Bildung der FPN aufgerufen. Diese Front ist auf einer nationalen, antiimperialistischen und antisomozistischen Grundlage konzipiert worden sowie auf der Übereinkunft, an keinen Manövern wie Vermittlungsversuchen teilzunehmen. Die Tatsache, daß die MPU die Hauptkraft innerhalb der FPN darstellt, ist Garantie dafür, daß es die Interessen des Volkes sind, die wirklich zählen in Aktionen und politischen Entscheidungen, welche die Front trifft. Die Sandinisten unterstützen die FPN. (. . .)

(Quelle: En Rojo, o. O. (Mittelamerika), 9.—15. 2. 1979, S. 2—5)



Programmatische Grundlagen der Sandinistas

1. 18 Jahre harter Kämpfe gegen die Somoza-Diktatur, die die Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung (FSLN) führte, in deren Reihen die besten Söhne Nikaraguas sich mit grenzenlosem Heldentum der Befreiung und der nationalen Erlösung — für die Sandino (Augusto César Sandino, geb. 1895, führte 1927—33 die erste Guerillaarmee des Kontinents im Kampf gegen die US-Invasoren an und wurde 1934 von Somoza-Schergen ermordet; d. Red.) kämpfte — hingaben, haben die Sandinistische Front zur unbestrittenen Avantgarde des Volkes von Nicaragua gemacht.

Die tiefe politische Krise, in der sich die Diktatur befindet, wurde in erster Linie durch den von der Sandinistischen Front angeführten, ausgeweiteten bewaffneten Kampf verursacht. Der erste bewaffnete Widerstand in den Bergen, von Bocay und Pancasán, Zinica bis Cusawás, bereitete die Krise des Somoza-Regimes vor, das trotz der Eskalierung der mörderischen Repression unfähig war, den Vormarsch des Sandinismus aufzuhalten. Ab 1977 wird der Kampf gegen die Diktatur durch eine neue politische und militärische Qualität gefestigt: Die wagemutige und offensive Aktion in den Städten verbindet sich mit der organisierten Bewegung der Massen und öffnet so den Weg zur Entfesselung von Teilaufständen, landesweiten Streiks, leidenschaftlicher Volksagitation, einer kolossalen Volkserhebung im September 1978, und, als Synthese dessen, zur kämpferischen Einheit aller Nicaraguaner gegen das Unterdrückerregime.

45 Jahre brutaler Unterdrückung charakterisieren die lange Tyrannei der Somozas, eine Diktatur, die kraft der Waffen und des Terrors regiert und die dem ausschließlichen Interesse einer Familie und ihrer Anhänger dient, während die große Mehrheit der Bürger unter zunehmender Armut, Analphabetentum und unwürdigen Lebens- und Gesundheitsbedingungen leidet. Die politische Korruption, die moralische Zersetzung und die Brutalität des Regimes haben die zivilen Institutionen, die nationale Wirtschaft und die grundlegendsten Menschenrechte herunter-

gewirtschaftet und das Land in einen Zustand unerhörter politischer, wirtschaftlicher und moralischer Zersetzung gestürzt.

Aber das nikaraguanische Volk resigniert nicht; mit wachsender Kraft und heldenhafter Bereitschaft äußert es seinen Willen, um Freiheit und Demokratie zu kämpfen, die es braucht, um voranzukommen und das Vaterland zu erlösen. Die Berge und das Flachland, die Siedlungen und die Schulzentren, die Werkstätten und die Fabriken, die Indianergemeinden, sind zu Schützengräben der Freiheit geworden, während das nikaraguanische Volk mit beispielhafter politischer und staatsbürgerlicher Reife bereits das große demokratische Bündnis begründet hat: die Nationale Patriotische Front (siehe Wortlaut ihrer Plattform in diesem Heft; d. Red.), seine legitime Alternative gegen das schändliche Regime der Somozas.

Der heldenhafte Kampf unseres ganzen Volkes, seine wachsende Einheit und die Notwendigkeit, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften gegen die Tyrannei zu kämpfen, haben die große und historische Einheit der Sandinistas vorangetrieben. Die FSLN ist heute nur eine Kraft, die sich vereinigt hat, um alle Kreise zu vereinigen, die in konsequenter Weise gegen die Diktatur und für die Demokratisierung und den Wiederaufbau Nikaraguas kämpfen. Die Einheit des Sandinismus ist die festeste und solideste Garantie, um die dringenden Aufgaben der bedrohten Nation in Angriff zu nehmen: Sturz der Somoza-Diktatur, die ein Hindernis für den Frieden und Ursache für Konflikte und Unsicherheit in der Region ist, und Wiederaufbau des Landes, um den sozialen Fortschritt und die historische Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu festigen.

2. Demzufolge, angesichts der historischen Verpflichtung, Nicaragua vor der Vernichtung und Zerstörung, denen sie der hartnäckige Diktator unterwirft, zu retten, rufen wir zur nationalen Einheit auf, auf der Grundlage unserer demokratischen Ziele, deren dringende programmatischen Punkte folgende sind:

● Provisorische Regierung der Nationalen Einheit

Die Sandinistische Front zur Nationalen Befreiung (FSLN) wird sich nach dem Sturz der Somoza-Tyrannie für eine Provisorische Regierung der Nationalen Einheit einsetzen, an der alle politischen und sozialen Kräfte unseres Landes, die in konsequenter Weise eine Haltung unnachgiebigen Kampfes gegen die Diktatur einnehmen, real und effektiv beteiligt sind.

● Programm zum Nationalen Wiederaufbau

Zentrale Aufgabe der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit wird es sein, ein Programm zum Nationalen Wiederaufbau durchzuführen, das ermöglicht, Nicaragua vor der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Katastrophe zu retten, in die die Diktatur unser Vaterland stürzte. Dieses Programm wird eine feste Grundlage abgeben, um unser Land aus Rückständigkeit und wirtschaftlicher Misere zu führen, und es wird gleichzeitig die volle und effektive Ausübung eines Systems breiter demokratischer Freiheiten erlaubt.

● Nationale Streitkräfte

Es müssen neue, wirklich demokratische und nationale Streitkräfte organisiert werden, deren wichtigste Prinzipien die Verteidigung des demokratischen Prozesses und der nationalen Souveränität sein werden. In diesen neuen Nationalen Streitkräften werden die Militärs, die sich der Korruption und der Verbrechen gegen das Volk schuldig machten, keinen Platz haben. Dagegen werden sich alle jene Militärs und Soldaten an den Streitkräften beteiligen können, die eine aktive Haltung gegen die Verbrechen und Vergehen des Somozismus einnehmen. Die neuen Nationalen Streitkräfte werden sich direkt an den Aufgaben des Wiederaufbaus des Landes beteiligen.

● Nichtpaktgebundene Außenpolitik

Eine unabhängige und nichtpaktgebundene Außenpolitik, die unser Land mit allen Nationen Verbindungen aufnehmen läßt,

die die Selbstbestimmung achten und gleichberechtigte, gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen anstreben; Ausbau der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und freundschaftlichen Beziehungen mit den Ländern der mittelamerikanischen und karibischen Staatengemeinschaft, um die demokratischen Strömungen, die sich für die nationale Souveränität aussprechen, zu festigen.

● Fonds zum nationalen Wiederaufbau

Gründung eines Fonds zum nationalen Wiederaufbau auf der Grundlage der Enteignung aller Güter, die von der Familie Somoza usurpiert wurden und die gemäß dem Wiederaufbauplan in erster Linie eingesetzt werden sollen, um die Rückständigkeit, das Elend und die Arbeitslosigkeit, unter denen die große Mehrheit leidet, zu beheben. Der Wiederaufbaufonds wird auch die dringendsten Bedürfnisse aller Familien, die vom Krieg betroffen wurden, der Geschädigten, der Flüchtlinge und der Emigranten ohne jegliche Diskriminierung decken.

Für die nationale Einheit gegen die Diktatur!

Es lebe die Einheit des Sandinismus!

Putsch nein, sandinistischer Aufstand ja!

Freies Vaterland oder Tod!

Gemeinsame Nationale Leitung der

Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung

Daniel Ortega S. Henry Ruiz H. Jaime Wheelock R.

Humberto Ortega S. Tomas Borge M. Luis Carrion C.

Victor Tirado Lopez Bayardo Arce C. Carlos Nuñez

Ein Ort in Nicaragua, April 1979

(Quelle: BASES PROGRAMMATICAS DEL FRENTE SANDINISTA DEL LIBERACION NACIONAL PARA LA DEMOCRACIA Y LA RECONSTRUCTION DE NICARAGUA, o. O., Mai 1979)

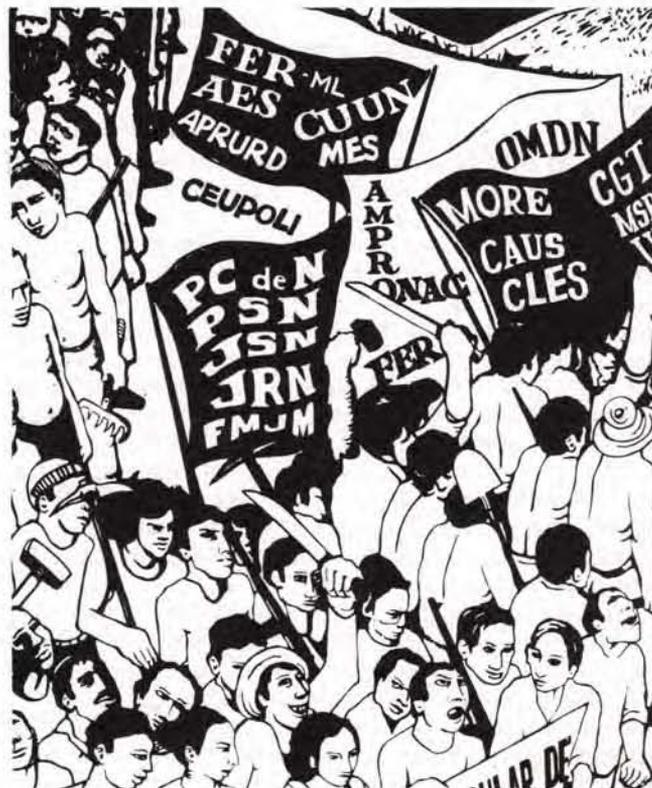
Verfassungsakte der Patriotischen Front

Durch die Erfolge, die unser heroisches Volk im Kampf um die Freiheit erzielt hat, sind wir jetzt an einem Punkt angekommen, den man als entscheidendes Stadium zum Sturz von Somozas Diktatur ansehen kann. Mehr denn je verlangt diese Situation jetzt die größtmögliche Gemeinsamkeit zwischen den demokratischen und patriotischen Kräften Nicaraguas und außerdem vermehrte Solidarität der Völker der Erde mit dem Kampf des nikaraguanischen Volkes für seine Freiheit.

Die Unterzeichneten schließen sich der Verfassungsakte als offizielle Repräsentanten ihrer jeweiligen Organisationen, der Vereinigten Volksbewegung (MPU) mit ihren 20 Organisationen, der Gruppe der Zwölf, der Nikaraguanischen Gewerkschaftszentrale (CTN), der Unabhängigen liberalen Partei (PLI), der Sozial-Christlichen Volkspartei (POSC), der Gewerkschaft der Rundfunkjournalisten Managuas (SRPM), der Arbeiterfront (FO) und der Nikaraguanischen Konservativen Partei an, welche sich entschlossen haben, sich in einer Nationalen Patriotischen Front zu vereinigen, um gemeinsam für den Sturz von Somozas Diktatur zu kämpfen und um auf politischem, ökonomischem und sozialem Gebiet folgende fundamentalen Prinzipien zu verwirklichen:

1. nationale Souveränität
2. effektive Demokratie
3. Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt.

Im Zusammenhang mit der momentanen Realität führen diese drei Prinzipien notwendigerweise zum folgenden Aktionsprogramm, welches alle Organisationen, die in der Patriotischen Front vereinigt sind, akzeptieren und respektieren wollen.



Programmatische Prinzipien

A. Nationale Souveränität

1. Forderung und Verteidigung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstbestimmung des nikaraguanischen Volkes.

Deshalb:

- a) Ablehnung jeglicher ausländischer Intervention, die darauf abzielt, uns ihre Formeln für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben aufzuzwingen.
- b) Jegliche Kollaboration mit der illegitimen, verfassungswidrigen und massenmörderischen Somoza-Regierung, die die Diktatur festigen und erhalten helfen würde, gilt als kriminelle Intervention.

B. Effektive Demokratie

2. Sturz der Somoza-Diktatur und Ausrottung all ihrer Spuren; Ablehnung aller Vorschläge, die auf einen „Somozismus ohne Somoza“ abzielen, und Öffnung des Weges für eine demokratische Veränderung der nikaraguanischen Gesellschaft.

3. Auflösung des Nationalkongresses und Gründung einer demokratischen Versammlung mit gesetzgebender Funktion, um die neue Regierung zu wählen, die aus Vertretern derjenigen Organisationen bestehen wird, die am Kampf für Somozas Sturz teilgenommen haben.

4. Bildung einer Regierung der nationalen demokratischen Einheit, zusammengesetzt aus den politischen und sozialen Kräften, die wirkungsvoll an der Ausrottung der Diktatur mitgewirkt haben, um die Basis für eine neue demokratische Ordnung im Land zu bilden.

5. Aufstellung und Organisation einer neuen demokratischen Armee mit patriotischem Charakter, um die Souveränität und Integrität des Landes zu verteidigen. Sie wird gebildet aus Soldaten und Offizieren, die angesichts der Korruption, Unterdrückung und des Kriechertums der Diktatur aufrichtiges und patriotisches Verhalten demonstrieren haben und dem Kampf zum Sturz von Somozas Diktatur beigetreten sind. Außerdem werden alle die dazugehören, die die Diktatur bekämpft haben und der neuen Armee beitreten wollen, sowie qualifizierte Bürger, die den obligatorischen Militärdienst ableisten wollen, wenn ein Gesetz dies verlangen würde.

6. Abschaffung aller repressiven Institutionen, wie z. B. des Büros für nationale Sicherheit (OSN), des militärischen Geheimdienstes (SIM), welche der Diktatur durch politische Repression gedient haben.

7. Aufstellung eines Polizeikorps unter direkter ziviler Aufsicht.

8. Gerichtsverfahren gegen alle Militärs und Zivilisten, die in Verbrechen gegen das Volk verwickelt sind.

9. Ausschaltung des Terrors als Regierungssystem und Annullierung aller repressiven Gesetze, um die Achtung der physischen und moralischen Integrität aller Nikaraguaner zu garantieren, was ihre staatsbürgerlichen und sozialen Rechte anbetrifft; Freiheit für politische und gewerkschaftliche Betätigung, Freiheit für bäuerliche und kommunale Organisationen usw. sowie Recht auf Information und freie Meinungsäußerung etc..

10. Volle politische, wirtschaftliche und Verwaltungsfreiheit für die Stadtverwaltungen, deren Oberhäupter vom Volk frei gewählt werden, und Wiederaufbau der Stadtverwaltung von Managua.

11. Umstrukturierung der Gerichtsgewalt, um Korruption in der Gerichtsverwaltung auszurotten.

12. Errichtung einer demokratischen Ordnung, die allen Bürgern das volle Recht auf Teilnahme am politischen Leben garantiert, ohne ideologische Diskriminierung und ohne Einschränkungen, sich frei einer politischen Partei anzuschließen, ausgenommen Parteien und Organisationen, die die Wiederkehr des Somozismus begünstigen würden.

C. Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt

13. Konfiszierung aller Besitztümer der Familie Somoza und aller Reichtümer, die sich durch Repression, Ermordung und jeglicher Art willkürlichen Machtmissbrauchs gegen das Volk von

Nikaragua angesammelt haben, sowie Wiedereinbringung ländlicher Besitztümer.

14. Durchführung einer vollständigen Agrarreform, die den Landarbeitern nicht nur den Zugang zum Boden und seinen Früchten sichern, sondern ihnen auch die nötige technische, schulische und finanzielle Hilfe gewähren sollte. Zur Realisierung dieser Agrarreform werden zunächst die Ländereien und landwirtschaftlichen Betriebe dienen, die von der Familie Somoza und ihrer Clique, von den unbewirtschafteten Ländereien der bestehenden Großgrundbesitzer und von den brachliegenden Ländereien des Staates zurückgewonnen wurden.

15. Besitz, Kontrolle und Nutzung der natürlichen Reichtümer des Landes liegen in den Händen des Staates: Minen, Wälder, Fischerei und Energiequellen.

16. Schaffung eines Arbeitsgesetzes, das Arbeitern, Bauern (und anderen Arbeitenden) wirklichen Schutz bietet; Schaffung eines Arbeitsgerichts; Streikrecht.

17. Bekanntmachung eines Beamtengesetzes, das den Schutz der Staatsangestellten garantiert.

18. Förderung der nationalen Entwicklung in geplanter und koordinierter Form, bei der die Privatinteressen den allgemeinen Interessen der Nation unterstellt werden durch einen Plan auf nationaler Ebene, der uns von der Unterentwicklung und Abhängigkeit vom Ausland befreien soll. Die nationalen Unternehmen, hauptsächlich die kleineren und mittleren, sollen vom Staat gegenüber den multinationalen Konzernen geschützt werden gemäß einem nationalen Entwicklungsplan. Dieser Entwicklungsplan wird als Schwerpunkt ein Industrialisierungsprogramm haben, das die Rohstoffe des Landes als Basis hat. Das Sparen und der Kredit werden an der Ausführung des nationalen Entwicklungsplans orientiert sein.

19. Initiierung einer wirklichen Stadtreform, die die Probleme der Slumgebiete, der illegalen Entwicklungsprojekte, Umweltverschmutzung, Mietspekulationen etc. lösen wird, sowie Schaffung von angemessenen Wohnungen für die unteren Klassen.

20. Reform des Steuersystems in einer Weise, daß die Besteuerungsgleichheit gesichert und mit der Willkür sowie der Steuerhinterziehung aufgehört wird. Diejenigen Steuern, die direkt auf die lebenswichtigen und hauptsächlich von den Massen konsumierten Artikel entfallen, werden gesenkt oder abgeschafft.

21. Jede Art von Frauen- und Jugendskimmingierung wird ein Ende haben, und sie alle werden in die Produktion und in die Arbeitswelt eingegliedert sowie zu politischen, sozialen und kulturellen Aufgaben herangezogen.

22. Öffnung der realen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität für alle Nikaraguaner durch Garantie des Rechts auf Arbeit, der Vollbeschäftigung, des Rechts auf Wohnung, des Rechts auf Gesundheit, auf soziale Sicherheit, des Verkehrswesens, des Rechts auf Bildung, auf Zugang zur Kultur, des Rechts auf sportliche Betätigung und des Rechts auf gesunde Unterhaltung.

23. Beginn einer Bildungsreform, die das Analphabetentum eliminieren soll, die Erwachsenenbildung vorantreibt und ein neues kostenloses Schulpflichtsystem organisiert, das das Volk zu einer kritischen Einstellung befähigt und als Grundlage dienen soll für andere Veränderungen, die das Programm vorsieht. Die Schulprogramme und Lehrpläne werden einen wissenschaftlichen Charakter haben, und sie sollen den Entwicklungsbedürfnissen des Landes angepaßt werden.

Die Zustimmung zu den genannten Punkten, wie die Minimalübereinkunft über den Kampf für die Ausrottung des Somozismus' und die Punkte, die die Demokratisierung Nikaraguas betreffen, bedeutet keineswegs, daß die nationalen politischen Organisationen und die Gewerkschaftszentralen, die die Patriotische Front bilden, von ihren eigenen politischen Programmen oder sozialen Forderungen Abstand nehmen müssen.

(Quelle: Acta Constitutiva del Frente Patriotico Nacional, o. O., o. J.)

Massenwiderstand gegen das Lucas-Regime



Demonstration guatemaltekescher Arbeiter für Gewerkschaftsrechte

In Guatemala wie in den anderen Ländern Mittelamerikas, in denen täglich die elementarsten Freiheiten und Rechte des Menschen schamlos verletzt werden, wurde während der Präsidentschaftswahlen vom März 1978 ausführlich über die „politische Öffnung“ gesprochen. Sie war der Lieblingslogan der Kandi-

daten dieser „Wahlshow“ in ihrem Wettlauf um die Macht. Sie alle vertraten verschiedene Gruppen der nationalen Oligarchie, und folglich bot keiner von ihnen eine für das Volk annehmbare Alternative an.

Ja, das System von Militärdiktaturen steckt in der Krise, und ein bedeutender Teil der Bourgeoisie von Guatemala teilt diese Ansicht, war aber nicht fähig, eine politische Partei der Ablösung zu bilden, die auf eine mehr oder weniger solide Basis im Volk zählen könnte. So waren die Wahlen vom März nur eine Maskerade, der 70% der Wähler ferngeblieben sind. Infolgedessen teilten sich die gleichen Fraktionen die verschiedenen offiziellen Ämter, und das System bestand weiter mit Unterstützung des Vizepräsidenten der Republik, Vilagrán Kramer, der diese ökonomisch starke Gruppe der guatemaltekeschen Unternehmer vertritt.

„Benutzt Eure automatischen Waffen!“

Unter der uneingeschränkten Herrschaft von General Romeo Lucas Garcia, dem neuen Präsidenten der Republik, wird heute die Strategie der Gewalt gnadenlos durchgesetzt. Seit 24 Jahren hat sich nichts geändert.

Der Unterdrückungsapparat der Regierung, der von Oberst German Chupina befehligt wird, die parallel dazu tätige Polizei und die faschistischen Mordbanden (siehe Kasten zur Repression; d. Red.) treiben weiter ihr Unwesen. „Benutzt eure automatischen Waffen!“ befiehlt Chupina seinen Männern. Er muß die Befehle seines Ministers, des Generals Otto Spiegler, aus-

Dem „revolutionären Sturm“ entgegen

Guillermo Toriello, Außenminister unter der 1954 vom CIA gestürzten progressiven Regierung Arbenz (vgl. AIB 5/1977), erklärte im März d. J., daß in Guatemala trotz der extremen Unterdrückung der Volkswiderstand „geduldig den revolutionären Sturm organisiert.

Ihn zur Selbstverteidigung zu entfesseln hat jedes Volk das Recht, wenn die Ungerechtigkeiten größer sind als das althergebrachte Erdulden der Massen.“ Toriello kennzeichnete die gegenwärtige Situation als die eines „wahren Klassenkrieges“, der seit 1976 an Intensität hinzugewonnen habe. Er hob dabei die besondere Rolle der seit 1954 im Untergrund agierenden guatemaltekeschen Partei der Arbeit (PGT) im Kampf gegen die Militärdiktatur hervor. Er würdigte ferner die Guerillabewegung, angeführt von der Guerillaarmee der Armen (EGP), die an der Seite der PGT und anderer revolutionärer Kräfte wirke.

Neben ihnen profilierte sich die im März 1976 gegründete Gewerkschaftszentrale Nationalkommission der Gewerkschaftlichen Einheit (CNUS) zum Motor und Koordinator der Massenaktionen. Seitdem die CNUS alleine im Zeitraum April-Juni 1976 25 Arbeitskämpfe organisierte, hat die Arbeiterbewegung einen enormen Aufschwung erlebt. Seit der antidiktatorischen Massendemonstration der 60 000 im August 1977 hat der Grad Volksmobilisierung, von Arbeitern, Angestellten, Studenten, Bauern u. a. Schichten, ein neues Ausmaß erreicht.

Das signalisierte der von Barrikadenkämpfen begleitete Generalstreik

im Oktober 1978. Und das zeigt die zunehmende Guerillaaktivität in Guatemala an. Beispielsweise griffen im Oktober 1978 in Fraijanes EGP-Guerillas gemeinsam mit Demonstranten die Kaserne und das Rathaus der Stadt an, wobei die Gebäude in Brand gesteckt und 5 Polizisten außer Gefecht gesetzt wurden. Im gleichen Monat überfielen bewaffnete Einheiten der PGT in Guatemala-City das Hauptquartier des Ständigen Komitees des Zentralamerikanischen Verteidigungsrates (COPECONDECA), was die Partei der Arbeit als eine Aktion der Solidarität mit dem Volk Nikaraguas und gegen die „konterrevolutionäre Unterdrückung in Zentralamerika“ deklarierte. Am 21. Januar 1979 besetzten rund 150 EGP-Guerillas gemeinsam mit bewaffneten Bauern die Stadt Nebaj.

Umgekehrt haben die fortgesetzten Morde an Gewerkschafts- und Studentenfürhern oder an den prominentesten sozialdemokratischen Politikern Alberto Fuentes Mohr und Manuel Colom Argueta (im Januar bzw. März 1979) den Trend zur Einheit der Opposition bestärkt. Im März d. J. schlossen sich rund 150 Parteien, Gewerkschaften, Studentenvereinigungen und religiöse Gruppierungen des Landes zur Demokratischen Front gegen Gewalt und Unterdrückung zusammen. Ziel der Demokratischen Front ist zum einen die Organisation des Protestes gegen die an demokratischen Kräften verübten Gewaltakte und die Unterstützung betroffener Familien. Zum anderen will sie den antidiktatorischen Kampf zum Sturz des Lucas-Regimes und die Solidarität mit den anderen unterdrückten Völkern Lateinamerikas stärken helfen.

führen. Spiegler war der Urheber des Blutbades von Panzos, mit dem die Bauern von ihren Ländereien vertrieben werden sollten, unter denen reiche Erdöl- und Nickelvorkommen lagern (hier ermordete die Armee am 29. 5. 1978 über 100 Bauern, darunter Frauen und Kinder; d. Red.).

Die Wirtschaft des Landes ist am Ende ihrer Kraft. Das Erdbeben von 1976, dessen Schäden sich auf 1 Milliarde Quetzal (1 Quetzal = 1 Dollar) belaufen, war für die schon mitten in der Krise steckende Wirtschaft der Todesstoß. Nach Meldung der Zeitung Nuevo Diario vom 11. Oktober 1978 „verdienen 50 %

Mordkommandos

In Guatemala vergeht kein Tag ohne Mord. In den letzten zwei Jahrzehnten gab es 40 000—70 000 politische Mordfälle und 20 000 Verschleppte. Betroffene sind fast ausnahmslos Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen, Studentenverbänden sowie der Arbeiterparteien. Am 26. 9. 1972 wurde die gesamte Politische Kommission der Guatemaltequischen Partei der Arbeit (PGT), 1974 ihr Generalsekretär Humberto Alvarado und 19 Mitglieder des Zentralkomitees umgebracht.

Gegen protestierende Bauern werden nicht selten von den Latifundisten gedungene Mörderbanden eingesetzt. Neben der Armee treten mit Duldung der Regierung folgende paramilitärischen Organisationen auf:

- die Antikommunistische Geheimmilizie (ESA), die wiederholt Todeslisten veröffentlichte, in denen sie mit der Ermordung von Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Studentenführern drohte. Ende 1978 wurde von ihr der Generalsekretär des Studentenverbandes Olivero Castaneda umgebracht. Er stand auf Platz 36 einer 38 Personen umfassenden Todesliste;
- das Todesschwadron, das sich vornehmlich aus Angehörigen der Armee, des Geheimdienstes und der Polizei rekrutiert. Auf ihr Konto gehen 5—10 Ermordungen pro Tag. Sein bekanntestes Opfer des Jahres 1979 ist Manuel Colom Arzuola, Präsident der sozialdemokratischen Vereinigten Revolutionären Front (FUR);
- die Organisierte Nationale Antikommunistische Bewegung (MANO), die von dem ehemaligen Staatspräsident Carlos Arana — wegen der Ermordung von 6000 Bauern während seiner Amtszeit der Schlächter genannt — kommandiert wird;
- die Neue Antikommunistische Organisation (NOA), die vom Vizepräsidenten unter der Regierung Laugerud, Mario Sandoral Alarcán, geleitet wird.

der Bevölkerung von Guatemala — mehr als 3 Mio Menschen — pro Kopf im Monat nur 6 Quetzal. 30 % der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land haben ein Monatseinkommen von 12,50 Quetzal“. Hinsichtlich der Unterernährung, des Analphabetentums, der Arbeitslosigkeit, der Krankheiten und des Wohnungsmangels stehen Haiti, Nicaragua und Guatemala auf dem Kontinent an erster Stelle.

Trotz des Terrors (seit 1964 ermordeten die Militärdiktatoren von Guatemala 70 000 Demokraten, darunter eine große Zahl von Gewerkschaftern) und der Fallen des Regimes unter General Romeo Lucas haben die Volks-, Arbeiter- und Studentenbewegungen mit unerwarteter Initiative und Stärke aufs neue begonnen. Sie sind durch die politische Entschlossenheit gekennzeichnet, dem Regime entgegenzutreten, ihre Lebensbedingungen und ihre Rechte auf Freiheit und Demokratie zu verteidigen.

Streiks und Barrikadenkämpfe

Ermutigt durch die Streikbewegungen der letzten vier Jahre, bildeten die Gewerkschaften ein Nationalkomitee für Gewerkschaftseinheit (CNUS, gegründet im März 1976; d. Red.), das zusammen mit dem Initiativkomitee der staatlichen Beamten (CETE) den Generalstreik vom 3. Oktober 1978 gegen die Anhebung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel einleitete. Die Unzufriedenheit wurde sichtbar durch die totale Stilllegung der Transportmittel und durch Massendemonstrationen. Die

Zusammenstöße mit den Kräften der Unterdrückung waren der Beginn einer Erhebung mit Barrikaden, von den Volkskräften besetzten Gebäuden und in Brand gesteckten Bussen. Zehntausende von Werktätigen aus der Industrie und dem öffentlichen Dienst waren auf den Straßen der Hauptstadt. Dutzende von ihnen wurden von den Unterdrückungskräften erschossen.

Sofort entstanden in den Städten Quezaltenango und Escuintla Solidaritätsbewegungen. Nachdem es Todesopfer, Hunderte von Verhaftungen und zahlreiche „verschundene Menschen“ gab, mußte die Regierung nachgeben, und die Tariferhöhung wurde aufgehoben. Der Vizepräsident der Republik erließ einen Aufruf zum „Dialog“, um einen „Vertrag über sozialen Frieden“ zu schließen.

Wie sollte aber der „Dialog“ zwischen den Henkern und ihren Opfern beginnen, während es zu einer neuen Eskalation des Terrors kam? Ein „sozialer Frieden“ ist nicht möglich. Das Ziel dieses Manövers besteht darin, „die Gewerkschaften und die Volksorganisationen zu schwächen“, erklären die zuständigen Sprecher des CNUS. Der Graben zwischen Regierung und Volk soll also zugeschüttet werden.

Aber die professionellen Mörder ermordeten den Leiter der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Telegrafie und im Rundfunk, Arnulfo Cifuentes, und den Generalsekretär des Verbandes der Universitätsstudenten, Oliverio Castañeda. René de León, christlich-demokratischer Führer, und Israel Márquez, Leiter der nationalen Zentrale der Werktätigen, fielen Attentaten zum Opfer. Die Gewerkschaften der Werktätigen im Post- und Fernmeldewesen wurden verboten. Die Gewerkschaftssitze werden von der Polizei streng bewacht. Mehrere Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben, Journalisten, Gewerkschaftsführer und Demokraten sind in Lebensgefahr. Die Armee hat das Land besetzt und schützt dadurch die Machenschaften der parallel operierenden bewaffneten Banden, die die Aufgabe haben, eine „spezielle Bestrafung“ vorzunehmen. Das heißt, die Kader, aktiven Mitglieder und führenden Vertreter der Opposition insgesamt müssen verschwinden, damit ihre Aktion lahmgelegt und der „soziale Frieden“ wieder hergestellt wird.

(Quelle: Weltgewerkschaftsbewegung, Berlin, Nr. 1/1979, S. 27—28)

Zwar können Sie nicht die aktive Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt abonnieren.

Aber eine Zeitschrift, die sich dies — und noch viel mehr — zum Ziel gesetzt hat. Und die deshalb Solidarität heißt.

Solidarität

Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten

Ich abonniere die Solidarität
Jahresabonnement (10 Nummern: Fr. 18.--)
Unterstützungsabonnement (ab Fr. 30.--)

Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr. 30.--)
und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name _____

Strasse _____ Nummer _____

PLZ _____ Ort _____ Datum _____

Ausschneiden und einsenden an
SKAAL Postfach 2009 4001 Basel

SKAAL

SOLIDARITÄTSKOMITEE
FÜR AFRIKA, ASIEN UND
LATEINAMERIKA SKAAL

Alfons I. Bresche/Jutta von Freyberg

„Nur eine Antwort—die Kugel“

Ende Mai 1979 verhängte Präsident General Humberto Romero in El Salvador den Ausnahmezustand. Vorangegangen war die Besetzung der französischen und venezolanischen Botschaften durch von bürgerlichen Kommentatoren als „Terroristen“ betitelten Angehörigen des Revolutionären Volksblocks (BPR). „Terroristen“ — so das Selbstverständnis unserer Medien — sind für den Einsatz von Polizei und Armee, für Massaker und Folterungen verantwortlich.

Unmittelbar vor der Verhängung des Ausnahmezustandes hatte die Polizei Romeros 14 Männer, Frauen und Kinder mit Maschinenpistolengarben niedergemäht. Sie hatten kein schlimmeres Verbrechen auf sich geladen, als den „Terroristen“, die die Botschaft besetzt hielten, Essen und Trinken bringen zu wollen. Was sind das für „Terroristen“, die so offensichtlich von der Bevölkerung unterstützt werden?

Der Revolutionäre Volksblock steht nicht allein

Der Revolutionäre Volksblock (BPR), der zu diesen spektakulären Aktionen griff, entstand 1975 als ein Bündnis demokratischer Organisationen. In ihm sind die verbotenen Gewerkschaftsverbände Vereinigung der Landarbeiter (UTC) und Christliche Föderation Salvadorenischer Bauern (FECCAS) sowie die Nationale Vereinigung Revolutionärer Erzieher 21. Juli (ANDES), die Vereinigung der Slumbewohner (UPT), die Revolutionäre Studentenbewegung (MER) und das Komitee der Eltern politischer Gefangener vertreten. Der BPR kämpft u. a. für eine Senkung des Pachtzinses, fordert bessere Sozialleistungen und Lohnerhöhungen für die Arbeiter, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Aufklärung des Schicksals von Hunderten verschwundener Oppositioneller.

Schon ein Jahr zuvor, im April 1978, hatte der BPR die Botschaften Venezuelas, Panamas wie die Kathedrale in der Hauptstadt San Salvador gewaltlos besetzt, um auf die Unterdrückungspolitik des Romero-Regimes aufmerksam zu machen. Vorausgegangen waren mehrere Wochen dauernde Bauernunruhen, da Kaffeepflanzer den Bauern höhere Löhne verweigerten, um angesichts steigender Weltmarktpreise für Kaffee ihre Profite zu erhöhen. Bei dem Einsatz von Armee und paramilitärischen Einheiten der ultrarechten Nationalistischen Demokratischen Organisation (ORDEN) starben über 20 Menschen.¹

Die Oppositionskräfte des Revolutionären Volksblocks stehen nicht allein. Die zweite große Massenorganisation ist die 1974 gegründete Einheitliche Volksaktion (FAPU), die sich vornehmlich aus der Industriearbeiterschaft rekrutiert. Die 1930 gegründete Kommunistische Partei El Salvadors (PCES), die sich seit 1948 in der Illegalität befindet und starker Verfolgung unterliegt, stellt sich nach Aussage ihres Generalsekretärs Jorge Chafic-Jandal die Aufgabe, „alle Gegner des Faschismus in einem umfassenden Bündnis zu vereinigen“.² Aktuell orientiert sie namentlich auf die Herstellung der Aktionseinheit zwischen den — Bauern und Arbeiter repräsentierenden — Bündnissen BPR und FAPU.

Auf der parlamentarischen Ebene existiert ein breites Bündnis



Rund 40 Diktaturgegner wurden Anfang Mai d. J. erschossen, als sie vor der Kathedrale in San Salvador für die Freilassung politischer Gefangener demonstrierten

aus nationalistisch-antiimperialistischen Parteien, die Nationale Union der Opposition (UNO). Sie besteht aus der Christdemokratischen Partei (PDC), der National-Demokratischen Union (UDN), der Nationalen Erneuerungsbewegung, der Nationalen Revolutionären Bewegung (MNR) sowie der PCES. Das Bündnis, in dem die nationale Bourgeoisie und kleinbürgerliche Kräfte dominieren, wird von reformfreundigen Teilen des Offizierskorps der Streitkräfte unterstützt.

In ihrem Wahlprogramm des Jahres 1977 forderte die UNO eine längst fällige Agrarreform und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens, trat sie gegen die Korruption und die Armee als Besatzungsmacht im eigenen Land auf. Die Oppositionskräfte erhalten von der katholischen Kirche uneingeschränkte Unterstützung. Ihr Erzbischof Oscar Arnulfo Romero erklärte anlässlich der Besetzung der Kathedrale im Mai d. J., in seinem Land seien Verhaftungen, Kidnapping und Folterungen von Mitgliedern der Opposition an der Tagesordnung. Nicht zwischen Regierung und Kirche, sondern zwischen Regierung und Volk bestehe der Konflikt. Es gebe eine deutliche Kluft zwi-

schen der großen Majorität derer, die nicht genug zu essen haben und einer kleinen Minderheit, die allen Reichtum besitzt. Mit großem Mut hat Romero immer wieder die Öffentlichkeit auf Willkür und Terror des herrschenden Regimes aufmerksam gemacht. Die Forderungen des BPR seien berechtigt und in jedem Rechtsstaat wäre der BPR eine normale legale Organisation. Doch die Regierung von El Salvador kenne auf gerechte Forderungen nur eine Antwort, die Kugel.³

Neben diesen Organisationen existieren noch drei Guerillagruppen, die in der Presse meist nur dann auftauchen, wenn es um spektakuläre Entführungsfälle und die Freikämpfung von politischen Gefangenen oder Lösegeldforderungen geht.

Die wohl größte Gruppe sind die 1970 gegründeten Volksbefreiungskräfte (FPL), die den größten Teil ihrer Mitglieder aus der PCES und von den Universitäten rekrutieren. Sie richtet ihren Kampf hauptsächlich gegen Vertreter der 14 Familien, die die Landwirtschaft beherrschen, sowie gegen die Banden der ORDEN, die Fabrikbesitzer und Manager ausländischer Firmen, die versuchen, Gewerkschaftsorganisationen zu zerschlagen.

Die zweite Gruppe ist das 1972 gegründete Revolutionäre Volksheer (ERP), das seine Aktionen vornehmlich gegen Armee- und Polizeieinheiten richtet.

Die 1975 formierten Nationalen Kräfte für Nationalen Widerstand (FARN) konzentrieren ihren Kampf gegen die transnationalen Firmen und dies solange „die Repression der Regierung andauert und Garantien für Volksorganisationen fehlen“. In einem Kommuniqué, das als Bedingung für die Freilassung des Managers Kjell ausgestrahlt wurde, drohte die FARN an, eine Kriegsteuer von den transnationalen Konzernen zu erheben, da sie nur Hungerlöhne an die Arbeiter zahlten. Sie klagte darüber hinaus die Wirtschaftsassoziation ANEP an, einen gegen das Volk gerichteten Krieg mit Unterstützung der Regierung zu führen.⁴

Die Ursachen des seit Jahren immer weiter anwachsenden Widerstandskampfes werden bei einem Blick auf typische sozial-ökonomische Kennziffern deutlich:

- die Arbeitslosenrate beträgt 33 %,
- 93 % der Schulkinder sind unterernährt,
- 48 % der Bevölkerung haben keine ausreichende Trinkwasserversorgung,
- der tägliche Kalorienverbrauch liegt beim Durchschnitt der Bevölkerung 15 % unter dem Mindestbedarf,
- 40 % der Bevölkerung haben nur 17 Dollar als Monatseinkommen,
- 50 % der Bevölkerung sind Analphabeten,
- der Index der Lebenshaltungskosten stieg von 1970—1977 auf 171,8 %.

Die zunehmende Ausschaltung demokratischer Rechte und die krassen sozialen Ungerechtigkeiten sind Ausfluß einer Wirtschafts- und Machtstruktur, in der rund 400 Familien (früher waren es die berühmtesten 14 Familien) 2/3 des Landes sowie die meisten Banken und Betriebe in ihrem Besitz haben.

Massenaktionen nach dem Wahlbetrug 1977

Diese Oligarchie kontrolliert die Erzeugung und den Vertrieb von Kaffee, Baumwolle, Zucker und anderen Agrarprodukten. Die Latifundienbesitzer herrschen mit Hilfe der Armee und der 1961 gegründeten Partei der Nationalen Versöhnung (PCN). Zwar ist die herrschende Clique El Salvadors mit Waffen und Kriegsmaterial aus Israel und Westeuropa ausgerüstet, doch erhält sie aus den USA, deren Konzerninteresse sie vertritt, den Hauptteil der Unterstützung.

Um sich an der Macht zu behaupten, hat diese Clique bisher noch kein Mittel gescheut. Das bei weitem folgenschwerste Ereignis war die Wahlfälschung vom Februar 1977 durch die herrschende PCN. Durch sie wurde die oppositionelle UNO um den Sieg gebracht.

PCES-Generalsekretär Jorge Chafic-Jandal erklärte, daß Angehörige der faschistischen Organisation ORDEN schwerbe-

waffnet die Wahlbüros abgeschirmt hatten, „während drinnen die Lakaia der Rechtskräfte die Wahlscheine fälschten und selbst die Namen verstorbener Bürger verwendeten“.⁵

In nur 920 von den insgesamt 3 500 Wahllokalen wurden überhaupt Wahlbeobachter der Opposition zugelassen. Die Fälschung von 300 000 Wahlzetteln konnte nachgewiesen werden. Nach Bekanntwerden dieser Fälschung rief die Opposition zu Demonstrationen, an denen sich bis zu 100 000 Menschen beteiligten, sowie zum Generalstreik auf. Bei diesen Aktionen wurden über 100 Menschen getötet und 600 verletzt. Zahlreiche Oppositionspolitiker wurden verhaftet oder zur Emigration gezwungen.

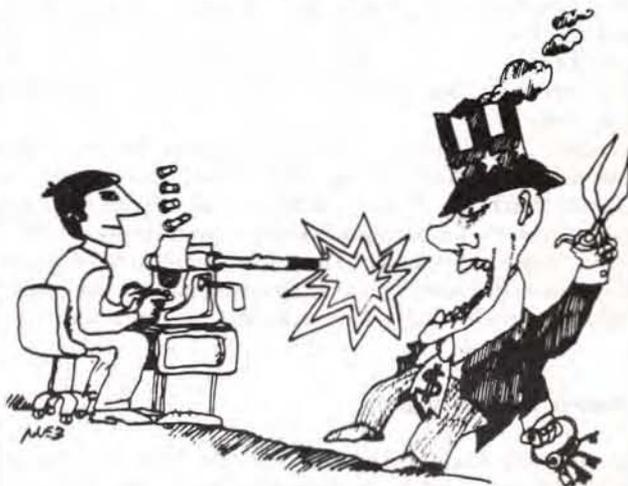
Seither hat sich die blutige Unterdrückung des Widerstandes spürbar verschärft. Im März 1978 besetzte die Armee Romeros die Ortschaft San Pedro Perulapan, um einen Bauernaufstand im Blute zu ersticken. Hunderte von Bauern wurden inhaftiert, viele starben unter der Folter. Der Landarbeiterführer Transitó Vasquez wurde mit Gewehrkolben erschlagen. Sein Kopf wurde auf einen Pfahl gesteckt, darunter ein Schild angebracht auf dem jedem, der einer fortschrittlichen Organisation beiträgt, das gleiche angedroht wurde. Die Privatarmeen der Grundbesitzer verbreiten Angst und Schrecken unter den Bauern. Rechte Terrororganisationen machen selbst vor Morden an Priestern nicht halt. Über 1 000 Demokraten wurden 1978 eingekerkert, hunderte verschwanden.

Die Aktionen des Volkswiderstandes im Jahr 1979 allerdings zeigten, daß sich das Volk El Salvadors dem Terror nicht beugen wird.

Anmerkungen:

- 1) Prensa Latina (PL), Havanna, 30. 3. und 13. 4. 1978
- 2) Horizont, Berlin, Nr. 26/1977. Zur christlichen Opposition siehe auch A. Krims in AIB 2/1978
- 3) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. 5. 1979
- 4) PL, 24. 8. 1978; Latin America Political Report, London, 25. 5. 1979
- 5) Horizont, Berlin, Nr. 26/1977

AIB - Übersetzer gesucht!



Liebe AIB-Abonnenten und -Leser,

die AIB-Redaktion ist seit ihrer Gründung im Jahre 1970 eine weitestgehend ehrenamtliche geblieben, die auf die unentgeltliche Mitarbeit von Autoren und Übersetzern angewiesen ist.

Bedauerlicherweise unterliegt gerade unser für die Dokumentenwiedergabe so wichtiger Übersetzerkreis einer hohen Fluktuation und bedarf dringend der Erweiterung — und sei es auch nur mit gelegentlicher Mitarbeit. Insbesondere Übersetzer aus dem spanischen, französischen und englischen Bereich sind gesucht.

Bitte schreiben Sie uns gegebenenfalls mit Angabe von Anschrift, Sprache(n), Übersetzungskapazität und Hauptinteressengebieten (Themen, Länder der Dritten Welt), und zwar an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1.

Gerard Pierre-Charles

Duvalieristen nicht mehr unangefochten



In dem folgenden Gespräch nimmt der aus Haiti stammende und in Mexiko im Exil lebende Professor für Soziologie Gerard Pierre-Charles zu neuen Aspekten der ökonomischen und politischen Entwicklungen in Haiti Stellung.

FRAGE: Im allgemeinen wird die Situation in Haiti als statisch bezeichnet, als eine Situation, die sich mit allen ihren bekannten Elementen seit François Duvalier (Papa Doc genannt und Präsident 1957–71; d. Red.) bis heute, nach langen Jahren der Diktatur seines Sohnes (Jean Claude Duvalier, durch Verfassungsänderung 1971 Präsident auf Lebenszeit; d. Red.) nicht geändert hat. Wie sehen Sie die aktuelle Situation?

G. PIERRE-CHARLES: Heute können wir sagen, daß es neue Elemente in der haitischen Situation gibt, die zum Teil von der Regierung, zum Teil von der Opposition ausgehen.

Vom Standpunkt der Regierung aus ist das erste Element die Stärkung des Regimes mit nordamerikanischer Hilfe. Während zu Zeiten François Duvaliers die Tatsache, daß seine Regierung als Diktatur bekannt war, als Regime, das repressive Methoden benutzte, den Vereinigten Staaten ein gewisses Unbehagen verursachte, bestehen derlei Bedenken gegen seinen Sohn nicht mehr.

Seit dem Tode François Duvaliers begannen die Vereinigten Staaten, an der Aufpolierung des öffentlichen Ansehens des Regimes zu arbeiten. Diese Veränderung des öffentlichen Ansehens erlaubte es, die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten zu erhalten. Diese grenzenlose Unterstützung, besonders in den internationalen Gremien, äußerte sich in einer größeren wirtschaftlichen Unterstützung, die heute massiv ist.

Größere Durchdringung

Bis zum Tode François Duvaliers (1971; d. Red.) äußerte sich diese Hilfe hauptsächlich in Schenkungen, die eine Höhe von 30–40 Mio Dollar pro Jahr erreichten. Heute handelt es sich um Darlehen, da sich die wirtschaftliche Situation verbessert hat. Das letzte ist ein Plan von 125 Mio Dollar, der normalerweise eine Hilfe der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA) sein sollte, einer Institution, die praktisch das Land regiert. Haiti ist ein Land, das unter internationaler Aufsicht steht, einer internationalen Aufsicht, die von der IDA koordiniert wird.

FRAGE: Diese Darlehen werden von größeren ausländischen Investitionen begleitet. Wie ist die Tendenz dieser Investitionen?

G. PIERRE-CHARLES: Diese Unterstützung fällt auch mit der größeren wirtschaftlichen Durchdringung zusammen, die

schon 1968, also noch zu Zeiten Papa Docs, begann und in der sich eine neue Tendenz der nordamerikanischen Investitionen auf der Insel für Mühlen offenbarte. Verschiedene Firmen ließen sich nieder, die die billigen Arbeitskräfte ausnutzen und vor allem drei Produktionszweigen angehören: in erster Linie der Herstellung von Teilen für die elektronische Produktion — Kassetten, Computerteile, Rechner usw. —, dann die Spielzeugfabriken — von Baseballbällen bis zu Puppen —, und schließlich die Textilfabriken. In dieser Zeit ließ sich u. a. der multinationale Burrough-Konzern nieder.

Diese Produktionszweige haben natürlich 25 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, aber sie förderten auch auf ungeheure Weise die imperialistische Durchdringung. Ein deutliches Beispiel ist die Expansion des Bankensystems. Bis 1968 gab es zwei ausländische Banken in Haiti: die First National City Bank und die Royal Bank von Kanada. Danach kamen die Chase Manhattan City Bank, die Banque de Paris und andere, während sich die Bankzweigstellen mit 50 multiplizierten.

Eine weitere Folge war die größere wirtschaftliche Durchdringung. Einige Bergbaubetriebe, die sich schon niedergelassen hatten, wie Reynolds, erhielten enorme Minenkonzessionen, Bodenkonzessionen, Handelsplätze usw. Außerdem bildeten sich natürlich neue Formen der Ausbeutung, wie die Akkordarbeit, die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft usw.

FRAGE: Diese wirtschaftlichen Veränderungen müssen notwendigerweise Neuanpassungen anderer nationaler Sektoren nach sich ziehen, z. B. der Bourgeoisie.

G. PIERRE-CHARLES: Da liegt sicher ein anderes Element der Veränderung. Die Bourgeoisie, die eine eiserne Opposition gegen François Duvalier vom Beginn der Diktatur 1957 an bildete, begann in den Jahren 1965 und 1967 ihm ihr Vertrauen zu geben. Selbstverständlich kann man von diesem Zeitpunkt an eine Annäherung zwischen der traditionellen Bourgeoisie und der politischen Macht beobachten.

Duvalieristen und Freibeuter

Mit Jean Claude Duvalier kam das große Bündnis um ein Regime, daß das Recht auf Rückforderung nicht anerkennt. Die Folge ist, daß zu diesem Zeitpunkt der größten wirtschaftlichen Durchdringung durch Nordamerika die Bourgeoisie als Verbündeter, als Teilhaber des ausländischen Kapitals beteiligt ist, das nicht nur das Kapital des großen Investors ist — der ausländischen Firmen —, sondern auch des nordamerikanischen Investors, des Freibeuters der Finanzen, auf der Suche nach schnellem Gewinn.

Die Klassengrundlage des Jean Claude Duvalier Regimes hat sich erweitert, und Jean Claude Duvalier, der die gesamte Oligarchie und einen ganzen Sektor des Duvalierismus vertritt, der stärker geworden ist und schon mit der Bourgeoisie verwechselt wird, benutzt nicht mehr den „schwarzen“ Wortschwall, den sein Vater noch verwendete. Man kann sagen, daß die weiße und die Mulatten-Bourgeoisie heute an der Macht ist, was auf der anderen Seite die Unzufriedenheit einiger Sektoren des Kleinbürgertums nach sich zieht, die zu Zeiten des Vaters Duvalieristen waren und heute die ganz Macht in den Händen einer anderen Klasse sehen.

FRAGE: Das bedeutet, daß diese Bourgeoisie in die politische Macht und auch beispielsweise in die Streitkräfte hineingewachsen ist.

G. PIERRE-CHARLES: Sie teilt die politische Macht. Was die Streitkräfte angeht, so hat François Duvalier sie nicht nur von Vertretern der Bourgeoisie, sondern auch von Mulatten sowie allen alten Offizieren, die Einfluß und Prestige in Militärverbänden genossen, „gesäubert“.

Das Offizierskorps setzt sich aus erprobten Duvalieristen zusammen. Es ist ein junges Offizierskorps, das Durchschnittsal-



Duvalier jun., Staatspräsident auf Lebenszeit

ter im Generalstab liegt bei 40 Jahren.

FRAGE: Dies bisherigen Ausführungen beziehen sich auf die Industrie-, Finanz- und Handelsbourgeoisie. Und auf dem Lande, entsteht ein beherrschender Sektor . . .

G. PIERRE-CHARLES: Man kann nicht sagen, daß es auf Haiti eine Agrarbourgeoisie gegeben hat, aber in den letzten zehn Jahren, mit dieser neuen ausländischen Kapitalisierung, die jetzt 170 Mio Dollar erreicht hat, d. h. sich verfünffacht hat, ist eine gewisse Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande entstanden. Noch ist es ein eben erst einsetzendes Phänomen, aber es stellt eine Tendenz dar, die es wert ist, aufgezeigt zu werden, da sie nicht nur die Entwicklung der imperialistischen Durchdringung Haitis kennzeichnet, sondern auch die Entwicklung der Bourgeoisie und des Kapitalismus auf Haiti. (. . .)

FRAGE: Können wir von einer Entwicklung der Arbeiterklasse

sprechen, die den Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Veränderung entspricht?

G. PIERRE-CHARLES: Quantitativ ist die Arbeiterklasse seit 1968 gewachsen. Bis zu diesem Zeitpunkt beschäftigten die Fabriken durchschnittlich 200 Arbeiter, heute gibt es mehr niedergelassene Fabriken und Fabriken mit bis zu 2000 Arbeitern oder mehr. Diese Arbeiter leben unter denselben Bedingungen der Unterdrückung wie früher, ohne Streikrecht und unter enormer Ausbeutung.

Arbeiteraktionen wieder seit 1976

Nun, die größte Entwicklung der Arbeiterklasse Haitis entsteht genau unter diesen Umständen der Überausbeutung. Der duvalieristische Faschismus stand schon im Dienst dieser neuen Spielart der Kapitalakkumulation. Als Jean Claude Duvalier 1971 die Macht übernahm, beschloß er, als demagogische Maßnahme, die Mindestlöhne auf 1 Dollar, später auf 1,30 Dollar und schließlich auf 1,60 Dollar anzuheben. Diese Lohnerhöhungen stellten die Grundlage der Ausbeutung in keiner Weise in Frage. Die Überausbeutung ließ Unzufriedenheit entstehen.

Im Mai 1976 brach im Land der erste Streik seit langen Jahren aus. Er fand in der Zementindustrie statt und wurde mit Gewalt niedergeschlagen. Die Repression betraf die Arbeiter, die Gewerkschaftsführung und sogar den Journalisten Gasner Raymond vom Samedi Soir, der über den Konflikt informiert hatte und ermordet wurde. Während der letzten Jahre entwickelten sich langsam Demonstrationen gegen die korrupten Gewerkschaftsvorstände und gegen den Duvalierismus in den größten Fabriken des Landes, unter denen Ciment d'Haiti als die kämpferischste hervortrat, sowie in den Zuckersiedereien und den Bergbaubetrieben wie z. B. Reynolds.

FRAGE: Ist der Charakter dieser Bewegung vor allem ein zurückfordernder?

G. PIERRE-CHARLES: Ja, aber es ist der Anfang einer viel breiteren Bewegung. Allein die Tatsache, daß die korrupten Gewerkschaftsvorstände in Frage gestellt werden, ist an sich schon bedeutsam. Die neue Tatsache ist, daß sich die Arbeiterbewegung zu aktivieren beginnt.

FRAGE: Wie ist die Lage der Bauern?

G. PIERRE-CHARLES: Das Charakteristikum der Lage auf dem Lande ist noch immer die Krisensituation, die in den Jahren 1975—1976, als eine Hungersnot aufkam, katastrophale Ausmaße annahm, die 1/2 Mio Menschen vor allem im Nordosten des Landes, gegenüber von Kuba, bedrohte. Tausende von Menschen starben.

Es findet ein außerordentlich schneller Niedergang des landwirtschaftlichen Bereichs statt. Die internationalen Gremien vervielfachen ihre Hilfspläne, aber die Tendenz ist nicht umkehrbar, denn es gibt Eigentumsentzug im Gefolge der verspäteten Entwicklung des Kapitalismus.

Vor 10 Jahren waren die haitianischen Emigranten Professoren, seit 10 Jahren sind es die Bauern, die in Barkassen fliehen und in Guadeloupe, Martinique und auf den Bahamas unterzukommen versuchen. Dort werden sie von neuem ausgebeutet. Der Haitianer auf Guadeloupe und Martinique wird als Streikbrecher betrachtet, er stellt für die örtliche Arbeiterklasse ein spalterisches Element dar.

FRAGE: Zu Beginn des Interviews sprachen Sie von einer Reihe neuer Elemente. Wir wirken sie sich auf die Stärkung des Regimes und die Aktivierung der Arbeiterklasse aus?

G. PIERRE-CHARLES: Ein wichtiges Element ist das Auftauchen einer unabhängigen Presse. Diese Tatsache ist zu einem großen Teil das Resultat der Bemühungen des Petit Samedi Soir, der Zeitung, die von Dieudonné Fardin geleitet wird und kurz nach dem Tode Papa Docs als Literaturzeitschrift zum ersten Male erschien. Allmählich führte diese Zeitung die Themenkreise Menschenrechte, Kampf gegen die Ungerechtigkeiten und Forderung eines Rechtsstaates ein. Als Carter auftauch-

te, wuchs die Bedeutung dieser Zeitung, sie wurde mutiger, gewann an Popularität und der Aktion Fardins schlossen sich andere Journalisten an wie Luc Nerée und Jean Dominique. Die Anklage gegen die Ungerechtigkeiten der Diktatur, die mit viel Wagemut vorgetragen wurde, stellt einen Beitrag zum Erwachen einiger politischer Kreise aus der langen Nacht der Diktatur dar, vor allem der ganzen Jugend und sie hilft, ein Bewußtsein für die Bürgerrechte zu schaffen, eine öffentliche Meinung, die während der Regierung Papa Docs und während der ersten Jahre der Regierung seines Sohnes verschwunden war.

Opposition im Untergrund

FRAGE: Diese Presse drückt eine Opposition aus, aber ist sie auch Reflex einer strukturierten politischen Opposition?

G. PIERRE-CHARLES: Das ist ein anderes Element der Veränderung, das ich aufzeigen möchte. Dem Regime des Papa Doc war es gelungen, die rechte wie die linke Opposition zu neutralisieren, eine Opposition, die zu einem bestimmten Zeitpunkt ein hohes Organisationsniveau erreicht hatte.

Es genügt, sich der Repression gegen die Kommunistische Partei im Jahre 1969 zu erinnern, die mehr als 500 Menschenleben forderte. Die Oppositionellen wurden eingesperrt, ermordet oder ins Exil vertrieben, eine Tatsache, die die Machtübernahme durch Jean Claude Duvalier erst ermöglichte und es ihm erlaubte, diese Verfolgungen fortzuführen. Ein Klima des Terrors kam in Haiti auf und machte eine politische Opposition unmöglich.

Aber langsam organisierte sich diese Opposition wieder im Untergrund. Es ist richtig, daß sie in dieser Zeit nicht denselben Charakter hatte wie in den 60er Jahren, als sie einen Kampf auf

Leben und Tod gegen das Regime führte. Heute versucht sie als ersten Schritt, demokratische Rechte zurückzufordern.

FRAGE: Welche Strömungen oder Tendenzen kann man innerhalb dieser Opposition unterscheiden?

G. PIERRE-CHARLES: Bevor wir auf die einzelnen Sektoren der Opposition eingehen, ist es wichtig, Sektoren zu berücksichtigen, die nicht zur Opposition gehören und an der Regierung teilhaben und sich jeder noch so kleinen Öffnung seitens der Regierung widersetzen. Es sind die widerspenstigsten Duvalieristen konservativer Tendenz. Außerdem gibt es noch einen Sektor, auch innerhalb der Regierung selbst, der technokratischer ausgerichtet ist und eine größere Effektivität und sogar eine bestimmte Modernisierung des Systems anstrebt.

Nun, innerhalb der Opposition als solcher gibt es zwei Sektoren. Zum einen eine christdemokratisch beeinflusste Strömung, oder mit anderen Worten, christliche Sektoren, die sich im Hinblick auf eine größere Demokratisierung organisieren, die Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes anstreben. Zum anderen der Sektor der Linken, vor allem die Vereinigte Partei der Kommunisten Haitis. Außerdem gibt es noch andere Tendenzen, die sich vor allem im Exil wiederfinden lassen.

FRAGE: Wie äußert sich diese Opposition?

G. PIERRE-CHARLES: Der Kampf äußert sich nicht nur in einer enormen organisatorischen Anstrengung, sondern auch in einer ideologischen Bewegung. In den letzten Jahren hat es eine große Diskussion gegeben, eine Diskussion, die sich auf Themenkreise wie die Präsidentschaft auf Lebenszeit konzentriert, einen Knotenpunkt der heutigen Diskussion, die Notwendigkeit allgemeiner Wahlen und die persönlichen Freiheiten.

(Quelle: Presenica Universitaria, Honduras, No. 49/Januar 1979)



Eine Chance für Nicaragua

Wir wenden uns mit dieser Information an die Menschen Europas, die Regierungen, politischen Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften.

Während vieler Jahre haben militärische und faschistische Regime Schweigen und Passivität der öffentlichen Meinung dazu genutzt, an der Macht zu bleiben.

Im Fall Nicaragua wuchs so eine der grausamsten Diktaturen in der Geschichte der Menschheit.

Die Unmenschlichkeit der Somoza-Diktatur, die Städte bombardieren ließ und die systematische Ausrottung der Bevölkerung verschuldete, sprengt die Grenzen menschlichen Vorstellungsvermögens.

Gegen Terror und Völkermord hat sich das nicaraguanische Volk erhoben, um sich auf die einzige Weise zu wehren, die ihm geblieben ist: mit dem bewaffneten Kampf.

Dies Volk hat das unveräußerliche Recht, seinen eigenen Weg zu suchen und eine Gesellschaft zu schaffen, in der Gerechtigkeit, Demokratie und

Respektierung der persönlichen Rechte Grundelemente sind.

Die Verwirklichung dieser Menschenrechte ist in diesen Tagen das Ziel der Nicaraguaner und seiner Avantgarde, der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN. Aber heute, wie in allen Zeiten der Geschichte dieses Volkes, droht die ausländische Intervention. Es geht dabei um das Überleben fremder wirtschaftlicher und geopolitischer Interessen, die nicht die Interessen der Nicaraguaner sind. Unsere Sorge ist, daß der Sehnsucht nach Freiheit mit Waffengewalt ein Ende bereitet werden soll.

Die Nicaraguaner suchen eine unabhängige, politische Alternative: sie wollen Selbstbestimmung.

Die europäischen Völker, die ebenso eine Geschichte der Unterdrückung und Diktaturen kennen, die ebenso die Erfahrungen des Faschismus gemacht haben, sollten Solidarität als ihre Verantwortung akzeptieren und den Kampf der Nicaraguaner aktiv unterstützen.

Darum bitten wir um politische und wirtschaftliche Isolierung der Diktatur Somozas, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dieser Regierung, die Terror zur täglichen Praxis gemacht hat. Darum bitten wir um wirtschaftliche und politische Hilfe für den Widerstand und die achtzig Solidaritäts-Gruppen, die in Europa für die Herstellung von Demokratie und Gerechtigkeit in Nicaragua kämpfen. Viele Regierungen Europas haben militärisch und wirtschaftlich zur Stabilisierung dieser Diktatur beigetragen. Jetzt ist es Zeit, daß die Menschen Europas mit wirkungsvoller Hilfe ihre Solidarität für jene beweisen, die die leidenden Opfer sind.

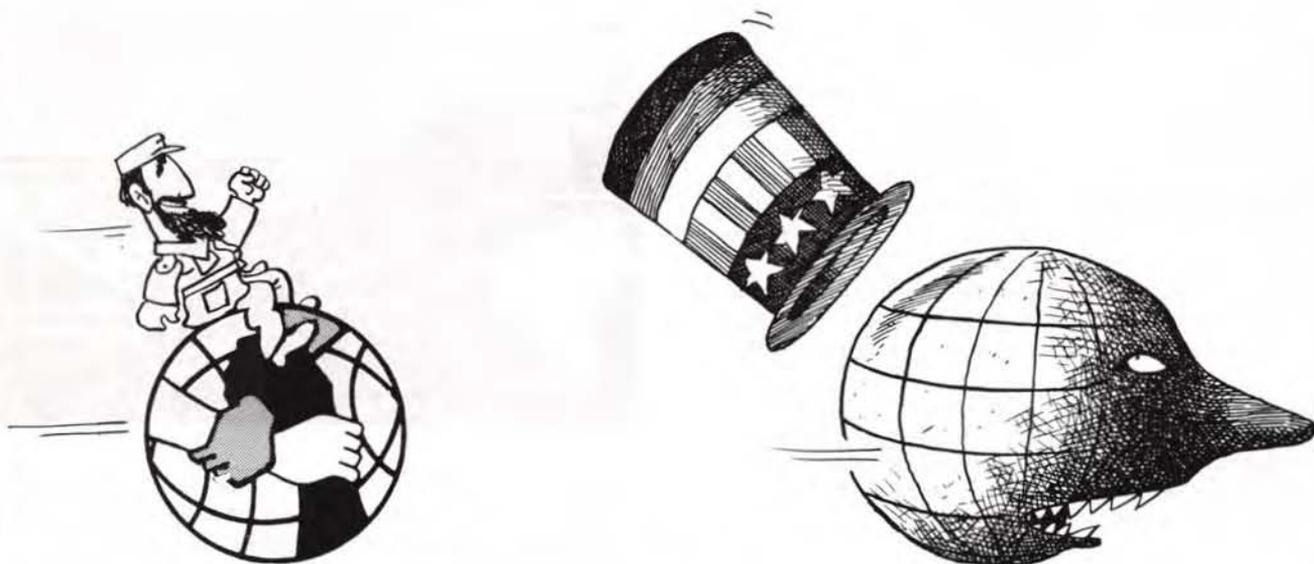
Das Volk von Nicaragua braucht Freunde. Es braucht Ihre Hilfe. Wir glauben, daß die Nicaraguaner beides in Europa finden werden.

Sekretariat der europäischen Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Nicaragua.

Büro Nicaragua
c/o Angelika Pappé
Ravensberger Straße 149
D 5600 Wuppertal 1

AIB

Das AIB -
konsequent antiimperialistisch,
parteiisch für die Befreiungsbewegungen



Das AIB, die antiimperialistische Zeitschrift zu den Fragen der Dritten Welt,

- bringt monatlich Analysen, Berichte, Einschätzungen zu den Brennpunkten in Afrika, Asien und Lateinamerika,
- gibt als einzige Zeitschrift in der Bundesrepublik der Dokumentierung von Erklärungen und Selbstdarstellungen der Befreiungsbewegungen breiten Raum,
- behandelt Themen wie Entwicklungshilfepolitik, imperialistische Strategie, Neokolonialismus, multinationale Konzerne, Rohstofffragen, Arbeiterbewegung, Faschismus etc.
- informiert über die nationale und internationale Solidaritätsbewegung zu Chile, dem südlichen Afrika u. a. m.

Ich abonniere das AIB ab sofort/ab Nr. . . . bis auf Widerruf für mindestens 1 Jahr.

Kündigungen nur zum Jahresende bis 20. November.

Ich bestelle AIB-Nr. _____

Ich bestelle AIB-Sonderdrucke zu Südafrika, Kuba *

Ich bestelle die AIB-Wandzeitung(en) zu Südafrika, Namibia, Zimbabwe*

Ich bitte um Probeexemplare, Kataloge*

Senden Sie Probeexemplare auch an:

Ich möchte ein Geschenkabonnement für 1 Jahr für: _____

(* bitte ankreuzen und unterstreichen)

(Name)

(Anschrift)

(Datum/Unterschrift)

Im Jahresabonnement kostet das AIB 20,— DM inklusive Porto, das Einzelheft 2,— DM und das Doppelheft 3,50 DM zuzüglich Porto; Wandzeitungen 1,80 DM und 1,— DM (zu Namibia). Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

Anschrift: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1; Telefon (06421) 2 46 72. Konto: Weltkreisverlags GmbH, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Willi Israel

Das Regime zeigt Schwäche

Eine neue vom faschistischen Regime in Uruguay ausgelöste Terrorwelle brachte seit Mitte Januar d.J. mehr als 350 Antifaschisten in die Kerker des Regimes. Wie immer sind die inhaftierten Patrioten in speziell für Folterzwecke eingerichteten Zentren und Kasernen von der Umwelt isoliert und wochen- und monatelang den unmenschlichsten Quälereien ausgesetzt. In vielen Fällen werden die Verhaftungen einfach geleugnet, was oft bedeutet, daß die Schergen Zeit gewinnen wollen und die Gefangenen foltern, um aus ihnen Aussagen herauszupressen. Unter den Inhaftierten befinden sich standhafte Patrioten, Gewerkschaftsfunktionäre, Mitglieder der Volksbewegung Frente Amplio (Breite Front), der KP Uruguays und des Kommunistischen Jugendverbandes, deren Leben in großer Gefahr schwebt.

Drei Monate nach dem Einsetzen der Terrorwelle hat die Diktatur im Mai d.J. in allen Massenmedien mitgeteilt, daß 48 führende Mitglieder der KP Uruguays, die als „illegales“ Netz der Ende November 1973 von der Diktatur aufgelösten Partei bezeichnet wurden, verhaftet worden sind.

In den „Folterhöhlen“ der Militärs

Bereits im Februar 1979 hat die KPU in Montevideo diese Repressalien scharf verurteilt. „Viele der Verhafteten wurden entführt. Ihre Angehörigen wissen nicht, wo sie festgehalten werden. Mit Sicherheit wissen wir, daß sich viele von ihnen in den ‚Folterhöhlen‘ der uruguayischen Streitkräfte befinden“, wird in der Erklärung betont.

Die KPU charakterisiert diesen neuen Angriff auf die demokratischen Freiheiten und Bürgerrechte als Teil eines niederträchtigen Plans, um die immer stärker anwachsende Opposition und Massenmobilisierung aufzuhalten. Auch der ständig zunehmende Widerstand gegen die faschistische Barbarei, die sich in den



mehr als 6000 politischen Gefangenen und den grausamen Folterpraktiken der Diktatur ausdrückt, hat die inneren Widersprüche und die Schwäche des Regimes verdeutlicht.

Sechs Jahre nach Errichtung der Diktatur kann festgestellt werden, daß keine politische Kraft des Landes für die Kollaboration mit dem Faschismus gewonnen worden ist. So hat die Nationalpartei (Konservative Blancos; d.Red.), eine der beiden sog. „großen traditionellen“ Parteien vor kurzem erklärt, daß als „erstes zu erreichen sei, daß die politischen Parteien normal, öffentlich und regelmäßig arbeiten können“. Die Nationalpartei hat die Absicht der Diktatur verurteilt, den politischen Parteien Vorschriften aufzuerlegen und 1981 „Wahlen“ unter der Beteiligung der beiden sog. traditionellen Parteien (neben den Blancos sind dies die liberalen Colorados; d.Red.) durchzuführen, womit die Tätigkeit der anderen Parteien weiter verboten bleiben soll.

Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung ist von Jahr zu Jahr

Weltfriedensrat Amnestie für Uruguay!

Angesichts der Tatsache, daß

- die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Uruguay fortgesetzt werden, wie von Gewerkschaften, von Organisationen des Kultur-, Bildungs- und religiösen Bereichs sowie politischen und internationalen Organisationen bestätigt wird, und daß dies die Empörung der öffentlichen Meinung der ganzen Welt hervorruft;
- zahlreiche politische Gefangene und Gewerkschafter eingekerkert sind (jeder 400. Einwohner des Landes) und zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurden (bis zu 40 Jahren), die noch durch eine ungewöhnliche Maßnahme verschärft werden, nämlich dadurch daß die Regierung sie für die Kosten ihrer Gefängnishaft bezahlen läßt;
- ständig Folterungen und systematische, ausgedehnte Quälereien stattfinden, denen die Gefangenen — Männer wie Frauen jeden Alters — unterzogen werden, und dies in Gefängnissen, die nur den Namen Konzentrationslager und Hölle auf Erden verdienen;
- mehr als 100 Personen verschwunden sind, nachdem sie von der Polizei und paramilitärischen Kräften im In- und Ausland verschleppt wurden, darunter 5 Kinder, die zum Zeitpunkt der Verschleppung nur 5 Jahre alt waren;
- die politischen Rechte von 15 000 Bürgern aus allen politischen Parteien des Landes suspendiert wurden;
- schwarze Listen zusammengestellt wurden mit dem Zweck, Angehörigen akademischer Berufe die Ausübung ihres Berufes zu verwei-

gern, Arbeiter, Angestellte, Lehrer und Professoren zu entlassen und bestimmten Personen den Zugang zu Bildungseinrichtungen zu verweigern;

- der Anteil der Emigranten und Exilierten sehr hoch ist, nämlich 20 % der Gesamtbevölkerung, und
- all diese Unterdrückung und Gewaltanwendung dazu geführt hat, daß hunderttausende Uruguayer außerhalb des Gesetzes gestellt, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Mitleidenschaft gezogen wurden, und in dieser völlig schiffbrüchigen Gesellschaft ein Zustand kollektiver Angst herrscht, ruft der Weltfriedensrat alle demokratischen Kräfte in der ganzen Welt auf, ihre Unterstützung und Solidarität mit dem Volk Uruguays zum Ausdruck zu bringen und die völlige Respektierung der Menschenrechte zu fordern, insbesondere eine **vollständige Amnestie**, und
- die Freilassung der politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen und die Rückkehr aller Verschleppten;
- Schluß mit der politischen Unterdrückung, Gewährung des Rechts auf volle demokratische Mitwirkung am nationalen Leben;
- Rückkehr aller im Exil Lebenden.

(Quelle: In the name of life: Stop the Arms Race. Special Session of the World Peace Council, Berlin, February 2-5, 1979, Helsinki 1979, S. 51-52)

schlechter geworden. Obwohl die Militärs erklärten, sie wollten die Inflation beenden, waren zum Abschluß des vergangenen Jahres mehr als 50 % Preissteigerung und ein Währungsverfall von fast 17 % zu verzeichnen. In den ersten drei Monaten dieses Jahres erreichte die Inflation mehr als 11 %. Die Arbeitslosigkeit wird mit 13 % angegeben, obwohl mehr als 1/2 Mio. Uruguayer im Ausland leben. Die Diktatur hat allen Bereichen des Lebens Uruguays geschadet, wenn man von einer kleinen mit dem Imperialismus liierten Gruppe von Großgrundbesitzern und Industriellen absieht.

Die in Uruguay regierenden Militärs haben alle bewährten Formen des demokratischen Lebens des Landes attackiert, stellte



Uruguayische Folterszene: Eine gefesselte Hochschwangere kurz vor dem Eintauchen in einen Bottich mit Fäkalien und Urin

der 1. Sekretär des ZK der KPU, Rodney Arismendi, vor kurzem fest. Das beschränkt sich nicht auf die Schließung des Parlamentes, das Verbot der Parteien, die Illegalisierung, die Re-

pression, die Lahmlegung der Presse, sondern erfaßt auch die Justiz. Jedes Verfahren, das als politisches bezeichnet wird, wird an die Militärjustiz übergeben. Auch die Kirche wird vom Regime angegriffen und der Subversion beschuldigt.

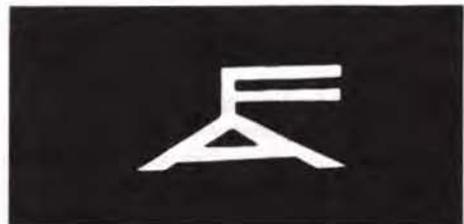
Diese innere Situation, die immer stärker werdende Krise und der zunehmende Protest des Volkes, fließt zusammen mit der heftigen internationalen Verurteilung des faschistischen Regimes.

Forderung uneingeschränkte Amnestie

Nur so ist die neue Terrorwelle zu erklären. Die reaktionären Militärs versuchen, die Widersprüche mit verstärkter Verfolgung besonders der Repräsentanten der Arbeiterbewegung zu lösen. Deshalb gilt es heute mehr denn je, die weltweite Solidarität mit den uruguayischen Patrioten zu stärken (siehe auch Erklärungen der Frente Amplio und des Weltfriedensrates). Das Leben von Leon Lev, Tomás Rivero, Adolfo Drescher, Juan Diakaki, Juan Santini und aller Opfer der neuen Terrorwelle muß durch noch stärkere Solidaritätsaktionen gerettet werden. Aber auch die Freiheit des Präsidenten der Frente Amplio, General Liber Seregni, der ehemaligen Abgeordneten Jaime Perez, José Luis Massera, Héctor Rodriguez und Alberto Altesor, sowie der Gewerkschaftsfunktionäre Gerardo Cuesta, Wladimir Turiansky, Rosario Pietrarroia und vieler anderer und aller 6000 Eingekerkerten muß erkämpft werden.

Die in vielen Ländern bereits begonnene Kampagne für eine uneingeschränkte Amnestie für alle von der Diktatur verfolgten Menschen bedeutet Freilassung der Gefangenen, Annullierung der willkürlichen Beraubung der Bürgerrechte von mehr als 10000 Menschen und Rückkehr der im Exil lebenden Uruguayer.

Deklaration der Frente Amplio Einheit für den Sturz der Diktatur



Das Koordinierungskomitee der Frente Amplio im Ausland — eine Organisation, die sich zur Aufgabe stellt, die Frente Amplio im Ausland zu vertreten, zur Solidarität beizutragen und das Regime zu entlarven und in der Parteien, Persönlichkeiten und Mitglieder der Frente Amplio im Exil vertreten sind — analysierte auf seiner Tagung im März 1979 die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in Uruguay nach fast sechs Jahren Militärdiktatur sowie die Maßnahmen, die zu ihrem Sturz beitragen können.

Das diktatorische Regime hat in der langen Zeit seiner Herrschaft die Unterdrückung immer mehr verschärft und bewiesen, daß es sich nur an der Macht halten kann, wenn es diejenigen, die im Lande selbst oder außerhalb der Grenzen das etablierte Regime bekämpfen, verfolgt, ins Gefängnis wirft, foltert oder ermordet. Die uruguayische Militärdiktatur gehört zu den repressivsten der Welt, wenn man die Anzahl der Gefangenen, Gefolterten und Verfolgten betrachtet.

Sie hat in den Jahren ihrer Herrschaft eine Emigration ohnegleichen verursacht. Um ihre Absichten leichter zu verwirklichen, hat sie die Kompetenzen der Militärgerichte bedeutend erweitert und die Unabhängigkeit der Justiz abgeschafft. Im Gegensatz zu ihrer früheren Stellung in der Hierarchie des Staates ist die Justiz nunmehr der Exekutive untergeordnet.

In all den Jahren regierte das diktatorische Regime in Uruguay völlig nach eigenem Ermessen, dennoch vermochte es nicht, auch nur eines der grundlegenden Probleme des Landes zu lösen und die soziale Grundlage zu schaffen, die von Anfang an fehlte. Trotz der harten Repression konnte es den mutigen Widerstand des uruguayischen Volkes, der weiter anhält, nicht brechen.

Eine Analyse der Situation des Landes weist folgende Ergebnisse aus:

1. Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Diktatur das Land in eine Krise gestürzt, die noch schwerwiegender ist als zum Zeitpunkt des Staatsstreiches. Das vom Faschismus unter der Losung „Stabilisierung und Öffnung“ aufgezwungene Wirtschaftsmodell ist gescheitert. Agrarproduktion und Industrie befinden sich in einer Krise. Das Regime ist bei der Förderung der sog. nichttraditionellen Exporte auf ernste Schwierigkeiten gestoßen, obwohl es zu diesem Zeitpunkt den Reallohn stark herabgesetzt hatte.

Dem Regime ist es noch nicht einmal gelungen, für das Auslandskapital — auf das es so gebaut hatte, um aus der wirtschaftlichen Stagnation herauszukommen — attraktiv zu werden. Die Auslandsschulden sind gestiegen, und die künftigen Generationen werden mit Schulden belastet sein, die doppelt so

hoch sind wie Mitte 1973. Obwohl das diktatorische Regime die große Mehrheit der Bevölkerung auf einem äußerst niedrigen Lebensniveau hält, steigt die Inflation stark an.

2. Auf sozialem Gebiet hat die Militärdiktatur — die die Gewerkschaften auf brutale Weise unterdrückt — einen deutlichen Rückgang im Lebensniveau der Bevölkerung verursacht. Sie bewirkte die Emigration von Hunderttausenden von Menschen und veränderte die Struktur der uruguayischen Gesellschaft, indem sie einen Teil der Bevölkerung ins Elend stürzte und die Verarmung der Mittelschichten herbeiführte. Einige konkrete Angaben — viele davon wurden offiziellen Statistiken entnommen — beweisen das:

2.1. Seit 1970 sind 20 % der Bevölkerung ausgewandert, weil sie im Ausland Sicherheit — die im Lande aufgrund der politischen Verfolgung durch das Regime nicht mehr gewährleistet war — oder Arbeit suchten, um den Mindestunterhalt für die Familie zu sichern.

2.2. Trotz dieser überaus starken Abwanderung ist die Arbeitslosigkeit in bedeutendem Maß gestiegen, sie betrifft 13 % der arbeitenden Bevölkerung.

2.3. Die Einkommen der Bevölkerung sind enorm gesunken. Zu dieser Tatsache, daß sich der Anteil der Lohnabhängigen am Nationaleinkommen verringert hat, was sich im Absinken des Reallohnes auf 51 % des Wertes von 1971 äußert, kommt eine regelrechte Zerstörung des Sozialversicherungswesens und infolgedessen ein Absinken der Renten und Pensionen auf ein verschwindend geringes Niveau.

2.4. Das Niveau der Sozialfürsorge ist gesunken. Dies äußert sich in einer eindeutigen Verschlechterung der sozialen Bedingungen der Volksmassen.

2.5. Immer weniger Schüler können eine Grundschule besuchen. Dadurch erhöht sich die Zahl der Analphabeten, und der Prozentsatz der Schüler und Studenten an Mittel-, Fach- und Hochschulen verringert sich drastisch.

3. Auf politischem Gebiet spricht die Militärdiktatur zwar von „Öffnung“ oder „Institutionalisierung“. Sie betreibt jedoch weiterhin die härteste Unterdrückung. Ihr fehlt jegliche soziale Grundlage, weil sie von den politischen Parteien, der Kirche und den übrigen gesellschaftlichen Kräften nicht unterstützt wird.

Insbesondere stellt die Tagung fest:

3.1. Die Repression ist unvermindert stark. Die Gefangenen, Verschleppten und Geiseln werden weiterhin grausam gefoltert. In letzter Zeit sind viele Personen infolge von Polizeimaßnahmen innerhalb des Landes bzw. der Kollaboration zwischen den Sicherheitskräften Argentiniens, Brasiliens und Uruguays verschwunden.

3.2. Die angeblichen Veränderungen, von denen die Militärdiktatur sprach, als sie den Beginn der systematischen „Institutionalisierung“ verkündete, sind ein Vorwand, den das Regime benutzt, um sich noch 1981 mit einem Image der Erneuerung zu schmücken. Aus diesem Grund sollen Wahlen, die allerdings ständig aufgeschoben werden, stattfinden, bei denen nur ein einziger Kandidat aufgestellt wird, der noch dazu von den Streitkräften ernannt wird. Dieser Kandidat wurde formal von zwei politischen Gremien vorgeschlagen, die jedoch von der Militärdiktatur beherrscht werden, und auf die man völlig zu Unrecht Namen und Traditionen der Colorado-Partei und der Blanco-Partei übertragen will.

3.3. Die erste Maßnahme bei dieser „Institutionalisierung“, die die Militärdiktatur realisieren will, ist der „Entwurf für die Statuten der politischen Parteien“, mit denen ihre Tätigkeit bei den „Wahlen“ von 1981 geregelt werden soll. Für diese Wahlen wird man die Mehrheit der Parteien weiterhin für illegal erklären und die politischen Rechte von mehr als 15 000 Parteiangehörigen unterdrücken, und zwar einzig und allein deshalb, weil jene zu den Nationalwahlen von 1966 und 1971 kandidiert hatten.

3.4. Trotz der brutalen Unterdrückung gelingt es nicht, den Widerstand im Lande zu ersticken. Die Volksmassen und ihre Organisationen kämpfen heldenhaft gegen das Regime, das es

nicht vermochte, irgendeine Unterstützung für seine Militärdiktatur zu finden.

3.5. Zu dieser Isolierung der Militärdiktatur im Innern kommt ihre völlige Isolierung im internationalen Maßstab. Sie wird lediglich vom Imperialismus und den übrigen Diktaturen in Lateinamerika sowie dem südafrikanischen Apartheid-Regime unterstützt. Die Solidarität aller demokratischen Kräfte in der Welt ist eine äußerst wertvolle Hilfe für den Kampf des uruguayischen Volkes gegen die Militärdiktatur.

3.6. Das Regime ist zum Untergang verurteilt. Seine innen- und außenpolitische Isolierung führt unweigerlich dazu, zumal es auch keine positiven Alternativen oder Lösungen anzubieten hat. Es ist innerlich schwach und stützt sich nur auf die Gewalt. Es war noch nicht einmal in der Lage, die Streitkräfte um eine Doktrin und einen Mann zu scharen, den sie unterstützen sollten, und täglich nehmen die Kämpfe im Inneren zu. Wenn es auch blind an seiner unbeweglichen Politik der „Institutionalisierung“ festhält, so zeigen diese Tatsachen im Zusammenhang mit der Öffnung, zu der — wenn auch in begrenztem Umfang — die Realisierung der „Institutionalisierung“ notgedrungen führen wird, jedoch Risse in seiner Politik der Unbeweglichkeit auf, die sein Ende beschleunigen werden.

3.7. Doch dieses Regime wird nicht von allein zusammenbrechen. Der Zeitpunkt seines Sturzes hängt in zunehmendem Maße von der Einheit, der Initiative und dem Kampfgeist der Volkskräfte in ihrem Kampf gegen das Regime ab.

Zu all diesen Problemen wurde auf der Tagung erklärt:

Der Wiederaufbau des Landes und die Wiederherstellung der allgemeinen Freiheiten machen den Sturz der Diktatur erforderlich, der wiederum nur durch die Mitwirkung aller Demokraten Uruguays, einschließlich der politischen Gefangenen und der Menschen, die das Land verlassen mußten, möglich ist.

In diesem Zusammenhang gelangten die Teilnehmer der Tagung zu der Ansicht:

1. Daß der fortschreitende Prozeß, der zum Sturz der Diktatur führen wird, auf der Einheit und Geschlossenheit aller Oppositionsparteien — der Frente Amplio, der anderen linksgerichteten Kreise, der traditionellen Blanco- und Colorado-Parteien und aller sozialen Kräfte, die gegen die Diktatur sind — unter Ausschaltung jeglichen Sektierertums beruht, sowie darauf, daß die Aktion auf Grundprinzipien beruht, die uns, abgesehen von gelegentlichen oder prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zur Verwirklichung des gemeinsamen Ziels — Sturz der Diktatur — vereinen müssen.

2. Daß es unbedingt notwendig ist, weiterhin für die Menschenrechte, die grundlegenden demokratischen Freiheiten, die Freilassung aller politischen Gefangenen zu kämpfen sowie eine Volksbefragung durchzuführen und diejenigen erforderlichen ökonomischen Maßnahmen zu ergreifen, die der dramatischen Verschlechterung des Lebensniveaus der Bevölkerung ein Ende setzen können.

3. Daß wir die weltweit erhobene Forderung nach Generalamnestie als ein grundlegendes Ziel betrachten müssen, und zwar als unmittelbaren Schritt, der uns die Tore zur Zukunft öffnen wird.

Die Frente Amplio ruft alle solidarischen Kräfte auf, die Anstrengungen darauf zu konzentrieren, die Freilassung des Präsidenten der Frente Amplio, General Liber Seregni, zu fordern, dieses großen Patrioten, dessen Entschlossenheit und Würde den Kampf aller Uruguayer inspiriert, und die Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen und Gewerkschafter zu intensivieren.

(Quelle: Desde Uruguay, Edición Europea, Nr. 9/Mai 1979)

Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion
(AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1),
nicht bei der Post, bekanntgeben!

Erklärung argentinischer Parteien

Aus Anlaß des 3. Jahrestages des rechten Militärputsches in Argentinien einigten sich Ende März d. J. die bedeutendsten demokratischen Parteien auf ein gemeinsames Dokument, das auf eine demokratische Öffnung zielt. Von den im Dokument formulierten Kernforderungen rückte im April/Mai d. J. die Gewerkschaftsfrage in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Obwohl Präsident Jorge R. Videla am 1. Mai ankündigte, das „Gewerkschaftsproblem einer vernünftigen Lösung zuzuführen, deutet die Regierungspraxis nicht auf die Bereitschaft zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Freiheiten hin. Schon am 27. April hatte das Regime die Ausrufung eines 24-stündigen Generalstreiks mit der Verhaftung von über 20 Gewerkschaftsführern beantwortet. Im Widerspruch zu der Botschaft Videlas steht auch die Vorlage von zwei weiteren gewerkschaftsfeindlichen Sondergesetzen (über die Berufsverbände bzw. Sozialwerke) noch im Mai d. J. Mit diesen Entwürfen sucht man die Vereinheitlichung der Gewerkschaftsverbände zu blockieren und die Arbeiterorganisationen ihrer sozialen Einrichtungen zu berauben. Fast alle Gewerkschaften haben dagegen an das Videla-Regime die Minimalforderungen gerichtet: Lohnerhöhungen als Inflationsausgleich (Inflationsrate 1978: 175 %), unverzügliche Wiederzulassung nationaler Gewerkschaften, Schaffung einer einheitlichen Dachorganisation und Auskunft über das Verbleiben der verschwundenen Gewerkschafter. An der Einlösung der übereinstimmenden Forderungen der Gewerkschaften und der sechs Parteien sind die Demokratieversprechungen des argentinischen Präsidenten zu messen.

Als Staatsbürger verschiedener Denkströmungen wenden wir uns an die öffentliche Meinung, um die volle Gültigkeit des im November 1978 von uns beschlossenen Dokuments zu bekräftigen, in dem wir unseren kollektiven Beitrag zur nationalen Befriedung und zur Zukunft formuliert haben, die wir alle für unser Land erstreben.

Die seitdem verfllossene Zeit und die Ankündigung, daß derjenige, der das Amt des Präsidenten der Republik ausübt, sich anläßlich des dritten Jahrestages der Bildung der Militärregierung an das Volk wenden wird, machen diesen Beitrag notwendig, um die (im November 1978 erhobenen; d. Red.) Forderungen zu bekräftigen und die politischen, ökonomischen und sozialen Bestrebungen des argentinischen Volkes zu unterstreichen.

Das Land ist in den letzten Tagen von zwei Fakten überrascht worden, die eine Richtigstellung durch den Präsidenten der Nation dringend erforderlich machen. Erstens ist ein Repräsentant des ausländischen Wirtschafts- und Finanzkapitals, der sich als Beobachter unserer Ökonomie bezeichnet, ins Land gebracht worden, um einem rezessiven, inflationistischen Plan des nationalen Ausverkaufs seinen Segen zu geben, gegen den sich die Vertreter fast aller Bereiche ausgesprochen haben. Zweitens werden die Bürger von einem hohen Regierungsamt aus unter politische Vormundschaft gestellt und damit in eine unzulässige, untergeordnete Rolle gedrängt — und das in einem Augenblick, da behauptet wird, daß es einen politischen Demokratisierungsprozeß geben wird, „... sobald sich die Mentalität des argentinischen Volkes ändert . . .“. Das ist Ausdruck des reinen Totalitarismus und in einem demokratischen Land unzulässig.

Diese beiden Gesichtspunkte, der ökonomische und der politi-

sche, machen es drei Jahre nach der Machtergreifung durch die bewaffneten Kräfte dringend notwendig, daß die Botschaft der Exekutivgewalt und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen eine richtige Orientierung erhalten. Um der Entwicklung Argentiniens zu nutzen, müßte diese Botschaft folgende Punkte enthalten:

- a) einen Modifizierungsvorschlag für den geltenden Wirtschaftsplan, der gegenwärtig die Wirtschaft zerstört, indem er sie den ausländischen Monopolen ausliefert und gleichzeitig das Volk immer mehr verarmen läßt, weil er die geringen Einkommen schmälert und die Lebensbedingungen verschlechtert;
- b) eine Mitteilung über die Reaktivierung der politischen Parteien, deren wesentliche Rolle bei der Wiederherstellung der Demokratie in allen Bereichen wiederholt anerkannt wurde, sowie über die Gültigkeit des Gesetzes über die Berufsverbände, das die organisierte Normalisierung der nationalen Arbeiterbewegung gewährleistet;
- c) einen konkreten Aktionsplan der Regierung, der die effektive Öffnung (zur Demokratie; d. Red.) und den politischen Dialog in Gang setzt, was die Diskussion über die Vorschläge der Militärregierung in allen Bereichen des nationalen Lebens gestattet und es im Bestreben, die Entwicklung Argentiniens in demokratische Bahnen zu lenken, ermöglichen würde, konstruktive Veränderungen vorzunehmen;
- d) eine präzise Antwort auf die Situation
 - der ohne Grund Verhafteten;
 - der Verhafteten, deren Motive eine solche Freiheitsberaubung nicht rechtfertigen;
 - der aus politischen Motiven Verhafteten, welche ebensowenig geeignet sind, eine restriktive Maßnahme gegen ein Verfassungsrecht zu begründen.

Das Resultat einer solchen Analyse muß dazu führen, daß entweder die Freilassung angeordnet wird oder die besagten Verhafteten den zuständigen Richtern überstellt werden — all das vorbehaltlich einer ernsthaften, verantwortungsvollen, offiziellen Erklärung gegenüber dem Volk über das schwerwiegende Problem der zahlreichen Verschwundenen und über die volle Gültigkeit der Unabhängigkeit der Justiz und ihrer Respektierung.

Das Volk erwartet und verlangt, daß man seine Forderungen anhört. Es gibt keine stabile Regierung ohne eine starke und erneuerte Demokratie, ohne eine Beteiligung des Volkes, wie es auch keine Demokratie gibt ohne die freie und vollständige Ausübung der Souveränität des Volkes und der Respektierung der Gesetze und Personen. Und hier ist es angebracht den Ausspruch des Heiligen Vaters in seiner letzten Enzyklika „Die Souveränität ist im Volke verankert und nicht in den autoritären Regierungen“ in Erinnerung zu bringen.

Deolindo Felipe Bittel, Justizialistische Partei (Peronisten)
Vicente Solano Lima, Konservative Volkspartei
Oscar Allende, Intransigente Partei
Fernando Nadra, Kommunistische Partei
Victor Garcia Costa, Sozialistische Volkspartei
Simón Alberto Lázara, Sozialistische Einheitspartei
Buenos Aires, 29. März 1979

(Quelle: Clarin, Buenos Aires, 29. 3. 1979)

Iván Ljubetić Der 1. Mai 1979 in Chile



Mehr als 2000 Antifaschisten nahmen an dieser Demonstration zum 1. Mai in Santiago teil

Der 1. Mai 1979 setzte in Chile einen historischen Meilenstein. „Man kann sagen“, wie die Kommunistische Partei Chiles erklärt, „daß wir uns in einer Grenzperiode befinden zwischen der langen Etappe, in der das Volk mühevoll seine Rechte gegen die terroristische Offensive der Tyrannei verteidigte und einer neuen Phase, in der es selber in die Offensive geht.“¹

Am 4. April 1979 reichten vier der fünf großen existierenden chilenischen Gewerkschaftsorganisationen die Nationale Gewerkschaftskoordination (CNS), die Einheitsfront der Werktätigen (FUT), die Gruppe der 10 und die Konföderation der Privatangestellten Chiles (CEPCH) —, die 90 % der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten, gemeinsam ein Gesuch ein. Es ging um die Erteilung einer Genehmigung für die Durchführung einer Kundgebung am 1. Mai in Santiago.

Nachdem über ein Woche vergangen war und keine Antwort erfolgte, gaben die Leiter der vier Gewerkschaftsorganisationen am 19. April eine Pressekonferenz, in der sie erklärten, daß mit oder ohne Genehmigung die Einheitskundgebung am 1. Mai stattfinden würde. Einen Tag darauf gab der Innenminister bekannt, daß die Kundgebung nicht genehmigt würde, da sie „eindeutig ein Ziel verfolgt, das den Rahmen der Arbeit als solche sprengt und sie zu einer politischen Aktion macht, die die Regierung nicht akzeptieren kann“.²

Ebenso wurde mit den Gesuchen verfahren, die in über 20 weiteren Städten des Landes eingereicht worden waren.

Aber die Junta beschränkte sich nicht nur darauf, die Veranstaltungen zu verbieten, sondern versuchte auch mit allen Mitteln, sie zu verhindern. Über Presse, Rundfunk und Fernsehen wurde eine Einschüchterungskampagne gestartet. Eine Woche vor dem 1. Mai verabschiedete der Diktator noch eine Gesetzesverordnung, in der harte Strafen für alle „terroristischen“ Aktionen, zu denen auch nicht genehmigte Demonstrationen gehören, vorgesehen werden.

Pinochet besuchte persönlich zahlreiche Industriebetriebe in Santiago, drohte denjenigen, die an den Kundgebungen teilnehmen würden, mit repressiven Maßnahmen, während er andererseits die Arbeiter mit neuen Versprechungen lockte. Diese Industriebesuche wurden für den Tyrannen jedoch keine leichte Aufgabe.

Im Betrieb Pizarreño beispielsweise erklärte ihm ein Gewerkschaftsführer, die Arbeiter seien unzufrieden, „weil sie in keiner Weise an der Ausarbeitung der Gesetze, die sie betreffen,

beteiligt wurden . . . Das ist nicht gerecht, denn wir sind es, die die Hauptlast einer freien Marktwirtschaft, die uns nicht begünstigt, zu tragen hatten.“ Empört schrie Pinochet ihn an: „Ich regiere gemeinsam mit niemanden. Dies ist eine autoritäre Regierung“. Dann fügte er noch, völlig aus dem Konzept gebracht hinzu: „Das ist alles“, und verließ den Betrieb.³

Die Junta verweigerte auch den Vertretern ausländischer Gewerkschaften, die von ihren chilenischen Kollegen eingeladen worden waren, die Einreise nach Chile. Nur 8 von ihnen war es möglich, nach Santiago zu kommen.

Doch nichts konnte verhindern, daß in 24 Städten in Chile Tausende und Abertausende von Arbeitern auf die Straße gingen, um den Internationalen Tag der Arbeiter würdig zu feiern. Im Vorjahr hatte es nur eine Kundgebung in Santiago gegeben.

Neben der Einheit und Kampfkraft bewiesen die Demonstranten auch eine beispielhafte Organisiertheit. In Santiago fanden mehrere Kundgebungen gleichzeitig statt, was die Repressionskräfte anfangs überraschte und verwirrte. Bemerkenswert war in diesem Jahr auch, daß sehr viele Studenten, Arbeitslose, Hausfrauen und Intellektuelle Seite an Seite mit den Arbeitern an den Maikundgebungen teilnahmen.

Größte Manifestationen seit dem Putsch

Die Beauftragte für Internationale Beziehungen der Organisation Frankreich-Lateinamerika, Madame Manserd Bernard, die am 1. Mai in Santiago war, berichtete anschließend auf einer Pressekonferenz in Paris über ihre persönlichen Erfahrungen an diesem Tag: „Sehr früh am Morgen konnte ich bereits feststellen, daß dieser 1. Mai ein besonderer Tag war. Man sah ein beeindruckendes Polizeiaufgebot . . . Wie Tausende anderer Menschen ging ich die Straße Huerfanos entlang zur Basilika El Salvador. Je weiter wir kamen, um so mehr Arbeiter füllten die Straße. Ich sah, daß die Basilika praktisch von einer Polizeikette abgeriegelt war und konnte die Provokationen der Polizei gegen die Demonstranten beobachten. Dort sah ich die ersten Verhaftungen. Aber da trotz allem die Demonstranten weitergingen und von allen Straßen aus zur Kirche drängten, begann die Polizei plötzlich mit feiger Gewalt ihre Aggression . . . In dem Moment konnte ich die Kampfbereitschaft der Arbeiter feststellen. Sie wichen nicht zurück. Laute Rufe erschollen: Freiheit! Mörder! Lonquén! . . . Die Polizei stürmte die Tore der Basilika, um innen zu provozieren, anzugreifen und die, die dort Zuflucht gesucht hatten, zu verhaften“.⁴

Diese Szene wiederholte sich an vielen Orten in Santiago und im ganzen Land. Überall wurden Tausende von Flugblättern verteilt, auf denen man lesen konnte: „1. Mai: Ohne Einheit gibt es keine Befreiung“, „Nur vereint werden wir die Geschichte schmieden“, „Arbeiter: Vereint sind wir eine befreiende Kraft“.

Neben der Einheit, Kampfkraft und Organisiertheit bewiesen die Arbeiter auch eine klare politische Haltung. Die vier Gewerkschaftsorganisationen, die zu den Kundgebungen aufgerufen hatten, gaben am 1. Mai ein Dokument mit dem Titel „Die Werktätigen im heutigen Chile“ heraus, in dem sie erklärten, daß sie den 1. Mai zum Anlaß nehmen, um den Streitkräften achtungsvoll zu sagen, „daß sie schon ihre Chance hatten und daß es Zeit ist, daß sie in ihre Kasernen zurückkehren. Am 11. September 1979 werden sie sechs Jahre an der Macht sein und

da ist es Zeit, daß sie die Macht einer provisorischen Regierung übergeben, die das Land auf geregelten Bahnen zur Demokratie führt“.⁵

Das Ergebnis der Repression waren zahlreiche Verletzte und Hunderte von Verhafteten (u. a. 365 in Santiago, 40 in Valparaiso). Wie das katholische Informationsbulletin Solidaridad bemerkt, hält damit Chile den Weltrekord an Verhafteten: „Von 500 Menschen, die am Tag der Arbeit auf der ganzen Welt verhaftet wurden, entfallen 365 auf unser Land. 73 % der Weltziffer waren unser Beitrag“.⁶ Und dabei sind nur die in Santiago stattgefundenen Verhaftungen berücksichtigt . . .

Die Angehörigen der Verhafteten bildeten sofort ein Komitee, das die Unterstützung demokratischer Juristen und zahlreicher sozialer Organisationen erhielt. Hunderte von Rechtsschutzangaben wurden eingereicht, Hungerstreiks fanden statt, an den Universitäten wurden Streiks organisiert, aus dem Ausland trafen unzählige Telegramme ein. Alles mit der Forderung nach sofortiger Freilassung der Verhafteten.

Der nationale und internationale Druck tat seine Wirkung. Am Abend des 4. Mai wurden die ersten 22 Gefangenen freigelassen. Dies gab Anlaß zu neuen Kampf demonstrationen. „Die 22 Freigelassenen verließen das Gerichtsgebäude mit erhobener Faust und sangen die Hymne an die Freude (diese Hymne wurde nach dem Putsch in allen Gefängnissen und Konzentrationslagern gesungen als Ausdruck dafür, daß man sich nicht unterkriegen lassen würde, d. Verf.). Hunderte von Menschen, die sie draußen erwarteten, empfingen sie mit Applaus und den Rufen Freiheit!, Freiheit!“.⁷

Diese Szene wiederholte sich mehrmals. Der beauftragte Richter ließ alle von ihm Verhörten frei. Nur 12 Kundgebungsteilnehmer, die vor das Militärgericht kamen, wurden bis Ende Mai in Haft gehalten.

Die Wut der Faschisten entlud sich gegen die Studenten, die sich mit den Verhafteten solidarisiert hatten. Der Militärrektor der Universidad de Chile wies einen Studentenfürher von der Universität und beurlaubte weitere 16. An der Katholischen Universität „wurde die Theologische Fakultät fast menschenleer. Über hundert Studenten wurden beurlaubt und kaum mehr als eine Handvoll blieb im Unterricht“.⁸

Während die Arbeiter auf den Straßen demonstrierten, fand im Regierungsgebäude Diego Portales eine Veranstaltung statt, an der Pinochet, einige Minister und — nach offiziellen Angaben — 2500 Gewerkschafter teilnahmen. Zu den Rednern gehörte der stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung der Werktätigen Chiles (UNTRACH), eine Organisation die als Folge starker interner Widersprüche in der letzten Zeit eine wechselnde Haltung einnahm. Gelegentlich trat sie gemeinsam mit den oppositionellen Gewerkschaften auf, aber dann stellte sie sich wieder, wie an diesem 1. Mai, an die Seite Pinochets. Von einer bedingungslosen Ergebnisheit wie noch vor einem Jahr kann aber nicht mehr die Rede sein. So sah sich auch der stellvertretende Vorsitzende durch den Druck der Basis gezwungen, in seiner Rede die Aufhebung der arbeiterfeindlichen Gesetzesverordnungen der Junta und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter zu fordern.

Die juntafreundliche Arbeitsfront konnte in diesem Jahr nicht an der Veranstaltung im Regierungsgebäude teilnehmen, da sie sich vor einigen Monaten selbst auflösen mußte, weil sie keinerlei Unterstützung von Seiten der Arbeiter hatte.

Die offizielle Veranstaltung war damit nur ein weiterer klarer Beweis für die wachsende Isolierung der Diktatur.

Diese Repressionsmaßnahmen schafften der Junta aber nur neue Probleme. Sie muß sich nicht nur mit dem immer stärker werdenden Widerstand der Studenten auseinandersetzen. Die Vorfälle an der Katholischen Universität haben außerdem den bisher schwerwiegendsten Konflikt zwischen der Diktatur und der Katholischen Universität ausgelöst.

Anmerkungen:

- 1) Manifiesto del Partido Comunista de Chile, Santiago, Mai 1979, verlesen im Programm Escucha Chile von Radio Moskau am 20. 5. 1979
- 2) La Tercera, Santiago, 21. 4. 1979, S. 2
- 3) La Tercera, 27. 4. 1979, S. 2
- 4) Wiedergegeben im Programm Escucha Chile von Radio Moskau am 18. 5. 1979
- 5) Zit. in Hoy, Santiago, Nr. 102, 9.—15. 5. 1979, S. 13
- 6) Solidaridad, Santiago, Nr. 69, erste Maihälfte 1979, S. 14
- 7) Radiosender Cooperativa, Santiago, 5. 5. 1979
- 8) Radiosender Cooperativa, 12. 5. 1979

Das AIB verschenken!

Liebe AIB-Abonnenten und Leser,

wenn Sie an Geburtstagen, zu Weihnachten oder zu anderen Anlässen ein nicht alltägliches Geschenk suchen, empfehlen wir Ihnen ein **AIB-Geschenkabo**.

Sie machen damit sich und dem Beschenkten eine Freude. Sie stärken damit das AIB. Und Sie können damit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung einen neuen Interessenten oder Engagierten gewinnen helfen.

Das Geschenkabo kostet 20,— DM.

Geben Sie dazu Ihre Anschrift wie die des Beschenkten an und Ihre Unterschrift.

Senden Sie diesen Abschnitt oder ein entsprechendes Anschreiben an uns ein und überweisen Sie zuvor den Abo-Betrag auf das Konto: Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund. Wir senden dann dem Beschenkten umgehend oder zum gewünschten Zeitpunkt ein Geschenkschreiben zu.

Ich verschenke ein AIB-Jahresabo ab Nr. . . . an:

(Name und Anschrift des Beschenkten)

Schenkender:

(Name und Anschrift)

(Datum)

(Unterschrift)



General Francisco Morales Bermúdez' Aufstieg zur peruanischen Präsidentschaft (29. 8. 1975) und der nachfolgende Beginn der „zweiten Phase der Revolution“ führte zu einer bedeutenden Veränderung in der politischen Kräftekonstellation innerhalb des Militärregimes, charakterisiert durch das Säubern von radikaldemokratischen Teilen im Militär. Das neue Regime hat seine Entschlossenheit gezeigt, die unter der Regierung General Velascos durchgeführten bedeutenden sozialen Reformen, zurückzurollen, eine arbeiterfeindliche Wirtschaftspolitik gemäß den Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IMF) zu realisieren. Zur gleichen Zeit sucht die Regierung, die Macht an einen Block von Parteien, angeführt von der APRA (Volksallianz), zu übergeben. Dieser Prozeß wurde von den peruanischen Massen mit Generalstreiks am 19. 7. 1977 (vgl. AIB 12/1977) und am 22./23. 9. 1977 beantwortet. Der Volksprotest äußerte sich auch in dem hohen Prozentsatz von Stimmen (ca. 30 %), den die Parteien der Linken in den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung erhielten (verglichen mit 4 % 1962). Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zeigte sich erneut im nationalen Streik vom 9./10. 1. 1979, dessen Erfolg allerdings durch brutale Unterdrückung und durch den aktiven Boykott der APRA geschmälert wurde.

Parallel vollzog sich eine Differenzierung innerhalb der Basis der militärischen Unterstützung des Regimes, begleitet von der Säuberung radikaler Offiziere aus der Regierung Ende 1975 und 1976. Sie gründeten am 12. 7. 1976 die Revolutionäre Sozialistische Partei (PSR). General Jorge Fernández Maldonado Solari, ein Offizier des Geheimdienstes der Armee, spielte eine zentrale politische Rolle sowohl während der nationaldemokratischen Periode der Militärregierung als auch während der nachfolgenden internen Konflikte unter General Morales Bermúdez. Er war einer aus der kleinen Gruppe von 9 Verschwörern, die unter Führung von General Velasco den Linksputsch vom 3. 10. 1968 organisierten. Von 1969—1975 war er Minister für Energie und Bergbau. Als designierter Ministerpräsident war er gezwungen, am 12. 7. 1976 sein Amt niederzulegen.

Das folgende Interview, das General Maldonado AIB-Mitherausgeber Erich Rudolf gewährte, beschäftigt sich mit der Friedensproblematik wie dem Verhältnis Militärs und revolutionärer Prozeß.



Jorge Fernández Maldonado Frieden durch Befreiung

AIB: Was veranlaßt einen Menschen, der seinen Beruf in der Militärkunst fand, sich an der Arbeit des Weltfriedensrates zu beteiligen?

J. F. MALDONADO: Seitdem wir in die Militärschule eintraten und während unserer beruflichen Laufbahn, bis zu einem gewissen Moment, sind unsere Ausbildung und unsere Schulung ausschließlich auf Krieg, innerhalb der klassischen konventionellen Muster ausgerichtet gewesen, ohne daß wir Gelegenheit gehabt hätten, über den streng militärischen Bereich hinauszusehen. So war ich z. B. als Leutnant, als Hauptmann geschult, hinsichtlich der Anwendung der Waffen, der Ausrüstung, des Materials, für den taktischen Gebrauch des Auftrags, der Kompanie, des Bataillons und war bereit, einen Krieg zu führen. Aber es war mir unbekannt, welche Interessen es über einen lokalen Konflikt mit einem unserer Nachbarn hinaus gab. Wir wurden für den Krieg geschult, ohne irgendwelche politischen Hinweise — weder über Innen- noch über Außenpolitik — und ohne jegliche Ausbildung bezüglich der konkreten Realität, der Realität unseres Landes.

Erweitertes Gesichtsfeld der Militärs

Aber im Laufe der Zeit, besonders in den letzten 15 Jahren, gab es in unseren Streitkräften eine Entwicklung, die zu einer Änderung führte. Die streng militärische Ausbildung, die wir in den ersten Jahren unserer Laufbahn erhielten, wurde revidiert, um das Feld unserer humanistischen Kenntnisse und über die nationale Wirklichkeit, der internationalen lateinamerikanischen Realität und der weltweiten Lage sehr stark zu erweitern.

In der Schule für Nachrichtendienst des Heeres beispielsweise, deren Leiter ich gewesen bin, haben wir Offiziere hoher Ränge

ausgebildet — Majore, Oberste — um sie als Offiziere für den strategischen Nachrichtendienst, d. h. für hohe Posten in der Regierung und in den Streitkräften vorzubereiten. Um sie als Offiziere für den strategischen Nachrichtendienst zu qualifizieren, mußten wir notwendigerweise alles behandeln, was mit strategischem Nachrichtendienst in den verschiedenen Bereichen zu tun hat: ökonomisch, politisch, sozial, geographisch, biographisch, technisch, wissenschaftlich. Das hat uns erlaubt, zuerst die Probleme unseres Landes theoretisch kennenzulernen, die natürlich ihren Platz innerhalb der lateinamerikanischen und weltweiten Realität haben.

Dabei lernten wir die Wirklichkeit unseres Landes kennen, das Drama unseres Landes, das darin bestand, daß unser Land von einer Minderheit, die die wirtschaftliche und politische Macht in Händen hielt, ausgebeutet und an ausländische Unternehmen verkauft wurde.

Dies alles war natürlich kein isoliertes Phänomen. Die rechten, reaktionären, oligarchischen Kräfte handelten nicht nur in ihrem eigenen Interesse. Diese Kräfte waren und sind immer noch einfach notwendige Elemente, die der Imperialismus — und wenn wir von Imperialismus in Lateinamerika sprechen, so gibt es nichts anderes als den US-Imperialismus — benutzte, um über diese nationalen Gruppen unser Volk in den Zustand zu versetzen, in dem wir es am 3. Oktober 1968 vorfanden.

Bei einer Gruppe von Offizieren des Heeres fand eine Änderung ihrer Haltung statt, die dazu führte, daß wir mit aller Klarheit erkannten, welche Rolle die Streitkräfte in Ländern wie dem unseren, die von der nationalen Oligarchie und dem Imperialismus unterdrückt werden, spielen. Um dieser Situation sozialer Ungerechtigkeit, Armut und Unwissenheit, die typisch für eine kapitalistisch beherrschte Gesellschaft ist, ein Ende zu bereiten, ist der Kampf um die Befreiung unseres Volkes von grundlegen-

der Bedeutung.

Ich persönlich bin überzeugt, daß die Haupttätigkeit der Streitkräfte in Lateinamerika, in Afrika und in allen Ländern der Welt, wo es imperialistische Herrschaft gibt, darin bestehen muß, am Kampf um die Befreiung unserer Völker teilzunehmen.

AIB: Könnten Sie in konkreter Form erklären, was die größte Gefahr für den Frieden in Lateinamerika ist?

J. F. MALDONADO: Ich sagte Ihnen anfangs, daß unsere Ausbildung streng auf eine militärische begrenzt war, für den Fall eines konventionellen Krieges mit irgendeinem unserer Nachbarn oder einem anderen äußeren Feind. Diese Ausbildung taugt nichts. Warum? Weil, wie unsere eigene Erfahrung zeigt, wir im Laufe unserer Geschichte mehrere Kriege durchgemacht haben und dabei Territorium, besonders an Chile, verloren haben. Diese Kriege wurden vom Imperialismus geschürt.

Lokale Kriege: im US-Interesse

Der Krieg, der vor einem Jahrhundert mit Chile geführt wurde, war ein Aggressionskrieg Chiles gegen uns, der vom englischen Imperialismus geschürt wurde.

Aber heute ist es der US-Imperialismus, der an verschiedenen Orten der Welt auch in Lateinamerika, lokale Kriege schürt, die eben den Zweck verfolgen, die revolutionären Prozesse oder die Befreiungskämpfe aufzuhalten, zu vereiteln, zu behindern oder zu beenden. Wir wollen mittels unseres Heeres, mittels unserer Streitkräfte, keine Offensive gegen irgendein Nachbarland starten. Aber wir wissen, daß der Imperialismus lokale Kriege schüren kann, was er auch tut (Chile gegen Argentinien, Chile gegen uns).

Wir haben keine offensive Haltung, nein. Es sind die faschistischen Länder wie Chile die getrieben vom Imperialismus und von allen Ländern, die sie unterstützen, wie Israel und Südafrika, lokale Kriege entfesseln können; und zwar weil das für ihre



Demonstration von Minenarbeitern in Peru

wirtschaftlichen Interessen und auch hinsichtlich des Verkaufs von Waffen, die in den militärisch-industriellen Unternehmen hergestellt werden, von Vorteil ist. D. h. wir müssen immer vorbereitet und immer in der Lage sein, Aggressionsversuchen, geschürt vom US-Imperialismus, zu begegnen.

Wir wünschen uns keinen Krieg. Wir haben keine offensiven Absichten. Es sind sie, die Kapitalisten, die ständig eine kriegstreibende, aggressive Haltung einnehmen.

AIB: Sie haben die Neutronenbombe in ihrer Rede auf der Weltfriedensratstagung als eine natürliche Folge dessen bezeichnet, was ein so unmenschliches Regime, wie es das kapitalistische ist, im Bewußtsein der Menschen bewirken kann. Könnten Sie diese Behauptung etwas näher erklären?

J. F. MALDONADO: Beim Kapitalismus ist der Antrieb aller Tätigkeiten auf allen Gebieten der Gewinn. Der Mensch hat keinerlei Wert für den Kapitalismus. Er ist eine Maschine mehr, ein Werkzeug, ein Kostenpunkt mehr bei der Erzeugung des Produkts.

Der Kapitalismus ist somit unmenschlich, verkennt den Menschen als fundamentalen Faktor, als Erzeuger des Reichtums. Dieses System verkennt, negiert, akzeptiert nicht die Arbeit als Ursprungsquelle des Reichtums. Der Mensch ist ein Mittel, das er benutzt, um im gesamten Produktionszyklus Gewinn zu machen. Es ist somit ein System, in dem der Mensch — trotz aller Predigten über Freiheit, Werte des Menschen und Verteidigung der Menschenrechte — nicht geachtet wird.

Neutronenbombe — Waffe gegen Befreier

Den Kapitalismus interessiert mehr das, was ihm vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus Gewinn einbringt. Andererseits ist das kapitalistische System eminent kriegstreibend und aggressiv. Diese Kriegstreiberei wird nicht nur in seiner Kriegsindustrie deutlich, die einen wichtigen Teil seiner Wirtschaft ausmacht, sondern er ist auch im weitesten Sinn des Wortes kriegstreibend, weil er immer eine aggressive Haltung einnimmt, da er immer die ersten Schritte tut bei allem was negativ für die Menschheit ist, wie der Besitz konventioneller oder nuklearer Waffen, die immer raffinierter werden, wie das Beispiel der Neutronenbombe zeigt.

Ich glaube, daß die Neutronenbombe in ihrem ganzen Ausmaß auf klarer Weise zeigt, was der Kapitalismus philosophisch gesehen darstellt. Die Neutronenbombe vernichtet die Menschen, während sie die Zerstörung der materiellen Güter zu verhindern sucht. Sie gibt ein deutliches Bild des Kapitalismus: Seine Verachtung des Menschen und seine Bemühungen, daß alle Werke der Infrastruktur nicht zerstört werden.

AIB: Sind Sie der Meinung, daß die Neutronenbombe auch eine Gefahr für die Dritte Welt darstellt?

J. F. MALDONADO: Ich glaube, daß die Neutronenbombe gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika und auf anderen Kontinenten eingesetzt werden könnte. Die USA setzten die Atombombe in Hiroshima und Nagasaki ein, als der Krieg bereits entschieden war. Es war aber, meine ich, für sie notwendig, sie auszuprobieren. Sie hat natürlich die Frist für den Sieg über Japan verkürzt, aber die USA hatten auch, bei all ihrer Verachtung des Menschenlebens, die Möglichkeit, sie zu erproben und sie warfen sie.

Es ist keine Neuigkeit, daß bei allen lokalen Kriegen neue Waffen erprobt werden. Diese lokalen Konflikte sind Experimentierfelder für neue Waffen. Wenn man bedenkt, daß der US-Imperialismus vom philosophischen und vom ideologischen Standpunkt aus keinerlei Skrupel hat, daß er das Menschenleben verachtet, daß er eine kriegstreibende und aggressive Haltung einnimmt und daß er so die Möglichkeit hätte, die Neutronenbombe auszuprobieren, ohne das Risiko einzugehen, sie im Kampf zwischen den Großmächten einzusetzen, so glaube ich, daß nichts unmöglich ist. Es ist etwas, was in einem Moment, wo es seinen Interessen dienlich ist, geschehen kann.

Günther Ritter

Verhandlungen mit zweierlei Maß



Wer ausschließlich auf die Informationen der bürgerlichen Medien angewiesen ist, hat es sehr schwer bei der Meinungsbildung über den aktuellen Stand des vietnamesisch-chinesischen Konflikts: Unter Schlagzeilen wie „Propagandakrieg China-Vietnam“¹ versuchen Berichterstatter und Kommentatoren mit Hilfe von aus dem Zusammenhang gerissenen Äußerungen den Eindruck zu erwecken, es handele sich bei den Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) und der Volksrepublik China (VRCh) um ein undurchschaubares Politikspektakel.

Dabei wäre eine sachliche Analyse und Darstellung der Ver-

handlungen, ihres Zustandekommens und ihrer Aussichten durchaus möglich, jedoch passen die politischen Schlußfolgerungen aus einer solchen Untersuchung nicht in ein Konzept, welches grundsätzlich von einer unterstellten „Aggressivität“ und einem „Hegemoniestreben“ Vietnams ausgeht.

Anders ist es ja wohl nicht zu erklären, daß sich keine bürgerliche Zeitung in der BRD bisher die Mühe gemacht hat, den vietnamesischen 3-Punkte-Plan und den chinesischen 8-Punkte-Vorschlag auf ihre Effektivität hinsichtlich einer friedlichen Lösung der bestehenden Probleme zu überprüfen. Außerdem hütet man sich tunlichst, die Frage zu beantworten, wer denn für

3-Punkte-Vorschlag der SR Vietnam

1. Dringende Maßnahmen, die darauf abzielen, den Frieden und die Sicherheit in den Grenzgebieten der beiden Länder und die sofortige Rückkehr zu ihren Familien für jene Personen zu sichern, die während des Krieges gefangen genommen wurden.

a) Verzicht darauf, Truppen in der Nähe der Grenze zu massieren, Trennung der bewaffneten Kräfte beider Seiten: die bewaffneten Kräfte aller Art beider Seiten auf der ganzen Länge der Grenze sollen sich in das Innere ihres Territoriums in einer Entfernung von 3–5 km jenseits der effektiven Kontrolllinie vor dem 17. Februar 1979 zurückziehen.

b) Einstellung aller Akte der Kriegsprovokation und aller Formen feindlicher Aktivitäten, die die Souveränität und territoriale Integrität der anderen Seite verletzen und ihre Sicherheit bedrohen.

c) Die Zone, die entlang der beiden Seiten der oben genannten effektiven Kontrolllinie gelegen ist, und an der die Streitkräfte beider Seiten nicht mehr präsent sein werden, wird demilitarisierte Zone. Die beiden Seiten werden sich über den Status dieser demilitarisierten Zone verständigen.

d) Die beiden Seiten schreiten sofort zu einem Austausch von Listen der Personen, die während des Krieges von beiden Seiten gefangen genommen wurden, damit sich ihre Auslieferung so früh wie möglich vollziehen kann.

e) Bildung einer gemischten Kommission beider Seiten zur Überwachung und Kontrolle der Anwendung der oben angemerkten Maß-

nahmen.

2. Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz:

Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität — keine Aggressionen, kein Rückgriff auf Gewalt oder auf die Androhung des Rückgriffs auf Gewalt —, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite — Regelung der Differenzen und Meinungsverschiedenheiten in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten auf dem Verhandlungsweg —, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen im Geist gegenseitigen Respekts und des gegenseitigen Vorteils.

Auf dieser Grundlage Wiederherstellung der Beziehungen auf den Gebieten des Schienenverkehrs, der zivilen Luftfahrt, der Post usw. Lösung der Frage der Kriegsfolgen.

3. Regelung der Probleme der Grenze und des Territoriums zwischen den beiden Ländern gemäß dem Prinzip der Respektierung des Status quo der Grenze, so wie sie durch die Geschichte geschaffen und abgegrenzt wurde durch die Konventionen von 1887 und 1895, unterzeichnet zwischen der französischen Regierung und der Regierung der Tsing, und so wie es zwischen der vietnamesischen und der chinesischen Seite vereinbart wurde — gemäß der Respektierung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität.

(Quelle: Bulletin du viet nam, Paris, Sondernummer vom 15.–30. April 1979, S. 4)

die immer wieder konstatierte „vergiftete Atmosphäre“ und die fehlenden Fortschritte am Verhandlungstisch verantwortlich zu machen ist.

Als am 18. April 1979 die erste Verhandlungsrunde zwischen den Delegationen der SR Vietnam und der VR China begann, legte der stellvertretende Außenminister der SRV, Phan Hien, einen 3-Punkte-Plan (Wortlaut siehe Kasten) seiner Regierung vor, der folgende konkrete Schritte zum Abbau der gegenwärtigen Spannungen und zur Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen enthält:

1. Schaffung einer entmilitarisierten Zone entlang der Grenze.
2. Wiederherstellung normaler Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.
3. Endgültige Klärung der territorialen Fragen auf der Grundlage der historischen Grenzen, wie sie im 19. Jahrhundert zwischen der französischen Kolonialmacht und der chinesischen Qing-Dynastie vereinbart worden ist.

Diese Vorschläge wurden vom Leiter der chinesischen Delegation, dem Vizeaußenminister Han Nianlong, von vorneherein als Diskussionsgrundlage abgelehnt. Stattdessen legte er Forderungen vor, die in 8 Punkten zusammengefaßt waren (Wortlaut siehe Kasten). Besondere Aufmerksamkeit sollte man den Punkten 2, 5 und 7 widmen, deren Verwirklichung einen massiven Eingriff in das Recht des vietnamesischen Staates bedeuten würden, seine Entscheidungen souverän zu treffen.

Eine demaskierende Erläuterung zum Punkt 2 (Kampf gegen den Hegemonismus) gab die Beijing Rundschau am 15. 5. 1979: „Der Hegemonismus ist die Wurzel für die Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen und für die Verschärfung der Spannungen in Indochina und Südostasien. Will man die Probleme der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen von Grund auf lösen, muß man den Hegemonismus bekämpfen. Das ist der Kernpunkt.“²

Dazu bedarf es einiger Erläuterungen: Das neueste ideologische Konstrukt der Pekinger Führung bezeichnet die Sowjetunion als den „großen Hegemonisten“ und Vietnam als den „kleinen Hegemonisten“. Demzufolge sei Vietnam der Statthalter Moskaus in Südostasien und versuche im Auftrag der Sowjetunion zunächst Indochina und dann ganz Südostasien unter Kontrolle zu bekommen. In diesem Sinne bedeutet der in Punkt 2 aufgeführte „Kampf gegen den Hegemonismus“ nichts anderes, als daß Vietnam seine freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion aufgeben und den Brudervölkern von Laos und Kambodscha die solidarische Unterstützung gegen die massive chinesische Bedrohung aufkündigen soll.

Hang zum Diktatfrieden

Diese unverschämte Forderung stellt die außenpolitische Souveränität Vietnams in Frage. Peking maßt sich an, der SRV künftig zu diktieren, mit welchem Land sie freundschaftliche und brüderliche Beziehungen unterhalten darf!

Punkt 5 enthält einen ebenso unglaublichen Angriff auf die territoriale Integrität Vietnams. Wenn China verlangt, Vietnam solle die Xisha- und Nansha-Inseln (Paracel- und Spratley-Inseln) als chinesisches Hoheitsgebiet anerkennen, dann heiße das nicht weniger, als daß die SRV sich mit der gewaltsamen Besetzung dieser Inselgruppen durch chinesische Truppen einverstanden erkläre! Die Pekinger Machthaber hatten die Inseln zu einer Zeit annektiert, in der das vietnamesische Volk im Endkampf gegen den US-Imperialismus und das südvietnamesische Thieu-Regime stand (1974).

Abgesehen davon, daß Punkt 7 die freche Lüge enthält, die vietnamesischen Behörden hätten die Vietnamesen chinesischer Abstammung (Hoas) gewaltsam vertrieben³, wird darin verlangt, daß diese Auswanderer als fünfte Kolonne Pekings wieder nach Vietnam zurückkehren dürfen. Damit hätte die chinesische Führung jederzeit die Möglichkeit, über jene Hoas, die — wie sich gezeigt hat — teilweise recht anfällig für die maoistische Propaganda sind, konterrevolutionäre Aktionen innerhalb

Vietnams zu organisieren.

Der chinesische 8-Punkte-Vorschlag zielt also keineswegs darauf ab, die bestehenden Probleme konstruktiv und auf der Basis der Gleichberechtigung und Souveränität zu lösen. Vielmehr stellt er einen Versuch dar, Vietnam einen Diktatfrieden aufzuzwingen. Er zielt darauf, am Verhandlungstisch das nachzuholen, was auf dem Schlachtfeld nicht gelungen ist, nämlich den unabhängigen und fortschrittlichen Kurs des sozialistischen

8-Punkte-Vorschlag der VR China

1. Beide Seiten sollen auf der Grundlage der fünf Prinzipien gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen China und Vietnam wiederherstellen. Alle Differenzen und Probleme in den Beziehungen zwischen beiden Ländern sollten von beiden Seiten auf dem Verhandlungsweg in vernünftiger und gerechter Weise gelöst werden.

2. Keine Seite soll in Indochina, Südostasien oder in anderen Teilen der Welt nach Hegemonie streben, und jede Seite wird dem Bestreben eines dritten Landes oder einer Gruppe von Ländern, eine solche Hegemonie zu errichten, entgegenzutreten.

Keine von ihnen soll Streitkräfte in anderen Ländern stationieren, und diejenigen, die im Ausland stationiert sind, müssen auf das eigene Territorium zurückgezogen werden. Keine Seite wird einem Militärblock beitreten, der gegen die andere gerichtet ist, Militärbasen an andere Länder vergeben oder das Territorium oder Basen anderer Länder benutzen, um die andere Seite oder andere Länder zu bedrohen, Subversion gegen sie zu treiben oder sie militärisch anzugreifen.

3. Beide Seiten respektieren die chinesisch-vietnamesische Grenzlinie, wie sie durch chinesisch-französische Grenzvereinbarungen festgelegt wurde. Diese Linie soll als Grundlage für Verhandlungen zur Lösung der Grenz- und Territorialstreitigkeiten dienen. Vor der Lösung der Grenzfrage sollen sich beide Seiten strikt an jenen Status quo halten, der zu der Zeit existierte, als die Zentralkomitees der chinesischen und der vietnamesischen Partei 1957-1958 Briefe austauschten. Keine der beiden Seiten soll in irgendeiner Form oder unter irgendeinem Vorwand einseitig und mit Gewalt den gegenwärtigen Bereich ihres Hoheitsgebiets entlang der Grenze verändern.

4. Jede Seite soll die Souveränität der anderen Seite über ihre 12-Seemeilen-Territorialgewässer respektieren, und beide Seiten sollen ihre jeweiligen Wirtschaftszonen und ihren Festlandsockel im Beibu-Golf und in anderen Meeresteilen in gerechter und vernünftiger Weise entsprechend den Prinzipien des gegenwärtigen internationalen Seerechts abgrenzen.

5. Die Xisha- und Nansha-Inseln sind von jeher ein unabtrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums. Die vietnamesische Seite soll zu ihrer ursprünglichen Position zurückkehren, d.h. diese Tatsache anerkennen, Chinas Souveränität über diese beiden Inselgruppen respektieren und sich von allen Inseln der Nansha-Gruppe zurückziehen, die sie besetzt hält.

6. Alle Landsleute des einen Landes, die in dem anderen Land leben, sollen die Gesetze ihres Aufenthaltslandes und die Sitten und Gebräuche der dortigen Bevölkerung respektieren und zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau jenes Landes beitragen; die Regierung des Aufenthaltslandes soll deren legitime Rechte und Interessen in Bezug auf Aufenthalt, Reisen, Lebensunterhalt und Arbeit sowie ihre persönliche Sicherheit und ihr rechtmäßiges Eigentum in jenem Land garantieren.

Jede Seite soll alle in ihrem Land lebenden Landsleute der anderen Seite freundschaftlich behandeln und darf sie nicht verfolgen oder illegitim vertreiben.

7. Um den legitimen Wunsch der von den vietnamesischen Behörden mit Gewalt auf chinesisches Territorium vertriebenen vietnamesischen Staatsangehörigen nach Repatriierung zu erfüllen, sollte die vietnamesische Regierung diese Menschen so schnell wie möglich zurückholen und angemessen unterbringen; die chinesische Regierung ist bereit, ihre schnelle Rückkehr auf jede Weise zu erleichtern.

8. Die Wiederaufnahme des Bahnverkehrs, des Handels, der Zivilluftfahrt, der Post- und Fernmeldeeinrichtungen sowie anderer bilateraler Verbindungen soll durch Beratungen der zuständigen Abteilungen beider Länder gelöst werden.

(Quelle: Beijing Rundschau, Peking, Nr. 18/8.5.1979, S. 17/18)



UN-Generalsekretär Waldheim bei Deng Xiaoping (r.)

Vietnam zum Scheitern zu bringen (siehe AIB 4 und 5/1979). Wenn man sich vor Augen hält, mit welchen Mitteln die chinesische Seite einer Verhandlungslösung in ihrem Sinne „nachzuhelfen“ versucht, dann ist es nicht sonderlich überraschend, daß bisher keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind. Als die Verhandlungen am 18. April in Hanoi begannen, befanden sich chinesische Truppen noch an zehn Stellen auf vietnamesischem Gebiet (vgl. auch nachstehende SRV-Erklärungen vom März d. J.). Die Truppenkonzentration entlang der Grenze und der Ausbau militärischer Anlagen wurden verstärkt und schließlich häuften sich die provokativen Verletzungen des vietnamesischen Luftraumes durch chinesische Flugzeuge, wobei wenige Tage vor Verhandlungsbeginn eine chinesische Militärmaschine 70 km südlich von Hanoi abstürzte.

Auch das, was zunächst als erster Erfolg der offiziellen Gespräche erschien, nämlich das Zustandekommen eines Gefangenenaustauschs, beruhte auf einem Täuschungsmanöver Pekings: Während die vietnamesische Delegation den Gefangenenaustausch bei den Verhandlungen auf die Tagesordnung setzen wollte, erklärte die VR China überraschend, sie werde mit der Freilassung von Kriegsgefangenen beginnen und erwarte von Vietnam das gleiche. Dies war nun keineswegs von humanem Denken inspiriert, sondern diente lediglich dem Zweck, der Verhandlungsrunde einen Gesprächsgegenstand zu nehmen und den Anschein gar nicht erst aufkommen zu lassen, es könne konkrete Ergebnisse geben. Um ihren guten Willen zu beweisen, willige die SRV dann in den Gefangenenaustausch ein.

Und schließlich schaffte es die Pekinger Führung, auch noch den letzten davon zu überzeugen, wer in Südostasien wirklich nach Hegemonie strebt: Während ihre Abgesandten in Hanoi eifrig gegen den angeblichen Hegemonismus anderer wettelten, wurden die bewaffneten Provokationen gegen Kampuchea und Laos intensiviert. Nach chinesischer Logik handelt es sich dabei jedoch keineswegs um Aggressionen, ebensowenig wie der Überfall auf Vietnam eine Aggression war: „Chinas Gegenangriff zwecks Selbstverteidigung war eine gerechte Aktion, und sie war zugleich ein schwerer Schlag gegen die hegemonistische Politik der Aggression und Expansion und trug zur Sicherheit und Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum bei.“⁴

Chinas Beharren auf neuem „Gegenangriff“

Kurt Waldheim, der vor kurzem nach Peking gereist war, um einen Beitrag zur friedlichen Beilegung des vietnamesisch-chinesischen Konflikts zu leisten, mußte sich denn auch in seiner Eigenschaft als UNO-Generalsekretär von dem „chinesischen John Foster Dulles“⁵ Deng Xiaoping belehren lassen, daß die VR China auch in Zukunft Probleme mit der Methode des „Gegenangriffs zwecks Selbstverteidigung“ zu lösen gedankt. Peking behalte sich das Recht vor, so Deng, die SR Vietnam erneut anzugreifen und zu bestrafen.

Bleibt zu hoffen, daß Kurt Waldheim dem chinesischen Machtpolitiker eine Lektion darüber erteilt hat, wie die UN-Charta den Begriff der „Aggression“ definiert. Eines müßte der chinesischen Führung inzwischen klar geworden sein: Vietnam ist weder durch Drohungen und Erpressungen noch durch bewaffnete Aggressionen von seinem unabhängigen, fortschrittlichen und auf den Aufbau des Sozialismus gerichteten Kurs abzubringen. Verhandlungen auf gleichberechtigter Basis sind der einzige Weg, die bestehenden Probleme zu lösen und zu normalen zwischenstaatlichen Beziehungen zurückzufinden.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21. 4. 1979
- 2) Beijing Rundschau, Peking, 15. 5. 1979
- 3) Zur detaillierten Widerlegung siehe AIB 10 und 11/12-1978
- 4) Beijing Rundschau, 8. 5. 1979
- 5) John Foster Dulles, der das Konzept der „Eindämmung (Containment) des Kommunismus“ entwickelte, war während der Zeit des Kalten Krieges US-Außenminister. Als „chinesischer John Foster Dulles“ wird Deng Xiaoping von der Time bezeichnet. Time, New York, 14. 5. 1979

Ungeweinte Tränen

Hätte ich Hände
groß wie dein Land
— Vietnam —

Ich wollte dich bergen
dich schützen, dir Ruhe
verschaffen zum Aufatmen
endlich — —

Doch blutend geht weiter dein Kampf
unaufhaltsam
bis Freiheit und Friede
dein Land erfüllen.

Blutend mußt du es wissen
daß Freunde dir nah sind
als Mauer auch
aus der Ferne sehr nah.
Freunde deren mit-blutende
Herzen es wissen
daß du unerbittlich
sein **mußt** — —

Weil du stolz bist und klug
weil du nur Menschen hast
die das Leben lieben und
das Land, das dir gehört

dir nur allein.

Weil **dein** Friede
der Friede der Welt ist
auch unser Friede.
Kämpfe Vietnam im gerechten Zorn
weil du stärker bist
als schamlose Grausamkeit
stärker als listige Lüge
aus gemeinen Niederungen
stärker selbst als der Tod.
Noch ist nicht Zeit für Tränen
die steigend ungeweinten
die hinaus wollen als Schrei — —
Doch einmal werden sie stürzen
als brausender Fall der Freude
herab von den Felsen
tief in die smaragdgrünen Ebenen
deiner Reissaat.

Wenn endlich der Sieg dir gehört
unabänderlich — —
dann werden wir singen mit dir
leidgeschütteltes **Vietnam.**

Grit Weisberg



Interview mit Pieter Keuneman

Wiederkehr der Großbourgeoisien



Die Ablösung der Regierung von Frau Bandaranaike, die mehrere Jahre nur noch mit dem Ausnahmezustand regiert hatte, wurde 1977 als „Rückkehr zur Demokratie“ gepriesen. Diese „Demokratie“ entpuppt sich indessen mehr und mehr als Metamorphose Sri Lankas zu einem neokolonialen Modelland. Pieter Keuneman, Generalsekretär der KP Sri Lankas und ehemaliger Wohnungsbauminister nimmt in diesem AIB-Interview Stellung zu den Ursachen des Regierungswechsels wie dem sich gegen diese Politik formierenden Widerstand.

AIB: Die Regierung Bandaranaike erlitt 1977 eine Niederlage trotz eines verheißungsvollen Reformprogramms. Worin sehen Sie die Ursachen?

P. KEUNEMAN: Es gab mehrere Gründe für das Scheitern der Regierung, die bekanntlich 1970 gebildet wurde.

Zum einen fiel die Periode 1970—1977 mit der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus zusammen. Sie erreichte ihren Höhepunkt Mitte der 70er Jahre und in ihrem Ergebnis kam es zu einer abhängigen Wirtschaft in Sri Lanka. Zudem kamen zwei Jahre schlechten Klimas auf uns zu, so daß es zu Mißbräuten und einer Menge Schwierigkeiten für die Bevölkerung in materieller Hinsicht kam.

So war die Regierung gezwungen, im Inneren strukturelle Reformen durchzuführen. In der Außenpolitik entwickelte man engere Beziehungen zu den krisenfreien sozialistischen Ländern, besonders mit der Sowjetunion.

Der Schiffbruch der Bandaranaike-Regierung

In diesen Punkten tauchten Widersprüche in der Regierung auf. Die bourgeoisen Kräfte in der Partei von Regierungschefin Frau Bandaranaike stellten die größere Kraft dar. Demgegenüber waren die linken Kräfte in dem Regierungsbündnis nur schwach vertreten. Zwar gelang es der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei progressive Entwicklungen auf sozioökonomischem, innen- und außenpolitischem Gebiet zu verankern, aber ein fundamentaler Wandel war nicht möglich. Wir waren nicht einig und nicht stark genug, diesen Wechsel zu erzwingen.

Zum anderen sah sich die Regierung zur vollständigen Überwindung der Krise mit zwei Problemen konfrontiert. Einmal ist Sri Lanka ein kleines Land, das einen sehr begrenzten einheimischen Markt besitzt und deswegen in der Lage sein muß, seine Güter zu exportieren. Daneben bestand ein sehr niedriges technisches Niveau. Um neue Technologien zu erhalten, gingen die bourgeoisen Kräfte in der Regierung eine Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital ein und begannen sich von den Versprechen wegzuentwickeln, die 1970 gemacht wurden.

Sri Lanka wurde schließlich mehr und mehr vom Auslandskapital abhängig, im besonderen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IMF), da sich Sri Lanka im Falle von Kreditwünschen bestimmten Bedingungen nach Garantien für das Auslandskapital beugen mußte.

Natürlich gab es auch Errungenschaften. Eine neue Verfassung

verwirklichte politische Unabhängigkeit und beinhaltete auch eine Art von sozialistischer Orientierung im Hinblick auf die Entwicklung einer nationalen Wirtschaft und des sozialen Lebens. Der öffentliche Sektor dehnte sich aus und umfaßte bald 60 % der Wirtschaft. Aber die Regierung sah sich nicht in der Lage, die vielen Reformen, die Platz gegriffen hatten, zu festigen und abzusichern. Wegen objektiver Klassenverhältnisse konnte die Linke den Durchbruch nicht schaffen. So gelang den Rechten ihre Wiederkehr.

AIB: Anfang 1977 verließ ihre Partei die Regierung Bandaranaike. Welche Gründe außer ihrem Rechtsschwenk gab es?

P. KEUNEMAN: Zusammen mit der Rechtswende verstärkte sich die Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital. Die Regierung Bandaranaike versuchte, ihre Politik zu mäßigen.

Sie balancierte mehr und mehr zwischen Imperialismus und Sozialismus und wollte plötzlich zwei Gesetze durchdrücken. Das eine betraf die Einrichtung von Freihandelszonen, das andere die Garantierung bestimmter Rechte für ausländische Investoren. Aktionen gegen die Arbeiterklasse wurden unternommen, um die Politik der Weltbank umzusetzen. Streiks wurden niedergeschlagen, Studentendemonstrationen aufgelöst. Schließlich verlor die Regierung vollständig die Kontrolle über ihre Handlungen. Sie bekämpfte einen Eisenbahnerstreik und rechtfertigte, daß die Polizei auf Studenten das Feuer eröffnete usw.

AIB: Wie läßt sich die neue Regierung Jajawardene charakterisieren?

P. KEUNEMAN: Zuerst einmal muß gesagt werden, daß die Partei Jajawardenes eine Partei der Großbourgeoisie ist. Sie versucht, die Politik von Frau Bandaranaike fortzusetzen. Nur ist sie viel unbarmherziger und viel entschiedener.

Die Großbourgeoisie mag ein neokolonialistisches Modell und sie hofft, daß die imperialistischen Firmen Sri Lanka dazu machen — soweit das bei einem so kleinen Land nur eben möglich ist.

AIB: Können Sie konkrete Verfassungsbestimmungen nennen?

P. KEUNEMAN: Es ist in einer sehr geschickten Art festgelegt. Die Verfassung besagt, daß jegliche Übereinkunft zwischen der Regierung und einer ausländischen Firma so behandelt wird, als wäre diese Übereinkunft Teil der Verfassung. Das einzige ist, daß man zu einer Übereinkunft kommt — und schon ist sie grundlegendes Recht.

In der neuen Verfassung ist dem relativ erfolgreichen Funktionieren des bürgerlichen Parlamentarismus nach britischem Vorbild ein Ende gesetzt (Sri Lanka hat heute eine Präsidialverfassung nach französischem Vorbild, d. Red.). Die meisten Entscheidungen liegen alleine in der Hand des Staatspräsidenten Jajawardene, der bei der Regierungsbildung selbst nicht nur das Ministerium für Verteidigung, sondern auch das für Plandurchführung übernahm. Der Präsident hat erstmals die Entscheidungsbefugnis über Exekutive und Regierung. Er ist zwar dem Parlament rechenschaftspflichtig, kann selbst aber nicht zur Rechenschaft gezogen und nicht durch ein Mißtrauensvotum gestürzt werden.

Das Parlament ist nur noch ein Debattierklub.

AIB: Also eine Ein-Mann-Regierung?

P. KEUNEMAN: Vollkommen richtig, nur arbeitet der Präsident stellvertretend für eine Klasse und natürlich sind bedeutende Rechte der Bevölkerung attackiert worden, wie z. B. die öffentliche Versammlungsfreiheit, das Demonstrationsrecht. Der Präsident kann sogar alleine jegliche Organisation verbieten. Darüber hinaus hat die Regierung gegenüber der Weltbank eine Verpflichtung übernommen, binnen drei Jahren die Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs abzuschaffen. Auf dieser Grundlage wurde Geld versprochen. Man folgt dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer „freien Marktwirtschaft“, der Zurückdrängung aller Planwirtschaft und dem freien Spiel der kapitalistischen Kräfte als der Lösung für alle Probleme.

Es ist ein großangelegter Angriff auf den öffentlichen Sektor festzustellen und er geschieht auf mehrere Art und Weise. Zum einen in der Form, daß man Privatfirmen in Bereichen mit staatlichem Management zuläßt, wodurch der private Sektor immer mehr in Staatsbetriebe vordringt; zum anderen dadurch, daß man Teile des Staatssektors einfach schließt mit der Begründung, daß sie nicht wirtschaftlich genug arbeiten oder nicht genug Gewinn abwerfen, auch wenn sie nicht profitabel sein können, wie z. B. der Bereich der sozialen Dienstleistungen.

Das ist der Grund, warum große Kämpfe der Arbeiterklasse und unserer Partei stattgefunden haben, so z. B. in Form von Demonstrationen, Streiks, besonders gegen die antidemokratischen Aktionen in Verteidigung der demokratischen Rechte, um die Angriffe auf den Lebensstandard zu stoppen.

AIB: Wie stark ist der Volkswiderstand gegen diesen Demokratieabbau? Haben sich die Linkskräfte seit der Wahlschlappe wieder „erholt“?

P. KEUNEMAN: Nach dem Regierungswechsel wurde ein politischer Terrorismus angefacht. Menschen wurden gefangen genommen und einfach verurteilt, ja es gab sogar physische Gewaltanwendung gegenüber einer Menge von Menschen. Große Teile der oppositionellen Bewegung wurden demoralisiert.

Es dauerte eine gewisse Zeit, die Bewegung wieder aufzurichten. Zuerst mußten wir den Menschen wieder Mut machen und wir mußten ihnen zeigen, daß die an den Tag gelegte Stabilität der Regierung mehr illusionär denn real war. Langsam aber sicher sehen sie dies ein. Wir mußten Aktionen entwickeln, bei denen wir die Bevölkerung mitreißen konnten. Dabei sei auf unseren X. Kongreß der KP im März 1978 hingewiesen, wo gesagt wurde, daß es wichtig ist, an dem augenblicklichen Bewußtsein der Bevölkerung und an ihrer augenblicklichen Kampfbereitschaft anzuknüpfen.

Es gab sehr gute Kämpfe. Wir zwangen die Regierung, ein Gesetz fallen zu lassen, daß die Abschaffung jeglicher gewerkschaftlicher Rechte vorsah.

Wir versuchten eine Front aufzubauen und diese Front ist noch sehr jung, sie besteht seit Ende 1977. Es gibt viele linke Gruppen, die wir zu Diskussionen einladen. Mit der Sozialistischen

Partei (LSSP) gibt es in der Tat eine Zusammenarbeit, denn von Anbeginn befinden wir uns mit dieser Partei in einer Einheitsfront. In vieler Hinsicht versuchen wir diese Zusammenarbeit programmatisch zu formulieren. Im Bereich der Gewerkschaften ist ein breites Einheitsfrontkomitee auf regionaler Ebene gegründet worden. Das Bündnis zwischen unseren Parteien

Sri-Lanka-Daten

Territorium und Bevölkerung: Auf 65 600 qkm (Größe Bayerns) leben 14 Mio Menschen. Von ihnen sind 73 % Singhalesen, 20 % Tamilen und 6,7 % Mauren, daneben existieren kleinere Gruppen von Nachfahren europäischer Kolonisatoren.

Das Bevölkerungswachstum beträgt 2 %.

Religion: 67 % Buddhisten, 17 % Hindu, 7 % Moslem, 8 % Christen.

Sprache: Singhalesisch und Englisch.

Währung: 1 Rupie = 0,27 DM.

Wirtschaft: Sri Lanka ist ein Agrarland. 48,6 % der Erwerbstätigen arbeiten in der Landwirtschaft und erwirtschaften 45 % des Bruttosozialprodukts (BSP). Dagegen arbeiten nur 12 % in der Industrie (inklusive Baugewerbe) und erwirtschaften 18 % des BSP.

Die Landwirtschaft ist stark von der Plantagenwirtschaft geprägt, die unter der holländischen und englischen Kolonisation aufgebaut wurde. Allein 58 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nehmen Plantagen ein. Davon entfallen 14,3 % auf Tee, 16 % auf Kautschuk und 27,5 % auf Kokospalmen. Diese Produkte machen zusammengenommen fast 90 % des Exports aus. Trotz großer Fruchtbarkeit muß Sri Lanka noch 40 % des Reisbedarfs aus dem Ausland decken. Soweit Industrie vorhanden ist, dient sie hauptsächlich der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Es gibt aber auch bedeutende Graphitminen und Textilfabriken. Sri Lankas Auslandsverschuldung liegt bei 600 Mio Dollar.

Soziale Lage: Das jährliche Prokopf-Einkommen liegt bei 450 DM und gehört damit zu den niedrigsten in der Welt. Es wird noch zusätzlich durch die starke Verteuerung bei Lebensmitteln nach Aufhebung der Subventionen geschmälert.

Die Arbeitslosigkeit ist besonders hoch. Sie liegt bei 20 % der 4,4 Mio Beschäftigten. Besonders betroffen sind die Jugendlichen im Alter von 15–24 Jahren. Den jährlich geschaffenen 70 000 Arbeitsplätzen stehen im Augenblick 200 000 Schulabgänger gegenüber.

Die Analphabetenquote liegt bei 19 %. Auf 6 400 Einwohner kommt ein Arzt.

Geschichte:

1550 Beginn der portugiesischen Kolonialherrschaft

1640 Beginn der holländischen Kolonialherrschaft

1782 Beginn der britischen Eroberung

1820 Anschluß an das britisch besetzte Indien

1948 Unabhängigkeit, aber Verbleib im Commonwealth

ab 1948 turnusmäßiger Wechsel in der Regierung zwischen der Vereinigten Nationalpartei (UNP) und der Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP)

1970 Amtsantritt der Regierung von Frau Bandaranaike

1972 Sri Lanka wird Republik mit Annahme der Verfassung

1977 Sieg der UNP unter J. R. Jajawardene



Präsident J. R. Jayawardene

arbeitet auf allen Ebenen. Wir arbeiten zusammen in Agitation und Propaganda sowie in der Organisation von Versammlungen.

Es gab Vorstellungen über einen Generalstreik. Die LSSP, die Gewerkschaften und unsere Partei kamen zu seiner Vorbereitung zusammen, doch der Generalstreik fand nicht statt, weil die Regierung ein Schlichtungsangebot machte.

Zu allererst ist es wichtig, die Einheit aller linken Kräfte herzustellen, um dann die Einheit der breiten demokratischen Kräfte um die Partei von Frau Bandaranaike zu realisieren und es gibt viele solcher Gruppierungen innerhalb des Landes. Wir glauben, daß die Führung dieser Partei wirklich etwas tun will und von unserem X. Kongreß gingen Perspektiven für eine Einheit der linken und demokratischen Kräfte unter Führung der Linken aus.

Das ist bedeutsam, weil die Partei von Frau Bandaranaike sagt: „Ja wir sind bereit auf die alten Positionen zurückzugehen, die auch schon niedergelegt waren.“ Aber in einem solchen Bündnis dominieren ihre Führer und jedermann hat zu akzeptieren, was sie sagen. Eine solche Front wird von niemanden mehr akzeptiert.

Jayawardenes „Liberalisierung“

Den seit der politischen Unabhängigkeit periodisch üblichen Wechsel von Regierungen zwischen der Vereinigten Nationalpartei (UNP) und der Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) konnte die UNP 1977 vor allem deshalb wiederherstellen, da sie geschickt die Spaltung der Bandaranaike-Regierung nutzte, hohe Versprechungen machte und sich im Wahlkampf erfolgreich ein demokratisches Image umhängte.¹

Die Regierungsziele der UNP-Regierung unter Jayawardene werden von ihm selbst als „demokratischer Sozialismus“ betitelt. Die Wahlversprechungen der UNP enthielten neben solchen Punkten wie der Beendigung der Arbeitslosigkeit und Senkung der Lebenshaltungskosten auch die Ankündigung, bestehende sozialistische Wohlfahrtsmaßnahmen zu beseitigen, eine Freihandelszone einzurichten, um das kapitalistische Wirtschaftswunder Singapurs zu kopieren. Der außenpolitischen Bündnisfreiheit steht gegenwärtig eine zunehmende Kooperation mit den kapitalistischen Ländern gegenüber.

Mit der Verkündung der neuen Verfassung im September 1978, welche die von 1972 kurzerhand abschaffte, erhielt Jayawardene weitreichende Exekutivbefugnisse, um die neue Ära abzuschließen. Als Ziel nennt er, über die seit der Unabhängigkeit permanente politische Labilität, verbunden mit häufigen Regierungswechseln und Streiks, hinwegzukommen. So sind in der Verfassung nicht nur umfassende Investitions Garantien enthalten, sondern es werden auch oppositionelle politische Betätigung und politisch motivierte gewerkschaftliche Streiks kriminalisiert — alles im Zeichen des zu schaffenden Investitionsklimas mit dem Ziel, die Freihandelskonkurrenten Singapur und Hongkong noch zu übertrumpfen.² Kritiker der Freihandelszonenpolitik führen neben der Erwartung von erheblichen Inflationssteigerungen die Vermutung an, daß Sri Lanka nie eine derartig stürmische Kapitalinvestition wie Singapur erfahren wird.

So drückten sich bislang nur die Wirtschaftsdelegationen die Klinken in die Hand. Der Bonner Wirtschaftsminister Lambsdorff meinte nach seinem Besuch im vergangenen August schon voreilig, daß Sri Lanka die Chance hat, ein Musterfall für erfolgreiche Entwicklungshilfe — sprich: Investition und Ausbeu-

tung — zu werden.³

Seit 1977 sind frühere Importrestriktionen fast völlig liberalisiert, Preis- und Devisenkontrollen weitgehend aufgehoben. Diese Politik hat zu einer Schwemme ausländischer Produkte geführt und damit zur Schädigung der nationalen Konsumgüterproduktion. Doch an den gigantischen Importgeschäften sind eben zu viele Politiker und Verwaltungsbeamte beteiligt, als daß die langfristigen Interessen des Landes noch beachtet würden. In 1 1/2 Jahren wurden rund 20 000 neue Autos auf die Insel importiert, obwohl Sri Lanka zu den ärmsten Ländern der Welt gehört (siehe Daten-Kasten). Woche für Woche schleppt der vorwiegend aus Beamten, Händlern, Vermietern und Kreditthaien bestehende Mittelstand ganze Jumboladungen voll Elektrogeräten, elektronischen und sonstigen Gebrauchsgütern aus Singapur ins Land. Leidtragende dieser Konsumententwicklung sind nicht nur die Arbeiter und Bauern, denen Devisen vorenthalten bleiben, sondern auch die relativ teuer produzierende nationale Industrie, deren Weiterentwicklung durch den Import von Konsumgütern, Luxusartikeln und Lebensmitteln wesentlich behindert wird.

Da der Handel nun tendenziell die Produktion ersetzt, gehen viele Handwerker und Facharbeiter in gut zahlende arabische Länder und bringen nur Devisen nach Sri Lanka heim.

Obwohl die Landwirtschaft Sri Lankas alles Nötige selbst produzieren könnte, müssen mit Ausnahme des monokulturell hergestellten Tees beinahe alle Arten von Nahrungsmitteln zu großen Anteilen importiert werden. Zum einjährigen Jubiläum der UNP-Regierung im Sommer 1978 wurde mit der Erfolgsmeldung, daß Sri Lanka inzwischen Reis exportiere, geprahlt. Doch diese sensationelle Erfolgsmeldung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß für die witterungsbedingten günstigen Reisernten der letzten beiden Jahre keine entsprechenden Lagerkapazitäten im eigenen Land geschaffen wurden. Still und heimlich mußte Ende 1978 wieder Reis importiert werden.⁴

Das Geld für prestigebelastete neue Entwicklungsprojekte der Regierung Jayawardene (siehe Freihandelszonen-Kasten) kann die Regierung nicht aus dem Budget ziehen. So wird Sri Lanka durch Kredite des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank weiter verschuldet. Die politische Einflußnahme dieser Organisation bleibt natürlich nicht aus. Vom imperialistischen IMF wird die Kürzung der staatlichen Sozialleistungen gefordert. Der Effekt dieser Kürzungen von kostenlosem Reis für Erwerbslose, von der Verteuerung der medizinischen Versorgung auf die arme Bevölkerung Sri Lankas läßt sich schon heute als eine schwerwiegende Verschlechterung ihrer Lebenslage einschätzen.

Auf der anderen Seite werden die Schaffung der Freihandelszone, das Mahavelipprojekt und die Stadtentwicklung Colombos mit Sicherheit nicht die nötige Anzahl der Arbeitsplätze zum Ausgleich der weggefallenen Sozialleistungen einbringen.⁵ Die politisch-ökonomische Abhängigkeit der Regierung von den Leitlinien des IMF, der Weltbank und von dem Investitionswillen der Multis nimmt so stark zu, daß unter diesen neokolonialen Bedingungen eine national selbständige Politik eines demokratisch-sozialistischen Sri Lanka zur bloßen Phrase wird.

Anmerkungen:

- 1) Central Committee of CPSL, Sri Lanka General Elections, Colombo, 14. 8. 1977
- 2) Tribune, Colombo, 29. 7. 1978
- 3) Kölner Stadtanzeiger, 19. 8. 1978
- 4) Süddeutsche Zeitung, 20. 12. 1978
- 5) Tribune, 12. 8. 1978

Projekt Freihandelszone

Die Freihandelszone soll im Zuge der 80er Jahre auf einem 2,3 qkm großen Terrain 40 km nördlich der Hauptstadt Colombo entstehen, mit umfangreichen Infrastruktureinrichtungen als Anreiz zur Schaffung von 50 000 qualifizierten Arbeitsplätzen.

Daneben gewährt die Regierung Sri Lankas weitreichende Konzessionen für die ausländischen Kapitalinvestoren:

- staatliche Zuschüsse zum Erwerb von Grundstücken,
- 5 Jahre Steuerfreiheit, danach lediglich 2 % Umsatzsteuer für Exportgüter,
- freien Handlungsspielraum für ausländische Banken,
- keine Versteuerung von ins Ausland transferierten Dividenden, wobei Gewinne bis zu 100 % als Dividenden ausgegeben werden können,
- Investitions Garantien gegen Verstaatlichungsmaßnahmen durch bilaterale Abkommen (ein Doppelbesteuerungsabkommen mit der BRD besteht bereits),
- als zusätzlicher Anreiz gilt ein gegenüber dem Billiglohnland Singapur um 2/3 niedrigeres Lohnniveau. Ein Industriearbeiter verdient etwa 2 DM pro Tag in Sri Lanka.

Die erste Hälfte der Freihandelszone soll bis 1990 in Betrieb genommen sein. Für die dadurch entstehenden 25 000 Arbeitsplätze hat Sri Lanka dann pro Arbeitsplatz 580 Dollar an Erschließungskosten als Vorleistung erbracht.

Die hiesige Iran-Berichterstattung hat nach dem Volksreferendum zur Islamischen Republik am 30./31. März d. J. (siehe AIB 5/1979, S. 15/16) eine bemerkenswerte Verfeinerung erfahren. Die Beschuldigung, der Iran treibe nach dem Sturz des Schah-Regimes „zurück ins Mittelalter“, war zuvor der siegreichen Volksbewegung wie der Revolutionsregierung in ihrer Gesamtheit angedichtet worden. Nunmehr plötzlich belobigte man den Exponenten des rechten, bürgerlichen Regierungsflügels, M. Bazargan, als „Man der Vernunft“, während man einem Rückzug der Kräfte um den Ayatollah Khomeini aus der Politik das Wort redet. Welcher tatsächliche Differenzierungsprozeß innerhalb der iranischen Volkskräfte sich hinter derartigen Spekulationen verbirgt, untersucht der Beitrag von W. Ritter.

Für viele, auch progressive Beobachter bleibt nicht selten ein gewisses Unbehagen gegenüber der islamischen Bewegung des Iran zurück. Hier stellt sich zum einen die Frage nach ihren antiimperialistischen und sozialrevolutionären Potenzen. Die Positionen, die ihr radikaldemokratischer Flügel um Taleghani und die Demokratische Nationale Front vertritt (siehe auch Interview mit Bani-Sadr zur islamischen Wirtschaftspolitik), machen solchen Potenzen zweifelsohne sichtbar. Zum anderen freilich bedarf es einer tiefergehenden Klärung des Charakters wie der sozialen und politischen Implikationen der islamischen Religion. Dies ist keine rein iranische Angelegenheit. Denn der Islam ist heute eine der am weitesten verbreiteten Religionen überhaupt mit rund 450 Mio Anhängern, und zwar regional konzentriert im vorderasiatisch-nordafrikanischen Raum. Der Beitrag von E. Priester, schildert, welche spezifischen Züge es bei dem im Iran vorherrschenden Schiitismus zu beachten gilt.

Wolfgang Ritter Das „revolutionäre Fieber“ hält an

Schon wenige Wochen nach dem Sturz des Schah-Regimes und der Abschaffung der Monarchie durch das nahezu einhellige Votum des iranischen Volkes vom 31. März d. J. für eine islamische Republik (siehe AIB 5/1979) zeichnen sich grundlegende Änderungen der politischen Orientierung des Landes ab.

Wichtige Bastionen der imperialistischen Machtausübung im Iran sind bereits gefallen: Die Armee als Macht- und Unterdrückungsinstrument ist vorerst gelähmt; über 40000 US-Berater, die hauptsächlich auf militärischem Gebiet tätig waren, verloren ihre seit 1964 bestehende diplomatische Immunität und mußten das Land verlassen; schließlich wurde das im Iran tätige Internationale Konsortium ausländischer Erdölmopolen aufgelöst.

Ringens Khomeini — liberale Bourgeoisie

Außenpolitisch ging das Bekenntnis zu einer Politik der „positiven Neutralität“ einher mit dem Austritt aus dem CENTO-Pakt, dem Abbau der amerikanischen Militär- und Spionagestützpunkte und dem Anschluß an die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Gleichzeitig wurde von der neuen Regierung unterstrichen, daß man nationale Befreiungsbewegungen unterstützen wolle. Demonstrativ bekundete sie ihre aktive Unterstützung für die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) und die Volksfront für die Befreiung von Oman (PFLO). Die Beziehungen zu Israel, Ägypten und Südafrika wurden abgebrochen.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen zu den hochentwickelten kapitalistischen Ländern anbetrifft, so sprach der stellvertretende Innenminister S. Tabatabai Anfang Mai d. J. in Bonn Klartext. Danach wird der Iran Öl künftig nur noch nach eigenem Devisenbedarf liefern, die Rüstungseinkäufe des Schah vollständig annullieren und die anderen Wirtschaftsabkommen mit einem Gesamtauftragsvolumen von 75 Mrd DM überprüfen. Äußerst kompliziert stellt sich die **innenpolitische Situation** im Iran dar. Insbesondere das vom Schah-Regime hinterlassene Wirtschaftschao und die dadurch bedingte verbreitete Arbeitslosigkeit stellen ein bislang ungelöstes Problem dar. Die provi-

sorische Regierung unter Mehdi Bazargan hat erst auf massiven Druck der Volksbewegung und des Revolutionsrates hin erste Verstaatlichungsmaßnahmen wie die Enteignung des Schahbesitzes und des Bankwesens eingeleitet. Weiter verfügte sie erste Sozialmaßnahmen wie die kostenlose Abgabe von Wasser und Strom für die ärmsten Schichten sowie die Bereitstellung von später rückzahlbaren „Ehrenkrediten“ für die Arbeitslosen. Offenbar findet um die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption der Regierung gegenwärtig ein zähes Ringen zwischen der durch Bazargan repräsentierten liberalen Bourgeoisie und den konsequent antiimperialistischen Anhängern Ayatollah Khomeinis statt. Charakteristisch für die Haltung Bazargans ist seine Beschwerde, daß das „revolutionäre Fieber“ im Iran immer noch nicht zurückgegangen sei und die Forderungen der Massen derart „übertrieben“ seien, daß sie den Iran zu ersticken drohten.¹ So stellte sich Bazargan konsequenterweise bei Konflikten bislang auch immer auf die Seite der in- bzw. ausländischen Fabrikbesitzer, wenn von Seiten der Arbeiter weitergehende Forderungen erhoben wurden. Sein Programm zur Ankurbelung der Wirtschaft beinhaltet vor allem Liquiditätshilfen der Zentralbank für die — allerdings inzwischen verstaatlichten — privaten Banken, Stundung und Reduzierung der Steuerschulden sowie weitere Erleichterungen für Unternehmen, Streichung der während der Streiks aufgelaufenen Lagerkosten beim Zoll und andere Förderungsmaßnahmen. Ebenso bezieht er bislang keine klare Position zum Problem der Lösung aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Imperialismus. Für die hiesige Presse „hat die Regierung schon bisher entgegen den Sozialisierungsforderungen der Linken die Weichen diskret auf Marktwirtschaft gestellt.“²

Auf diese Weise soll die liberale Bourgeoisie freie Hand bei der Verwirklichung ihrer Vorstellungen für den Aufbau des neuen Iran bekommen.

Khomeini wirkte dieser Tendenz von Anfang an entgegen. Zunächst bildete er für den Fall, daß ihm etwas zustoßen sollte, den Rat der Hüter der Revolution, dem 12 Personen angehören. Wichtige Entscheidungen für die künftige Entwicklung werden im 80köpfigen Revolutionsrat getroffen, dessen Mitglieder namentlich nicht bekannt sind; wie die Morde und Anschläge der jüngsten Zeit beweisen, ist dieser oft kritisierte Zu-

stand zum Schutz der Betroffenen durchaus verständlich. Die Bewegung des Ayatollah Khomeini, die von Kreisen der nationalen und Kleinbourgeoisie, den Mittelschichten der Städte, (Bazar-) Händlern, Bauern, dem Gros der Geistlichkeit, Angestellten und Teilen der Intelligenz getragen wird, strebt danach, die Lehren des Islam bei der Gestaltung des Iran durchzusetzen. Die von ihr verfochtenen Grundsätze islamisch-iranischer Wirtschaftspolitik (siehe nebenstehendes Interview mit A. Bani-Sadr) beinhalten dabei die Beseitigung des imperialistischen Einflusses, die Herauslösung aus der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung (Export von Öl — Import von Gebrauchsgütern), die Nationalisierung der Naturreichtümer, der Schwerindustrie und der Banken sowie die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Konzeption dieser Kräfte für die künftige Staatsform ist die Islamische Republik.

Gerade hier ergeben sich Widersprüche zu den in der Nationalen Front um den ehemaligen Außenminister Karim Sandjabi vertretenen großbourgeois Kreisen, die die Gründung einer Demokratischen Islamischen Republik vorgeschlagen haben. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie mit gewissen sozialen Veränderungen nach westlichem Muster einzuführen.

Da sich dieses Konzept jedoch einerseits mit den Forderungen der sich radikalierenden Volksbewegung und andererseits mit gewissen sozialen und juristischen Doktrinen des Islam, besonders den konservativ-religiösen Vorstellungen eines Teils der Geistlichkeit, nicht in Einklang bringen läßt, spitzen sich die



Manifestation der Volksfedayin

Widersprüche dieses Teils der Bourgeoisie gegenüber dem Kurs des Ayatollah zu. Reflex dieser Differenzen sind der Rücktritt Sandjabis vom Außenministerposten und die Vorwürfe Khomeinis an Bazargan, seine Regierung sei „schwach und verwestlicht“. ³ Khomeini kündigte im übrigen an, nach Annahme der Verfassung und der Wahl einer Nationalversammlung werde die jetzige provisorische Regierung einem anderen Kabinetts Platz machen.

Differenzierung der Volksbewegung

Doch auch die Gruppe der Religiösen ist keineswegs ein geschlossener Block. Grob gesehen kann man dort heute drei Richtungen unterscheiden:

- eine **radikaldemokratische Richtung**, die, vertreten durch die Volkskämpfer (Mojahedin e Khalg), am bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime beteiligt war und ganz wesentlich zu seinem Sturz beigetragen hat. Diese Organisation, innerhalb der es wieder verschiedene Tendenzen gibt, beruft sich in ihrer

Mehrheit sowohl auf den Marxismus als auch auf den Islam und tritt für den gemeinsamen Kampf der fortschrittlichen gläubigen und laizistischen Kräfte ein. Ihre Bedeutung besteht vor allem darin, daß sie eine Brücke zwischen religiösen und nichtreligiösen Kreisen der Volksbewegung schlagen.

Zu den konsequentesten Geistlichen im Kampf gegen den Schah zählt auch der populäre Teheraner Ayatollah Taleghani, der selbst 15 Jahre in den Kerkern des Regimes zubrachte und dort mit den anderen oppositionellen Kräften zusammenkam. Dieser Flügel der Geistlichkeit stützt sich auf die insbesondere von Ali Schariati⁴ vorgenommene Auslegung des Korans, die die sozialrevolutionären Aspekte des schiitischen Glaubensbekenntnis hervorhebt;

- **diejenige Khomeinis selbst**. Als unerbittlicher Gegner des Schah genießt er im ganzen Volk große Achtung. Obwohl er einigen Aspekten der modernen Welt gegenüber verschlossen ist, resultiert seine führende Rolle und integrierende Funktion in der Revolution nicht zuletzt daraus, daß er den Forderungen des Volkes gegenüber sehr aufgeschlossen ist. Um seinen Vorstellungen auch dann politisch und organisatorisch Nachdruck zu verleihen, wenn nach Verabschiedung der Verfassung ein Parlament gebildet wird, gründete er die bislang halboffizielle Islamisch-Republikanische Partei;

- eine **reaktionär-antikommunistische Tendenz**. Diese Richtung wird vertreten durch militante Antikommunisten wie den Ayatollah Rohani, der auch vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans nicht zurückscheute und die iranische Regierung aufrief, auf Seiten reaktionärer, vom CIA protegierter Moslems im Kampf gegen die antiimperialistische afghanische Regierung einzugreifen (siehe Afghanistan-Kurzinformation in diesem Heft und AIB 6/1979, S. 18).

Ein anderer profiliert Vertreter dieser Richtung, der aufgrund seiner Haltung allerdings schon viel von seiner früheren Popularität eingebüßt hat, ist der Ayatollah Schariat-Madari. Er, der sich zunächst für die Beibehaltung einer konstitutionellen Monarchie ausgesprochen hatte, verlangte vor dem Referendum entsprechend den Vorstellungen der Großbourgeoisie die Möglichkeit der Wahl auch einer „Demokratischen Republik“.

Gleichzeitig warnte er vor einer Auflösung der Streitkräfte des alten Regimes und empfahl den Geistlichen, sich nur in Ausnahmesituationen um die Politik zu kümmern. Das hinderte ihn aber nicht daran, als Gegengewicht zu Khomeini die Moslemische Republikanische Volkspartei ins Leben zu rufen, um — wie er sagt — „die Gefahr einer Ein-Parteien Diktatur“ zu beseitigen.⁵

Angesichts derart labiler Verhältnisse, die noch keineswegs Aufschluß darüber geben, welche Kräfte sich schließlich durchsetzen werden, kommt dem Verhalten der linken Gruppen eine entscheidende Bedeutung zu. Charakteristisch ist hier jedoch noch immer eine mangelnde Einheit.

Umgruppierung der Linken

Als Sammelbecken einer Mitte-Links-Bewegung gründete daher der Enkel des schon legendären ehemaligen Ministerpräsidenten Mossadegh, Matin Daftari, am 6. März 1979 die **Demokratische Nationale Front (DNF)**, der u. a. die Volkskämpfer, die Volksfedayin (Fedayin e Khalgh) und die Liga der Sozialisten⁶ angehören. Daftari begründete diesen Schritt damit, daß die Massen von der alten Nationalen Front K. Sandjabis enttäuscht seien, weil sie undemokratisch sei und dem Volk keine Rolle im Staat zuerkenne; gleichzeitig versteht sich die DNF als Gegengewicht zu den Bemühungen, im Iran einen theokratischen Staat zu errichten.

In einem von der Front vorgelegten 11-Punkte-Programm wird die Wahl eines Rates aller progressiven gesellschaftlichen Kräfte gefordert, der die provisorische Regierung kontrollieren und die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung vorbereiten soll. Den ethnischen Gruppen soll das Recht der Herrschaft in ihren Heimatgebieten zugestanden werden und die Armee dürfe

Grundsätze islamischer Wirtschaftspolitik

FRAGE: Sie haben sich lange Jahre speziell mit ökonomischen Fragen beschäftigt. Welches sind die Grundsätze einer islamischen Wirtschaftspolitik?

A. BANI-SADR: Der erster Grundsatz ist die Verbindung mit Gott, das heißt die Beseitigung der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Die Macht des Menschen über den Menschen muß in der Gesellschaft vollständig abgeschafft werden. Das trifft auch für das Verhältnis des Menschen zur Natur zu. Früher hat man hier die Natur zerstört. Heute muß man versuchen, vernünftig vorzugehen, um die Natur besser zu nutzen. Unsere Pläne und Gedanken müssen dazu dienen, die Bevölkerungsexplosion zu meistern und den gewaltigen Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft gerecht zu werden. Ferner gilt es, die Energiequellen des Landes vernünftig zu nutzen. Das Öl ist in unserer Wirtschaft zu verarbeiten und nicht als Rohmaterial zu exportieren.

Schließlich gehen die meisten Menschen einer bürokratisch-monotonen, einer mechanischen Arbeit nach. Dadurch bleiben die schöpferischen Fähigkeiten vieler Menschen ungenutzt. In vielen Gesellschaften sind es nur wenige, die denken, wissenschaftlich tätig sind und schöpferisch gefordert werden. Wir meinen, die Wirtschaft muß so gestaltet werden, daß alle Menschen die Möglichkeit haben, schöpferisch tätig zu sein. Dies darf nicht einer kleinen Minderheit überlassen werden.

Durch die langjährige monarchische Herrschaft haben die Iraner das Denken verlernt. Darum ist es jetzt schwer, einen Durchbruch zu erzielen. Ich bin der Meinung, daß man in unserer Wirtschaftswissenschaft völlig umdenken muß.

FRAGE: Welche Schritte führen zu einer islamischen Wirtschaftsordnung in Iran?

A. BANI-SADR: Wir haben eine völlig chaotische Wirtschaft übernommen. Diese Wirtschaft muß von der westlichen Herrschaft befreit werden. In einem islamischen Wirtschaftssystem muß man sich nur auf die echten Bedürfnisse der Menschen konzentrieren, sie in schöpferische Bahnen lenken. Das ist die wichtigste Aufgabe dieser islamischen Gesellschaft.

Unsere Wirtschaft war von der westlichen Ökonomie abhängig. Diese hat entschieden, was in Iran produziert wird und was nicht. Diese Abhängigkeit ist zu überwinden. Wenn wir schöpferisch arbeiten, werden wir — etwa in zwanzig Jahren — eine wirtschaftliche Situation erreicht haben, wo die Ökonomie ein Mittel der Befreiung und nicht mehr ein Mittel der Unterdrückung sein wird.

FRAGE: Wenn ich Sie recht verstanden haben, soll der erste Schritt die Beseitigung des ausländischen Einflusses sein. Wie soll es danach weitergehen?

A. BANI-SADR: In dem neuen Entwurf der islamischen Verfassung steht, daß sämtliche Wälder, Flüsse und Naturreichtümer grundsätzlich der Gesellschaft gehören und nicht privatisiert werden dürfen. Auch die Schwerindustrie wird vom Staat geführt werden. Dem müßte noch manches hinzugefügt werden, aber das ist im Moment nicht

so entscheidend. Entscheidend ist, die bisherige organische Bindung zur westlichen Wirtschaft zu unterbrechen, um eine selbständige iranische Wirtschaft aufzubauen.

Nehmen Sie das Erdöl: Nach außen ist es vergesellschaftet worden. Doch diese Verstaatlichung hat uns nichts eingebracht, denn die multinationalen Konzerne entscheiden letztlich, was und wieviel produziert wird und wie hoch der Preis ist. Sie suchen uns Märkte aus und so weiter. Das ist doch keine wahre Nationalisierung, obwohl es nach außen so aussieht! Aber so ist die Lage auf vielen Gebieten in diesem Land.

Nicht nur die Ölproduktion muß ganz in die Hände der Iraner gelegt werden, sondern auch die Finanzpolitik. Unser Geld muß unabhängig von der westlichen Weltbank werden. Die Eindimensionalität unserer Wirtschaft, Öl zu exportieren und Gebrauchsgüter zu importieren, muß im Interesse der breiten Bevölkerung beseitigt werden. Dann sind auch die Wirtschaftsplanung, unsere Budgetpolitik umzugestalten. Das sind die Schritte, die bald unternommen werden müssen.

FRAGE: Welche Rolle spielt die Landwirtschaft im ökonomischen System des islamischen Iran?

A. BANI-SADR: In der Vergangenheit hat die Landwirtschaft, haben die Bauern nur als ein Potential der Machthaber gedient. Dies muß völlig geändert werden. Die Bauern sind zu befreien. Wir müssen in erster Linie dafür sorgen, daß die landwirtschaftliche Produktion gewaltig gesteigert wird, damit wir auf diesem Gebiet unabhängig werden und unsere nationale Entscheidungsfreiheit nicht durch die Frage der Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten von außen eingeschränkt werden kann. Dabei müssen wir auch zeitweilig überdurchschnittliche Produktionskosten in Kauf nehmen, um eine gesunde Landwirtschaft aufzubauen, statt dauernd unsere Bedürfnisse von der westlichen Welt befriedigen zu lassen. Ein Verbrechen vom Schah, das ihm nicht vergeben werden kann, ist es, daß die iranische Landwirtschaft völlig zerstört wurde. Früher haben die Iraner die Arbeit in der Landwirtschaft stets als eine bedeutende Aufgabe angesehen. Selbst diese moralische Betrachtungsweise hat der Schah völlig zerstört.

FRAGE: Wie wird die künftige Außenwirtschaft der Islamischen Republik Iran gestaltet werden?

A. BANI-SADR: Auch auf diesem Gebiet werden wir mit der alten Politik brechen. Wir werden nicht fortfahren, in ausländische Betriebe zu investieren. Im Außenhandel muß mehr auf Tausch, auf Ware gegen Ware, hingearbeitet werden. Dieser Handel muß ausbalanciert sein und im gegenseitigen Interesse betrieben werden. Das entspricht unserer Ablehnung der Herrschaft über andere und anderer über uns. Wir werden mit jedem Handel treiben, der nicht die Herrschaft über uns sucht, vor allem mit denen, die den Menschen und die Befreiung des Menschen als ihre erste Aufgabe sehen, so auch mit Ihrem Land, der Deutschen Demokratischen Republik.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 20/1979)

nicht in ihrer alten Form wiederbelebt werden. Ein weiterer Punkt beinhaltet die Abschaffung des „vom Imperialismus abhängigen Kapitalismus.“⁷

Eine der wichtigsten Kräfte der Linken sind die **Volksfedayin**. Sie sind gut organisiert und insbesondere seit 1971 durch Aktionen gegen das Schah-Regime hervorgetreten. Ihre ca. 2000 bewaffneten Kämpfer spielten eine bedeutende Rolle bei den militärischen Auseinandersetzungen am 9./10. Februar d. J., als die letzten Schah-treuen Truppenteile besiegt wurden. Dadurch hat sich ihr Renommee wie ihr Einfluß erheblich vergrößert.

Die Fedayin verstehen sich als marxistisch-leninistisch, wobei sie vor allem auf ihre „Unabhängigkeit“ pochen und der Tudeh-Partei ihr positives Verhältnis zur Sowjetunion ankreiden. Seit einiger Zeit entwickeln sich auch unter ihnen verschiedene Tendenzen, wobei sich eine ausgesprochen ultralinke und eine zur Tudeh-Partei neigende Strömung herauskristallisiert. Daß die Volksfedayin über erheblichen Einfluß unter den iranischen Intellektuellen verfügen, dokumentierte ihre Massenkundgebung vom 24. Februar d. J., als sich etwa 100 000 Menschen in der Teheraner Universität versammelten. Auf dieser

Veranstaltung, die im allgemeinen als großer Erfolg für die Linke gewertet wurde, erklärten sie ihr Programm. Es sieht die vollständige Auflösung der kaiserlichen Armee und ihre Ersetzung durch ein Volksheer vor und fordert die Schaffung von öffentlich tagenden Volksgerichten, die Durchführung einer Bodenreform, die Nationalisierung der Banken und des Auslandskapitals.

Vor dem Hintergrund der Angriffe reaktionärer Kreise auf die Errungenschaften der Revolution strebt die **Tudeh-Partei** eine Einheitsfront „von der Linken Khomeinis bis zur Tudeh“ an, um diese Errungenschaften zu schützen und auszubauen. Sie betont daher die Notwendigkeit eines gemeinsamen Programms mit folgenden Prioritäten: „Gesellschaftlich vorrangig ist die Vertiefung der Demokratie im Land. Die demokratischen Einrichtungen müssen gefestigt werden. Damit diese im Iran so schnell wie möglich eine wirkliche Position bekommen, brauchen wir eine Verfassung und die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung. Und dann benötigen wir ein Parlament und eine feste Regierung, die das Land auf demokratischer Basis regiert.“⁸

Gerade diesen Prozeß der Erstellung einer fortschrittlichen Verfassung versuchen jedoch die Anhänger des alten Regimes unter der Regie amerikanischer Geheimdienstler zu unterlaufen. Sie schrecken dabei vor keinem Mittel zurück und tarnen sich häufig im linken Gewand.

Durch mehrere Attentate, darunter die Ermordung des ehemaligen Generalstabschefs Gharani und des Ayatollah Motahari, versuchten sie eine antikommunistische Pogromstimmung unter den religiösen kleinbürgerlichen Kräften zu erzeugen, um den Boden auch für eine physische Liquidierung der fortschrittlichen Gruppen zu bereiten. Da dies trotz der Beteiligung rechter Geistlicher an der Kampagne nicht gelungen ist, ist auch ein Verdienst Khomeinis, der eindeutig Drahtzieher aus den USA für die Attentate verantwortlich machte. Wie er enthüllte, steht schon seit einiger Zeit der CIA und der ehemalige iranische Geheimdienst SAVAK hinter der Organisation Forghan, die die Morde ausführte.

Die Rechtskräfte haben aber auch zum direkten Angriff auf demokratische und linke Persönlichkeiten und Parteien geblasen. Organisierte Banden terrorisieren die Bevölkerung und versuchen ein Klima der Angst und Einschüchterung zu verbreiten, das durch die Herbeibesorgung künstlicher Engpässe in der Wirtschaft (Lebensmittelversorgung) noch gesteigert werden soll.

Wiederholt wurden Angehörige der Volksfedayin auf offener Straße niedergemacht, ihr Hauptquartier in Abadan wurde gestürmt. Mitte April d. J. wurden zwei Söhne und die Schwiegertochter des Ayatollah Taleghani von Mitgliedern eines Revolutionskomitees festgenommen und im Gefängnis zusammengeschnitten. Nach dieser Provokation verließ Taleghani für eine Zeit aus Protest gegen diese „unverantwortlichen Elemente“ in den Komitees die Hauptstadt Teheran. Daraufhin unterstellten die Mojahedin ihre bewaffneten Kämpfer dem Ayatollah und verlangten eine Säuberung und Kontrolle der islamischen Revolutionskomitees, um einen drohenden Bürgerkrieg zu vermeiden.

Tatsächlich waren es gerade diese Komitees — sie entstanden zur Zeit des Verfalls des alten monarchistischen Staatsapparates und traten teils an seine Stelle —, die von religiös-fanatischen, maoistischen und anarchistischen Kreisen sowie von Anhängern des Schah infiltriert wurden. Welche Ziele diese Gruppen verfolgen, äußerte freimütig Oberst Tavakoli, der bis zu seiner Entlassung Ende Februar d. J. sogar für Militärfragen im Islamischen Revolutionsrat zuständig war. Er forderte, daß „die Linke blutig unterdrückt“ würde, wenn „die Lage im Iran geklärt“ und „das Volk darauf vorbereitet sei.“ Zudem wolle er „mit amerikanischer Hilfe die Armee neu aufbauen.“⁹

Inzwischen hat Ayatollah Khomeini angeordnet, die Komitees von „antirevolutionären Elementen“ zu säubern. Im ganzen Land sollen die spontan entstandenen Komitees abgelöst und offizielle Komitees zur Verteidigung der Revolution aufgebaut werden, und zwar bewußt als bewaffneter Gegenpol zur Armee. Um den Reinigungsprozeß der teilweise von früheren SAVAK-Agenten unterwanderten Gruppen zu beschleunigen, wurden in Teheran 50000 Erkennungskarten für Komiteemitglieder verteilt. Dennoch ist die von dieser Seite drohende Gefahr natürlich noch nicht behoben.

Ein weiteres objektives Problem, das im Kalkül der Kontinuität der Revolution eine Rolle spielt, ist die Situation der verschiedenen Volksgruppen im Iran, die bislang vom Schah-Regime unterdrückt worden waren. Durch die Schürung von religiösem Zwist und mittels provokatorischer Übergriffe der iranischen Armee und vom Ausland gesteuert Aktionen einzelner Minderheiten sollen die Auseinandersetzungen soweit angeheizt werden, daß gerade in den rohstoffreichen Gebieten ein direkter Eingreifen von US-Marines ermöglicht werden kann.

Um eine solche Intervention auch ideologisch abzuschirmen, wird wieder einmal eine US-Menschenrechtskampagne gestartet. Auch in der Bundesrepublik malen Zeitungen, die von 50000 unter dem Schah-Regime allein 1978 ermordeten iranischen Demokraten kaum Notiz nahmen, das Bild eines blutgerigen und

rachsüchtigen Khomeini. Dabei hat dieser bereits eine Generalamnestie für alle kleinen Mitläufer des Schahs erlassen und angeordnet, daß nur noch solche Personen zum Tode verurteilt werden können, denen die persönliche Beteiligung an Folterungen mit Todesfolge und Massenerschießungen nachgewiesen wird. Zwar mag man die Form der Revolutionsgerichte, die jeweils aus einem fünfköpfigen Juristengremium des Justizministeriums und einem vom Revolutionsrat ernannten Vorsitzenden bestehen, anzweifeln; der Haß des Volkes auf die Mörder und Sicherheitsfragen lassen jedoch oftmals keine Wahl in den Mitteln.

So wurde in der kurzen Zeit Ende März, als die Prozesse gestoppt waren, das Gefängnis in Isfahan gestürmt und mehrere Gefangene gelyncht; andererseits hatten viele Ausbruchversuche von Repräsentanten des Schah-Regimes Erfolg, weil das neue Gefängnispersonal noch zu unerfahren ist. Wie die jüngsten Mordanschläge zeigen, ist die Geheimhaltung von Namen der verantwortlichen Richter durchaus berechtigt, während die Verfahren selbst entgegen den hiesigen Meldungen öffentlich sind und in den iranischen Medien dokumentiert werden.

In Wirklichkeit geht es US-Präsident J. Carter ja auch nicht um die Wahrung von Menschenrechten — wie seine bis zuletzt positive Haltung zur Schah-Diktatur bewies — sondern um die Wiederherstellung der militärischen und politischen Positionen der USA im Iran. Angesichts dieser Situation ist auch das Hochspielen von zwar real vorhandenen, aber momentan untergeordneten Problemen wie einige die Frauen betreffenden Fragen (siehe Danesch-Interview in AIB 5/1979) reine Augenwischerei. Nach den Worten des Gründers der Partei der Demokratischen Volksunion, M. A. Beh-Azin, geht es heute nicht vorrangig um das Problem des Schleiers, sondern „um Leben und Tod für die iranische Demokratie.“¹⁰

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 16. 5. 1979
- 2) Ebenda, 2.—4. 6. 1979
- 3) Ebenda, 18. 5. 1979
- 4) Ali Schariati starb 1977 im Exil in London an den Nachwirkungen von durch den Geheimdienst SAVAK verübten Folterungen.
- 5) SZ, 9. 5. 1979 und International Herald Tribune, Zürich, 2. 5. 1979
- 6) Die Liga der Sozialisten gehörte zu den Hauptorganisationen der alten Nationalen Front und hat die Nachfolge von Khalil Malekis sog. Dritten Macht angetreten. Maleki war ursprünglich Mitglied der Tudeh-Partei, trennte sich aber frühzeitig von ihr und verfolgte einen „dritten Weg“ zum Sozialismus.
- 7) Vorwärts, 15. 3. 1979
- 8) Ebenda, 12. 4. 1979 und Die Wahrheit, 13. 5. 1979
- 9) Le Monde, Paris, 9. 5. 1979
- 10) Frankfurter Rundschau, 6. 4. 1979

rote blätter

Die Juni-Ausgabe der „roten blätter“ bringt u. a.:



- Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul: Majdanek und die Verjährungsfrage
- Gesucht wird: Der Naziverbrecher Kurt Lischka
- Serie: 30 Jahre Bundesrepublik, 2. Teil
- Kampagne gegen das Gewerkschaftsbuch
- CIA-Strategie im Iran
- SDAJ-Bundeskongreß
- Vorgestellt: Münster - Frauenstraße
- 2000 in Hannover gegen Pestel
- Zur Diskussion: Ehe und Familie und vieles mehr

Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Bestellungen an: rote blätter, Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund

Eva Priester **Islam – zurück ins Mittelalter?**

Eingangs sei festgestellt, daß der Islam eine Religion ist, genau gesagt, die jüngste der monotheistischen (an einen Gott glaubenden) Religionen, zusammen mit Christentum und Judentum. Als solche steht er im Widerspruch zur Weltanschauung und Philosophie des Marxismus. Von dieser Einschränkung jedoch abgesehen, ist der Islam nicht „finsterer“ und nicht „mittelalterlicher“ als andere Religionen auch.

Wie alle Religionen hat er heute seine reaktionären, aber auch seine fortschrittlichen Strömungen. Wie ein nordafrikanischer Publizist kürzlich feststellte, hat „der Islam seine Camillo Torres“ und seine Dom Helder Camaras ebenso wie seine Bischöfe Lefebres“.

Der Islam entstand im 7. Jahrhundert zunächst im heutigen Saudi Arabien (Mekka/Medina). Sein Prophet war Mohammed, seine „Heilige Schrift“ ist der Koran, die Mohammed von Gott, wie er eröffnete, verkündet wurde als Ergebnis von Visionen und Meditationen.

Der Koran besteht aus fast 100 Gesängen (Suren), in denen vor allem das Wesen eines Gottes (als entgegengesetzt dem Vielgötterbegriff der damaligen Stämme) als Schöpfer der Erde und des Menschen, als höchste moralische und ethnische Instanz festgelegt wird. Zugleich ist der Koran (der übrigens vieles aus dem Alten und dem Neuen Testament enthält, die der Islam als Vorläufer seiner Lehre betrachtet) eine Schrift der Gesetze und der Verhaltensregeln für die Gläubigen, angefangen von der Pflicht zum Gebet und den Waschungen vor dem Gebet bis zum den Pflichten gegenüber Waisen, Kranken, Armen, dem täglichen Verhalten des Angehörigen der „Umma“ (der Gemeinschaft der Gläubigen) überhaupt.

Keine mystische Ausdehnung

Im Gegensatz zum Christentum ist der Islam eine ethische und nicht eine mystische Religion. Er fordert nicht den Glauben auch an etwas, was man nicht versteht, sondern das Handeln nach klar festgelegten und auch verständlichen Grundsätzen. Vor allem — und hier lag seine revolutionäre Bedeutung in seiner Zeit — sprengt er den engen Rahmen der auf „Banden des Blutes“ (d. h. der Familienzugehörigkeit) aufgebauten Stammesgesellschaft und setzt an dessen Stelle den weiten Rahmen der Gemeinschaft der Gläubigen, ganz gleicher welcher Rasse oder welcher Volksgruppe sie angehören.

Es ist daher kein Zufall, daß im Koran verkündet wird, es gäbe keinen Unterschied zwischen Menschen weißer oder schwarzer Haut, Menschen der Wüste oder der Städte, „es sei denn durch größere Frömmigkeit“.

In seinem Wesen war der Islam im 7. Jahrhundert und auch lange Zeit danach eine Religion des aufsteigenden Feudalismus, der als höhere gesellschaftliche Stufe die der patriarchalischen Stammesgesellschaft überwand und zerschlug. Nun wissen wir durch die Betrachtung der bürgerlichen Revolution, daß jede aufsteigende Gesellschaftsform in ihrem Beginn allgemeine fortschrittliche, ja revolutionäre Züge trägt. Wir übersehen aber, daß dies auch für den Feudalismus in seiner Aufstiegsperiode gilt, von dem der Islam eine ideologische Erscheinungsform ist.

Ohne diese Erkenntnis könnte man nicht verstehen, warum der Islam, schon wenige Jahre nach seinem Entstehen, einen beispiellosen Siegeszug durch einen großen Teil der Welt antrat — bis nach Indien im Osten und über Gibraltar und Spanien im

Westen, bis tief in die Länder Afrikas im Süden und Sizilien im Norden. Gewiß, der Herrschaftsbereich des Islam wurde (auch nach feudaler Manier) durch seine Krieger und seine Militärführer ausgedehnt, doch der große Erfolg dieser Züge stand in keinem Verhältnis zu der Zahl der an ihnen teilnehmenden Kämpfer (711 wurde z. B. Gibraltar überquert, 756 das Reich von Cordoba in Spanien begründet), und war vor allem in der höheren gesellschaftlichen Ordnung, die der Islam mit sich brachte, begründet.

Mit der Ausdehnung der islamischen Welt ging ihre feudale politische Entwicklung zusammen, die Bildung einzelner, miteinander nur lose verbundener oder auch einander bekämpfender Fürstentümer und dann auch Dynastien, die sich manchmal formell einem zentralen Herrscher, sozusagen als Lehnsherren, unterstellten, aber in ihrem Gebiet nicht nur unbeschränkt regierten, sondern auch den Anspruch erhoben, sowohl weltliche Herrscher als auch Oberhäupter der Glaubensgemeinschaft ihres Landes zu sein. Es bildeten sich Dynastien, die der Abassiden (in Bagdad), der Omeyyaden (in Spanien), der Almoraviden, der Aloutiten (im heutigen Aghreb).

In Marokko ist zum Beispiel noch heute König Hassan II. als Herrscher der Aloutiten-Dynastie auch geistliches Oberhaupt.

Schon im ersten Jahrhundert nach Mohammed kam es zu einer der großen Spaltungen im Islam, die auch heute noch eine Rolle spielt — in die Richtungen der Sunniten und Schiiten. Sehr vereinfacht gesagt, besteht der Hauptunterschied darin, daß die Schiiten die Personalunion weltlicher Herrscher-geistliches Oberhaupt nicht anerkennen und die geistliche Führung nur den Nachkommen ihres Begründers, des Propheten Ali, vorbehalten.

In ihrem Kampf gegen die Vormacht der Herrscher, der Kalifen, gab es bei den Schiiten zeitweise (auch siegreiche) Strömungen, die an die christlichen Revolutionäre, etwa der Wiedertäu-



Mekka, Ausgangspunkt und Pilgerstätte des Islams

fer, erinnerten. So wurde 889 in Arabien von einem Zweig der Schiiten eine „Republik der Gleichen“ gegründet, die die Freiwilligkeit der Religion verkündete, allen Besitz, „außer den Säbeln“, zum Gut der Allgemeinheit erklärte, die Gleichberechtigung der Frau gesetzlich verwurzelte. Diese Republik wurde erst 1030 von den Heeren des Kalifen von Bagdad besiegt.

Eine andere schiitische Gruppierung, die des Schiiten Ali Mohammed, stellte sich an die Spitze eines Aufstandes von schwarz-



afrikanischen Sklaven, die in den heutigen Irak verschleppt worden waren und ebenfalls eine „Republik der Gleichen“ erkämpften, die fast 20 Jahre währte. In dieser Republik wurde festgelegt, daß „auch ein Sklave oder eine Frau Herrscher werden können“.

Aber auch unter der Herrschaft der Kalifen gab es sowohl rückschrittliche als auch große, wir würden heute sagen, fortschrittliche Gestalten, wie etwa Saladdin, Harun Al Raschid oder die Herrscher von Cordoba. Es gab ein sehr entwickeltes geistiges Leben, die Universitäten von Kairo, von Khartum waren lange vor den Universitäten Europas Stätten, in denen keineswegs nur der Koran, sondern auch griechische Philosophie, Medizin, Astronomie, Geographie gelehrt wurden. Wer davon spricht, daß der Islam „ins finstere Mittelalter“ führt, vergißt, daß es im Mittelalter gerade die islamische Welt war, die die Welt Europas befruchtete und einen der Anstöße zur Renaissance gab. Wie „modern“ manche islamischen Wissenschaftler dachten, zeigt das Beispiel des Philosophen Ibn Khaldun (im 14. Jahrhundert), der feststellte, der Wert einer Ware wird durch die in sie gesteckte Arbeit bestimmt!

Nach wie vor war in den islamischen Reichen der Koran Gesetz, aber ebenso wie in der Welt des Christentums wurde das Grundgesetz ergänzt oder interpretiert, um den Bedürfnissen der jeweiligen Gesellschaft zu entsprechen. Das galt natürlich auch für das koranische Recht. Und wer heute daran Anstoß nimmt, daß das koranische Recht in islamischen Staaten als Grundlage des Rechtswesens betrachtet wird, vergißt gern, daß in unseren europäischen Staaten das noch ältere römische Recht eine der Grundlagen unseres Rechts bildet.

Die Entwicklung der islamischen Welt kam ins Stocken, als es ihr nicht gelang, den Feudalismus zu überwinden und den Sprung in die folgende Gesellschaftsordnung zu machen. (Wobei vermerkt werden muß, daß sich der islamische Feudalismus in einigen wesentlichen Punkten vom europäischen unterschied: er kannte zwar Großgrundbesitzer, aber keine Leibeigenschaft, und die Religion hatte keinen eigenen Berufsapparat wie etwa die europäische.) Zum Teil wurde die Entwicklung der islamischen Staaten von außen gehemmt, zunächst durch die (weit rückschrittlichere) türkische Herrschaft und dann im 19. Jahrhundert durch eine noch zerstörerische Kraft — die europäische Kolonialherrschaft.

Es ist diese europäische Kolonialherrschaft, die sich nicht nur bemüht hat, die kulturelle Tradition der islamischen Welt auszulöschen. (. . .)

Die Wiedergeburt oder besser die Belebung des Islam in unserer Zeit begann mit dem Kampf der Völker, vor allem der Völker der arabischen Welt, gegen die Kolonialherrschaft und wurde

ein Stück dieses Kampfes. Denn der Islam stand hier für die eigene kulturelle Tradition, für den eigenen kulturellen Boden, die die Kolonialherren zu zerstören suchten.

Es ist daher logisch, daß die großen Bewegungen des Islam in unserer Zeit zugleich antikoloniale, nationale Befreiungsbewegungen waren. Das begann mit dem Kampf, den Emir Abdelkader nach der Okkupation Algeriens 1832 jahrzehntelang gegen die französische Fremdherrschaft führte, das setzte sich fort im Aufstand des Mahdi im Sudan gegen die britische Herrschaft, im Aufstand der Kabylen Abd El Krim, den Befreiungsbewegungen Ägyptens und Syriens bis zum Befreiungskampf des algerischen Volkes in unserer Zeit.

Es ist kein Zufall, daß sich die Befreiungskämpfer in diesen Ländern (und heute auch im Iran) „Moudjahidin“ (etwa „Kämpfer für eine gerechte Sache“) nennen, ein bewußtes Anknüpfen an eine nationale und nationalrevolutionäre Tradition. (Wobei übrigens vermerkt werden soll, daß der „Dschihad“, der im Wort „Moudjahidin“ enthalten ist, keineswegs, wie man uns gern erzählt, „Krieg gegen die Ungläubigen“ bedeutet, sondern jeden opferreichen Kampf für eine gerechte Sache einschließlich — wie heute in Algerien — des Kampfes um eine gute Ernte oder des Kampfes für Aufforstung und gegen Erosion. Mohammed bezeichnet zum Beispiel auch als „Dschihad“ den Kampf von Kaufleuten um die Öffnung und Sicherung von Karawanenwegen.)

Anknüpfungspunkt im Befreiungskampf

Die Bedeutung des Islam als Teil des nationalen Kampfes unterstrich der Führer der reformierten algerischen „Ulemas“ (Religionsgesellschaften), Scheich Ben Badis, in seinem berühmten „Dreierprinzip“: „Der Islam ist unsere Religion, Arabisch ist unsere Sprache, Algerien ist unser Vaterland.“ Scheich Ben Badis war übrigens einer der führenden Teilnehmer an einem antifaschistischen Volksfrontkongreß 1936 und vertrat den Standpunkt, daß erst die Oktoberrevolution und die Existenz der UdSSR einen siegreichen Befreiungskampf der Kolonialvölker ermöglichen.

Ja aber, so werden manche sagen, enthält nicht das islamische Recht, die „Scharia“, eine Reihe von mittelalterlichen Bestimmungen, wie das Abschlagen von Händen bei Dieben, das Steinigen von Ehebrechern, werden nicht die Frauen im Islam durch den Schleier „in den Harem verbannt“ und gedemütigt? Hier wird eine Reihe von Begriffen durcheinandergeworfen. Die „Scharia“ hat sicherlich mittelalterliche Elemente, denn sie stammt ja aus dem Mittelalter (zum größten Teil nicht aus dem Koran), aber ihre mittelalterlichen Bestimmungen werden charakteristischerweise auch nur in jenen islamischen Staaten angewendet, die reaktionäre Staaten sind — etwa Saudi Arabien oder Pakistan. In anderen, wie etwa in Algerien, bemüht man sich, ein Recht zu schaffen, das sowohl die Grundsätze des Islam als auch die des Sozialismus verkörpert. Der Koran befiehlt übrigens nicht, „Ehebrecherinnen zu steinigen“, er empfiehlt nur, sie im Hause zu halten, „bis an ihr Lebensende oder bis Allah eine andere Lösung gibt.“

Auch der Schleier stammt nicht aus dem Koran, sondern wurde von den nachfolgenden Herrschern, vor allem den türkischen, aus ihm abgeleitet, die aus den Bedürfnissen ihrer feudalmilitärischen Herrschaft heraus, bei der zehntausende Männer auf Zwangsfeldzügen eingesetzt waren, alles Interesse daran hatten, die Frauen sozusagen unter Verschluss zu halten und mit der Produktion von (Soldaten-)Nachwuchs zu beschäftigen. Der Koran hat im Gegenteil gegenüber der Stammesgesellschaft, in der die Frau „eine Sache“ war, die Rechte der Frau auf Vermögen und Erbe festgelegt (und dem Mann verboten, das Vermögen der Frau ohne ihre Einwilligung anzurühren) und ihre „Gleichheit vor Gott“ betont. Übrigens gibt es eine Reihe islamischer Völker, etwa die Berber (Kabylen), bei denen die Frauen nie verschleiert waren. (. . .)

(Quelle: Weg und Ziel, Wien, Nr. 4/1979, S. 142—144)

Münchener Palästina-Komitee

Selbstverwaltung à la Begin



Nachdem Anwar al-Sadat am 26. Mai d. J. höchstpersönlich die ägyptische Flagge in El Arish gehißt hatte, umso die Rückkehr von 2 % des Sinai an Ägypten zu dokumentieren, traf er sich am nächsten Tag zu innigen Umarmungen mit seinem Freund Menachem Begin. Unter wohlwollender Assistenz des US-Außenministers versicherten sie sich gerührt, daß es „nie wieder Krieg, nie wieder Blutvergießen“ geben werde.

Zumindest der israelische Ministerpräsident schien vergessen zu haben, daß seine Luftwaffe gerade wieder einmal dabei war, libanesischen Dörfern und palästinensischen Flüchtlingslager zu bombardieren.

Anschließend bekam Präsident Sadat die Schlüssel der Stadt Beerscheba überreicht und wurde ebenda von dem israelischen Präsidenten Navon in hebräisch und arabisch begrüßt. Allerdings erwies sich die Verwendung letzterer Sprache als Luxus, denn außer Sadat und seinem Begleitschutz hatte man vorsorglich allen anderen Arabern das Betreten dieser Stätte des „historischen Wandels zwischen unseren Völkern“ — so Navon — verboten.

Zugleich wurden die im Separatvertrag vom 26. März 1979 (siehe ausführlich AIB 5/1979; d. Red.) beschlossenen Verhandlungen über die Zukunft der „Einwohner des Westufers und des Gaza-Streifens“ aufgenommen, worunter nach israelischen Vorstellungen nicht nur die „Araber von Eretz Israel“ (Begin), sondern vor allem auch die jüdischen Kolonisten in diesen Gebieten zu verstehen sind. Trotz intensiver Bemühungen war es keinem der beiden „Friedenshelden“ gelungen, bei ihrem Spektakel einen der wohl hauptsächlich betroffenen Palästinenser zu präsentieren, nachdem man deren selbst gewählter und legitimer Vertretung, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die Zuständigkeit abgesprochen hatte.

Autonomie — nur für jüdische Kolonisten

Angesichts der den Palästinensern von Begin zgedachten Zukunft, konnte dies auch nicht gerade verwundern. Kurz zuvor verlautbarte die israelische Regierung, daß sich die zu schaffende Autonomie nur für die „Einwohner . . . und nicht für die Gebiete“ verstehe. Ein unabhängiger Palästinastaat wird kategorisch abgelehnt und die Zionisten gedenken nach Ablauf der fünfjährigen Selbstverwaltungsperiode die Souveränität über eben diese Gebiete zu verlangen.

In diesem **22-Punkte-Plan** wird weiter festgestellt, daß die Autorität der Autonomie sich ausschließlich von der Militärregierung herleite, daß Israel die öffentlichen Ländereien und Wasserressourcen für sich beanspruche und für die innere und äußere Sicherheit verantwortlich bleibe. Ebenso wurde zu einer Verstärkung der Siedlungsanstrengungen aufgerufen und sah man Verhandlungen über die Rückkehr einiger tausend Flüchtlinge von 1967 (insgesamt ca. 1/2 Mio) vor.

Nachdem sie öffentlich verkündet hatten, daß Privatland nur aus Sicherheitsgründen enteignet werden könne, bewiesen die Zionisten wieder einmal ihre Glaubwürdigkeit, als sie für die Errichtung der städtischen Siedlung Elon Moreh bei Nablus die Zwangsverfügung über 800 000 qm Privatland bekanntgaben. Eine Entscheidung, die die Jerusalem Post vom 3. 6. 1979 schreiben ließ: „Wiederholung des Bestehens der Regierung auf einer eventuellen Annexion dieser Gebiete.“

Mit der israelischen Rückgabe von El Arish an Ägypten im Mai d. J. und der Aufnahme der sog. Autonomieverhandlungen für das okkupierte Westjordan- und Gazagebiet am 11. 6. 1979, hat die versuchte praktische Durchsetzung der Separatsabkommen von Camp David/Washington ihren Anfang genommen. Die „Selbstverwaltung“ à la Begin gewinnt konkrete Gestalt in einer noch forcierten zionistischen Siedlungsexpansion und der gewaltsamen Absicherung des Besatzerregimes. Der Beitrag des Münchener Palästina Komitees verdeutlicht die Dimension der langfristigen Kolonisierungspläne des Begin-Regimes.

Am 16./17. Juni zeigten schwere Zusammenstöße im westjordanischen Nablus jedoch auch den ungebrochenen Widerstandswillen der arabischen Palästinenser an. Aus Protest gegen die Neuerrichtung der zionistischen Siedlung Elon Moreh zogen, ungeachtet eines Demonstrationsverbotes, Tausende vor das Hauptquartier der israelischen Militärverwaltung. Es folgte ein von Bürgermeister Bassam al-Shaka ausgerufenen lokaler Geschäftsstreik. Zur selben Zeit demonstrierten in Tel Aviv rund 30 000 Anhänger der Bewegung „Frieden jetzt!“ gleichfalls gegen die Siedlungspolitik, ein Protestpotential, das ebensowenig wie die spektakulären Kampffaktionen der israelischen Araber (siehe Beitrag von B. Sommer) geringzuschätzen ist.

Wie sich die zionistische Regierung die Verwirklichung dieser Pläne vorstellt, wurde durch die Veröffentlichung eines **interne Regierungszirkulars**, dem **Ben-Eliezer-Dokuments** durch die liberale Zeitung Ha'aretz vom 21. 5. 1979 deutlich. Danach soll ausschließlich die Armee bevollmächtigt sein, Land zu Siedlungs- und strategischen Zwecken zu konfiszieren, sowie für die öffentliche Sicherheit verantwortlich bleiben. Der israelische Verfassungsschutz Shin Bet wird die Polizeifunktionen organisieren, Rechtsprechung und Haftaufsicht verbleiben bei den israelischen Stellen. Ein arabisches Bankwesen wird in das israelische zu integrieren sein und Kandidaten für den Selbstverwaltungsrat dürfen nur mit Zustimmung der Militärverwaltung aufgestellt werden. Die Siedler der jüdischen Kolonien erhalten das Recht, jederzeit und überall Waffen zu tragen. Einen Vorgeschmack dessen, was ihnen besonders letzteres bringen kann, haben die Palästinenser in den besetzten Gebieten in den letzten Wochen bekommen. Nachdem Kinder aus Bir Zeit auf das provokatorische Auftreten der klerikalfaschistischen Gush-Emunim-Siedler der benachbarten Kolonie Neve Tzuf mit Steinwürfen reagiert hatten, fuhren diese wild um sich schießend durch die Stadt, verprügelten und entführten Bewohner von Bir Zeit und erzwangen mit Waffengewalt die Schließung der Geschäfte an der Straße zu ihrer Kolonie.

Die Regierung, nach ihren Gegenmaßnahmen gegen solche Umtriebe von Privatpersonen befragt, erklärte: „Die Siedler von Neve Tzuf haben sich entsprechend den Weisungen der Militärverwaltung verhalten, da die Siedler ein integraler Teil des Sicherheitssystems der befreiten Gebiete darstellen.“¹

Im Dorf Halhul erschossen Siedler aus Kiryat Arba eine 17jährige Schülerin und einen 21jährigen Arbeiter unter ähnlichen Umständen. Daraufhin verhängte die Armee zur „Beruhigung“ der Einwohner ein zwölf-tägiges Ausgehverbot und erschoss am dritten Tag des Verbotes einen von außerhalb zu seiner Familie zurückkehrenden Bauern. Die Beerdigung der Opfer mußte jeweils nachts in engstem Familienkreis unter Aufsicht einer Kompanie israelischer Soldaten erfolgen.²

Über die Flüchtlingslager Jalazun und Ayda wurde wegen steinerwerfender Kinder ein 12- bzw. 16-tägiges totales Ausgehverbot verhängt. Die Bewohner durften weder ihre Unterkünfte verlassen, noch wurde die Lieferung von Lebensmitteln und Wasser gestattet. Ein Verantwortlicher der Militärregierung meinte hierzu, es sei die Aufgabe der Militärverwaltung „den Leuten zu helfen, wieder den Boden unter die Füße zu bekommen“ und die Koexistenz zwischen Arabern und Juden zu verwirklichen.³ Eine im Falle von Halhul sehr deutlich gewordene Aufgabe.

UN-Resolution 446 vom 22. 3. 1979

Der Sicherheitsrat

— nach Anhörung der Erklärung des ständigen Vertreters Jordaniens und anderer vor dem Rat abgebener Erklärungen,
— unter Betonung der dringenden Notwendigkeit, einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten herbeizuführen,

— erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf alle seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist,

1. stellt fest, daß **die israelische Politik und Praxis der Errichtung von Siedlungen in den palästinensischen und anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten keine rechtliche Gültigkeit haben** und ein ernsthaftes Hindernis für die Erzielung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten darstellen;

2. beklagt lebhaft, daß Israel die Resolutionen des Sicherheitsrats 237 (1967) vom 14. Juni 1967, 252 (1968) vom 21. Mai 1968 und 298 (1971) vom 25. September 1971 sowie die Konsenserklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 11. November 1976 und die Resolutionen der Generalversammlung 2253 (ES-V) und 2254 (ES-V) vom 4. und 14. Juli 1967, 32/5 vom 28. Oktober 1977 und 33/113 vom 18. Dezember 1978 nicht befolgt hat;

3. **fordert Israel als Besatzungsmacht erneut auf, das Genfer Abkommen von 1949 peinlich genau zu befolgen, seine früheren Maßnahmen rückgängig zu machen** und alle Handlungen zu unterlassen, die zu einer Veränderung des Rechtsstatus und des geographischen Charakters der seit 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems sowie zu einer faktischen Veränderung ihrer Bevölkerungszusammensetzung führen würden, **und insbesondere keine Teile seiner eigenen Zivilbevölkerung in die besetzten arabischen Gebiete umzusiedeln**;

4. setzt eine Kommission aus drei Mitgliedern des Sicherheitsrats ein, die vom Präsidenten des Sicherheitsrats nach Absprache mit den Ratsmitgliedern zu ernennen sind und die die Lage in bezug auf Siedlungen in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems überprüfen sollen;

5. ersucht die Kommission, dem Sicherheitsrat ihren Bericht bis zum 1. Juli 1979 vorzulegen;

6. ersucht den Generalsekretär, die Kommission mit den Einrichtungen und Hilfen zu versorgen, die sie zur Erfüllung ihres Auftrags braucht;

7. beschließt, die Lage in den besetzten Gebieten einer laufenden und genaueren Prüfung zu unterziehen und im Juli 1979 erneut zusammenzutreten, um die Lage unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kommission zu überprüfen.

(Quelle: Eurabia, Informationsbulletin, Bonn/Paris, Nr. 6/Mai 1979)

Kein Recht auf „Eretz Israel“?

Die beiden Friedensnobelpreisträger von 1978 lassen den Palästinensern jedoch auch Trost zukommen. Das israelische Kabinett erklärte am 2. 5. 1979 dem UN-Generalsekretär, daß mit der Errichtung der geplanten „vollen Autonomie“ eine „gerechte Lösung“ für die arabischen Einwohner erreicht sei und Sadat meinte — laut Süddeutscher Zeitung vom 3. 5. 1979 — daß die Palästinenser „diese Gebiete nicht als ihr Eigentum beanspruchen“ könnten. Somit schloß er sich dem Rechtsaußen in Begins Ministerrunde, Ex-General Arik Sharon, an, der in einem Interview meinte: „Für die Araber von Eretz Israel gibt es kein Recht auf Eretz Israel, nur das jüdische Volk besitzt dieses Recht auf den ganzen Boden, aber für die Araber gibt es ein Recht in Eretz Israel zu bleiben . . . Auf dem historischen Eretz Israel gibt es derzeit einen Palästina-Staat und der heißt Jordanien . . . Transjordanien oder Gala'ad sind Eretz Israel, . . . das ist unser historischer Verzicht in dieser Region.“⁴

Die Regierungspläne und die zionistischen Provokationen setzen die Methoden fort, die von den Zionisten seit 60 Jahren zur Vertreibung der einheimischen palästinensischen Bevölkerung angewandt werden, um die Ergebnisse ihrer Politik der vollendeten Tatsachen schließlich als nicht mehr zu ändern durchzusetzen. Wie es Moshe Dajan schon vor Jahren ausdrückte: „Die Kolonisation wird nicht mit Konferenzen . . . durchgeführt werden, sondern mit Bolldozern, die leise Felsen beiseite schieben.“

Wer sich nicht als „Galeerensklave“ (Uri Avneri, israelischer Parlamentsabgeordneter) der Ausbeutung durch das israelische Großkapital unterwerfen will, wurde von Sharon über seine Möglichkeiten belehrt: „In meinen Augen ist es natürlich, wenn sie die palästinensische Identität, d.h. die jordanische, wählen.“⁵

Das Organ der Kommunistischen Partei Israels stellt in einem Kommentar zu diesen Plänen fest, „ . . . daß wir es hier mit einem Plan zur Kolonisation der okkupierten Gebiete, ihrer schändlichen Ausbeutung auf dem Weg zur Annexion zu tun haben.“⁶

Anmerkungen:

1) Ha'aretz, Tel Aviv 16. 5. 1979

2) Vgl. Al Ittihad, 3. 5. 1979

3) Vgl. Zo Haderekh, 30. 5. 1979 und Jerusalem Post (internationale Wochenausgabe), 27. 5. 1979

4) Ha'aretz, 27. 4. 1979

5) Ebenda

6) Zo Haderekh, 30. 5. 1979

Israels Araber machen Front

Seit dem 30. März 1976, der Massenerhebung der Araber Israels, wird der 30. März als „Tag des Bodens“ mit nationalen Protestmanifestationen für die Rechte des arabischen Volkes Palästinas in- und außerhalb des israelischen Territoriums begangen. In diesem Jahr standen die Massenaaktionen im Zeichen auch der Kritik am Separathandel von Camp David/Washington und einer Ausweitung des arabischen Widerstandspotentials in Israel. Hiervon zeugen die Beispiele Deir Hanna und des Aktivwerdens auch der Beduinen in der Wüste Negev. Sie beschreibt der gleichzeitig im Groenen Amsterdamer erscheinende Beitrag von Birgit Sommer (ehemalige Redakteurin des 3. Welt Magazins).

„Die wahre Situation in Israel ist wirklich ganz einfach: Israel ist kein ‚israelischer‘ Staat oder ein Staat seiner Bürger, sondern es ist ein ‚Jüdischer Staat‘.“

„In Israel gibt es keine Israelis. Offiziell gibt es nur ‚Juden‘ und ‚Nichtjuden‘.“

Prof. Israel Shahak, Vorsitzender der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte

„Gemeinden sind in jüdische und nicht-jüdische unterschieden, je nach Mehrheit. In den meisten Gemeinden gibt es eine große Mehrheit entweder von Juden oder von Nicht-Juden.“

Es gibt sieben gemischte Stadtgemeinden mit einer großen Mehrheit von Juden, aber einer beträchtlichen Zahl von Nicht-Juden: Jerusalem, Tel Aviv-Yafo, Haifa, Akko, Ramla, Lod und Ma'alot-Tarshiha.“
Statistical Abstract of Israel 1978 S. (17)

Deir Hanna, ein „nicht-jüdisches“ Dorf in Galiläa, auf halbem Weg zwischen Nazareth und Safad gelegen. Von den knapp 4000 Einwohnern sind mehr als die Hälfte Kinder unter 14, 78% der Einwohner sind jünger als 30, im Landesdurchschnitt liegen die Zahlen etwas niedriger: 49% der Araber in Israel sind jünger als 14, 75% jünger als 30.

Raja Khateeb, der Bürgermeister von Deir Hanna, ist 29 Jahre alt. Vor vier Jahren hatte Deir Hanna eine eigene Gemeindeverwaltung bekommen, der erste Gemeinderat wurde vom israelischen Innenministerium eingesetzt, im November 1978 fanden zum ersten Male Kommunalwahlen statt. Raja Khateeb hat die Zahlen parat: von 1630 Wahlberechtigten über 18 wählten 1600. 2/3 stimmten für „Die Front“, 1/3 für eine lokale Liste.

Front-Erfolg von Deir Hanna

De „Front für Frieden und Gleichheit“ ist ein Wahlbündnis aus der KP Israels (Rakach), der Organisation der orientalischen Juden, Black Panther, und Unabhängigen. Raja Khateeb hat als Unabhängiger für die Front kandidiert. Ich frage ihn nach seinem Wahlprogramm: „Also erstens Einheit, d.h. Mitarbeit im Nationalen Komitee zur Verteidigung der arabischen Böden, sowie Mitarbeit im Komitee der arabischen Bürgermeister; zweitens gegen die Hauszerstörungen und drittens für die Verbesserung der sozialen Dienste insbesondere im Schul- und Gesundheitswesen. Und schließlich die allgemeinen Forderungen der Front, Anerkennung unserer Rechte als nationale Minderheit, Gleichberechtigung als arabische Bürger des Staates Israel, Gleichberechtigung der arabischen Gemeinden, und im Zusammenhang mit dem sog. Frieden, der da unterschrieben wurde, die Forderung, daß die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes der erste Schritt einer globalen Friedenslösung

sein muß.“

In Deir Hanna war es im letzten Herbst zu Auseinandersetzungen mit dem israelischen Militär gekommen, als ein ohne Baugenehmigung gebautes Haus von Bulldozern eingerissen wurde. 22 weitere Häuser in der Nachbarschaft sind ebenfalls vom Abriß bedroht.

Warum bauen die Leute ohne Genehmigung? „Zum einen, weil die Gewährung von Baugenehmigungen oft Jahre dauert, und unsere Bevölkerung wächst sehr schnell. Irgendwann fangen sie dann eben an zu bauen.“ Ein anderer Grund aber, so der Bürgermeister, ist die Tatsache, daß die als Bauland ausgewiesene Fläche nicht der Bevölkerungsentwicklung entsprechend ausgedehnt wird. 1972 hatte die Gemeinde 395 dunum (1 dunum = 0,1 ha; d.Red.), davon 110 dunum staatliches, nicht für die arabische Bevölkerung nutzbares Land. Seitdem sind weitere 250 dunum als Bauland freigegeben worden, davon jedoch 100 dunum Staatsland und 105 von „absentees“, von Abwesenden also. D.h. daß nur 45 dunum an zusätzlichem Baugrund für die Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Ein Effekt der Sache ist, daß Bauern anfangen, Agrarland gegen Bauland zu tauschen, und das geschieht zu einem sehr schlechten Verhältnis — etwa 5 : 1. „Das ist eine weitere Methode unser Land in die Hände zu bekommen. In unserem Dorf



Wahlplakat der Demokratischen Front Israels

sind nur noch 1/3 der Bevölkerung Bauern, die anderen arbeiten in den jüdischen Städten.“

Der Protest gegen die Verweigerung von Baugenehmigungen hat noch einen anderen Grund. Von dem Hügel aus, der das Zentrum von Deir Hanna bildet, erklärt mir der Bürgermeister die Lage: Alle 22 Häuser, die vom Abriß bedroht sind, liegen im Tal jenseits der Straße. Auf dem gegenüberliegenden Hügel ist ein Kibbutz, daneben ein Nahal, eine Wehrsiedlung. „Die Behörden sagen, daß dies ein industrieller Kibbutz ist, aber wir wissen, daß es Pläne gibt, ihn in einen landwirtschaftlichen Kibbutz umzuwandeln. Und das fruchtbare Land liegt halt in dem Tal.“

Das Ringen um den Boden

Die Enteignungspläne im Rahmen der Politik der „Judaisierung“ Galiläas seien zwar nach den heftigen Protesten am Tag des Bodens 1976 — sechs Tote hatte es damals gegeben — zunächst einmal zurückgestellt worden. Aber die Verweigerung von Baugenehmigungen folge genau diesen Besiedlungsplänen.

Von den 3 Mio dunum Land in Galiläa seien 300.000, also 10%, den Arabern verblieben, die die Hälfte der Bevölkerung in der Region stellen. In Israel insgesamt sind 75% des Bodens Staatsland, 14% sind in den Händen des Jüdischen Nationalfonds und der Rest hat verschiedene Eigentumsformen. Das Staatsland wird von der Land Development Authority, einer Landbehörde, verwaltet, die 1961 aufgrund eines Abkommens zwischen dem Jüdischen Nationalfonds (JNF) und der israelischen Regierung vom INF gegründet wurde. „Damit“, so schreibt Noam Chomsky in einem Artikel 1975, „sind 90% des Bodens im israelischen Staat unter der Kontrolle einer Behörde, die nicht die Bürger Israels, sondern die Juden in Israel und in der Diaspora vertritt.“

22 neue Siedlungen — jüdische Siedlungen versteht sich — sind in Galiläa geplant, weiterhin 20 „outposts“ (Vorposten, d.Red.), die bis Juli gebaut sein sollen. Alle jüdischen Siedlungen in der Region sind als „Entwicklungsgebiete“ klassifiziert; Familien, die dort hinziehen, bekommen einen einmaligen verlorenen Zuschuß von 30.000 israelische Pfund — IL (etwa DM 3.000), Lehrer, die in Entwicklungsgebiete ziehen, bekommen monatlich 600 IL extra, das ist immerhin 1/5 des Anfangsgehalts eines Lehrers. „Wir sind zwar alle gleich vor dem israelischen Gesetz“, sagt mir ein Lehrer der Schule von Deir Hanna, „aber trotzdem kriegen die jüdischen Lehrer mehr Gehalt, bekommen jüdische Eltern mehr Kindergeld, weil es ein zusätzliches Kindergeld für alle gibt, die in der Armee gedient haben. Und das schließt uns Araber eben aus.“

Die Schule in Deir Hanna für 700 Kinder in der Primarstufe ist in einem unglaublich schlechten Zustand. Nur in drei der 18 Räume, die die Schule insgesamt hat, gibt es elektrisches Licht, es gibt keine Heizung, obwohl es im Winter in Galiläa empfindlich kalt ist, der Putz bröckelt von den Wänden, das einzige Klo liegt außerhalb des Gebäudes. Es gibt keine Sportgeräte, es fehlt an Unterrichtsmaterial. In einem der Klassenräume hängt eine uralte Palästina-Karte, vor 1948 gedruckt. Alle arabischen Dörfer, die inzwischen ausradiert sind, sind auf dieser Karte verzeichnet — auch Deir Yassin. Ich blicke den Lehrer etwas verwundert an: „Wenn sie uns kein Geld für neues Material geben“, sagt er grinsend, „dann benutzen wir eben das Alte.“ Wir besuchen eine der Familien im Tal, deren Haus vom Abbruch bedroht ist. Im Flur hängen zwei schöne bunte Madonnenbilder — und in der Mitte, etwas erhöht, ein Bild von Gamal Abdel Nasser. „Was hast Du denn gewählt“, fragt Raja Khaateb einen vielleicht vierjährigen Jungen. „Al Dschaba“ — die Front, sagt er, wie aus der Pistole geschossen.

Bei den letzten Kommunalwahlen konnte die Front die Zahl ihrer Sitze in den Gemeindeverwaltungen von 54 auf 109 erhöhen, in 17 der 51 arabischen Gemeinden in Israel hat sie die Mehrheit und stellt damit den Bürgermeister. Zum ersten Mal errang sie

Israels Araber und Juden im Zahlenvergleich

Bevölkerung 1977	
Bevölkerung insgesamt	3.653.200
davon Juden	84,2 %
Nicht-Juden	15,8 %
Lebend-Geburten pro 1000 Einwohnern	
davon Juden	23,6 %
Nicht-Juden	41,5 %
Säuglingssterblichkeit pro 1000	
davon Juden	13,8 %
Nicht-Juden	30,4
Bevölkerungszuwachs: Durchschnitt 1973—77	
davon Juden	2,0 %
Nicht-Juden	3,9 %

(Quelle: Statistical Abstract of Israel 1978)

auch die Mehrheit in einem überwiegend drusischen Dorf, in Mughar in Galiläa.

Zwei Tage später bin ich bei den Beduinen im Negev. In Tel Saba bei Beersheba findet eine der zentralen Veranstaltungen zum Tag des Bodens statt. Es ist die erste politische Veranstaltung dieser Art unter den 40.000 Beduinen, die in Israel leben. Nachdem letzten Sommer schon 220.000 dunum Land enteignet wurden, um die Rüstungsfabrik Tlass im Negev anzusiedeln, wird jetzt weiteres Land enteignet — für die israelischen Militärbasen, die bei Räumung des Sinai dorthin zurückverlegt werden.

Das Aufbegehren der Beduinen

80.000 dunum Land seien dieser Tage beschlagnahmt worden, erklärt Sheikh Al-Atawi von Beersheba, 580 Familien, d.h. 5.000—6.000 Menschen seien in ihrer Existenz bedroht. Nur 21/2% der gesamten Fläche des Negev hätten die Beduinen heute noch, und ausgerechnet dort, behauptete die israelische Regierung, müsse man die Stützpunkte einrichten.

Die Beduinen sollen in „townships“ (Stadtgemeinden, d.Red.) angesiedelt werden. Für 6.500 IL bekommen sie 1 dunum Land, und um sich ein Haus zu bauen einen Kredit von 120.000 IL. Die Beduinen wehren sich dagegen, weil sie zum einen befürchten, daß sie durch eine städtische Ansiedlung ihren Anspruch auf die 600.000 dunum Land verlieren, die sie im Negev noch haben und zum anderen, weil die meisten von ihnen auf dem Lande leben und arbeiten wollen.

Das Konzept der israelischen Behörden erinnert an Südafrika. Schlafstädte für die arabische Bevölkerung, die in den jüdischen Zentren zwar arbeiten, aber nicht wohnen darf. Die Hälfte aller Araber in Israel arbeitet inzwischen außerhalb des Wohnorts.

Um Gelände für die townships zu bekommen, wird den Beduinen zunächst einmal Land genommen. So in der Nähe des Kibbutz Lahav bei Bersheba, wo 3.000 dunum der Familie Abu-Keren enteignet wurden, um das township Ghaya zu bauen. Die Familie klagte dagegen. Obwohl die Angelegenheit vor dem Obersten Gerichtshof noch nicht entschieden war, rückten am 4. April Baurupps mit schweren Baumaschinen an, um mit den Bauarbeiten zu beginnen.

Die Beduinen empfangen sie mit Steinen, die Polizei schlug zurück. 10 Beduinen wurden verletzt, 14 inhaftiert. Inzwischen sind die Bauarbeiten ausgesetzt bis eine Gerichtsentscheidung gefallen ist. Ob die Beduinen gewinnen ist mehr als zweifelhaft. Auf der Pressekonferenz zum Tag des Bodens hatte ein israelischer Journalist gefragt, warum sie nicht vor die Gerichte gingen statt auf die Straße. Und Sheikh Atawi hatte geantwortet: „Es sind ja die Gesetze, die gegen uns sind, wie sollen wir da vor Gericht unser Recht bekommen?“

Abdel Fattah Ismail

Im Meer der Revolution geboren

Die Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ), einer der Initiatoren der Arabischen Standhaftigkeitsfront, machte seit Juni 1978 wiederholt von sich reden. Einem damals gescheiterten Putschversuch (siehe dazu eingehend AIB 10/1978) folgten zweimal kriegsartige Verwicklungen mit dem nordjemenitischen Nachbarstaat, bevor nun überraschend ein Wiedervereinigungsprozeß in Gang kam. Doch das wohl bedeutendste Ereignis war die Gründung einer revolutionären Avantgardepartei, der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP), im Oktober 1978. Ihre für den arabischen Raum beispielhafte Programmatik und Praxis machen das aktuelle Interview mit Abdel Fattah Ismail, Generalsekretär der JSP und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ, und Ausschnitte aus dem JSP-Programm deutlich.

FRAGE: Seit der Gründung der Jemenitischen Sozialistischen Partei und ihrem historischen I. Kongreß ist ein halbes Jahr vergangen. Wie schätzen Sie die gesellschaftliche und politische Entwicklung ein, die in der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) in diesem Zeitraum vor sich gegangen ist?

F. ISMAIL: (. . .) Wir können sagen, daß sich die Revolution jetzt durch die Schaffung der Partei, die sich auf die revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse stützt, ihren Entwicklungsweg gesichert hat. Wenn wir den Gefühlen der Freude über die Geburt der Jemenitischen Sozialistischen Partei freien Lauf lassen und sie als gewaltigste Errungenschaft des Kampfes der jemenitischen Revolutionäre ansehen, dann deshalb, weil diese Partei im Meer der Revolution geboren worden ist, wir für sie Jahre hindurch einen aufreibenden und harten Kampf geführt und gewaltige Opfer gebracht haben, viele Helden unterwegs gefallen sind, bevor sie die avantgardistische Partei sehen konnten.

Putzversuch am Vorabend der Parteigründung

Denn etwa drei Monate vor der Einberufung unseres Parteikongresses hatte die opportunistische Linke offen zu erkennen gegeben, daß sie nur heuchlerisch behauptete, vom revolutionären Gedankengut überzeugt zu sein. Sie leistete der Schaffung der Partei mit allen Mitteln Widerstand. Als die Zeit für die Gründung der Partei gekommen war und die objektiven und subjektiven Bedingungen hierfür gerangereift waren, zögerte die opportunistische Linke nicht, vor der Partei die Waffen blank zu ziehen und sogar einen Putschversuch (im Juni 1978, vgl. AIB 9/1978; d. Red.) gegen die Revolution und ihre Errungenschaften zu unternehmen, um diese an die Kreise des Imperialismus und der Reaktion auszuliefern.

In der zurückliegenden Periode sind Arbeitspläne für das Zentralkomitee, das Politbüro und das Sekretariat des Zentralkomitees unserer Partei und für die Parteiorganisationen in den Gouvernoren und bewaffneten Organen erarbeitet worden. Entsprechendes gilt für den Obersten Volksrat, dessen Präsidium und den Ministerrat. Auf der Ebene der Massenarbeit sind Arbeitspläne für die Massenorganisationen aufgestellt worden, und ein Plan zur Erfüllung der Vorhaben des ersten Jahres im II. Fünfjahrplan liegt vor. Wie Sie bemerken können, wird die Erfüllung dieser Pläne von der Partei kontrolliert, denn wir sehen darin einen wichtigen Faktor für die weitere politische und gesellschaftliche Entwicklung.



Vor vier Monaten haben die werktätigen Massen unseres Landes zum ersten Mal auf freier und direkter Grundlage ihre Abgeordneten in den Obersten Volksrat gewählt. Durch die Abgeordneten des Obersten Volksrates üben die werktätigen Massen ihr politisches und demokratisches Recht bei der Leitung der Staatsmacht und der Kontrolle ihrer verschiedenen Organe aus. Dies stellt eine Seite der politischen Entwicklung in unserem Lande dar. Dieser kurze Zeitraum war auch Zeuge politischer Aktivitäten des Jugendverbandes und der Frauenorganisation, der Gewerkschaften und des Bauernverbandes: Diese Organisationen hielten ihre Kongresse ab, um neue Leitungen zu wählen. (. . .)

FRAGE: In der Eröffnungsrede des Kongresses haben Sie die Jemenitische Sozialistische Partei als Partei der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten bezeichnet, die es sich zum Ziel setzt, den Einfluß der Arbeiterklasse zu erhöhen. Wie soll das geschehen?

F. ISMAIL: Unsere Partei ist in der Tat die Partei der Arbeiterklasse, und ihre Ideologie ist die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus. Denn die Arbeiterklasse ist die einzige revolutionäre Klasse, die historisch dazu berufen ist, die Gesellschaft mit ihrer revolutionären Partei zu führen und die übrigen Klassen zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, zur Beseitigung der Ausbeutung und des sozialen Elends in der Gesellschaft mitzuziehen.

Der Partei Arbeitercharakter verleihen

Die Jemenitische Sozialistische Partei hat bei der ganz entschiedenen Wahl dieses Weges nichts anderes getan, als den revolutionären Prozeß unseres jemenitischen Volkes auf feste Füße zu stellen, d. h. sie vertritt die materiellen und geistigen Interessen der Arbeiterklasse als Erbauerin des Sozialismus und in Anbetracht dessen, daß diese Epoche ihre Epoche, die Epoche ihrer sozialistischen Revolution im weltweiten Maßstab ist. Die jemenitische Arbeiterklasse ist auf Grund der industriellen und ökonomischen Basis im Lande zahlenmäßig klein. Doch die Existenz unserer Partei, die mit der revolutionären Theorie und

dem proletarischen Internationalismus ausgerüstet, mit den sozialistischen Ländern und ihren avantgardistischen Parteien mit der Sowjetunion an der Spitze verknüpft ist, kompensiert diesen Mangel. Das schafft für unsere Arbeiterklasse geeignete Bedingungen, zahlenmäßig zu wachsen und sich qualitativ zu entwickeln.

Gestützt auf den proletarischen Klassenstandpunkt und die revolutionäre ideologische Einstellung, richtet unsere Partei große Anstrengungen darauf, ihre klassenmäßige Zusammensetzung zu verbessern und sich durch Gewinnung der besten Arbeiter für die Parteiarbeit Arbeitercharakter zu verleihen. Durch diese Anstrengungen hat sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten als Mitglieder und Kandidaten in der Partei und ihren Führungsgremien, dem Zentralkomitee, den Parteiorganisationen, in den Gouvernoraten und den Arbeitsstätten erhöht: Ihr Anteil beläuft sich gegenwärtig auf etwa 58 % der Gesamtmitgliedschaft.

Der Einfluß der Arbeiterklasse nimmt durch die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Organe der Staatsmacht, insbesondere des Obersten Volksrates und der Volksräte in den Gouvernoraten, und ihre Einbeziehung in die Leitung und Planung der Volkswirtschaft zu. Die Arbeitergewerkschaften spielen in unserem Land eine wichtige Rolle. Über sie übt die Partei ihre politische Tätigkeit und ihre Führungsaktivität aus und gewährleistet den wachsenden politischen, ideologischen und ökonomischen Einfluß der Arbeiterklasse.

FRAGE: Welche Maßnahmen ergreift die Partei zur Verbesserung

der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen und zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens, eines wichtigen Teils der Bewußtseinsbildung? Welche grundlegenden Aufgaben erfüllt die Partei gegenwärtig auf dem Gebiet der Festigung der ökonomischen Basis der VDRJ?

F. ISMAIL: Die Partei betrachtet die Arbeit als grundlegende Quelle für die Entwicklung der Volkswirtschaft und die Verbesserung des Lebensniveaus des Volkes. So heißt es in der Verfassung, daß „die Arbeit das Recht eines jeden Bürgers und eine Pflicht eines jeden Arbeitsfähigen entsprechend seinen Fähigkeiten, seiner Qualifikation und entsprechend dem gesellschaftlichen Interesse ist“. Ferner gewährleistet die Verfassung die Gleichheit von Mann und Frau in den Rechten und Pflichten, im Recht auf Erholung und bei der Schaffung der Voraussetzungen zur Verwirklichung des bestmöglichen Lebens und Lebensniveaus.

Nach der Verabschiedung des Arbeitsgesetzes orientiert unsere Partei die Regierung und die Leitungsorgane der Produktions- und Dienstleistungseinrichtungen darauf, weitere Schritte zu unternehmen, um die Arbeitsbedingungen anhand dieses Gesetzes zu verbessern. Dies dient der Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit im Ergebnis der Erhöhung des Lebensniveaus der Menschen. In der zurückliegenden Zeit ist eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um das Leben der Menschen zu verbessern. Zu den bedeutendsten gehören die Verstärkung des Arbeitsschutzes, die Einführung moderner technischer Mittel anstelle der alten Methoden, die Alphabetisierung der Arbeiter und Angestellten, die Ausbildung von Facharbeitern, die Förderung von Arbeitsversorgungseinrichtungen und weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Im gleichen Maße, wie wir uns bemüht haben, einen relativen Fortschritt auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen zu erreichen, haben wir konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens der Menschen ergriffen. Das betrifft z. B. die Versorgung der Bürger mit Konsumgütern zu möglichst niedrigen Preisen. Der Preisausgleichsfonds, der dem Staat untersteht, trägt dazu bei, die Konsumgüter allen Bürgern zugänglich zu machen. Der Staat bietet jedem Bürger kostenlos ärztliche Betreuung und Bildung. Die Mieten in unserem Land sind sehr niedrig, sie belaufen sich für mittlere bis große Wohnungen auf 10 bis 15 US-Dollar (etwa 3—5 Jemenitische Dinar; d. Red.). Vor der Unabhängigkeit lagen sie dagegen bei 200—300 Dollar pro Wohnung.

Chronologie des Befreiungskampfes



Südjemenitische Volksmiliz

- 1950 Antibrिटische Aufstände, die in den Folgejahren zunehmen
- 1956 Gründung des Adener Gewerkschaftskongresses (TUC), der zum Organisator und Träger des Befreiungskampfes wird
- 1963 Zusammenschluß der Nationalen Front für die Befreiung des besetzten Südjemen (NLF) am 14. Oktober aus verschiedenen politischen Gruppen und Richtungen. Sie beginnt den bewaffneten Befreiungskampf
- 1967 Niederlage der britischen Kolonialtruppen und Proklamation der Volksrepublik Südjemen am 30. November unter Führung der NLF
- 1968 Umsturzversuche konservativer Offiziere und Stammesführer. Rechte NLF-Kräfte gelangen an die Macht
- 1969 „Korrekturbewegung“: Am 22. Juni übernimmt die linke FLN-Führung unter Abdel Fattah Ismail die Regierungsgewalt
- 1970 Proklamation der Verfassung, Umbenennung in Volksdemokratische Republik Jemen (VDRJ) und der NLF in Nationale Politische Organisation (NFPO)
- 1972 Die NFPO beschließt ein Programm nationaldemokratischer Umgestaltungen
- 1975 Vereinigung der NFPO, der Avantgardistischen Volkspartei und der Demokratischen Volksunion zur Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front (UNFPO)
- 1978 Putschversuch unter Ex-Staatschef Robaya Ali mißlingt. Gründungsparteitag der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) vom 11.—13. Oktober. Annahme des Parteiprogramms, Statuts und der Direktiven zum II. Fünfjahresplan sowie Wahlen zum JSP-Zentralkomitee und Politbüro

Das Abkommen von Kuwait

FRAGE: In den Beschlüssen des 1. Kongresses ist die Rede von der Notwendigkeit, die jemenitische Einheit mit fortschrittlichem, nationalem und demokratischem Inhalt zu verwirklichen. Wie schätzen Sie die kürzlich in Kuwait abgeschlossenen diesbezüglichen Abkommen (zwischen den Staatsoberhäuptern des VDRJ und der ARJ von Ende März 1979; d. Red.) ein?

F. ISMAIL: Die letzte Erklärung von Kuwait ist als ein wichtiger Schritt für beide Teile des Jemen anzusehen, um unter friedlichen und demokratischen Bedingungen für die Lösung der Fragen des jemenitischen Volkes zu wirken und dessen souveräne und politische Einheit unter dem Aspekt des Einheitsabkommens von Kairo 1972 (vgl. AIB 6/1974; d. Red.) und der Erklärung von Tripolis zu verwirklichen. Für unsere Partei gehört die Einheit zu den herausragenden Zielen, für deren Verwirklichung sie kämpft, um ein einheitliches demokratisches Jemen mit fortschrittlichem nationaldemokratischem Charakter zu schaffen.

Die Einheit des jemenitischen Volkes hat große Anziehungskraft für den Kampf aller Patrioten und Revolutionäre, seit die Revolutionen vom 26. September und 14. Oktober (von 1962 bzw. 1963; d. Red.) über das absolutistische Imamat und die Kolonialherrschaft gesiegt haben. Sie stieg jedoch ständig auf den Widerstand der imperialistischen Kräfte, die diese Einheit aufgrund der strategischen Lage des Jemen und der hier vor-

handenen menschlichen Potenzen und natürlichen Ressourcen fürchten, die sich dann in der Hand einer einheitlichen Ordnung befinden würden.

In den letzten 12 Jahren arbeiteten Imperialismus und Reaktion vorsätzlich auf die Vertiefung der Spaltung zwischen beiden Teilstaaten hin. Dabei benutzen sie die Mittel des Komplotts, um die Spannungen in den Beziehungen zwischen beiden Teilen anzuheizen und zum Krieg zu treiben. Dabei verfolgten sie das Ziel, die Kluft zwischen beiden zu vertiefen und jede nationale und auf die Einheit orientierte Annäherung zu verhindern. Aufgrund dieser Politik brachen innerhalb von 7 Jahren auf dem jemenitischen Schauplatz 2 Kriege aus, der erste 1972 und der zweite 1979. Mit derselben Politik stemmten sich Imperialismus und Reaktion gegen die friedliche Verwirklichung des Einheitsabkommens von Kairo.

Separatabkommen — Auftakt zum Krieg

Trotz der Hindernisse und Schwierigkeiten, die der Einheit unseres jemenitischen Volkes entgegenstehen, trotz der Mächtigkeiten der ausländischen Feinde gegen die Einheit fand die friedliebende Politik unserer Partei im Zusammenhang mit der Einheitsproblematik bei den Massen unseres jemenitischen Volkes mit den nationalen und demokratischen Kräften an der Spitze ständig Resonanz und Unterstützung. Das Treffen von Kuwait ist als Ergebnis unserer prinzipiellen Politik zu betrachten. Gegenwärtig erfolgt die Kontrolle der Erfüllung der Erklärung von Kuwait in Abstimmung mit Oberstleutnant Ali Abdallah Saleh, dem Präsidenten des nördlichen Teilstaates. Die Verfassungskommission arbeitet derzeit das Verfassungsprojekt für den Einheitsstaat aus und wird diesen Entwurf den verfassungsmäßigen Institutionen in beiden Teilstaaten zur Bestätigung vorlegen. Anschließend soll hierzu eine Volksabstimmung stattfinden. Unterdessen schließen die übrigen Kommissionen die ihnen übertragenen Aktivitäten ab.

Die Dinge gehen gut voran, nachdem die friedlichen Bedingungen für die Einheit geschaffen und zum Ausgangspunkt für den Weg des politischen und demokratischen Kampfes gemacht worden sind. D. h. allerdings nicht, daß sich der Einheit keine Gefahren und Komplote, ja sogar obstruktive Aktionen gegen das Einheitsabkommen seitens ihrer Gegner in den Weg stellen werden. Damit der friedliche Weg zur Einheit erfolgreich gegangen werden kann, müssen ihre Gegner ausgeschaltet und die Einwirkung der imperialistischen und reaktionären Kräfte ver-

hindert werden, die gegenwärtig all ihre Kräfte einsetzen, um die Verwirklichung der Einheit auf die von mir dargestellte Weise zu verhindern.

FRAGE: Wie schätzen Sie die gegenwärtige Lage im arabischen Raum ein, nachdem das Schah-Regime hinweggefegt und das sog. Friedensabkommen zwischen Ägypten und Israel abgeschlossen worden ist?

F. ISMAIL: Ohne Zweifel hat die Beseitigung des diktatorischen Schah-Regimes das Kräfteverhältnis im Nahen Osten nach dem separaten Friedensabkommen zugunsten der revolutionären und fortschrittlichen antiimperialistischen Bewegung verändert. Sie bedeutet für den amerikanischen Imperialismus, Israel, die rassistische Ordnung Südafrika und die stockreaktionären arabischen Kräfte den Verlust einer wichtigen Bastion, die zur Bedrohung und Aggression gegen die Völker unseres Raumes eingesetzt wurde.

Hingegen ist das Friedensabkommen, dieses separate Abkommen der Kapitulation, das der ägyptische Herrscher Anwar al-Sadat mit dem zionistischen Regime unter Beteiligung des amerikanischen Imperialismus abgeschlossen hat, in seinen Bestimmungen und mit seinen Zielen als Gefahr zu betrachten, die die Völker unseres Raumes, ihren Frieden und Fortschritt bedroht. Er eröffnet Möglichkeiten für kriegerische Auseinandersetzungen und nicht für den Frieden, wie diejenigen behaupten, die es unterzeichnet haben. Denn der Frieden im nahöstlichen Raum kann nur stabilisiert werden, wenn die zionistischen Okkupanten vollständig aus den arabischen Gebieten abziehen und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Aufbau seines souveränen unabhängigen Staates unter Führung der Befreiungsorganisation anerkannt wird.

Wenn auch die Lage im arabischen Raum und im angrenzenden Gebiet sehr gefährlich ist, gibt es doch andererseits Siege der demokratischen und revolutionären Kräfte. So beweisen die Siege dieser Kräfte im Iran, Afghanistan, Äthiopien und hier in der VDRJ nach der Ausschaltung der opportunistischen Linken, daß das Lager der Befreiung und des Fortschritts, das gegen den Einfluß des Imperialismus kämpft, breiter wird. Wir müssen das fortgesetzte Anwachsen der Massenbewegung in zahlreichen Ländern dieses Raumes ins Auge fassen.

Dies ist eine Angelegenheit, die erneut unterstreicht, daß die Zukunft Überraschungen mit sich bringt, die die Hoffnungen des Weltimperialismus schwinden lassen, der annimmt, seinen Einfluß nach dem separaten Friedensabkommen zwischen Israel und Ägypten gefestigt zu haben. (. . .)

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 23/1979)

Standort im Nahostkonflikt

Die südjemenitische Befreiungsbewegung und ein Flügel des palästinensischen Widerstandes gingen beide in den 60er Jahren aus der panarabischen Bewegung Arabischer Nationalisten (ANM, gegründet 1948) hervor. Beide führten zu jener Zeit einen bewaffneten Befreiungskampf — im Südjemen seit 1963, in Palästina seit 1965 — gegen die Okkupationsmächte Großbritannien bzw. Israel. Der Sieg der südjemenitischen Befreiungsorganisation NLF im Jahr 1967 gab neben Algerien, das für den Aufschwung des palästinensischen Widerstands einschneidenste arabische Beispiel ab. Wie die im Westjordangebiet und Gaza 1973 konstituierte Nationale Front der besetzten Gebiete in ihrem Gründungsmanifest hervorhob, sieht die palästinensische Befreiungsbewegung im Sieg der Völker Algeriens und des Südjemen ein Gutteil ihrer Siegeszuversicht.

Andererseits stellt die von Anbeginn verfolgte antiimperialistische Außenpolitik der VDRJ die Unterstützung der palästinensischen Widerstandsbewegung und die Festigung der arabischen Solidarität — so z. B. im Gründungskongreß der Vereinigten Politischen Organisation Nationale Front (UNFPO) 1975 formuliert — in den Vordergrund.

Im Gegensatz zu ölreichen Ländern wie Libyen ist es der VDRJ allerdings nicht möglich gewesen, dem palästinensischen Widerstand bedeutende materielle Hilfe zu leisten. Die Hauptkraft ihrer materiellen Solidarität galt der Befreiungsbewegung im benachbarten Oman. Konsequent gegen saudiarabische Bestechungsversuche (Verspre-

chung von Milliardenkrediten bei Einstellung der jemenitischen Unterstützung) hat sich die VDRJ als zuverlässiger Bündnispartner und Hinterland der Volksfront zur Befreiung des Oman (PFLO) erwiesen. Mit gleicher Konsequenz hat die VDRJ eine demokratische Lösung des Nahostkonflikts und des Palästinaproblems angestrebt. Innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) ist sie der marxistisch orientierten Demokratischen Front unter Najef Hawatmeh am engsten verbunden.

Als Repräsentant des radikal-antiimperialistischen Flügels unter den arabischen Ländern zählte die VDRJ schließlich zu den Mitinitiatoren der Arabischen Front der Standhaftigkeit (im Dezember 1977) gegen die ägyptisch-israelischen Separatverhandlungen und gegen die Liquidierungsversuche an der palästinensischen Befreiungsbewegung. Laut dem Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei (JSP) zielt die Außenpolitik des Landes auf „die Festigung der kämpferischen Solidarität mit der revolutionären Bewegung der arabischen Völker im Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, für nationale Befreiung und gesellschaftlichen Fortschritt. (. . .) Die JSP als avantgardistische Abteilung in der arabischen nationalen Befreiungsbewegung wird mit noch größerer Ausdauer und Konsequenz tätig sein, um eine wirkliche Aktionseinheit zwischen allen revolutionären arabischen Kräften bei der Konfrontation mit den Plänen des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion zu erreichen. Um zu dieser Einheit zu gelangen, bedarf es der Anstrengung aller arabischen progressiven und revolutionären Kräfte.“

Programm der Jemenitischen Sozialistischen Partei

Die Jemenitische Sozialistische Partei (JSP) ist die Avantgarde der jemenitischen Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern, den anderen werktätigen Schichten des Volkes und der revolutionären Intelligenz. Sie ist der lebendige Ausdruck des Bewußtseins dieser Klasse für ihre wirklichen Interessen, ihre Zukunft und ihre historische Rolle.

Die Entstehung der Partei ist organisch mit dem kämpferischen Erbe unseres Volkes verbunden. Sie läßt sich von allem Fortschrittlichen und Revolutionären im nationalen Erbe unseres jemenitischen Volkes leiten und entwickelt es; sie ist die Vollenderin aller Kämpfe dieses Volkes. Das Ziel der Partei besteht darin, die Gesellschaft zur Vollendung der nationaldemokratischen Revolution revolutionär umzugestalten und den Übergang zum Aufbau des Sozialismus zu vollziehen. Sie läßt sich bei der Durchsetzung dieses hohen Zieles von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Wachstums und der Entwicklung der nationaldemokratischen Revolution in unserem Lande leiten.

Die Jemenitische Sozialistische Partei geht in ihrem Programm, in ihrer Politik und bei allen theoretischen und praktischen Aktivitäten von der richtigen Einschätzung des Charakters und des Wesens der gegenwärtigen Etappe der historischen Entwicklung, des revolutionären Weltprozesses, der Hauptrichtungen seiner Entwicklung und vom Charakter der Auseinandersetzung zwischen der nationalen Befreiungsbewegung der arabischen Völker als Bestandteil der revolutionären Weltbewegung auf der einen und dem Imperialismus, dem Zionismus und der Reaktion auf der anderen Seite aus.

Unsere Partei, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten läßt, wird entschlossen den Kampf gegen den Imperialismus und seine aggressiven Pläne sowie gegen den Neokolonialismus fortsetzen. Als eine Einheit betrachtet die Partei dabei sowohl die Wahrung der nationalen Interessen des jemenitischen Volkes als auch ihre Aufgaben, die sie als untrennbarer Bestandteil der internationalen revolutionären Kräfte zu erfüllen hat, deren Ringen für uns nationale Befreiung, gesellschaftlichen Fortschritt, Sozialismus und Frieden bedeuten und die gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg kämpfen.

Eine Hauptaufgabe sieht die Partei in der ständigen Festigung der Kampfbande mit der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der Sowjetunion. Sie führt darüber hinaus einen beharrlichen und kompromißlosen Kampf gegen alle Versuche, den wissenschaftlichen Sozialismus zu entstellen, gegen alle rechten und linken Abweichungen und gegen Hetzaktionen, die auf das sozialistische Weltsystem oder auf die Spaltung der Einheit der drei revolutionären Hauptrichtungen unserer Epoche gerichtet sind. Unsere Partei ist sich darüber im klaren, daß der Imperialismus unter dem Deckmantel des Antikommunismus und Antisowjetismus die revolutionäre Bewegung der Völker schwächen, ihren Fortschritt behindern und die Herrschaft des Imperialismus und Neokolonialismus wiedererrichten will.

Die gefestigten Positionen des revolutionären Kurses in Kuba, der historische Sieg des Volkes von Vietnam und die Erfolge der Völker von Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Äthiopien, Afghanistan und anderer Länder Asiens und Afrikas stellen ein fortgeschrittenes und avantgardistisches Beispiel der nationalen Befreiungsbewegung und einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Bewegung dar.

Mit diesem Prozeß unmittelbar verbunden ist auch der historische Sieg, der in unserem Lande errungen wurde. Unsere Partei ist der Meinung, daß die nationale Befreiungsrevolution — um alle ihre Aufgaben zu lösen — den Weg tiefgreifender wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen konsequent und ohne zu zögern auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Ideologie und von einer klaren Klassenposition aus fortsetzen muß.

Die Jemenitische Sozialistische Partei ist der Auffassung, daß die Entstehung der arabischen Widerstandsfront in ihrer angestrebten Rolle nur erfolgen kann, wenn die Einheit der arabischen fortschrittlichen und nationalen Kräfte verwirklicht und das Kampfbündnis zwischen der arabischen nationalen Befreiungsbewegung und der sozialistischen Gemeinschaft mit der Sowjetunion an der Spitze als Hauptstütze der Bestrebungen der arabischen Völker gefestigt wird.

Die arabische Einheit ist eines der hervorsteckendsten und höchsten

Ziele unserer arabischen Massen. Das findet seinen Ausdruck in dem legitimen Streben nach der Beseitigung der politischen Teilung, die der Kolonialismus in unserem arabischen Vaterland geschaffen hat, und zur Unterstützung des arabischen revolutionären Kampfes unter Einsatz aller verfügbaren materiellen und menschlichen Potenzen. Die arabische Einheit hat in unserer Epoche — der Epoche des Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus — einen fortschrittlichen Inhalt bekommen, der mit den grundlegenden Interessen der arabischen werktätigen Massen übereinstimmt. Daher ist die Schaffung dieser Einheit auf der Grundlage der Befreiung, der Demokratie und des Sozialismus der richtige Weg um das Ziel, um das wir konsequent mit allen arabischen revolutionären und fortschrittlichen Kräften kämpfen.

I. Die jemenitische nationale Frage

Die Revolution vom 26. September 1962 (im Nordjemen; d. Red.) war ein logisches Ergebnis der Entwicklung des Volkskampfes und der nationalen Bewegung im Jemen im allgemeinen.

Im südlichen Teil des Jemen setzte unser Volk seinen Kampf gegen den britischen Kolonialismus und dessen Marionetten — die mit ihm paktierenden reaktionären und feudalen Kräfte und Elemente — fort. Die Revolution vom 26. September war die Vorbereitung auf die Revolution vom 14. Oktober 1963 unter Führung der Politischen Organisation Nationale Front. Die ruhmreiche Revolution vom 14. Oktober war das Ergebnis einer natürlichen Entwicklung der nationalen Bewegung im Süden, die konsequente Weiterführung der Revolution vom 26. September und Bestandteil der arabischen und der Weltrevolution gegen die Kräfte des Imperialismus, Kolonialismus, Zionismus und der Reaktion.

Die Strategie der jemenitischen Revolution ist organisch und untrennbar mit der Einheit der Revolution vom 26. September und der Revolution vom 14. Oktober verknüpft.

Die Jemenitische Sozialistische Partei geht in ihrer nationalen Politik von der Tatsache aus, daß der richtigen Lösung der nationalen Frage für die revolutionäre Bewegung der Volksmassen bei ihrer nationalen und sozialen Befreiung große Bedeutung zukommt. Die Partei bringt das natürliche Bestreben der jemenitischen Volksmassen nach einer Einheit zum Ausdruck, auf deren Grundlage alle materiellen und menschlichen Ressourcen und Potenzen für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts und den Aufbau der neuen Gesellschaft mobilisiert werden können.

Die Jemenitische Sozialistische Partei lehnt die Mittel des Krieges und der Aggression zur Lösung der jemenitischen nationalen Frage und alle Versuche des Imperialismus und der Reaktion ab, unserem Volk ihren Willen aufzuzwingen. Weiterhin wendet sie sich energisch gegen jene Methoden, die zur Stärkung der Positionen der reaktionären Kräfte auf Kosten des jemenitischen Volkes und seiner Errungenschaften führen. Die Partei ist der Auffassung, daß der Weg zur jemenitischen Einheit in den ehrlichen Bemühungen der jemenitischen Volksmassen sowie der jemenitischen demokratischen nationalen Bewegung und aller Massenorganisationen zu finden ist. Angesichts dessen bilden die Erfolge und Errungenschaften der VDRJ beim Aufbau des neuen Lebens ein positives Beispiel und einen unterstützenden Faktor bei der Verwirklichung dieser Aufgaben im Dienste der materiellen und geistigen Interessen des gesamten Volkes.

II. Die Politik der JSP bei der Festigung der Staatsmacht und der Demokratie

Die Politik der Partei geht von der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aus, dessen Inhalt darin besteht, daß die Staatsmacht das zentrale Glied der Revolution bildet und eines der wichtigsten Mittel zur Verwirklichung der grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Veränderungen darstellt.

Die nationaldemokratische Revolution zerschlug konsequent die alte

Staatsmacht und veränderte die Gesetze und Organe, die Ausdruck der Interessen der ausländischen Monopole, des Feudalismus, des Halbfeudalismus und des Kompradorentums sowie ein Instrument zur Unterdrückung und Knechtung der werktätigen Massen im Lande waren. Die Revolution errichtete auf den Trümmern der Macht der Ausbeuter eine revolutionärdemokratische Ordnung, die sich auf das Bündnis der gesellschaftlichen und politischen Kräfte mit gemeinsamen Interessen im Kampf gegen Feudalismus, Halbfeudalismus und Kompradorentum und deren imperialistische, kolonialistische und reaktionäre Verbündete stützt.

In dem Maße, wie sich die Revolution verstärkt und kontinuierlich entwickelt sowie die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen verwirklicht werden, verändert sich das Kräfteverhältnis der Klassenkräfte untereinander und folglich auch der Charakter der Macht, deren Klasseninhalt und volksdemokratisches Wesen sich vertiefen. Die Vollendung der Etappe der nationaldemokratischen Revolution und die Schaffung der materiell-technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen führen zu einer Veränderung der Macht, zu einer Form der Volksdemokratie, die mit den Funktionen der Diktatur des Proletariats auf dem Weg des Aufbaus des Sozialismus entstehen wird.

Die Massenorganisationen tragen auf allen Gebieten des revolutionären Prozesses — auf wirtschaftlichem, politischem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet — und bei der Entwicklung der Demokratie eine hohe Verantwortung. Sie bilden bei der Durchsetzung der Partei- und Staatspolitik einen untrennbaren Bestandteil des gesamten Staatssystems. Die Massenorganisationen leisten unter Führung unserer Partei einen beträchtlichen Beitrag, die Produktion zu erhöhen, insbesondere die Positionen des staatlichen und genossenschaftlichen Sektors zu festigen, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Massen zu organisieren und zu erziehen, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und die Verbundenheit zwischen Partei und Volk zu festigen.

III. Die Wirtschaftspolitik der JSP

Die programmatischen Ziele der Jemenitischen Sozialistischen Partei im wirtschaftlichen Bereich bestehen darin, die Lebensinteressen und -bedürfnisse der Arbeiterklasse, Bauern und Fischer und der übrigen werktätigen Massen durch die optimale Ausnutzung aller inneren und äußeren Ressourcen des Landes zu sichern und durchzusetzen sowie eine moderne, produktive Wirtschaft aufzubauen, die mit den in der VDRJ vorhandenen objektiven Möglichkeiten im Einklang steht. Die Jemenitische Sozialistische Partei geht bei ihrer Wirtschaftspolitik von der Notwendigkeit aus, die materiell-technische Basis der nationalen Wirtschaft zu stärken und einen stabilen, planmäßigen Fortschritt auf diesem Gebiet zu sichern. Das ist ein Hauptziel der Tätigkeit der Parteikomitees und Parteiorganisationen, der Staatsorgane und Massenorganisationen als Grundlage für die kontinuierliche Verbesserung und Erhöhung des Lebensstandards und des geistigen Niveaus des Volkes.

Die Partei und der Staat legen zugrunde, daß der demokratische Zentralismus das Prinzip der Leitung der Wirtschaft ist. Das bedeutet, die Übereinstimmung der zentralen staatlichen Leitung der Wirtschaftstätigkeit mit den schöpferischen Initiativen der örtlichen Staatsorgane, Produktionsstätten, Staatsgüter und aller Werktätigen zu erzielen.

Die JSP betrachtet die Stärkung und Entwicklung des staatlichen Sektors in der Industrie, im Transport-, Verkehrs- und Nachrichtenwesen als eine grundsätzliche Aufgabe, weil die sozialökonomischen Veränderungen sowie das qualitative und quantitative Wachstum der Arbeiterklasse in der Gesellschaft in hohem Maße mit der erfolgreichen Verwirklichung dieser Aufgabe verknüpft sind.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der VDRJ konzentriert sich die **Industrialisierung** des Landes hauptsächlich darauf, die vorhandenen Produktionskapazitäten zu erweitern und zu entwickeln sowie intensiv zu nutzen.

Die Partei orientiert gemäß den ihrer Wirtschaftspolitik zugrunde liegenden Prinzipien auch künftig auf einen Kurs, auf dem der **private Sektor** dafür gewonnen wird, die produktive nationale Wirtschaft unter Führung und Kontrolle des staatlichen Sektors zu stärken und zu entwickeln.

Eine Form, die sich auf diesem Gebiet bewährt hat, besteht darin, das nationale Kapital für Investitionen im gemischten Sektor zu gewinnen. Deshalb werden Partei und Staat diesen Sektor weiter unterstützen, indem sie bestimmte Erleichterungen gewähren.

Der Staat garantiert den Schutz der Industrieprojekte, an denen der private Sektor durch gemischte und private Investitionen beteiligt ist, unter der Bedingung, daß sie zu den beständigen Plänen der sozialökonomischen Entwicklung gehören und unter der Leitung des staatlichen Sektors entsprechend den einschlägigen Gesetzen stehen. Die Partei

widmet der kontinuierlichen Entwicklung der Land- und Viehwirtschaft sowie dem Fischereiwesen große Aufmerksamkeit, da diese Wirtschaftsbereiche eine bedeutende Rolle in der nationalen Wirtschaft spielen — insbesondere bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und bei der Belieferung der einheimischen Industrie mit Rohstoffen. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Faktor des nationalen Exports.

Das Hauptbindeglied der Politik von Partei und Staat auf diesem Gebiet besteht darin, den genossenschaftlichen und staatlichen Sektor in der Land- und Viehwirtschaft sowie im Fischereiwesen durch die Erhöhung der Investitionen kontinuierlich zu festigen und optimal zu nutzen sowie die Produktion zu erweitern und die Lagerkapazitäten für landwirtschaftliche Produkte, Fleisch und Eier zu erhöhen.

In der Politik gegenüber den **Einzelbauern** gehen die Partei und der Staat von der Tatsache aus, daß die Einzelbauern neben den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Staatsgütern eine wichtige Rolle bei der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln spielen. Daher streben die Partei und der Staat danach, die Einzelbauern bei der Erhöhung ihrer Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen für den einheimischen Markt zu unterstützen und arbeiten daran, sie von den Vorzügen der genossenschaftlichen Arbeit und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auf freiwilliger Grundlage zu überzeugen.

IV. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Klassenstruktur und die Aufgaben der Partei

Die politische, ökonomische und soziale Herrschaft von Feudalismus und halbfeudaler Gesellschaftsordnung ist liquidiert. Die Besitztümer der ausländischen Monopole und der mit ihnen verbundenen Kompradorenbourgeoisie sind nationalisiert bzw. verstaatlicht worden. Das führte zur Beseitigung der ökonomischen Basis und des politischen Einflusses dieser Schichten.

Der letzte Schritt auf diesem Weg war die vollständige Übernahme der Kontrolle über einen Reihe von ausländischen ökonomischen Institutionen im Lande durch den Staat. Dadurch sind die ausländischen Monopole im Gegensatz zu früher nicht mehr in der Lage, irgendwelchen Druck auf unser Land auszuüben. Durch die völlige Befreiung der Volkswirtschaft von der ausländischen Herrschaft und ihre Umwandlung in kollektives Eigentum der Werktätigen, das die grundlegenden Produktionsmittel umfaßt, wurden tiefgreifende Veränderungen im Kräfteverhältnis zugunsten der neuen revolutionären Kräfte wirksam. Im Zuge der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Veränderungen haben sich das Gewicht und die Rolle der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und der anderen sozialen Schichten der Werktätigen verändert.

Die Partei wird in dieser und in der sich anschließenden Etappe dafür eintreten, das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und allen Werktätigen, in dem die Arbeiterklasse eine führende Rolle spielt, zu festigen. Die Partei sieht hierin eine der notwendigen Voraussetzungen für den erfolgreichen Aufbau der neuen Gesellschaft in unserem Lande.

Im Zuge der nationaldemokratischen Umgestaltungen auf ökonomischer und sozialer Ebene — in erster Linie durch die Nationalisierung der Besitztümer der ausländischen Monopole, durch die Inbetriebnahme neuer Produktionsstätten, durch den Aufbau des staatlichen Sektors und eines neuen Systems von Produktionsverhältnissen — verwandelt sich die **Arbeiterklasse** kontinuierlich aus einer früher durch das Auslandskapital und die Kompradorenbourgeoisie unterdrückten und ausgebeuteten Klasse in eine Klasse, die das gemeinschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln verkörpert und aktiv an der Führung der politischen Macht neben den anderen werktätigen Klassen und Schichten teilnimmt. Eine der wichtigsten revolutionären Orientierungen zur Entwicklung der Arbeiterklasse besteht unter den Bedingungen unserer demokratischen Ordnung in ihrem ständigen quantitativen Wachstum. Es ergibt sich aus der Wirtschaftspolitik von Partei und Staat, die darauf abzielt, eine feste, sich kontinuierlich entwickelnde industrielle Basis zu schaffen und den staatlichen Sektor zu stärken.

Die qualitativen Veränderungen in der Entwicklung der Arbeiterklasse schufen eine Grundlage dafür, ihr Organisationsniveau und den Grad ihrer politischen Aktivität bei der ökonomischen und sozialen Umgestaltung sowie der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution zu heben. Das wird zur wachsenden Bereitschaft der avantgardistischen Arbeiter führen, sich den Reihen der Jemenitischen Sozialistischen Partei anzuschließen, so daß sich der Anteil der Arbeiter an der Gesamtmitgliedschaft erhöhen wird.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 50—51/1978)

Gespräch mit Dawit Wolde Giorgis Die Massen politisieren



Äthiopische Revolution: nur Schein? In diesem Dorf übernahmen die befreiten Bauern die Polizeigewalt

Die äthiopische Revolution hat sich gegen alle Angriffe siegreich behaupten können. Doch die Destabilisierungsversuche dauern an. Dies zeigen nicht nur somalische Übergriffe auf äthiopische Territorium und, wie die libanesische Zeitung *Al-Moustaqbal* vom 15. 4. 1979 meldete, ägyptische Truppenverlagerungen mittels einer US-Luftbrücke an die sudanesisch-äthiopische Grenze. Zu diesen Attacken gehört auch die propagandistische Begleitmusik, Stichwort: Christenverfolgung.

In dieser Angelegenheit bereiste eine 6-köpfige internationale Untersuchungskommission des Weltkirchenrates — von der westlichen Presse totgeschwiegen — im Januar/Februar d. J. drei Wochen lang das Land. Die zwei Vertreter des Ökumenischen Rates aus Genf und je ein Vertreter des Kirchlichen Weltdienstes/Nairobi, der Kirchen der Bundesrepublik, Kameruns sowie der Russisch-Orthodoxen Kirche fanden, so ihr Bericht, „keine Beweise für eine systematische, von der Regierung gebilligte Verfolgung von Kirchen und Christen aufgrund ihres Glaubens oder der Ausübung ihrer Religion“ (*Kritisches Christentum*, Wien, Nr. 28/1979, S. 8). Der stellvertretende Außenminister Äthiopiens, Major Dawit Wolde Giorgis, nimmt zu diesen und anderen aktuellen Fragen im folgenden Interview mit Vertretern des finnischen Friedenskomitees, Eino S. Repo und Mikko Lohikoski, Stellung.

FRAGE: Wie begründet sind die Behauptungen über Christenverfolgungen in Äthiopien?

D. W. GIORGIS: Wie Sie wissen, gibt es bei uns zwei große Religionsgemeinschaften, die Christen, die etwa 45 % der Bevölkerung ausmachen und die Muslims, zu denen etwa 40 % der Bevölkerung zählen. Was unsere Revolution betrifft, so hat sie sich gegenüber den Religionen sehr vorsichtig verhalten. Sie hat vermieden, die Kirchen anzugreifen.

Im Programm der nationaldemokratischen Revolution (Wortlaut in: AIB 11—12/1976; d. Red.) wird klar ausgesagt, daß die

Religion oder jeder andere Glaube eine private Angelegenheit des Einzelnen ist, in die sich die Revolution nicht einmischt. Im Gegenteil, sie ist bestrebt, die Rechte der Menschen zu verteidigen, das Recht auf Glauben mit eingeschlossen.

Die nationaldemokratische Revolution hat den Staat von der Kirche getrennt. Früher war der Staat mit einer, der christlich-orthodoxen, koptischen Kirche verbündet und die Staatsgewalt bevorzugte insbesondere diese Glaubensrichtung. Durch die Trennung von Staat und Kirche wollte die nationaldemokratische Revolution allen Religionen eine gleichberechtigte Stellung zur freien Ausübung ihrer Aktivitäten in Äthiopien geben.

Wahrung des Rechts auf Glauben

Seit dem Beginn der Revolution haben wir danach gestrebt, den verschiedenen Religionen gerade die Freiheit zu gewähren, damit sie ihren eigenen Tätigkeiten nachgehen und ihre Lehrsätze entwickeln können.

In unserem Land hat man den Menschen das Recht zur Ausübung ihres Glaubens gesichert. Unsere Revolution zielt nicht auf eine Einschränkung dieses Rechts. Ein Eingreifen in die religiösen Angelegenheiten der Menschen würde eine Kursänderung der Revolution bedeuten und das können wir auf keinen Fall zulassen, wir haben auch keinen Grund dazu.

Wir können auf dem revolutionären Weg voranschreiten, ohne uns in kirchliche Angelegenheiten einzumischen und die Kirchen haben ihrerseits klargestellt, daß es keinen Widerspruch zwischen der Ausübung der Religion und der äthiopischen Revolution gibt. Ich möchte also sagen, daß eine solche Verfolgung nicht existiert.

FRAGE: Würden Sie bitte die Wirtschaftskampagne und ihre Ziele etwas näher erläutern?

D. W. GIORGIS: Die gesamte Revolution zielt darauf ab, den

Lebensstandard unseres Volkes zu heben, das Analphabetentum und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen sowie die Volkswirtschaft zu stärken. In den vergangenen vier Jahren war es uns jedoch aufgrund innerer und äußerer Schwierigkeiten nicht möglich, die Lösung dieser Probleme in Angriff zu nehmen.

Wir hatten die auswärtigen Schwierigkeiten: Wir mußten all unsere Kräfte auf die Abwehr des somalischen Angriffs konzentrieren. Im Inneren gab es Widersacher, sowohl die von den reaktionären arabischen Kräften und den Imperialisten unterstützte Sezessionistenbewegung in Eritrea als auch andere aktive reaktionäre Kräfte, gegen die wir in unserem Land kämpfen mußten. Somit mußten das Volk und die Regierung sich darauf konzentrieren, die Revolution zu sichern, die äußere Aggression und die innere Konterrevolution abzuwehren.

Nach vier opferreichen und schweren Jahren hat unser Volk nun den Sieg errungen und es ist uns gelungen, unsere Revolution zu festigen. Wir haben jetzt die zentrale Frage unserer Revolution, die Entwicklungskampagne, in Angriff nehmen können.

Im vergangenen Herbst verkündete unser Vorsitzender Mengistu Haile-Mariam (Wortlaut in Auszügen in: AIB 2/1979; d. Red.), daß wir uns gegenwärtig in der zweiten Etappe unserer Revolution befinden. Sie zielt darauf ab, die Probleme, die unser Land lange geplagt haben, wie die Prostitution, die Arbeitslosigkeit und das Analphabetentum, zu beseitigen, die Produktion in der Landwirtschaft sowie in verschiedenen Industriezweigen zu forcieren und die Produktion mit Unterstützung ausländischer Hilfe in anderen Wirtschaftsbereichen zu erweitern. Dies ist die Zielsetzung der Wirtschaftskampagne während den ersten zwei Jahre.

Schlag gegen die eritreanischen Sezessionisten

FRAGE: Wie ist gegenwärtig die Lage in Eritrea?

D. W. GIORGIS: Das Problem in Eritrea ist ein Teil des Klassenkampfes, den wir führen, und man kann es nicht losgelöst von unserem gesamten anderen Kampf betrachten. Wir möchten, daß die Welt das Eritrea-Problem als einen Teil der Gesamtentwicklung, als Teil des Klassenkampfes unsers Landes betrachtet.

Unser Ziel ist es, die Menschen im Norden unseres Landes (d. h. in Eritrea; d. Red.) zu politisieren. Gegen die unnachgiebigen Sezessionisten, die von der arabischen Reaktion finanziert werden, muß man mit Waffengewalt vorgehen. Aber in Bezug auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Nordprovinz haben wir beschlossen, sie mit allen vorhandenen Mitteln zu politisieren, ihnen die grundsätzlichen Ziele unserer Revolution, die Menschenrechte, die wirtschaftliche Entwicklung usw. zu erklären.

Aufgrund der fortgesetzten Politisierungskampagne in der Nordprovinz sowie zum Teil aufgrund unserer militärischen Stärke ist es uns gelungen, die sezessionistischen Kräfte zu schlagen. Ich möchte betonen, daß unsere Erfolge und Siege im Norden zu einem größeren Teil aus der massiven Politisierungskampagne als aus militärischen Aktionen resultieren. Daß wir in die Dörfer gegangen sind, die Dorfbewohner unterrichtet haben, ihnen geholfen haben, ihr Leben zu ändern und wieder selbsthaft zu werden, das war erfolgreicher als unser militärisches Programm. Die militärischen Aktionen dienen lediglich zur Unterstützung der politischen Kampagne.

Auf diese Weise ist es uns gelungen, 90 % Eritreas, in der über 90 % der Bevölkerung der Provinz leben, von der Sezessionsbewegung zu befreien. Dies ist ein Sieg der äthiopischen Revolution aber gleichzeitig, wenn man die Situation im Nahen Osten und am Roten Meer berücksichtigt, ist es auch ein Sieg im größeren Maßstab. Neben den Ereignissen im Iran und in Afghanistan ist die Entwicklung in Eritrea ein neuer Sieg für die Völker dieser Region.

Es ist uns gelungen, die reaktionären Kräfte, die auf die Zerstörung unserer Revolution und auf die Destabilisierung

der Lage in der ganzen Region abzielten, zu schlagen.

FRAGE: Wie ist das Verhältnis Äthiopiens zu Somalia und welchen Kurs fährt Siad Barre?

D. W. GIORGIS: Siad Barre ist immer noch Siad Barre. In seinem Kopf hat sich nichts verändert. Er hält immer noch an der reaktionären Idee des Expansionismus fest, die nicht isoliert von der hegemonistischen Linie Chinas gesehen werden kann. Er hat eine enge tribalistische Sichtweise, die reaktionär ist, und gegen das internationale Recht, gegen die Charta der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), gegen alle internationalen Vereinbarungen und Prinzipien gerichtet ist. Er hat diese seine Haltung beibehalten.

Das Volk und die Regierung Äthiopiens wollen tatsächlich im Frieden leben. Wir erkennen Somalias territoriale Integrität an, wir wollen mit dem Volk Somalias in Frieden leben und hart für die Zukunft arbeiten, denn beide Völker sind arm und die Länder ebenfalls. Wir wollen alle Streitigkeiten zwischen unseren Völkern vermeiden, aber Tatsache ist, daß in Somalia die reaktionäre Regierung Hindernisse für die Zusammenarbeit gelegt hat. Ich hoffe, daß die Regierung Somalias ihre Haltung ändert oder daß an ihre Stelle eine fortschrittliche Regierung tritt, die einen Frieden in der Region ermöglicht. So lange die somalische Führung nach Expansion strebt, werden die Probleme am Horn von Afrika weiter bestehen bleiben.

FRAGE: Unterstützt Somalia noch „Oppositionskräfte“ im Ogaden-Gebiet?

D. W. GIORGIS: Sie unterstützen nicht solche Kräfte, sie sind selber diese Kräfte, es gibt dort keine anderen.

Es sind somalische Soldaten die in äthiopisches Gebiet eindringen und ernsthafte Probleme verursachen. Sie entsenden immer noch ihre regulären Einheiten und zerstören Gebäude und Einrichtungen, töten Menschen und zerstören Dörfer. Unser Vorsitzender Mengistu Haile-Mariam hat die somalische Regierung zum letzten Mal gewarnt: Wenn es so weitergeht, kann Äthiopien dies nicht mehr zulassen. Wir haben unser eigenes Programm — die Entwicklungskampagne — und wir wollen sie friedlich entwickeln.

Vorbereitung einer Avantgardepartei

FRAGE: Wie ist der Stand bei der Gründung der Avantgardepartei?

D. W. GIORGIS: Es ist notwendig, die Partei so bald wie möglich zu gründen. Wir sind uns über diese Notwendigkeit im klaren und haben dafür gearbeitet. Aber wenn die Menschen über die Partei sprechen, müssen sie auch die gesellschaftliche Situation in Äthiopien, ihren Hintergrund verstehen.

Wir hätten vor drei, vier Jahren leicht die Gründung einer Arbeiterpartei proklamieren können, wir hätten gesagt, daß wir nun eine Arbeiterpartei haben. Aber die Basisarbeit vor der Parteigründung muß gründlich ausgeführt werden. Ohne eine bewußte, ausgebildete und politisch aufgeklärte Massenbasis wäre die Partei nur eine sehr formale Erscheinung.

In den vergangenen vier Jahren haben wir darauf gezielt, die Menschen zu schulen, sie zu politisieren, sie in verschiedenen Massenorganisationen, den Frauenverbänden, dem Jugendverband, der Bauernorganisation sowie den Gewerkschaften, zu organisieren. Indem wir dies getan haben, versuchten wir die Menschen zur Unterstützung einer Linie zu gewinnen.

Es hat verschiedene Ideen und Differenzen über die Organisationsfrage und die Ideologie der Partei gegeben. Über Jahre hinweg ist dies Gegenstand der Diskussion gewesen. Ich kann nun sagen, daß in der Praxis alle grundsätzlichen Widersprüche gelöst sind. Massenorganisationen sind gegründet worden, unser Volk ist bewußt und politisch entwickelt.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir die Partei verhältnismäßig bald gründen werden. Wir haben also vorerst noch gewartet, um in der Zukunft eine starke Partei mit einer geschulten und politisch bewußten Massenbasis zu haben.

Jürgen Ostrowsky

Flüchtlingslager in Sambia

„Das erste Mal wurde das Lager am 2. November bombardiert, das letzte Mal am 10. April dieses Jahres“, berichtet ein mit Maschinenpistole bewaffneter Kämpfer der Revolutionären Volksstreitkräfte Zimbabwes (ZIPRA), der zur Wachmannschaft des Lagers gehört.

„Damals wurde das Dach des Wohnhauses zerstört. Diesmal waren die Schäden noch schwerer. Die Rhodesier flogen in mehreren Wellen Angriffe auf das Haus, die Fahrzeuge und anderen Ziele. Sie schossen aus Bordkanonen und warfen Napalm- und Splitterbomben ab“.

Er deutet auf die zahlreichen Einschüsse im Verputz des einstöckigen Gebäudes; sehr viele liegen neben dem Eingang. Die rhodesischen Flugzeuge hatten hinter den in Deckung Flüchtenden hergeschossen.

Es ist das einzige feste Gebäude des kleinen Lagers, ein ehemaliges Farmhaus. Das Lager der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) liegt in einem leicht hügeligen Gelände etwa 20 km außerhalb der sambischen Hauptstadt Lusaka im Buschland: Schirmakazien, Gesträuch, Elefantengras bedecken den Boden — außer an den Stellen, die vom Napalm oder ausbrennenden Fahrzeugen schwarz eingefärbt sind.

Verbeulte Napalm-Behälter

Etwa 400 Männer, Mitglieder der ZAPU, arbeiten hier im „Works Camp“. Es wird so genannt, weil hier ausschließlich handwerkliche Arbeiten, vor allem Reparaturen ausgeführt werden; alle Männer hier haben eine Ausbildung, z. B. als Mechaniker oder Tischler. Militärische Ausbildung für die bewaffneten Streitkräfte der ZAPU, die ZIPRA, findet hier nicht statt. Die bei den zwei Angriffen rhodesischer Jäger getöteten sieben Männer waren Zivilisten.

Verstreut über das Gelände liegen die Wracks bombardierter Fahrzeuge: Land Rover, Lastwagen, Ambulanzfahrzeuge, überall durch die Explosionen herumgeschleuderte Wrackteile. Nur die Karosserien und Metallteile sind übrig, rostbraun verbrannt, durchlöchert wie Siebe von Einschüssen und Splintern.

Von einem Lastwagen existiert nur noch ein Gerippe. Er stand auf einer Lichtung neben zwei Bäumen. Von ihnen sind nur noch verkohlte Stümpfe übrig, der Boden ist mit staubiger schwarzer Asche bedeckt; zwischen Metallteilen, verbranntem Gras und Baumstümpfen ein verbeulter Napalm-Behälter — so habe ich von Fotos die Napalmkanister in Erinnerung, welche die US-Aggressoren über Vietnam abwarfen.

Das Lager besaß ein Vorratsgebäude, in dem Nahrungsmittel aufbewahrt wurden. Nach der Bombardierung existieren nur noch die Grundmauern und der zementierte Boden. „Es brannte acht Tage lang“ erzählte der Wachposten; „es wurde von Napalm-Bomben getroffen“.

Wenige Kilometer weiter entlang der gelbbraunen Schotterstraße liegt Camp Victory. In ihm leben 12 000 bis 13 000 Frauen, Mädchen und Kinder — etwa 1/4 der Gesamtzahl von Flüchtlingen aus Zimbabwe auf sambischem Gebiet. Das Lager hat „Tradition“: es diente schon vor Jahren als Zuflucht für viele, die vor dem barbarischen portugiesischen Kolonialkrieg aus Angola geflohen waren. Seit 1977 ist es ein ZAPU-Lager.

Die Unterbringungssituation ist bedrückend: Neben einigen älteren gemauerten Häusern dienen eine Vielzahl Zelte und sogar die Gehäuse ausgedienter Transportfahrzeuge als Unterkunft; in jüngerer Zeit wurden eine Reihe einfacher und zweckmäßiger länglicher Bungalows gebaut — sie dienen in erster Linie als Schlafhäuser für die Kinder. Jugendliche und Kinder prägen das Bild des Lagers. Jungen Müttern und ihren Kindern stehen ein halbes Dutzend Schlafbungalows zur Verfügung, in denen sie mit bis zu 25 Personen, ihre Kleinkinder eingeschlossen, untergebracht sind — gestaffelt nach dem Alter der Kinder. Die Einrichtung ist spartanisch: Matratzen, Wolldecken, keine Bettgestelle; an den Wänden aufgereiht Habseligkeiten wie Toilettenartikel, Kleidungsstücke.

Die meisten flohen in jüngerer Zeit vor dem Terror der weißen Rassisten und ihrer schwarzen Handlanger, der berüchtigten Truppe der Selous Scouts. Die Schicksale gleichen einander: Die Dörfer, in denen sie lebten, wurden von rhodesischem Militär oder Scouts als „Schlupfwinkel für Guerilleros“ überfallen und niedergebrannt, ihre Eltern ermordet.



Trotz der Rassistenüberfälle: Zuversicht in Victory Camp



Verbranntes Rote-Kreuz-Auto: So sehen die „militärischen Ziele“ der rhodesischen Truppen aus

Die Kinder versteckten sich, versuchten zur Grenze nach Sambia zu fliehen; von Geschwistern, die zu zweit oder mehreren flohen, erreichten oft nur eins oder jedenfalls weniger als aufgebrochen waren das jenseitige Gebiet. Ganze Schulklassen aus den Grenzgebieten setzten sich nachts über die Grenze ab. In der BRD-Presse wurden daraus Kidnapping-Akte von ZAPU-„Terroristen“.

Die Versorgungslage ist extrem schwierig. Zwar gibt es Grundwasserbohrungen, auch Elektrizität, aber die Ernährung ist mangelhaft. In der Regel gibt es nicht mehr als eine Mahlzeit am Tage — Shima, einen Maisbrei, der zentral zubereitet und diszipliniert abgeholt wird. Er füllt zwar die Mägen, ist jedoch wenig nahrhaft. Es fehlt an eiweiß- und vitaminhaltiger Nahrung; Fleisch, Fisch oder Gemüse sind selten. Die Folgen gerade für die große Zahl Heranwachsender oder für die stillenden Mütter liegen auf der Hand: drohende Fehlernährung und Fehlentwicklung, Krankheitsanfälligkeit. Die meisten Krankheitsfälle sind Tbc, Infektionen und — trotz des auch nachts meist milden Klimas — Erkältungen.

Trotz der zahlreichen Mängel und Schwierigkeiten ist von der Lethargie und Trostlosigkeit, die das Leben in Flüchtlingslagern häufig prägen, kaum etwas zu spüren. Zum einen können die dringendsten Bedürfnisse einigermaßen erfüllt werden, zum anderen werden die Lagerinsassen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Die ZAPU organisiert Schulunterricht, Berufsausbildung, politisches und kulturelles Leben.

Völlige Untätigkeit und apathisches Erwarten der Hilfsleistungen führte zu unabsehbaren negativen Folgen. Die ZAPU ist bemüht, nach dem Vorbild aller revolutionären Befreiungsbewegungen aus eigener Kraft und mit internationaler Unterstützung ein soziales Leben in Gang zu halten.

Ein großer Teil der jungen Frauen erhält eine berufliche Ausbildung bzw. ist produktiv tätig. In geringem Umfang wird Gemüseanbau versucht, Hauptprojekt ist jedoch der Betrieb einer kleinen Textilfabrik. In ihr werden auf aus Schweden oder der DDR gelieferten Webstühlen bzw. Nähmaschinen Wollwaren und Kleider hergestellt, was zugleich den Vorteil hat, daß der Eigenbedarf zu einem wachsenden Anteil gedeckt werden kann. Schwerpunkt der Berufsausbildung für Mädchen und Frauen, von denen die meisten nie eine Ausbildung erhalten hatten, ist ein mehrteiliger Kurs als Sekretärin. In ihm werden Kenntnisse in Maschinenschreiben und Kurzschrift, Englisch und Buchhaltung vermittelt.

Das Hauptaugenmerk der Befreiungsbewegung gilt den Kindern. In seiner Neujahrsbotschaft führte ihr Präsident Joshua M. Nkomo aus: „Unser ganzer Kampf gilt eurem Wohl. Wir haben die Verpflichtung, Euch eine Zukunft zu gewährleisten, die frei ist von Massakern, Morden, Hunger, Krankheit, Unwissenheit, Unterdrückung und Ausbeutung. Die ZAPU in der Patriotischen Front liebt Euch und wird alles in ihrer Macht ste-

hende tun, Euch 1979, im Internationalen Jahr des Kindes, gegen Smith und seine Marionetten zu verteidigen, die Kinder hassen. Wir treffen alle Maßnahmen, um jenen, die zu uns kommen, eine geeignete Ausbildung zu vermitteln“.

Im Victory-Camp wurden mehrere Gebäude errichtet, um den Kindern der unteren Jahrgangsstufen Unterricht erteilen zu können — bis vor kurzem mußte er im Freien erteilt werden, was bei Schlechtwetter zum Ausfall führte. Freiwillige übernehmen den Unterricht in Fächern wie Englisch, Mathematik, Geographie und Geschichte — einer Geschichte aus der Sicht des um seine Befreiung kämpfenden afrikanischen Volkes, nicht derjenigen der rassistischen Eroberer und Kolonialherren, wie sie in den Schulen in Zimbabwe derzeit noch gelehrt wird.

Kulturelle Impulse

In enger Verbindung mit dem Geschichtsunterricht steht vor allem der politische Unterricht, der an den Nachmittagen stattfindet. „Indoktrination“? Selbstverständlich, erklärt eine Genossin der Lagerleitung. „Aber um aus den Kindern Persönlichkeiten zu formen, die den Aufgaben gewachsen sein werden, die der Befreiungskampf an sie stellt. Die dann gelernt haben, afrikanische Kultur und Geschichte als wertvoll und nicht — wie in den Schulen der Rassisten gelehrt wird — als minderwertig zu begreifen. Und die dann begriffen haben, was Rassismus und Kolonialismus sind“.

Kulturelle Betätigung bildet eine Ergänzung und füllt einen Teil der vielen freien Zeit aus. Sie gehorcht noch weitgehend individuellen Impulsen, aber es sind Bemühungen im Gange, gemeinsame kulturelle Beschäftigung zu fördern, zunächst vor allem Musik und Tanz. Im Bau ist eine große, lichte Halle, die künftig sowohl Versammlungen als auch kulturellen Darbietungen dienen wird. Schon jetzt finden zeitweilig Aufführungen von Theaterstücken statt, die von den Jugendlichen selbst verfaßt und inszeniert wurden.

Die Bemühungen und ihre Erfolge, das Lagerleben menschenwürdig zu gestalten, sind unverkennbar. Die Mitglieder der politischen Leitung und das Lehrpersonal etwa geben sich zuversichtlich. Die Erwartung des Sieges des Befreiungsbewegung ist der wichtigste moralische Rückhalt. Doch die Notwendigkeit der Unterstützung von außen ist nach wie vor übergroß. Einige Regierungen, so die der skandinavischen Länder, die der sozialistischen Staaten, Solidaritätsbewegungen, das Flüchtlings- und Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen leisten materielle Hilfe, doch angesichts der wachsenden Flüchtlingszahlen wird noch weit mehr gebraucht.



Eines der Opfer rhodesischer Napalm-Bombardements Pacton Massavana

Interview mit Eli Weinberg

Afrikanische Arbeiter für radikalen Wandel

Vor drei Jahren, wenige Wochen nach dem Massaker an über 1000 jugendlichen Afrikanerinnen und Afrikanern in Soweto, trat die Mehrheit der afrikanischen Arbeiterklasse in einen Proteststreik. Zu ihm hatten der Afrikanische Nationalkongress Südafrikas (ANC) und der Südafrikanische Gewerkschaftskongress (SACTU) aufgerufen. Die SACTU wurde im März 1955 gegründet als der einzige Gewerkschaftsverband Südafrikas, der allen Lohnabhängigen, unabhängig von der Hautfarbe, offen stand. Die brutale Verfolgung durch das Rassistenregime zwang die SACTU, ihre Arbeit auch aus dem Ausland, vor allem von London und Daressalam aus, fortzusetzen.

Der AIB-Redaktion bot sich Anfang Mai d. J. in Daressalam die Gelegenheit, mit Eli Weinberg, Organisationssekretär der SACTU, ein Gespräch zu führen. Eli Weinberg, der aus Lettland stammt und seit Ende der 20er Jahre in der revolutionären Arbeiterbewegung Südafrikas tätig ist, war lange Zeit in Südafrika inhaftiert und lebt seit drei Jahren in Daressalam.

AIB: Vor kurzem hat die vom Rassisten-Regime installierte sog. Wiehahn-Kommission zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen in Südafrika ihren Bericht vorgelegt. Welches sind nach dem bisherigen Informationsstand die Hauptvorschläge und empfehlungen dieses Berichts?

E. WEINBERG: Man muß sehr vorsichtig sein, was die Einschätzung selbst der Einzelheiten betrifft, die in verschiedenen Tageszeitungen berichtet wurden. Danach sieht es so aus, daß die Kommission die Abschaffung sowohl der Rassenschranke wie der „job reservation“ (Arbeitsplatzreservierung für Weiße) und der rassistisch unterschiedlichen Behandlung im Industriebereich empfiehlt.

Sie spricht von der Anerkennung afrikanischer Gewerkschaften und von der Zahlung gleicher Löhne für gleiche Arbeit. Was hinter diesen Punkten im einzelnen steht, wissen wir noch nicht, und es wird notwendig sein, den Bericht sehr genau zu studieren. Seine Vorschläge hören sich sehr progressiv an.

Nationalpartei: Gewerkschaften unnötig

Wir müssen jedoch von den Grundlagen der Politik, der Programmatik der Regierungspartei in Südafrika ausgehen. Die südafrikanische Regierung, die Nationalpartei, hat sich selbst vor vielen Jahren das Ziel gesetzt, die Macht der Gewerkschaften zu beseitigen.

In ihrem Programm zu den Wahlen von 1948 erklärte sie: Wir brauchen keine Gewerkschaften. Wir richten einen zentralen Wirtschaftsrat ein und die Nationalpartei ist Sachwalterin aller sozialen Gruppen des Landes — eine ausgesprochen faschistische korporative Vorstellung, in der die Arbeiterinteressen gekoppelt sind an diejenigen der Kapitalistenklasse. Mit dieser Grundeinstellung zu Gewerkschaften verbunden ist die Philosophie des Rassismus der Nationalpartei, und dieser Rassismus beeinflusst vor allem die Einstellung der Partei afrikanischen Gewerkschaften gegenüber.

Was die afrikanischen Gewerkschaften betrifft, so war es offene Politik der Regierung, „die afrikanischen Gewerkschaften

zu Tode zu bluten“; so formulierte es der Arbeitsminister Schoemann in den frühen 50er Jahren. Und es gibt keinen Grund für die Annahme, die Regierung hätte ihre Haltung geändert.

Die Regierung der Nationalisten ist verantwortlich für die Aufsplitterung der Gewerkschaften in rassistische Gruppen. Mit dem Arbeitsschlichtungsgesetz („Industrial Conciliatory Act“), das in den 50er Jahren erlassen wurde, wurden die Gewerkschaften zersplittert in weiße, „farbige“ und indische; die Afrikaner wurden von diesem Gesetz ausgeschlossen. Dieselbe Regierung ist verantwortlich für das Übel der Wanderarbeit, die gewerkschaftliche Organisation verhindert oder zumindest sehr schwierig macht. Die Regierung trägt überdies die Verantwortung dafür, Millionen Afrikanern eine ausländische Staatsbürgerschaft aufgezwungen zu haben.

Und all dies wurde im Namen der christlichen Zivilisation vollbracht. Anzunehmen, daß diese Regierung plötzlich ihre Meinung ändern würde, ist lächerlich.

Es gibt natürlich gewisse ökonomische Zwänge. Die südafrika-



Schwarze Arbeiter im Hafen von Kapstadt – natürlich unter weißer Aufsicht

nische Wirtschaft verfügt über zu wenige qualifizierte Arbeitskräfte. Es gab eine Zeit, da konnte Südafrika diese unter Weißen rekrutieren, die aus Europa kamen, aber diese Quelle ist versiegt; zum einen, weil die Bedingungen in Südafrika nicht mehr viel besser sind als in den europäischen Ländern, zum zweiten wegen der politischen Unruhen der 70er Jahre, die Südafrikas Attraktivität vermindert haben, und drittens, weil viele Arbeiter durch die Arbeit der Anti-Apartheid-Bewegung in allen Teilen der Welt den wahren Charakter des Regimes in Südafrika erkannt haben.

Dies ist der Grund dafür, daß die Kapitalisten in Südafrika Klage führen, die Rassenschranke zu beseitigen, afrikanische Arbeiter wenn nicht in qualifizierte, so wenigstens in halbqualifizierte Berufe zu lassen. Es gibt natürlich noch einen anderen Trend in der Industrie, nämlich, daß die hohen Qualifikationen

weißer Arbeiter nicht mehr in dem Maße benötigt werden: Die Facharbeiterberufe sind zerstückelt worden in kleine Operationen, die von Maschinen ausgeführt, von Maschinenführern bedient werden können.

Nehmen wir als Beispiel die Entwicklung in der Maschinenbauindustrie Südafrikas. Bis zum 2. Weltkrieg war unsere Maschinenbauindustrie weitgehend eine militärische Einrichtung; die Beschäftigten reparierten Maschinen, die importiert, nicht im Lande hergestellt wurden. Im 2. Weltkrieg kam es jedoch aufgrund der Isolierung durch den Kriegszustand und des Verlangens der Kriegsindustrie zu einem Wachsen einer echten Maschinenbauindustrie. Und heute produziert Südafrika hochentwickelte Maschinen.

In der Zeit des Entstehens dieser Industrie bestanden die im Maschinenbau Beschäftigten aus rund 50 % Weißen und 50 % Schwarzen; die Weißen waren allesamt hochqualifizierte Facharbeiter, die Schwarzen alle einfache Arbeiter. Heute sieht die Verteilung in dieser Industrie anders aus. Nur mehr etwa 20 % sind Weiße, 80 % dagegen Schwarze. Von diesen 20 % weißer Arbeiter sind lediglich 9—10 % hochqualifizierte Facharbeiter, die übrigen Maschinenführer. Von den schwarzen Arbeitern, die nun 80 % ausmachen, sind nach meiner Schätzung 60—70 % Maschinenführer, also keine ungelerten Arbeiter. Der gesamte Charakter dieser Branche hat sich also gewandelt.

Das ist ein Faktor. Die Industrie benötigt mehr und mehr zumindest teilqualifizierte, angeleitete Arbeiter, die sie heute nur aus den Reihen der Schwarzen rekrutieren können. Dies also ist ein ökonomischer Druckmechanismus für diesen Wandel.

Meiner Ansicht nach ist jedoch die Einsetzung dieser Wiehahn-Kommission weitestgehend ein Schauspiel für die internationale Öffentlichkeit; sie ist ein Versuch, der Nationalisten-Regierung Südafrikas ein progressives Image zu verleihen, das sie aufgrund ihres Programms, ihrer Politik und Geschichte nicht besitzt. Deshalb müssen wir äußerst vorsichtig sein. Schöne Worte, schöne Vorschläge — aber was steckt dahinter?

Ein weiterer Grund ist schließlich auch der massive internationale Druck, der vom ANC, der SACTU, der Anti-Apartheid-Bewegung organisiert wurde. Hierzu muß selbst der Druck seitens der westlichen kapitalistischen Länder gerechnet werden, die einige Änderungen verlangen, um ihre fortgesetzte Kollaboration rechtfertigen zu können. Es gibt auch kapitalistische Gruppierungen in Südafrika selbst, die bestimmte Änderungen fordern, Oppenheimer und andere.

Das Tor zur Gleichheit?

AIB: Nun hat die südafrikanische Regierung erklärt, die Empfehlungen in kurzer Zeit in Gesetzesform zu bringen. Kann man etwa am Beispiel des Vorschlags, jedermann ungeachtet seiner Hautfarbe, des Geschlechts usw. Zugang zu Gewerkschaften zu gewähren, zeigen, worauf sich die negativen Erwartungen gründen lassen?

E. WEINBERG: Es ist selbstverständlich ohne genaue Lektüre des Berichts schwer, in Einzelheiten zu gehen. Man muß sehen, wie die einzelnen Vorschläge umschrieben werden, welche Formulierungen gebraucht werden. Die Formel „registrierte Gewerkschaften“ zum Beispiel: Die Registrierung von Gewerkschaften unter dem alten Arbeitsschlichtungsgesetz schwächte die Gewerkschaftsbewegung erheblich. Die Registrierungsbehörde für Gewerkschaften übte Vollmachten aus, welche Satzungen sie zu haben hätten, über die Finanzen der Gewerkschaften, selbst über die Wahlen von Funktionären. Wollen wir solch eine Art von Anerkennung?

Wir müssen, gerade vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen, sehr vorsichtig und wachsam sein. Auch die Menschen im Ausland — viele werden geneigt sein zu sagen: das sieht sehr gut aus, und deshalb fordern, den Druck auf Südafrika zu verringern, also genau das, was die Regierung anstrebt — müssen ihren Druck aufrecht erhalten, ihre Forderungen nach Rückzug



Konditionstraining für neurekruitierte südafrikanische Goldminenarbeiter 2000 m unter Tage

der Investitionen, nach einem Stopp der Auswanderung nach Südafrika, nach einem Boykott Südafrikas.

AIB: Es gab Berichte, nach denen Lucy Mvubelo, Präsidentin der Bekleidungsarbeitergewerkschaft, sich begeistert gezeigt habe über die Ergebnisse der Kommission. Wie steht die SACTU dazu?

E. WEINBERG: Lucy Mvubelo genießt den Ruf einer Emissäriin der südafrikanischen Regierung; sie geht häufig auf Auslandsreisen und vertritt die Politik der südafrikanischen Regierung. Wenn sie also jubelt, so ist dies durchaus für uns Grund genug, mißtrauisch zu sein.

Um vom gegenwärtigen Stand auszugehen: Lucy Mvubelo und ihre Bekleidungsarbeitergewerkschaft haben soeben ein Tarifabkommen mit den Unternehmern abgeschlossen und dabei eine Erhöhung der Wochenlöhne um 1 Rand (= 2,2 DM, Stand März 1979) vereinbart, auf eine Wochenlohnhöhe von 11—12 Rand. Als sie gefragt wurde, wie sie diese Vereinbarung einschätze, war sie enthusiastisch, aber wir sind ziemlich sicher, daß die Gewerkschaftsmitglieder nicht enthusiastisch sind, weil

dieser Lohn von ihnen bereits 30 Jahre zuvor verdient worden war. Eine Lohnerhöhung um 1 Rand ist keine in Anbetracht der enormen Steigerung der Lebenshaltungskosten seit dem letzten Abkommen.

Aber ihren Enthusiasmus verdankte sie noch einem anderen Grund: Sie behauptete, dieser Lohn sei bedeutsam, weil er nunmehr derselbe für Weiße wie für Schwarze sei. Das ist purer Unsinn. Denn die Weißen, d. h. weiße Frauen, arbeiten nicht mehr in Fabriken. Ihnen stehen andere Berufe offen wie im Geschäftsbereich, im Staatsdienst, in Berufen, in denen sie weit mehr verdienen. Sie würden für derartige Löhne nicht mehr arbeiten.

Daher ist Lucy Mvubelos Begeisterung darüber, hiermit sei das Tor zur Gleichheit in der Bezahlung geöffnet, unsinnig, zumal viele dieser Berufe Schwarzen gar nicht offen stehen, in denen Weiße das Mehrfache dessen verdienen, was in der Bekleidungsindustrie gezahlt wird.

AIB: Sieht man einmal von den Einzelheiten des Reports ab, eröffnen seine Empfehlungen der SACTU möglicherweise den Weg, zu vollkommen legaler Arbeit zurückzukehren, nachdem die SACTU — ohne verboten zu sein — in den späten 60er Jahren in einen Status der Halblegalität gedrängt worden war?

E. WEINBERG: In der Tat, die SACTU ist eine legale Organisation. Theoretisch kann die SACTU offen arbeiten. Sie kann jederzeit in Johannesburg zum Beispiel ein Büro eröffnen.

Aber: Jede Person, die im Namen der SACTU aktiv würde, bekäme buchstäblich den Hals durchgeschnitten. Sie würde Restriktionen unterworfen, gebannt, inhaftiert, ohne Verfahren unbegrenzt eingesperrt oder in einer Polizeizelle ermordet. Das sind Dinge, die sämtlichen Mitgliedern des Nationalen Exekutivkomitees in den 50er Jahren widerfahren sind und den meisten SACTU-Funktionären in den 60er Jahren, als alle Mitglieder des Exekutivkomitees unter Bann gestellt und mit dem Verbot belegt wurden, weiterhin Gewerkschaftsarbeit zu betreiben. Das Büro wurde von einer Schreibkraft offen gehalten, einem 19 Jahre alten Mädchen, die das Büro aufrecht hielt, damit etwa die Beschwerden von Mitgliedern, die ins Büro kamen, bearbeitet werden konnten. Sie wurde für 5 Jahre unter Bann gestellt und ihr wurde verboten, weiterhin gewerkschaftlich zu arbeiten, so daß das Büro geschlossen werden mußte, obwohl nur eine Sekretärin darin gewesen war!

Grundübel: Fehlen von Arbeiterrechten

Sicher, die Regierung hat die SACTU nie verboten. Dafür gibt es einen Grund. Sie haben sie nicht verboten, weil aufgrund international anerkannter Konventionen und Grundsätze jede Regierung, die eine Gewerkschaft verböte, weltweit einen sehr schlechten Ruf bekäme; und die südafrikanische hat einen, der schlecht genug ist. Außerdem möchte sie eines Tages zurück in die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), und deshalb hat sie dies offen gelassen, indem sie die SACTU nicht verbot.

Der Grund aber dafür, daß SACTU-Aktivistinnen und SACTU-Führungsmitglieder — und nicht nur diese, sondern auch aktive Gewerkschafter, die nicht SACTU-Mitglieder waren — gebannt, mit Restriktionen belegt und verfolgt wurden, liegt darin, daß sie eine kämpferische Haltung einnahmen gegen das gesamte Apartheidsystem und nicht nur bei alltäglichen gewerkschaftlichen Aufgaben.

AIB: Können Sie diesen Punkt näher ausführen?

E. WEINBERG: Der Punkt ist, daß es für die afrikanischen Arbeiter unmöglich ist irgendeine dauerhafte Verbesserung ihrer Löhne, Arbeitsbedingungen oder Lebensverhältnisse zu erzielen ohne die Macht, die Gesetze des Landes zu beeinflussen. Und jeder Gewerkschafter in Südafrika, der diesen Namen verdient, wird dies einsehen und wird ökonomische Forderungen mit der Forderung nach politischen Rechten verbinden.

Wir haben eine Regierung, die jetzt sagt, sie wolle afrikanische Gewerkschaften anerkennen. Morgen mag diese Regierung ihre Meinung ändern und aufhören, sie anzuerkennen, wie dies in

der Vergangenheit geschehen ist.

Welchen Einfluß kann die Masse der Arbeiter auf diese Regierung ausüben? Sie haben kein Stimmrecht, die Regierung braucht auf sie keine Rücksicht zu nehmen. Die Weißen haben das Stimmrecht, aber nicht die Schwarzen. Um aber Arbeitsgesetzgebung, Tarifgesetze, Arbeitslosenversicherungsgesetze, Entschädigungszahlungen — alle Gesetzgebungsvorgänge, welche Arbeiter betreffen, zu beeinflussen, müssen die Arbeiter politische, demokratische Rechte haben. Das aber ist etwas, was die südafrikanische Regierung nicht hinnehmen wird.

Es gibt in anderen Teilen der Welt eine ganze Reihe von Gewerkschaftern, die uns erklären, politische Fragen seien keine gewerkschaftlichen. Wir müßten uns auf gewerkschaftliche Fragen beschränken. Ich sage, daß es überall in der Welt Unsinn ist, derlei zu behaupten. In Südafrika aber, unter den Bedingungen in Südafrika, ist es geradezu lächerlich. Man kann die Fragen besserer Arbeitsbedingungen oder höherer Löhne nicht von der Frage der demokratischen Rechte isolieren. Denn dies war die Tragödie der südafrikanischen Arbeiter, daß sie Apartheid, Wanderarbeitsgesetze, Diskriminierung und Verfolgung in allen Bereichen hinnehmen mußten, weil sie keinerlei politische Rechte besitzen.

Den Organisationsgrad anheben

AIB: Wie beurteilt die SACTU unter diesem Gesichtspunkt die Rolle der bestehenden afrikanischen Gewerkschaften, also z. B. auch derjenigen Lucy Mvubelos, in der — wie in manchen anderen — politische Fragen offiziell ausgeklammert sind?

E. WEINBERG: Unsere Position ist folgende. Wir haben in Südafrika etwa 8,5 Mio Arbeiter, davon 1,5 Mio Weiße, „Farbige“ und Inder, 7 Mio Afrikaner. Ich schätze den Prozentsatz organisierter Arbeiter unter den Weißen, „Farbigen“ und Indern auf ungefähr 20—25 %. Was aber die 7 Mio afrikanischen Arbeiter betrifft, so sind grob geschätzt 1 % Mitglieder von Gewerkschaften!

Die Position der SACTU ist die: Wir achten nicht darauf, wie, warum oder durch wen afrikanische Arbeiter in Gewerkschaften organisiert werden. Wir wollen, daß afrikanische Arbeiter in Gewerkschaften organisiert sind, und wir begrüßen jeden Versuch, sie zusammenzubringen, zu organisieren in Gewerkschaften. Wir mögen sogar Differenzen zu manchen politischen Positionen haben, die dabei vertreten werden, aber das Entscheidende ist, daß Arbeiter organisiert sein müssen.

Wenn wir sagen, wir differieren in den politischen Auffassungen, so sagen wir gleichzeitig, daß wir der Ansicht sind, daß halbherzige Politik bei den Afrikanern heute nicht mehr verfängt; sie sind mißtrauisch Methoden gewerkschaftlicher Organisation gegenüber wie sie früher vorkamen; sie sind mißtrauisch Leuten gegenüber, die ihnen erklären, sie müßten sich für irgendwelche begrenzten Minimalforderungen organisieren.

Heute wollen die afrikanischen Arbeiter einen radikalen Wandel der Gesellschaftsstruktur. Sie wollen eine neue Gesellschaft, und wenn sie sich heute organisieren, dann ist es dafür. Sie werden ihre Macht einsetzen, um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, um ihre ökonomischen Forderungen voranzubringen, aber zugleich kämpfen sie für eine bessere Gesellschaft, ein Ziel, das allen Forderungen des afrikanischen Volkes und besonders der Arbeiter zugrundeliegt.

Deshalb ist die Organisation der afrikanischen Arbeiter in Gewerkschaften Bestandteil des Kampfes für die nationale Befreiung. Ohne die Organisation der afrikanischen Arbeiter ist die Befreiungsbewegung geschwächt. Daher begrüßen wir jeden Versuch der Organisation, vorausgesetzt, sie folgt einer Politik, die die afrikanischen Arbeiter ermutigt, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Wir vertreten auch den Standpunkt, daß es für die bestehenden afrikanischen Gewerkschaften unerlässlich ist, ihre Kräfte zusammenzufassen, sich zusammenzuschließen, nicht um ihre jeweiligen engen Gruppeninteressen zu fördern, sondern um des Zieles willen, die Massen der unorganisierten

Arbeiter zu gewinnen; wir wollen eine Einheitsfront der afrikanischen Gewerkschaften, um die afrikanischen Arbeiter zu organisieren, insbesondere in den Bereichen, in denen der Organisationsgrad faktisch gleich null ist, im Bergbau, auf den Großfarmen, im Transportsektor, den Hafenanlagen, Eisenbahnen, wo gewerkschaftliche Organisation unbedingt notwendig ist. Unsere Einstellung gegenüber den bestehenden afrikanischen Gewerkschaften ist, ihnen zu helfen stärker zu werden und sich zu entwickeln; im Maschinenbausektor gibt es zwei, drei Gewerkschaftsgruppierungen der Afrikaner; wir meinen, daß sie sich zusammenschließen sollten zu einer einzigen Gewerkschaft, um die Arbeiter dieser Branche zu organisieren. Ihr gegenwärtiger Gesamtmitgliederbestand ist verschwindend im Vergleich zur Arbeiterzahl in dieser Branche.

Unsere Grundeinstellung zu bestimmten afrikanischen Gewerkschaften — wir erwähnten diejenige Lucy Mvubelos — ist, daß wir es für notwendig halten sie zu stärken, denn diese ist keine starke Gewerkschaft. Eine Gewerkschaft, die nicht mehr erreicht als einen Lohn von 11—12 Rand in der Woche, einen Lohn, der schon vor 30 Jahren bezahlt wurde, ist keine starke Gewerkschaft.

Schon gar kein Grund ist es, enthusiastisch zu sein. Es ist vielmehr Beleg dafür, daß Lucy Mvubelo einer falschen Politik folgt, daß sie die Massen der Arbeiter nicht inspiriert. Wir glauben, daß die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie ihre Führung auswechseln sollten, aber das ist deren Sache.

Mobilisierung für den Befreiungskampf

Aber wir glauben, daß es unsere Pflicht ist, die Arbeiter aller bestehenden Gewerkschaften zu vereinen für die gemeinsame Aufgabe, erstens ihre eigenen Positionen zu stärken, zu konsolidieren, und zweitens für die Aufgabe, die Masse der Unorganisierten zu organisieren.

AIB: Welche Rolle spielt die SACTU innerhalb der Gesamtstrategie des Befreiungskampfes in Südafrika?

E. WEINBERG: Nun, die SACTU ist Mitglied der Kongreßallianz (Zusammenschluß der dem ANC verbundenen Organisationen der Inder, Afrikaner, Mischlinge usw.; d. Red.) und zwar vom Tage unserer Gründung an. Wir haben die Freiheitscharta (ANC-Programm von 1955, Wortlaut in AIB-Sonderdruck 1/1977; d. Red.) als die Grundforderung der Arbeiter in Südafrika akzeptiert.

Unsere Aufgabe besteht darin, die südafrikanischen Arbeiter für den Befreiungskampf zu mobilisieren. Das ist unsere Hauptaufgabe. Zugleich ist es unsere Aufgabe, internationale Unterstützung für diesen Kampf zu mobilisieren, die Arbeiterklasse und die progressiven Kräfte in allen Teilen der Welt über die wahren Lebensbedingungen der südafrikanischen Arbeiter aufzuklären und ihre Unterstützung für die südafrikanische Arbeiterklasse zu sichern.

Unsere Hauptaufgabe liegt in Südafrika: die Arbeiter zu organisieren, die Gewerkschaften aufzubauen, die Interessen der südafrikanischen Arbeiter zu fördern.

Unsere internationale Politik basiert in erster Linie auf den Interessen der südafrikanischen Arbeiter. Aber wir haben auch eine Verpflichtung gegenüber den Arbeitern der übrigen Welt. Wir müssen den Arbeitern überall klarmachen, daß die Apartheid nicht nur ein Feind der südafrikanischen Arbeiter ist — sie ist ein Feind der gesamten Arbeiterbewegung der Welt.

Die Ideologie des Rassismus, die eine Ideologie des Faschismus ist, erhebt ihr Haupt in fast allen Teilen der Welt: in Großbritannien, in den USA, in der Bundesrepublik. Der Rassismus wird zu einer Bedrohung der Arbeiter-, der Gewerkschaftsbewegung, und es liegt im Interesse der Arbeiter überall auf der Welt, daß diese Quelle des Rassismus, die Apartheid in Südafrika, vernichtet, ausgelöscht wird. Das ist nicht nur eine Frage unserer Interessen in Südafrika, es ist eine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung in allen Teilen der Welt, weil der Rassismus ein Feind der Arbeiter in aller Welt ist.



Das Juni-Heft „frontal“ bringt unter anderem:

- Zur Diskussion nach Harrisburg: Ist die atomare Katastrophe vermeidbar?
- 30 Jahre NATO – 30 Jahre Aufrüstung.
- Sonderteil Gewerkschaftsgeschichte. „frontal“ durchbricht das Publikationsembargo gegen Fülberth/Deppe/Harrer. Interview mit Georg Fülberth: „Man schlägt den Sack und meint den Esel.“
- Mechtild Jansen berichtet vom Juso-Bundeskongreß.
- „Europawahlen und das Vormachtstreben der BRD“ – ein Beitrag von H.-J. Axt und F. Deppe. Außerdem: Berichte und Analysen aus Hochschule und Gesellschaft. Großer Kulturteil.



- Ich möchte „frontal“ kennenlernen und bitte um ein kostenloses Exemplar.
- Ich möchte „frontal“ zum Preis von 12 Mark pro Jahr abonnieren.

Name: _____

Straße: _____

Plz., Ort: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an

frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1

is

BRD - Neokolonialismus

Seit Beginn der 70er Jahre ist die Bonner Afrikapolitik immer stärker ins Kreuzfeuer der internationalen Kritik geraten. Dies war uns Anlaß, die Beziehungen unseres Landes zum afrikanischen Kontinent im Rahmen unserer Serie BRD-Neokolonialismus (eröffnet in AIB 7—8/1978) einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Der Bonner Afrikapolitik stehen mehrere Instrumente zur Verfügung. Anhand der Handelsbeziehungen, der privaten Kapitalexperte und der sog. Entwicklungspolitik gibt R. Falk einen Überblick über den derzeitigen Stand der neokolonialen Afrikaexpansion der BRD. Von großer Bedeutung für den Ausbau bundesdeutscher Positionen in Afrika sind Instrumente kollektiver imperialistischer Machtausübung, voran die NATO und die EWG-Assoziierungspolitik. Beide Wirkungsbereiche werden in gesonderten Beiträgen der Mitarbeiter des Berliner Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft, A. Babing und E. Czaya analysiert. A. Babing behandelt die militärische Komponente des westdeutschen Neokolonialismus im einzelnen. E. Czaya schließlich weist nach, daß sich die meisten der Hoffnungen, die die Entwicklungsländer an das 1975 mit der EWG geschlossene Lomé-Abkommen geknüpft hatten, bis heute nicht erfüllten.

Rainer Falk

Bonner Afrikapolitik der 70er Jahre



Zwei gegenläufige Seiten der Bonner Afrikapolitik widerspiegeln sich im Bonn-Besuch des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster Mitte 1976 (l.) und der Sambia-Visite von Bundeskanzler Schmidt Mitte 1978 (r.)

Seit dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialsystems 1974/75 hat Afrika in der Bonner Außenpolitik einen neuen Stellenwert gewonnen. Vergleicht man die Afrikapolitik der 50er und 60er Jahre mit der der jüngsten Periode, so ergibt sich: Nicht nur das relative Gewicht Afrikas hat sich erhöht, auch konzeptionell ist ein Wandel eingetreten. Man versucht, die politische Veränderungen auf dem Kontinent in Rechnung zu stellen, freilich ohne sich dabei von den übergeordneten Prämissen und Zielsetzungen radikal zu lösen. Daraus ergibt sich notwendigerweise eine tiefe Widersprüchlichkeit der westdeutschen Afrikapolitik.

Die aggressiv-expansionistische Linie der Afrikapolitik der BRD ist in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg oft überdeckt worden infolge der nach der Niederlage des deutschen Faschismus — die auch ein Scheitern deutscher Kolonialpläne gegenüber Afrika bedeutete — eingetretenen generellen Schwächung der Position des deutschen Imperialismus. Bereits nach dem 1. Weltkrieg waren die kolonialistischen Positionen Deutschlands in Afrika, vornehmlich in Namibia und Ostafrika, liquidiert worden. Das Kolonialmonopol der Konkurrenzkräfte — voran Großbritanniens und Frankreichs, mit Abstrichen Belgiens — verschloß der Bundesrepublik nicht nur den Weg

zur Wiedererrichtung traditioneller politischer Einflußsphären; es wirkte auch hemmend auf die Eroberung neuer Märkte und Kapitalanlagesphären bis in die 60er Jahre hinein. Ausgenommen blieb Südafrika, mit dem Bonn bereits Ende der 40er Jahre wieder enge politische und ökonomische Kontakte etablierte. Im Kontext der bewußt vorgenommenen Westintegration der BRD hielt es Bonn in den 50er Jahren für angebracht, die Kolonialpolitik Großbritanniens und Frankreichs (z. B. im Algerienkrieg) zu unterstützen. Portugal erhielt als NATO-Partner gar offen militärische Beihilfe in seinen Kolonialkriegen. Verbale Bekenntnisse zum „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ schienen hingegen nur dann opportun, wenn damit aus dem Unabhängigkeitswillen der Völker Afrikas politisches Kapital in der Systemauseinandersetzung mit der sozialistischen DDR geschlagen werden konnte.

Gleichwohl galt Afrika in der amtlichen Zieldefinition der westdeutschen Außenpolitik sehr bald wieder als „natürlichstes Feld deutscher und europäischer Interessen.“¹ Die EWG-Integration fungierte dabei für die BRD nicht nur als Instrument zur Wiedererlangung hegemonialer Positionen in Westeuropa. Mit der Gründung der EWG bekam Bonn auch einen Hebel in die Hand, der bei der Einflußausweitung in den afrikanischen Ko-

lonialgebieten etwa Frankreichs und Belgiens, später dann Großbritanniens, nützlich war. Von Anfang an drängte die Bundesrepublik in der westeuropäisch-afrikanischen Assoziierungspolitik auf den Abbau der aus der Kolonialzeit herrührenden Sonderbindungen Afrikas an die Konkurrenzkräfte.

Die Multilateralisierung der Abhängigkeit Afrikas stellt sich so als Voraussetzung und Ausgangspunkt zur Erneuerung aggressiv-expansionistischer Ansprüche des deutschen Imperialismus dar. Als Zuspätgekommener bei der Neugruppierung westlicher Einflußzonen in Afrika mußte Bonn ferner ein besonders Maß an Flexibilität bei der Verfolgung seiner Ziele entwickeln. Bis zum Beginn der 70er Jahre versuchte es vor allem aus der Tatsache Nutzen zu ziehen, daß Deutschland seit 1918 keine Kolonialmacht mehr war.

Genau dieses „positive Bild“ der Westdeutschen in Afrika ist freilich in dem Maße korrigiert worden, wie die Bonner Position in Afrika an Gewicht hinzugewonnen hat und wie die Kontinuitätslinie traditioneller Expansionsansprüche wieder deutlicher hervorgetreten ist. Die weltpolitische Rolle, die auf der Grundlage seiner ökonomischen Potenz seit Beginn der 70er Jahre zugefallen ist, hat auch in Afrika zu Belastungen geführt. Dies betrifft nicht nur die Konsequenzen aus der militärisch-atomaren Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Rassenregime und der Bekämpfung der sozialrevolutionären Entwicklungen in Angola, Moçambique u. a. Ländern des Kontinents. Bonns Einbeziehung bzw. aktive Einschaltung in das internationale konterrevolutionäre Krisenmanagement (u. a. seine Teilnahme an den Nambia-Gesprächen, seine Unterstützung der angloamerikanischen Positionen in Zimbabwe), seine Zusammenarbeit mit Zaire im Zuge der OTRAG-Affäre, die Parteinahme für die somalische Regierung bei ihrer Aggression gegen Äthiopien, die Unterstützung für das französisch-belgische Interventionsabenteuer in Shaba — alles dies sind neuralgische Punkte der Bonner Afrikapolitik geworden. Sie zeigen mehr noch als die Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik in den 60er Jahren, daß die BRD heute wieder — jenseits des stereotyp wiederholten Anspruchs, in Afrika nicht nach Einflußsphären zu streben — eine rigorose Expansionspolitik betreibt. Die dabei errungenen Positionen sollen im folgenden bilanziert werden, um auf dieser Grundlage einen Überblick über die aktuellen Probleme der westdeutschen Afrikapolitik zu vermitteln.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß es verfehlt wäre, die Bedeutung Afrikas für die Bundesrepublik und die westdeutschen Konzerne allein am Volumen der Handels- und Kapitalbeziehungen messen zu wollen. Gleichwohl bilden diese Formen der ökonomischen Durchdringung die neokoloniale Basis der Beziehungen der BRD zum afrikanischen Kontinent.

Durchbruch des BRD-Afrikahandels

Die Bedeutung Afrikas als Handelspartner der zweitgrößten Exportnation der Welt, der Bundesrepublik, erscheint zunächst vergleichsweise gering: Nur 7,6 % aller westdeutschen Importe kamen 1977 aus Afrika, während lediglich 5,8 % der westdeutschen Exporte auf Afrika entfielen.² Auch innerhalb der sog. Dritten Welt rangiert Afrika sowohl als Abnehmer westdeutscher Waren als auch als Absatzmarkt der BRD-Industrie keineswegs an der Spitze: 1977 vereinigte es 25,2 % aller Dritte-Welt-Importe auf sich (zum Vergleich: Asien 45,7 %, Lateinamerika 27,6 %), während es 26,8 % aller westdeutschen Exporte in Entwicklungsländer aufnahm (Asien 52,0 %, Lateinamerika 21 %).³

Dieses Bild wird freilich korrigiert, wenn man die Warenstruktur des westdeutschen Afrikahandels genauer betrachtet. Dabei fällt auf, daß 34,4 % aller von der Bundesrepublik importierten Rohstoffe 1977 aus Afrika kamen.⁴ Von herausragender Bedeutung sind hier die Importe aus Libyen, Algerien und Nigeria, aus denen etwa 2/3 aller westdeutschen Ölimporte kommen. Was für den Energieträger Öl Nordafrika und Nigeria, ist

für die Rohstoffzufuhr der westdeutschen Kernindustrie Südafrika: Die RSA deckt etwa 40 % des BRD-Bedarfs an nuklearen Brennstoffen.⁵ Von einiger Wichtigkeit insbesondere für die Erzzufuhr der BRD sind neben Südafrika vor allem Sambia, Liberia, Gabun, Guinea und Zaire.⁶

Die Rolle Afrikas für den westdeutschen Außenhandel ist also differenziert zu sehen. Bei Afrika-Importen dominieren eindeutig Rohstoffe, die größtenteils von erheblicher strategischer Bedeutung für die BRD-Wirtschaft sind. Bei den Ausfuhren der BRD nach Afrika sind Fertigwaren, vor allem hochwertige Investitionsgüter tonangebend, wobei beachtet werden muß, daß der afrikanische Markt gegenwärtig (1977) nur 6,1 % der gesamten westdeutschen Fertigwarenexporte aufnimmt.⁷

Hierin spiegelt sich einerseits sicher das über lange Jahre hinweg festgeschriebene und aus dem Kolonialsystem überkommene traditionelle Muster der Arbeitsteilung zwischen entwickelten kapitalistischen Staaten und Entwicklungsländern wider, das letztere zum Rohstoffanhängsel der imperialistischen Zentren machte. Andererseits jedoch ist das — im Vergleich zu Asien und Lateinamerika — unterrepräsentierte Gewicht des Afrikahandels der BRD auf das spezifische Entwicklungsniveau dieses Kontinents und die lange koloniale Abschirmung durch Großbritannien, Frankreich oder Belgien zurückzuführen. Der Zusammenhang von Entwicklungsniveau und Attraktivität des jeweiligen Marktes für den BRD-Außenhandel läßt sich sehr deutlich an der regionalen Konzentration des westdeutschen Afrikahandels ablesen, worüber Tabelle 1 Auskunft gibt.

Tabelle 1
Afrikahandel der BRD 1973—1977 (in Mio DM)

	1973	1974	1975	1976	1977
IMPORT	9 306	16 246	14 358	16 968	17 924
davon: Libyen	2 222	4 248	3 448	5 273	5 027
Algerien	1 409	2 827	2 527	2 881	2 729
Nigeria	1 074	2 836	2 376	2 454	2 553
Südafrika	1 434	1 944	2 179	2 254	2 555
Ägypten	148	165	128	145	193
EXPORT	7 616	11 284	12 475	14 264	15 877
davon: Nigeria	549	890	1 619	2 175	2 990
Algerien	826	1 242	1 503	1 858	2 502
Südafrika	2 372	3 641	3 390	3 149	2 224
Libyen	560	1 035	1 321	1 315	1 508
Ägypten	329	540	1 044	1 471	1 364

(Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart-Mainz 1977, S. 248; WiSta 6/1978).

Für lange Zeit war die Republik Südafrika der attraktivste Absatzmarkt der westdeutschen Konzerne auf dem afrikanischen Kontinent. Dies ändert sich erst im Gefolge des Ölbooms 1973, der den Ländern Nigeria, Algerien und Libyen das für Investitionsgüter notwendige Devisenpolster verschaffte. 1977 gingen allein 58,1 % der westdeutschen Afrikaexporte in vier Länder, die entweder ein gewisses kapitalistisches Entwicklungsniveau, verbunden mit einem attraktiven Markt des „gehobenen Bedarfs“, bereits erreicht hatten (RSA), oder die — wie Nigeria, Algerien und Libyen — mit Hilfe der Ölmilliarden in die Lage kamen, forcierte Industrialisierungsprozesse in Gang zu setzen. Dies hat sogar dazu geführt, daß Südafrika seine Rolle als bedeutendster Exportmarkt für die westdeutsche Industrie zwischenzeitlich an Nigeria und Algerien abtrat. Insgesamt — so kann geschlußfolgert werden — ist also von einer wachsenden Bedeutung sowohl des subsaharischen Afrika wie der nordafrikanischen Ölstaaten als Absatzmärkte der BRD auszugehen.⁸ Während die absolute Bedeutung des Afrikahandels für die BRD anstieg, wuchs umgekehrt der Stellenwert der BRD-Beziehungen für die afrikanischen Länder. In fast allen Interessensphären der traditionellen Kolonialmächte, deren Außenhandel vormals einseitig auf die jeweilige Metropole ausgerichtet war, sind den westdeutschen Exportkonzernen in den letzten 10—15 Jahren teilweise erhebliche Markteinbrüche gelungen. Für viele dieser Länder ist die BRD heute zum zweit- oder dritt-

Tabelle 2

Regionalstruktur der westdeutschen Direktinvestitionen in Afrika 1970—1976 (in Mio DM und Prozent)

	1970	1972	1974	1976
Afrika	1 190	1 768	2 247	2 836
davon: Südafrika	188	270	4129	576
	15,8 %	15,3 %	18,6 %	20,3 %
Libyen	439	457	320	334
	36,9 %	25,8 %	14,2 %	11,8 %
Nigeria	30	71	147	182
	2,5 %	4,0 %	6,5 %	6,4 %
Algerien	52	1	17	158
	4,4 %	0,0 %	0,7 %	5,6 %
Liberia	152	162	137	140
	12,8 %	9,1 %	6,1 %	4,9 %
Kanarische Inseln	97	462	768	882
	8,1 %	26,1 %	34,2 %	29,1 %

(Quelle: Runderlaß Außenwirtschaft, Nr. 21/1973 und 11/1977, in: Bundesanzeiger, Köln, 10. 4. 1973 und 26. 4. 1977; eigene Berechnungen)

wichtigsten Handelspartner avanciert.

Zusammen mit Japan — für das historisch Ähnliches wie für die BRD gilt — hatte die Bundesrepublik bis Mitte der 70er Jahre bereits Großbritannien auf Platz vier der Haupthandelpartner Afrikas verdrängt, während Frankreich weiterhin an der Spitze der Lieferanten lag.⁹

Ähnliche Merkmale weist die Bedeutung Afrikas als Feld des privaten Kapitalexports auf, wobei die gleichen Faktoren als ausschlaggebend angesehen werden müssen.

Auch hier scheint Afrika mit nur 5,9 % (1977) aller westdeutschen Direktinvestitionen im Ausland von untergeordneter Bedeutung zu sein.¹⁰ An den bis Ende 1977 in der Dritten Welt vorgenommenen Direktinvestitionen, entfielen auf Afrika 24,8 % gegenüber 59,4 % in Lateinamerika und 15,7 % in Asien. Bemerkenswert ist auch hier vor allem die innerkontinentale Streuung der Investitionen, wobei Tabelle 2 seit Beginn der 70er Jahre signifikante Verschiebungen ausweist.

Das Dilemma der Bonner Afrikastrategen

Wenngleich die hier wiedergegebenen Werte der amtlichen Statistik das tatsächliche Volumen der westdeutschen Afrikainvestitionen stark unterbewerten dürften¹¹, vermitteln sie dennoch einen Eindruck von der Entwicklungsdynamik und den Schwerpunkten der westdeutschen Kapitalexpansion. Während Libyen und Algerien als Zielpunkte der westdeutschen Konzernexpansion langfristig in ihrer Bedeutung abgenommen haben, hat Nigeria in den 70er Jahren als Anlagesphäre westdeutscher Konzerne in Afrika an Bedeutung gewonnen. Die Kanarischen Inseln, auf die der größte Anteil der westdeutschen Afrikainvestitionen entfällt, stellen einen gewissen Sonderfall dar, weil die Investitionen hier einseitig und ausschließlich auf den stark expandierenden Tourismussektor konzentriert sind.

Vor allem jedoch hat sich Südafrika in den letzten zehn Jahren zum Investitionsschwerpunkt der westdeutschen Kapitale entwickelt. Nach einer Schätzung des Geschäftsführers des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Wolfgang Seelig aus dem Jahre 1978 haben die BRD-Konzerne hier in 300 Niederlassungen oder Beteiligungen bereits 6 Mrd. DM investiert. Sie liegen damit hinter Großbritannien und gleichauf mit den USA auf Platz zwei aller ausländischen Investoren in der RSA. Den überwältigenden Teil seiner Südafrikainvestitionen hat das westdeutsche Kapital nach der Rezession 1966/67, insbesondere seit Bestehen der sozialliberalen Koalition in Bonn, vorgenommen.

Die Erweiterung der ökonomischen Positionen der BRD in Afrika hat für die Formulierung politischer Strategien Bonns auf dem Kontinent beträchtliche Konsequenzen. Wird — wie bei Bonner Politikern üblich — die Konzipierung von Außenpolitik unter dem Vorrang ökonomischer Interessensicherung

vorgenommen, so muß diese berücksichtigen, daß bei starken Kapitalpositionen in Südafrika dennoch die Wirtschaftsbeziehungen zum „restlichen“ Afrika nicht vernachlässigt werden dürfen. Denn sie haben gerade in den letzten Jahren tendenziell an Bedeutung zugenommen.

Argumentationen wie sie in jüngster Zeit des öfteren vorgetragen werden, daß nämlich die Wirtschaftsbeziehungen zu Schwarzafrika potentiell für die BRD wesentlich wichtiger sind als die Zusammenarbeit mit Südafrika, übersehen allerdings gerade das zentrale Dilemma der offiziellen westdeutschen Afrikastrategie. Dies besteht darin, daß einerseits ein Ausbau der ökonomisch-politischen Durchdringung Schwarz- und Nordafrikas angestrebt wird, während andererseits die Positionen des westdeutschen Monopolkapitals in Südafrika aufrechterhalten und möglichst noch ausgebaut werden sollen.

Die Widersprüchlichkeit und tendenzielle Unvereinbarkeit beider Zielsetzungen ergibt sich vor allem daraus, daß die ungelöste nationale Frage im Südlichen Afrika kein Problem ist, das auf diese Region begrenzt werden könnte. Vielmehr betrachten die Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) die Beseitigung der kolonialen und quasikolonialen Verhältnisse im Süden des Kontinents als Tagesaufgabe, die den kontinentalen Entkolonialisierungsprozeß seit 1960 abschließen und krönen soll. Die Frontstellung gegen den Kolonialismus wirkt hier immer noch als der entscheidende Integrationsfaktor, der die OAU-Mitgliedsstaaten auch angesichts fortschreitender Differenzierungen der gesellschaftlichen Orientierungen und Systeme zusammenhält.

Da die OAU-Mitglieder fast durchgängig davon ausgehen, daß die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und auch militärischen Beziehungen der Bundesrepublik zur RSA letztlich einen Beitrag zur Stabilisierung der Apartheidsystems darstellen, sind derartige Beziehungen geeignet, die Expansionschancen auf dem übrigen Kontinent einzuschränken. Wie weit dies möglicherweise gehen kann, ist bislang am deutlichsten auf der UN-



BRD-Ausbeutungsobjekt: Arbeiter in Südafrika

Weltkonferenz für Aktionen zum Kampf gegen die Apartheid geworden, die vom 22.—26. 8. 1977 in Lagos stattfand: Angesichts der permanenten Blockierung des seit langem in der UNO mehrheitlich geforderten bindenden ökonomischen Embargos gegen Südafrika kündigte die nigerianische Regierung an, nunmehr selbst „Schwarze Listen“ zu initiieren, auf die jene Konzerne der kapitalistischen Industrienationen gesetzt werden sollen, die Investitions- und Handelsbeziehungen zum Apartheidssystem unterhalten.

Warum Schwerpunkt der Entwicklungshilfe?

Auf dem Hintergrund dieses Dilemmas gewinnt die staatliche Bonner Entwicklungspolitik in Afrika zweifellos eine spezifische Bedeutung. Sie schafft Bindungen und Abhängigkeiten, die auf den ersten Blick nicht unbedingt als solche erkannt werden und vor allem geeignet sind, den prinzipiellen Interessenwiderspruch zwischen Bonn und Afrika in der Südafrikafrage zu überdecken. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Brisanz der Lage auf dem Kontinent ist Afrika in den letzten Jahren zum eindeutigen Schwerpunkt der sog. Entwicklungshilfe aufgerückt. Während im Zeitraum 1950—1973 lediglich 22 % der bilateralen Mittel nach Afrika flossen, waren es 1974 33 %, 1975



BRD-Entwicklungsprojekte: Brunnenbau in Tansania (l.), Polizeiausrüstung in Somalia (r.)

39 % und 1976 bereits 49 %.¹²

Für diese Schwerpunktsetzung sind noch weitere Gesichtspunkte als ausschlaggebend anzusehen:

Erstens konzentriert sich Bonn in seiner Mittelvergabe zusehends auf die 28 ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs). Davon liegen allein 18 in Afrika. Explizit hat Entwicklungsminister E. Bahr diese Schwerpunktsetzung auf die LLDCs so begründet: „Entwicklungshilfe, die vor allem Infrastrukturvorhaben mit wenig Amortisationschancen (!) fördert, ist hier ein Mittel, einen Markt überhaupt erst entstehen zu lassen. Öffentliche Entwicklungshilfe spielt hier auch die Rolle eines Vorläufers für private Investitionen.“¹³

Zweitens zeitigte die kapitalistische Weltwirtschaftskrise seit 1973/74 gerade in Afrika besonders prekäre Auswirkungen, die geeignet waren, zu ernsthaften Störungen in den Ware-Geld-Beziehungen mit der BRD zu führen. Zwischen 1970 und 1975 hat die Auslandsverschuldung Afrikas von knapp 10 Mrd Dollar auf fast 27 Mrd Dollar zugenommen.¹⁴ Besonders stark sind die LLDCs vom Terms-of-Trade-Verfall betroffen worden: Die 28 am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer mußten zwischen 1970 und 1975 einen Verfall ihrer relativen Exportwerte von 100 unter 70 Punkte hinnehmen.¹⁵ Hier galt es, über staatliche Entwicklungshilfe Exportmärkte für die westdeutsche Industrie zu sichern.

Selbst das von dem seit 1978 im Amt befindlichen Entwicklungsminister Offergeld auf der Jahrestagung des Internationa-

len Währungsfonds (IMF) und der Weltbank Ende September 1978 verkündete Teilzugeständnis an die Forderung nach einem generellen Schuldenerlaß, wonach die Bundesregierung den LLDCs auf Antrag die Schulden erlassen und auch künftig nur noch (nicht rückzahlbare) Zuschüsse gewähren will, muß als Ausdruck eines kurzfristigen staatlichen Krisenmanagements gesehen werden. Es folgt darüber hinaus der resignativen Erkenntnis, daß die ärmsten Entwicklungsländer auf Dauer internationaler Subventionen bedürfen, wenn es nicht zu unerwünschten Eruptionen im System der weltwirtschaftlichen Beziehungen kommen soll: „Für die ärmeren Entwicklungsländer“, schreibt ein Mitarbeiter des BMZ-Planungsreferats, „wird die Integration in die Weltwirtschaft oft noch nicht in dem Maße möglich sein und die Rolle spielen wie bei den fortgeschritteneren Ländern. Sie sind stärker auf öffentliche Hilfe der Industrieländer zu günstigen Bedingungen angewiesen. Das Ziel der Bekämpfung der absoluten Armut kommt in diesen Ländern naturgemäß besonders zum Tragen.“¹⁶

Wenngleich die Länder Afrika einen legitimen Anspruch auf Entschädigungsleistungen für aus der Kolonialzeit rührende ökonomische und soziale Schäden haben, versetzt sie eine solche Position, — sofern sie nicht gleichlaufend die neokolonialen Bedingungen ihrer Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft radikal verändern — auf Dauer in den Status von Al-



mosenempfängern, die den politischen und ökonomischen Interessen und Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Staaten wehrlos ausgeliefert sind.

Drittens verweist die regionale Verteilung der Entwicklungshilfe innerhalb Afrikas auf die spezifischen politischen Absichten, die mit der westdeutschen Vergabepaxis verbunden sind. Die aktuellen Präferenzen der BRD sind in Tabelle 3 ausgewiesen. Die Spitzenstellung Ägyptens ist hierbei nicht verwunderlich.

Liebeswerben im Süden Afrikas

Parallel zur prokapitalistischen Öffnungspolitik Sadats ist Ägypten zum bevorzugten Empfänger westdeutscher Entwicklungshilfe aufgerückt — ein eindeutiger Beitrag zum konzertierten westlichen Stabilierungsplan, der die Separatfriedenspolitik mit Israel materiell untermauern soll.

Die Konzentration der Bonner Entwicklungshilfe auf die Mittelmeerränder muß darüber hinaus als interessenspezifischer BRD-Beitrag zur Stabilisierung der EG-Südflanke angesehen werden. Billiglohnländer wie Tunesien oder Marokko sind gerade wegen ihrer innenpolitischen Krisen (Tunesien: Massenstreiks, Marokko: Kampf gegen die Frente POLISARIO) auf finanzielle Stützen aus dem Westen angewiesen, um ihre Rolle als attraktive Investitionsstandorte westdeutscher und westeuropäischer Konzerne weiterspielen zu können.

Tabelle 3

Bilaterale Entwicklungshilfeszusagen der BRD in den Jahren 1976 und 1977 (in Mio DM, an die zehn wichtigsten Länder)

Land	Kredite	Land	Zuschüsse
Ägypten	561	Tansania	61
Sudan	165	Ägypten	60
Tunesien	152	Sudan	52
Tansania	100	Mali	47
Kamerun	92	Kenia	46
Kenia	90	Ghana	42
Zaire	85	Ruanda	39
Togo	84	Obervolta	36
Ghana	81	Kamerun	34
Sambia	81	Zaire	31
Afrika insges.	2 113		831

(Quelle: BMZ-Angaben nach: H. Bley/R. Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn: Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 253)

Auch der Umstand, daß von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen geplagte Länder wie Kenia und Zaire zu den bevorzugten Empfängern westdeutscher Entwicklungshilfe gehören, bedarf kaum einer gesonderten Erklärung. Bei Zaire kommt hinzu, daß seine strategisch bedeutsame Stellung im Zentrum Afrikas im letzten Jahr deutlich unterstrichen worden ist. Es wurde bekannt, daß der BRD-Konzern OTRAG dort auf einem Gebiet, das etwa der Größe der DDR entspricht, ein Raketenerperimentiergelände zu quasikolonialistischen Bedingungen pachtweise erworben hat, gegen dessen militärischen Mißbrauch es keinerlei Garantien gibt und dessen Projekte von der Bundesregierung teilweise vorfinanziert wurden.¹⁷

Während die Bundesregierung hier einerseits durchaus in ein Projekt, dessen militärstrategische Implikationen von den unabhängigen Staaten Afrikas als Bedrohung aufgefaßt werden, verstrickt ist, setzte sie andererseits — wengleich sie die Militärintervention Frankreichs und Belgiens politisch deckte — im Sommer 1978 eher auf die ökonomische Stabilisierung der von Korruptions- und Vetternwirtschaft erschütterten Position Mobutus, um der Aufstandsbewegung im Süden Zaires den Nährboden zu entziehen.¹⁸

Eine besondere Position in der westdeutschen Entwicklungspolitik hat schließlich Tansania, dessen Konzeption eines „afrikanischen Sozialismus“ Bezugspunkte zur Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ der SPD aufweist und deshalb seit jeher für das sozialdemokratisch geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) verheißungsvolle Anknüpfungspunkte bei der Anwendung sozialdemokratischer Integrationserfahrungen auf die Entwicklungspolitik bot. Gleichwohl gibt es erhebliche politische Differenzen zwischen Bonn und Daressalam, die am schärfsten in der Frage des Südlichen Afrika aufbrechen.

Das gewachsene politische Gewicht Tansanias wie der gesamten Frontstaatengruppe hat zu einer gewissen finanziellen Konzentration Bonns namentlich auf Tansania, Sambia und Botswana geführt, das sich in den bislang zur Verfügung stehenden Zahlen erst teilweise niedergeschlagen hat. Dieses Engagement trägt widersprüchliche Züge: Einerseits sind die Frontstaaten als Opfer der Aggressionen Salisburys und Pretorias und Hinterland des Befreiungskampfes in Zimbabwe, Namibia und Südafrika auf den Zufluß materieller Ressourcen angewiesen, um die Kosten ihrer praktischen Unterstützung der Befreiungsbewegungen auszugleichen.

Andererseits erfolgt die „Hilfe“ Bonns nicht aus Selbstlosigkeit oder bedingungsloser Unterstützung des Befreiungskampfes, sondern bildet einen wichtigen Strang in seiner Diversionstaktik gegen die Befreiungsbewegungen. Die neu entdeckte Liebe für die Frontstaaten, insbesondere die, die als „gemäßigt“ gelten, begründete Exentwicklungministerin Marie Schlei damit, dort „wolle sie sich einschalten und versuchen, die Kräfte zu stärken, die für gewaltlose Lösungen sind.“¹⁹

In Angola und Moçambique stoßen solche Versuche allerdings

auf den entschiedensten Widerstand: Während zu Angola bis heute nicht einmal formale amtliche und diplomatische Beziehungen existieren, scheiterten Entwicklungshilfeverträge mit Moçambique Anfang 1978, weil die Regierung in Maputo nicht gewillt war, die in allen derartigen Verträgen enthaltene „Berlin-Klausel“ zu unterzeichnen. Mit diesem aus der Zeit des Kalten Krieges erhalten gebliebenen Instrument versucht die Bundesregierung — ähnlich wie mit der Hallstein-Doktrin in den 50er und 60er Jahren, die einen Abbruch aller Beziehungen zum betreffenden Staat nach sich zog, wenn dieser die DDR völkerrechtlich anerkannte — für ihre Position in der Westberlinfrage möglichst viele Verbündete in der Dritten Welt „einzukaufen“. Insgesamt kann auch für die westdeutsche Entwicklungspolitik in Afrika gesagt werden: Vorrangig bei ihrer Konzipierung sind Überlegungen politischer Zweckmäßigkeit im Rahmen der Bonner Außenpolitik und zur Absicherung ökonomischer Eigeninteressen. Von besonderer Bedeutung ist in Afrika die neokolonialistische Zielsetzung, elementare Voraussetzungen für die privatmonopolistische Expansion der westdeutschen Konzerne zu schaffen. Hinzu kommt die spezifische Situation im Südlichen Afrika. Vor dem Hintergrund der dort angesammelten und auf den gesamten Kontinent ausstrahlenden sozialen Sprengkraft erlangt der Beitrag, den die Bonner Entwicklungshilfe zur antirevolutionären Systemstabilisierung und -erhaltung leisten soll, zweifellos ein besonderes Gewicht. Immer stärker jedoch wird die mit der staatlichen Entwicklungspolitik angestrebte langfristige und kooperative Durchsetzung von allgemeinen Systeminteressen durch aktuelle politische Herausforderungen durchkreuzt. Insbesondere der Aufschwung revolutionärer Kräfte auf dem Kontinent ist ein Garant dafür, daß neokolonialistische Zielsetzungen in Afrika heute nicht mehr widerspruchsfrei durchsetzbar sind. Aufgabe fortschrittlicher Politik in der Bundesrepublik muß es auch in der Zukunft sein, den notwendigen Druck zu entwickeln, der die elementaren Wünsche und Interessen Afrikas stärker zur Geltung bringt.

Anmerkungen:

- 1) So eine Formulierung des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Jahn, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 92/20. 7. 1968
- 2) Nach: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), 4. Quartal 1977
- 3) Berechnet nach: Wirtschaft und Statistik (WiSta), Nr. 6/1978, S. 364
- 4) Nach: Statistisches Bundesamt, a. a. O.
- 5) Die Welt, 28. 4. 1976
- 6) Vgl. BMZ (Hrsg.), Politik der Partner. Aufgaben, Bilanz und Chancen der deutschen Entwicklungspolitik, Bonn 1977, S. 37
- 7) Nach: Statistisches Bundesamt, a. a. O.
- 8) Im Jahre 1978 war Südafrika allerdings wieder der größte Handelspartner der Bundesrepublik in Afrika; vgl. Blick durch die Wirtschaft, 1. 3. 1979
- 9) Vgl. auch: E. Czaya, Westeuropa im Kampf um die Märkte der Entwicklungsländer, in: IPW-Berichte, Berlin, Nr. 5/1978, S. 21—27
- 10) Berechnet nach: Bundesanzeiger, 3. 5. 1978
- 11) So geht etwa die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) davon aus, daß die westdeutschen Direktinvestitionen im internationalen Vergleich um ca. 40 % unterbewertet sind.
- 12) Nach: Handbuch für Internationale Zusammenarbeit, II A 0100, 145. Lieferung, Baden-Baden, April 1978
- 13) E. Bahr, Wirtschaftliche Entspannung, in: Europa-Archiv, Folge 9/1977, S. 286
- 14) UNCTAD, TD/AC. 2/3/Add. 1, 29. 6. 1977
- 15) Nach: IPW-Berichte, Nr. 3/1978, S. 9
- 16) G. Jentsch, Eine neue Internationale Entwicklungsstrategie, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 12/1978, S. 5
- 17) Zur OTRAG siehe: AIB 10/1977, S. 19 ff.
- 18) Vgl. ausführlicher: J. Ostrowsky, NATO-Politik in Afrika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 7/1978, S. 793—804
- 19) Nach: Der Spiegel, Nr. 15/1977

Alfred Babing

„Erweiterte Südflanke“ von NATO und BRD

In der neokolonialistischen Expansionsstrategie des BRD-Imperialismus hat die militärisch-strategische Komponente stets eine große Rolle gespielt. Analog weisen die großen Aktivitäten, die die imperialistischen Staaten etwa im Zeitraum der letzten Jahre unternommen haben — sowohl als Einzelmächte als auch im Rahmen der NATO — eindeutig darauf hin, daß der Imperialismus zu einer umfangreichen Gegenoffensive gegen den Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegung und aller anderen progressiven Kräfte übergegangen ist.

Dabei tritt der BRD-Imperialismus zwar an der Seite des US-Imperialismus, aber doch mit deutlichen eigenen Expansionsansprüchen hervor. Die ökonomisch zweitstärkste Macht des Imperialismus strebt danach, sowohl mit Hilfe der NATO als auch durch gezielte eigene Anstrengungen politischen Machtzuwachs zu gewinnen. Dies vollzieht sich unter Bedingungen, die gerade für den Imperialismus und seine neokolonialistische Politik deutlich erkennbare Niederlagen gebracht haben.

Gegenzug gegen Befreiungsrevolutionen

Die Siege der Völker Indochinas über den US-Imperialismus und den von ihm aufgebauten Mythos der Unschlagbarkeit haben Entwicklungen eingeleitet, die sich über ganze Kontinente zogen. Aus aktueller Sicht sind dazu die Volksrevolutionen in Afghanistan und dem Iran zu nennen.

Desweiteren gehören in diese Bilanz der Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal, die Zerschlagung des portugiesischen Kolonialsystems, der Aufbau antiimperialistischer Regimes in solchen Staaten wie Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, den Kapverden und Sao Tomé und Príncipe, in Äthiopien und Ma-

dagaskar sowie ausgeprägte Züge antiimperialistischer Entwicklung in anderen afrikanischen Staaten.

Eine Folgeerscheinung dieser Entwicklung ist die Entstehung einer grundlegend neuen strategischen Lage im Südlichen Afrika, die von tiefen Krisenerscheinungen der rassistischen Regimes gekennzeichnet ist und die für die progressiven Kräfte vor allem für die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern des Südlichen Afrika günstigere Kampfbedingungen geschaffen haben.

Der Imperialismus wie überhaupt alle reaktionären Kräfte sind alarmiert über diese Entwicklung, und die hektische, mit forcierter antikommunistischer Propaganda begleitete Reaktion der NATO beweist dies ebenfalls. Führende Kräfte des BRD-Imperialismus spielen dabei eine wichtige Rolle.

Der Imperialismus nutzt u. a. auf raffinierte Weise seine rüstungstechnische Überlegenheit gegenüber den Entwicklungsländern, um dort seinen Einfluß auszubauen. Deutlichster Ausdruck dafür dürften die Beschlüsse der NATO-Gipfelkonferenz vom Mai 1978 über das neue Langzeitrüstungsprogramm der NATO sein. In ihm wird die militärstrategische Vorbereitung auf mögliche Konflikte im Bereich der Entwicklungsländer zu einem Schwerpunkt deklariert. Denn es heißt dort: Die Teilnehmer „billigen Programme, die die Bewegung von bedeutenden Verstärkungstruppen zum Vorfeld in Krisenzeiten beschleunigen sollen, wobei die Einbeziehung von zivilen Luft-, See-, Land- und nationalen Infrastrukturressourcen geplant wird.“¹ Die NATO-Ratstagung fand vor dem Hintergrund der kollektiven imperialistischen Invasion der USA, der BRD, Großbritanniens, Frankreichs und Belgiens in der rohstoffreichen zairischen Provinz Shaba statt. In jener Zeit entstand auch bei den



NATO-Interventen 1978 in Zaire: Belgische Fallschirmjäger auf dem Vormarsch in das Bergbauzentrum Kolwezi

NATO-Strategen die Idee von einer mobilen Eingreiftruppe unter NATO-Kommando, die unter dem verschleierte Begriff „Interafrikanische Streitmacht“ in Szene gesetzt werden soll. Mit ihrem Aufbau sind die imperialistischen Mächte immer noch beschäftigt.

Die NATO-Aggression in Zaire ist auch unter ihrer eindeutigen antikommunistischen Stoßrichtung zu sehen, mit der der Imperialismus heute vergeblich versucht, die solidarische Hilfe der UdSSR, Kubas und anderer sozialistischer Staaten für den nationalen Befreiungskampf in Afrika zu diffamieren.

Neben diesen gemeinsamen Zielen der NATO-Mitglieder gibt es natürlich besondere Einzelinteressen und gegenseitig widersprüchliche Positionen, die sich aus den jeweiligen Zielen und Potenzen der imperialistischen Mächte ergeben. Für den BRD-Imperialismus gilt dabei, daß er seine „spezifischen Startbedingungen“, wie sie an anderer Stelle² für den nahöstlichen Raum dargestellt wurden, zur Verwirklichung seiner gesamten Expansionsziele zu nutzen versuchte.

So war von regierungsamtlicher Seite im Jahre 1957 folgendes zu vernehmen: „Was in Afrika, auch in Zentralafrika, in den nächsten 20 Jahren geschieht, das geht eben nicht nur die Engländer, Belgier, die Franzosen und die Portugiesen, kurzum die seitherigen Kolonialmächte an, sondern es geht ganz gewiß Europa und sicherlich auch uns Deutsche an.“³

Zu jener Zeit wurde bereits in Bonner Strategiedenkmodellen die Idee vom großen „Eurafrika“ geboren und der neuerstehende BRD-Imperialismus versuchte unter dem Deckmantel einer angeblich „unbelasteten“ kolonialen Vergangenheit in die traditionellen Herrschaftsgebiete seiner imperialistischen Konkurrenten einzudringen. Aber bis zum Beginn der 60er Jahre waren die Bestrebungen nur von geringem Erfolg.

Der BRD-Imperialismus begann deshalb bereits in dieser frühen Phase seiner Nachkriegsexpansion nach geeigneten Bündnispartnern zu suchen. Dabei versuchten die herrschenden Kreise der BRD sowohl die Mechanismen und Institutionen der NATO für ihre Interessen zu nutzen als auch in eigener Regie Verbindungen zu knüpfen. Zu diesen Aktivitäten gehören beispielsweise:

- Der Abschluß von militärischen Geheimabkommen mit Portugal, Südafrika und Israel.
- Die teils geheimen, teils offenen Lieferungen von Waffen und militärischen Ausrüstungen an diese und andere reaktionäre Staaten wie etwa Rhodesien.
- Die militärisch-atomare Zusammenarbeit mit derartigen Re-

gimes und damit die offenkundige Verletzung von UN-Boykottbeschlüssen.

Der BRD-Imperialismus beteiligte sich beispielsweise an zahlreichen von NATO-Mächten inszenierten Kolonialkriegen, Interventionen und Blitzüberfällen mit Söldnern oder an finanzieller bzw. militärischer Hilfe, so im Algerienkrieg (1954—62), in Vietnam (1950—75), im Kongo/Zaire (1964 und 1978), in Biafra (1968—70) und anderswo. Auf der Grundlage des sog. Wiedergutmachungsabkommens 1952 unterstützte er von Anfang an die israelische Aggressionspolitik gegen die arabischen Völker, insbesondere die Aggressionen 1956 und 1967.

US-Politiker wie z. B. Ford und Kissinger konnten sich der BRD-Unterstützung völlig sicher sein, als sie im Jahre 1973 zum Ausbruch der kapitalistischen Erdöl- und Energiekrise die Bombardierung bzw. Besetzung der Erdölfelder des Nahen Ostens androhten.

Neben der Bündnisstrategie mit reaktionären Regimes entwickelte der BRD-Imperialismus auch gleichzeitig eine gezielte Politik der Militärhilfe und militärischen Zusammenarbeit mit unabhängigen afrikanischen Staaten, auf die hier nur summarisch hingewiesen wird.⁴

Teilhaber der Kolonialkriege

Es ist unter diesem Blickfeld auch kein Zufall, daß der BRD-Imperialismus mit dem portugiesischen Kolonialregime enge politische, ökonomische und militärische Beziehungen entwickelte, um über diesen Kanal in Afrika breiteren Wirkungsspielraum zu erlangen.

Es gab dafür mehrere Gründe: Portugal, selbst eines der ärmsten Länder Westeuropas, war dem expandierenden BRD-Monopolkapital geöffnet und ermöglichte später den BRD-Konzernen auch die Ausweitung ihrer Aktivitäten in seinen Kolonien. So stiegen beispielsweise die BRD-Investitionen in Portugal von 18,3 Mio (1963) auf 65,9 Mio DM (1969).⁵ In Cassinga (Angola) erschlossen sich die BRD-Konzerne unter der Hauptregie des Krupp-Konzerns die erste Rohstoffgewinnungsanlage nach dem 2. Weltkrieg in eigener Regie. Sie gewannen hochwertige Eisenerze (65 % Fe-Gehalt); und die Jahresproduktion von 5 Mio t (1969) ging hauptsächlich in die BRD und nach Japan.

BRD-Konzerne waren, unterstützt von Kreditgarantien der Bonner Regierung, an den internationalen Konsortien maßgeblich beteiligt, die die Hydroenergieprodukte bei Cabora Bassa (Moçambique) und Cunene (Angola) zur Stabilisierung des Kolonialismus in diesen Ländern vorbereiteten. Diese beiden Großprojekte waren auch Bestandteil der gesamten Unterstützung des internationalen Monopolkapitals für die rassistischen Regimes im Südlichen Afrika.

Die BRD unterstützte den NATO-Plan, daß Portugal seine Truppen nahezu ausschließlich in seinen Kolonien einsetzen konnte, um den Kampf der Befreiungsbewegungen zu unterdrücken.

Aus der BRD kamen die Waffen und militärische Ausrüstungen für den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika. In Verletzung entsprechender UN-Resolutionen lieferte die BRD u. a.: 10 000 Maschinengewehre, Militärflugzeuge vom Typ DO 27, Düsenjäger vom Typ F 86 Sabre, Kampfflugzeuge vom Typ Fiat G 91, Hubschrauber, Tankfahrzeuge, LKWs, Funkgeräte und andere militärische Ausrüstungen.

Der Umfang der Militärhilfe wurde in zahlreichen Publikationen und auf internationalen Konferenzen wiederholt genannt.⁶ Führende politische Repräsentanten der BRD leugneten viele Jahre die Existenz derartiger geheimer Waffenlieferungen. Die Forderungen nach Aufklärung wurde durch die BRD-Regierung nicht befolgt. Als schließlich die Tatsachen der engen militärischen Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Kolonialregime nicht mehr zu verschleiern war, rechtfertigten BRD-Regierungskreise diese Politik mit höchst lächerlichen Argumenten. Die Waffenlieferungen seien — so hieß es — nur inner-



Mit bundesdeutscher Hilfe entstand bei Kapstadt das Überwachungssystem Silvermine

halb der NATO erfolgt und Portugals Kolonien würden als sog. Überseeprovinzen zum NATO-Bereich gehören. In der BRD wurden diese Manöver treffend so charakterisiert: „Das Ergebnis der Politik der Bundesregierung gegenüber Portugal und seinen Kolonien ist ein Trümmerhaufen.“⁷

Vor diesem historischen Hintergrund des politischen, ökonomischen und militärischen Engagements der BRD für die älteste Kolonialmacht erklärt sich auch die Haltung Bonns zur Söldnerinvasion gegen die junge Volksrepublik Angola im November 1975. Wie andere NATO-Staaten duldeten und förderte auch die BRD den Einsatz von Söldnern, von denen nicht wenige BRD-Pässe trugen.

NATO-Südflankenstrategie

Es war eine eindeutig abgestimmte Aktion mit den NATO-Führungsstäben, daß zur gleichen Zeit das südafrikanische Rassistensystem von Namibia aus seine Aggressionstruppen in Marsch setzte, um die MPLA-Regierung unter Präsident Agostinho Neto militärisch zu zerschlagen und in Angola ein proimperialistisches Marionettenregime an die Macht zu bringen.

Doch alle diese Pläne schlugen bekanntlich fehl. Selbst der Wirtschafts- und Finanzboykott der EWG, für den die herrschenden Kreise der BRD ebenfalls mit verantwortlich sind, vermochte nicht zu verhindern, daß Angola frei wurde.

Dieses Problem berührt ganz offensichtlich die grundlegenden Positionen der NATO-Mächte wie des BRD-Imperialismus zum Südlichen Afrika, vor allem zur Existenz und zur Verteidigung der rassistischen Regimes. Es geht dabei um den gesamten afrikanisch-arabischen Raum und die angrenzenden Meere, die in den bürgerlichen Publikationen unter dem Stichwort Stärkung der Südflanke der NATO eingeordnet sind.

Ein wichtiger Eckpfeiler der aggressiven NATO-Politik ist ihre sog. Flankentheorie. Im Brüsseler Hauptquartier der NATO ist dies zu einem festen Begriff jeglicher militärischer Planung geworden.

Aus den Truppenaufstellungen im Gefecht abgeleitet (Flankenangriff bzw. Sicherung), versucht die NATO-Generalität die Flankenstrategie zu einem permanenten festen Bestandteil ihrer kurz- und langfristigen militärischen Planung zu machen und demzufolge auch schon vor eventuellen militärischen Auseinandersetzungen politisch wirksam werden zu lassen.

In der Praxis bedeutet dies: Schaffung von solchen Regimes in den regionalen Bereichen der anvisierten Flanken, die entweder direkt Mitglied des militärischen NATO-Systems sind oder durch Ergänzungspakte gebunden werden, oder die, als letzte Möglichkeit, zumindest in irgendeiner Weise „prowestlich“ sind.

Seit ihrer Gründung vor 30 Jahren hat die NATO vor allem zwei Regionen zu Flankenoperationsbereichen ausgewählt. Das sind die Nordflanke (Nordeuropa mit dem dazugehörigen See- und Luftgebiet) sowie die Südflanke, wozu im weitesten Sinne des Wortes der Mittelmeerraum einschließlich der Anrainerstaaten gehört.

Im Rahmen der vom US-Imperialismus verfolgten Globalstrategie waren diese Flanken wie Zangenschenkel zur militärischen Einkreisung der sozialistischen Staaten vorgesehen. Dazu kamen noch die anderen vom Imperialismus kontrollierten Militärpaktsysteme im Nahen Osten und in Südostasien, die die Umklammerung fortsetzten.

Die Südflanke war für viele Jahre eine relativ sichere Position der NATO. Dort operierte als ständiges Seinsatzkommando seit dem 2. Weltkrieg die 6. US-Flotte. Dazu kam ein außerordentlich enges System imperialistischer Luft- und Seestützpunkte an der Nord- wie auch an der Südküste des Mittelmeeres.

Noch im Jahre 1968 schrieb Die Welt: „Das Mittelmeer gehörte der amerikanischen sechsten Flotte.“ Doch diese Situation änderte sich grundlegend. Wenn auch die 6. US-Flotte nach wie vor auf Aggressionskurs im Mittelmeer kreuzt, so haben sich doch die politischen Verhältnisse in dieser Region so deutlich

erkennbar geändert, wie in keinem anderen strategischen Bereich der NATO. Dazu gehören vor allem drei wichtige Faktoren:

1. Die Beseitigung bzw. der Verlust der überwiegenden Mehrheit der imperialistischen Stützpunkte an der Nord- und Südküste des Mittelmeeres (z. B. in Ägypten, Libyen, Malta, Marokko und Algerien).
2. Der Verlust der direkten Kontrolle über den Suezkanal.
3. Die Entstehung politisch unabhängiger Staaten im arabisch-afrikanischen Raum des Mittelmeeres, die wie z. B. Algerien und Libyen der NATO-Politik den Kampf ansagten.

Aus all diesen Gründen wurde von NATO-Kreisen seit Ende der 60er Jahre immer stärker die **Theorie von der sog. erweiterten Südflanke** vertreten. Damit ist vor allem die Ausdehnung des strategischen Operationsbereiches der NATO über den südlichen Wendekreis des Krebses hinaus bis zum Kap und den Anrainermeeren gemeint.

Der Süden Afrikas war das größte zusammenhängende Kolonialgebiet auf der Erde, über das der Imperialismus Anfang der 70er Jahre noch verfügte. Aber auch nach dem Sturz des portugiesischen Kolonialregimes und der Entstehung politisch unabhängiger Staaten in Angola und Moçambique hielt der Imperialismus an seinen Plänen fest, in Afrika um jeden Preis den Befreiungskampf aufzuhalten.



An Südafrika gelieferte UNIMOGs gelten als hervorragende Militärfahrzeuge bzw. „NATO-Typ“

Das Südliche Afrika ist dabei für ihn von besonderer Bedeutung. Diese Region ist neben den reichen Erdölgebieten des Nahen Ostens das wichtigste Überseeische Rohstoffreservoir für die imperialistischen Ländern.

Sie ist aber auch ein bedeutendes strategisches Hinterland, das der Imperialismus für seine Pläne zur Kontrolle der Kaproute als internationalen Schiffahrtsweg nutzen möchte. Die Kaproute wird heute als eine der wichtigsten, wenn nicht überhaupt die wichtigste Schiffahrtsweg der Welt angesehen. Deshalb ist sie auch für die NATO von einem solch außerordentlichen Interesse. Rund 24000 Schiffe passieren pro Jahr die Südspitze Afrikas; das sind durchschnittlich 70 am Tag. Die Ladekapazität dieser Schiffe beträgt im Tagesdurchschnitt 1,5 Mio Bruttoregistertonnen. Etwa 1/4 Mio Bruttoregistertonnen Öl wird jährlich um das Kap verschifft.

Diese wenigen Zahlen zeigen bereits die Schlüsselposition, die die rassistischen Regimes am Treffpunkt des Indischen und Atlantischen Ozean haben. Wenn man dazu noch in Rechnung stellt, daß im Indischen Ozean die 7. US-Flotte kreuzt und dort zahlreiche Stützpunkte von den imperialistischen Staaten unterhalten werden, wie z. B. die US-See- und Luftlandebasis Diego Garcia, dann wird das Interesse des Imperialismus für die Kaproute noch deutlicher. Schließlich ist der rassistische Süden nach wie vor für die NATO eine wichtige Bastion zur Unterwanderung und Kontrolle des gesamten afrikanischen Kontinents.

Tabelle 1
Ausrüstung der Luftstreitkräfte Südafrikas
durch die NATO-Staaten
 (Exporte und Lizenzproduktion)

Lieferstaat	Anzahl der Kriegsflugzeuge	Anteil an der Luftwaffe Südafrikas (in Prozent)
Frankreich/BRD	220	40
Italien	160	30
Großbritannien	80	15
USA	80	15
Luftwaffe Südafrikas insgesamt	540	100

(Quelle: J. Mader, Die NATO und das südliche Afrika, Berlin 1978, S. 26)

Die rassistischen Regimes bangen um ihre strategische Bedeutung für die imperialistischen NATO-Verbündeten. Deshalb haben sie auch immer wieder auf direkte Bündnisbeziehungen gedrängt, um auf diese Weise die geballte Macht des internationalen Monopolkapitals und dessen aggressives Militärsystem gegen die Befreiungsbewegung einsetzen zu können.

Auch von Seiten des NATO-Hauptquartiers in Brüssel gab es zahlreiche Versuche in dieser Richtung. So plante man ein mit der NATO verbundenes Militärpaktsystem im Südatlantik, die Südatlantische Vertragsorganisation (SATO). Sowohl Australien und Neuseeland als auch verschiedene faschistische Diktaturen in Lateinamerika wie z. B. Brasilien, Chile und Argentinien hatte man als potentielle Bündnispartner vorgesehen. Aber aus Furcht vor massiven internationalen Protesten und möglichen Rückschlägen des Imperialismus in unabhängigen afrikanischen Staaten hat man bisher von der Verwirklichung derartiger Pläne Abstand genommen.

Sie sind jedoch keineswegs schon vollständig zu den Akten gelegt. So forderte zur Jahreswende 1977/78 US-General Haig, Oberbefehlshaber der NATO in Westeuropa, „regionale Interventionskräfte“ überall dort zum Einsatz zu bringen, wo „die Interessen der westlichen Welt“ auf dem Spiel stünden. Haig bezeichnete es als sehr kurzsichtig, wenn die Aufmerksamkeit der NATO „allein auf die Front in Mitteleuropa“ gerichtet sei. Diese Auffassung zur Erweiterung des Operationsbereichs der NATO auf den arabisch-afrikanischen Raum und überhaupt auf die Entwicklungsländer wiederholte Haig im April 1979 nachdrücklich, als er die „Stärkung der Südflanke der NATO“ zu den dringenden Aufgaben der NATO zählte.⁸



Bundesdeutsches Raketengelände Marke OTRAG in Zaire

Das direkte Zusammenspiel zwischen den rassistischen Regimes und der NATO zeigt sich anschaulich an der Militarisierung und atomaren Aufrüstung Südafrikas. Eine Hauptrolle spielt dabei der BRD-Imperialismus.

Zu den Waffen und militärischen Ausrüstungen, die aus der BRD in vorsätzlicher Verletzung der UN-Beschlüsse geliefert wurden, gehörten: Transallmilitärmaschinen, Airbuses, Schnellboote, Raketen, Militärfahrzeuge und Militärelektronik. Das Radar-Luft- und Verkehrsüberwachungssystem Advokaat in den atombombensicheren Bunkern von Silvermine wurde vorwiegend von BRD-Firmen technisch ausgerüstet und überwacht. Dieses System dient der Kontrolle des gesamten Flugzeug- und Schiffsverkehrs der südlichen Hemisphäre. Es wird mit Dateninformationen aus NATO-Speichern versorgt und erhält auch von dort entsprechende Angaben. So sind für den Fall, daß der Südatlantikpakt eines Tages zustande kommt, schon heute die Voraussetzungen für die Informationsverzahnung beider Militärsysteme geschaffen.

Die BRD ist auch hauptverantwortlich für die militärisch-atomare Zusammenarbeit mit den Rassisten. Der gegenseitige Austausch von Wissenschaftlern und Technikern bildete die erste Phase, die Bereitstellung des westdeutschen Trenndüsenverfahrens für die südafrikanische Atomindustrie die zweite Phase der Kooperation. Aufgrund dieser Hilfe ist das Apartheidregime in der Lage, eine eigene Kernwaffenproduktion zu betreiben.

Alle Dementis, die die BRD-Regierung gegen die Beschuldigung über ihr Atomkomplott mit Pretoria bisher vorgebracht hat, wurden anhand zahlreicher Beweise sowohl der westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung als auch der südafrikanischen Befreiungsbewegung widerlegt.⁹

Aber es wäre falsch, in den hektischen Aktivitäten der imperialistischen Mächte, die sie in den letzten Monaten gegenüber Afrika entwickelten, nicht auch jene Ereignisse zu sehen, die Aufschluß über wachsende Widersprüche zwischen ihnen geben. Am deutlichsten kam dies wohl auf der Konferenz der EG-Außenminister in Kopenhagen zum Ausdruck, wo erneut der vergebliche Versuch zur Erarbeitung einer „gemeinsamen Afrika-Politik“ unternommen wurde. Wie jedoch aus Berichten über die Konferenz hervorgeht, sind „die Bemühungen zur Erarbeitung eines afrikapolitischen Konzepts der neun . . . vorerst gescheitert.“ Es sei noch nicht einmal der Versuch unternommen worden, „die Meinungsunterschiede zu einer einheitlichen EG-Position zusammenzuschweißen.“¹⁰

Gegenspieler Frankreich

Doch die von eigenen, politischen, ökonomischen und militärischen Zielen bestimmten Differenzen gehen noch weiter. Der überstürzte Einsatz von französischen Fremdenlegionären in Zaire hat, wie sich nachträglich herausstellte, keineswegs die ungeteilte Billigung der belgischen Regierung gefunden. Die von dieser angestrebten Verhandlungslösungen wurden dadurch jäh unterbrochen; und außerdem befürchteten die belgischen Monopolkreise nicht zuunrecht, daß der französische Imperialismus ihren traditionellen ökonomischen Einfluß vor allem auf die Bergbauproduktion der ehemaligen Kolonie (Kongo/Zaire) erbsthaf zu untergeben droht.

Dazu kommt der außerordentlich starke militärische Einfluß des französischen Imperialismus in Afrika, der gerade im Zusammenhang mit den Zaire-Ereignissen besonders deutlich wurde. Frankreich unterhält in Staaten Afrikas wie Tschad, Gabun, Elfenbeinküste und Djibouti Truppen in Stärke von insgesamt 34 000 Mann, kontrolliert mit etwa 70–80 Schiffen die internationalen Verkehrsrouten im Indischen Ozean und baut dort ein neues Stützpunktsystem auf den Inseln Tromlin, Les Glorieuses, Juande Nova, Europa und Bassada India auf.

Von bundesdeutschen Stimmen wird über die französischen Afrika-Aktivitäten wie folgt berichtet: „Die derzeit offen eingesetzten französischen Truppen sind aber nur der sichtbare Teil

eines umfassenden Potentials, das sich vom Atlantik bis zum Indischen Ozean auf einen Großteil des schwarzen Kontinents erstreckt mit sechs ständigen Stützpunkten (Dakar, Abidjan, Libreville, Djibouti, Mayette und Reunion).“¹¹

Der US-Imperialismus versucht hingegen, die von ihm beanspruchte Führungsposition durch die Einschaltung kollektiver Instrumente des NATO-Mechanismus abzusichern. Der BRD-Imperialismus setzt auf seine wachsende ökonomische Stärke. Es wird sicher nur eine Frage der Zeit sein, bis man aus den Ergebnissen der sog. Sanierungsmaßnahmen für Zaire die neuerobernten Positionen der US- und BRD-Monopole erkennen kann. Die spezifischen militärischen Interessen, die der BRD-Imperialismus in Afrika verfolgt, werden nicht zuletzt auch an dem Raketenversuchsgelände in Südzaire deutlich. Das Gebiet in der Größe von 100 000 qkm wurde bekanntlich von der BRD-Firma OTRAG (Orbital-Transport- und Raketen-AG) im Jahre 1974 für insgesamt 800 Mio DM bis zum Jahre 2000 „gepachtet“.

Stützpunkt OTRAG

Die völlige Abtretung jeglicher Souveränitätsrechte an die durch den westdeutschen Staat finanzierte Gesellschaft veranlaßte die französische Le Monde vom 20. 5. 1978 zu der Feststellung, der OTRAG-Vertrag stelle „eine unleugbare Preisgabe der Souveränität des zairischen Staates zugunsten privater Interessen dar.“

Aber es geht nicht „nur“ um private Interessen. Mit der OTRAG ist das größte militärische Raketenversuchsgelände außerhalb des NATO-Bereiches geschaffen worden und es stellt praktisch in seiner militärischen Bedeutung einen neuen Stützpunkt der NATO in Afrika dar.

Inzwischen ist der OTRAG-Vertrag in Teilbereichen von Zaire aufgekündigt worden. Wie dazu verlautet, soll dies die Einstellung weiterer Raketenversuche betreffen. Ganz offenkundig spielen dabei ebenfalls Rivalitätsinteressen der in Zaire engagierten imperialistischen Mächte eine bestimmende Rolle.

Desweiteren muß beachtet werden, daß der BRD-Imperialismus ungeachtet der Aufkündigung seine Positionen in Zaire aufrechterhalten konnte und daß Zaire durch die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz vom 13./14. 6. 1978 fest unter der Kontrolle des internationalen Monopolkapitals bleibt. Schließlich muß in Erinnerung bleiben, daß die NATO die von ihr kontrollierte Söldnertruppe, die sog. Interafrikanische Streitmacht trotz scharfer Kritik afrikanischer Politiker weiterhin aufbauen will.

Das bedrohliche Zusammenspiel zwischen offener NATO-Invasion, Installierung internationalisierter Söldnerverbände, Errichtung von wirtschaftspolitischen Protektoraten wie in Zaire einerseits, der kollektiven Hilfe der imperialistischen Staaten für die rassistischen Regimes andererseits, sind somit verschiedene Seiten der jüngsten Offensive des Imperialismus in Afrika, an der die herrschenden Monopolkreise der BRD besonders intensiv beteiligt sind.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu: NATO-Pressedienst, Brüssel, 31. 5. 1978
- 2) Vgl. dazu AIB 2/1979, S. 10/11
- 3) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 4. 1. 1957
- 4) Allein zwischen 1961 und 1972 wurden von seiten der BRD Militär-, Rüstungs- und Ausrüstungshilfe an afrikanische Staaten in einer finanziellen Gesamthöhe von 345,4 Mio DM geleistet.
- 5) Portugal in Afrika, Hamburg 1970, S. 20
- 6) Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal, Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Bonn 1972 und AIB 1972 ff.
- 7) H. Bley/ R. Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 86
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. 4. 1979
- 9) Siehe dazu detailliert u. a. AIB 1/1979
- 10) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 14. 6. 1978
- 11) Vorwärts, Bonn, 1. 6. 1978

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die »Blätter« sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache.

Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die »Blätter« zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

In den letzten Heften u. a.:

Rainer Falk

Die entwicklungspolitische Strategie der Bundesrepublik. Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung (6/1979)

Wolfram Brönnner

Separatpolitik im Nahost-Konflikt (5/1979)

Günter Giesenfeld

Hintergründe der Entwicklung in Indochina (3/1979)

Harald Jung

Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand (3/1979)

Horst J. Andel

Aufstieg und Niedergang des Hauses Pahlawi (1/1979)

Hella Gerth-Wellmann

Die EG und die Dritte Welt.

Wem nützt das Lomé-Abkommen? (12/1978)

Rainer Falk

Namibia und der Westen (11/1978)

Alexander Gschwind

Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FNL) (10/1978)

Jürgen Ostrowsky

NATO-Politik in Afrika (7/1978)

Rainer Falk

Hintergründe der Intervention in Zaire (6/1978)

Kahsay Wolde-Giorgis

Aspekte der Revolution Äthiopiens (4/1978)

Einzelheft DM 5,50. Im Abonnement DM 4,00, für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50.

Probeheft kostenlos beim Verlag:

Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51

Pahl-Rugenstein

Eberhard Czaya

EWG-Abkommen von Lomé: die Fesseln blieben

Die mit dem EWG-Vertrag 1958 eingeleitete Politik der Assoziation der damaligen Kolonialgebiete der EWG-Mitgliedstaaten unterlag im Laufe der Jahre einem Prozeß des Wandels. Wichtige Zwischenglieder waren die Verträge von Yaoundé (Vertrag I im Jahr 1963 und Vertrag II 1969; d. Red.) mit den vorwiegend französischsprachigen Staaten im subsaharischen Afrika. Mit dem im Februar 1975 unterzeichneten Vertrag von Lomé knüpfte die EWG¹ in entscheidenden Punkten an das frühere Assoziierungssystem an. Sein Mechanismus und sein hegemonistischer Inhalt widerspiegeln noch immer ein hohes Maß an Kontinuität. Den EWG-Staaten geht es — wie schon seit 1958 — darum, den neokolonialen Bilateralismus einzelner Mitgliedstaaten zu ihren jeweiligen ehemaligen Kolonialgebieten durch einen neokolonialen Multilateralismus aller EWG-Staaten zu ergänzen. Damit suchen sie in einer Zeit zunehmender historischer Schwächung imperialistischer Positionen in der Dritten Welt traditionelle Einflusssphären neu zu gruppieren, weiter in politischer und ökonomischer Abhängigkeit zu halten und insbesondere fest an das sich herausbildende westeuropäische Zentrum zu binden.

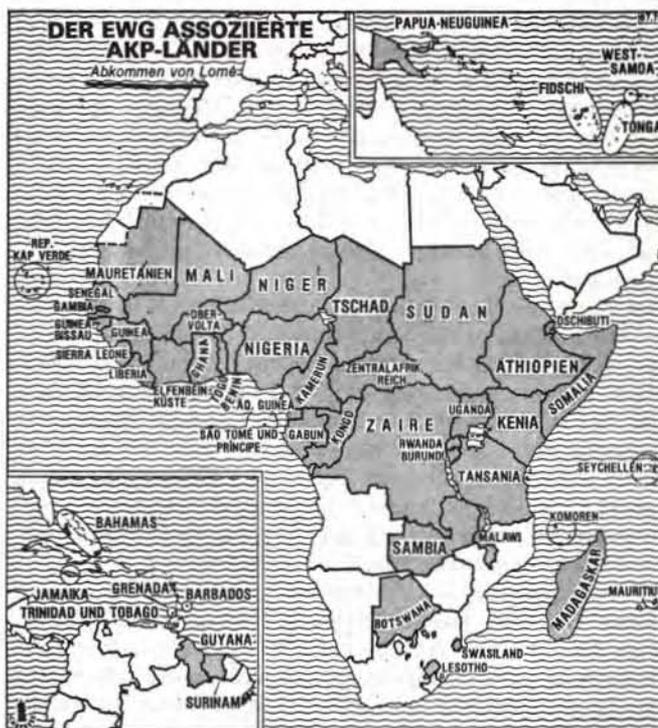
Die dabei sicher bemerkenswerteste Erscheinung an dem Vertragssystem ist die Beteiligung der BRD, die selbst keine ihr zuvor vorbehaltenen Einflusssphären eingebracht hat, nun aber — bei gleichzeitiger Übernahme gewisser materieller Lasten — Teilhaber einer riesigen kollektiven Einflusssphäre geworden ist. Zugleich sind mit dem Vertrag von Lomé neue Elemente zum Tragen gekommen. Diese betreffen erstens den Kreis der einbezogenen Länder: Dem Abkommen von Yaoundé II gehörten zuletzt 19 afrikanische Staaten an. Von den Commonwealth-Ländern hatten sich vor 1975 nur Mauritius (dem Abkommen von Yaoundé II nachträglich beigetreten) sowie Kenia, Tansania und Uganda (im Abkommen von Arusha aus dem Jahr 1974) vertraglich an die EWG der damals sechs westeuropäischen Staaten gebunden.

Mit ihrer eigenen Erweiterung stellt die EWG aber auch die Einbeziehung eines Großteils der Commonwealth-Länder auf die Tagesordnung; die Assoziierten sahen sich nun dem auf neun Staaten vergrößerten Potential der EWG ausgesetzt.

Allein schon die erstmalige Zusammenfassung einer Gruppe von damals 46 Entwicklungsländern in Afrika, in der Karibik und im Pazifik — die Zahl dieser sog. AKP-Staaten ist inzwischen auf 56 angewachsen — bedeutete einen Erfolg für die EWG.

Zweitens betreffen die neuen Züge die inhaltliche Gestaltung: Gerade zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses erreichten die Kampfmaßnahmen der Entwicklungsländer um Vertiefung ihrer politischen Unabhängigkeit sowie um Verbesserung ihrer Stellung in der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung einen markanten Höhepunkt. Ausdruck der veränderten internationalen Positionen der Entwicklungsländer waren die Aktionen der Länder der OPEC (Organisation Erdölexportierender Länder) und die programmatischen Forderungen der Gesamtheit der Entwicklungsländer für die Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung.

Das Auftreten der Entwicklungsländer im allgemeinen und darunter der Vertragspartner der EWG im besonderen ließ es den neun westeuropäischen Staaten geraten erscheinen, von einigen ihrer ursprünglichen Forderungen für die Ausgestaltung des Abkommens von Lomé abzugehen. In einer für die antiimpe-



rialistischen Kräfte allgemein günstigen historischen Situationen schöpften die AKP-Staaten die damals erreichbaren Möglichkeiten für eine Reform des bisherigen Assoziierungssystems weitgehend aus.

Die wichtigsten inhaltlichen Abänderungen betreffen 1. den Verzicht der EWG auf von ihr ursprünglich geforderte Gegenpräferenzen seitens ihrer Vertragspartner — die AKP-Staaten sind also berechtigt, auch gegenüber der EWG Zölle zu erheben; 2. die Einführung eines Systems zur Stabilisierung der Erlöse für wichtige Exportgüter; 3. die AKP-Staaten brachten eine von der EWG gewünschte Klausel über den Schutz von Privatinvestitionen weitgehend zu Fall.

Eine gewisse Kontinuität der traditionellen Assoziation auch im Vertrag von Lomé ist also mit einer betonten Elastizität gepaart. Diese ermöglichte es der EWG überhaupt erst, die Kontinuität und die Anpassung des übernommenen Systems an die veränderten internationalen Bedingungen durchzusetzen.

Die AKP-Staaten hatten dem Abkommen von Lomé mit großen Erwartungen zugestimmt. Die EWG ihrerseits war bemüht, den AKP-Staaten Glauben zu machen, daß ihnen dieser Vertrag einen spürbaren Entwicklungsschub bringen würde. Gerade unter diesen Voraussetzungen hatten sich auch die Commonwealth-Länder in Afrika, in der Karibik und im Pazifik — trotz schwerwiegender Bedenken — entschlossen, eine solche — für die meisten von ihnen neue — vertragliche Bindung mit dem westeuropäischen Wirtschaftsblock einzugehen.

Inzwischen sind mehr als 4 Jahre vergangen. Da die Gültigkeit des Vertrages auf nur 5 Jahre begrenzt ist, haben die Vertragspartner am 24. Juli 1978 Verhandlungen darüber aufgenommen, wie sich ihre Beziehungen über 1980 hinaus gestalten sollen. Die Beteiligten nahmen dies zum Anlaß, um eine Zwischenbilanz der Wirkungsweise des derzeit noch gültigen Vertrages zu ziehen.²

Wenn einige wenige AKP-Staaten in ihrer ökonomischen Entwicklung relativ gut abgeschnitten haben, so ist dies keineswegs das Verdienst der EWG. Erwähnt sei als herausragendes Beispiel Nigeria, dessen wirtschaftlicher Aufschwung untrennbar mit den erfolgreichen Kampffaktionen der OPEC verbunden ist. Die meisten AKP-Staaten sind jedoch in ihrer ökonomischen Entwicklung weiter relativ zurückgeblieben — nicht nur gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten, sondern auch gegenüber den bereits wirtschaftlich fortgeschritteneren Entwicklungsländern. Nach einer Liste der Vereinten Nationen von 1975 zählen von den 29 schwächstentwickelten Ländern („Least developed Countries“) 19 und von den 45 durch die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt am härtesten betroffenen Ländern („Most seriously affected Countries“) 26 zu den AKP-Staaten. Sie gehören zu der großen Gruppe von Entwicklungsländern mit Einkommen von weniger als 250 Dollar pro Kopf und Jahr, in denen die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung $-0,2\%$ betrug³ und in denen die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf 1974—1976 um 4% unter dem Durchschnitt von 1965—1967 lag⁴, d. h. in denen sich ein Prozeß absoluter Verelendung vollzogen hat.

Der Vertrag von Lomé erscheint in oberflächlicher Betrachtung als eine großzügige Handelsförderung. Den AKP-Staaten wird für ca. 94% ihrer Exportprodukte freier Zugang zum EWG-Markt gewährt. Aber sogar die EWG-Kommission muß zugeben, daß sich die Außenhandelsposition der AKP-Staaten sehr ungünstig entwickelt hat. Im Zeitraum 1972—1975 sank der Anteil der AKP-Staaten am Export aller Entwicklungsländer von $13,5$ auf $10,5\%$, darunter der Anteil der nichterdölexportierenden AKP-Staaten am Export aller nichterdölexportierenden Entwicklungsländer von $15,1$ auf $11,5\%$.

Diese ungünstige Entwicklung ist insbesondere der EWG anzulasten. Von einer Handelsförderung ihrerseits kann nicht die Rede sein, wie eine Analyse der EWG-Importe beweist. Die Gruppe der Entwicklungsländer, die nicht in das Abkommen von Lomé einbezogen ist, vermochte ihren Anteil am Handel der EWG beträchtlich auszubauen, während der Anteil der AKP-Staaten an den Importen der EWG stagnierte. Der Anteil aller Entwicklungsländer an den EWG-Importen stieg im Zeitraum 1972—1977 von $37,3$ auf $43,8\%$, der Anteil der AKP-Staaten aber war 1977 der gleiche wie 1972 und 1973.

Einseitige Rohstoffspezialisierung

Die AKP-Staaten sehen die Hauptursache für die Verschlechterung ihrer Außenhandelsposition in der Aushöhlung ihrer besonderen Präferenzen. Die EWG hat wiederholt ihre Außenzölle für tropische Produkte herabgesetzt; und bei Waren, die unter das System Allgemeiner Präferenzen zugunsten aller Entwicklungsländer fallen (vor allem für Fertigwaren gültig), genießen die AKP-Staaten überhaupt keine Präferenz. Außerdem ist der Kreis der besonders Präferenzierten durch die Verträge der EWG mit den Südanrainern des Mittelmeeres breiter geworden.

Schließlich bekommen zahlreiche AKP-Staaten den diskriminierenden Agrarprotektionismus der EWG zu spüren. Auf diese Barriere stoßen insbesondere die Exporteure von Rindfleisch, Zucker, Rum, Tomaten usw.

Insgesamt ist das Problem natürlich viel komplexer. Sein eigentlicher Kern besteht in der extrem einseitigen, weltmarkt-orientierten Wirtschaftsstruktur der AKP-Staaten.

Die EWG degradiert die AKP-Staaten noch immer vorrangig zu Rohstofflieferanten. Von allen größeren Gruppen der Entwicklungsländer weisen die AKP-Staaten noch immer die stärkste einseitige Spezialisierung ihrer Außenhandelswaren auf. Ihr Export bestand 1976 zu 95% aus Grundstoffen, woran wiederum Nahrungsmittel zu 43% , Energieträger (hauptsächlich Erdöl

aus Nigeria und Gabun) zu 33% und andere Rohstoffe zu 28% Anteil hatten. Ihre aus der Kolonialperiode ererbte Abhängigkeit vom Export weniger Rohstoffe haben die AKP-Staaten nicht nur nicht überwinden können, sie ist noch stärker geworden. Die vier Hauptexportprodukte der AKP-Staaten — Erdöl, Kaffee, Kupfer und Kakao — stellen 1973 44% aller EWG-Importe aus den AKP-Staaten, 1977 aber 62% . (Zu dieser Produktkonzentration trug auch die Erhöhung der Erdölpreise bei.)

Da Westeuropa hauptsächlich Industriewaren (etwa 85% des Exports in die AKP-Staaten) liefert, sind die AKP-Staaten — außer bei Erdöl — besonders stark von der Preisschere im kapitalistischen Welthandel betroffen. Leider enthalten die öffentlich zugänglichen Statistiken keine Angaben über die Terms of Trade der AKP-Staaten. Für die Entwicklungsländer insgesamt (ohne Erdöl) betragen sie ((Indizes, 1970 = 100): 1972 = 90; 1973 = 97; 1974 = 102; 1975 = 86; 1976 = 92.⁵ D. h. die reale Kaufkraft der Entwicklungsländer war infolge der preislichen Veränderungen auf dem kapitalistischen Weltmarkt im Jahre 1976 um 8% geringer als 1970. Man kann davon ausgehen, daß aufgrund der spezifischen Angebotsstruktur der entsprechende Verlust an Kaufkraft bei den AKP-Staaten allein wahrscheinlich noch stärker ins Gewicht fiel.

Der enge Zusammenhang zwischen Rohstoffspezialisierung und Verschlechterung der Außenhandelsposition der AKP-Staaten unterstreicht Notwendigkeiten zweierlei Art: 1. Sicherung der Kaufkraft der Erlöse aus dem Rohstoffexport; 2. Überwindung der einseitigen Rohstoffspezialisierung.

Als Alternative zur imperialistischen Preispolitik auf den internationalen Rohstoffmärkten schufen die Entwicklungsländer ihr Konzept für ein Integriertes Rohstoffprogramm, dessen Grundanliegen in einer Stabilisierung der Exportpreise besteht. Das in das Abkommen von Lomé aufgenommene Stabex-System (Stabex = Kurzformel für das System der Stabilisierung der Exporterlöse) kommt den Forderungen der AKP-Staaten nach Stabilisierung der Exporterlöse insofern entgegen, als es für sinkende Exporteinnahmen bei 11 landwirtschaftlichen Produkten sowie Eisenerz Ausgleichszahlungen vorsieht. Entgegen mancher Befürchtungen hat es sich als ein praktikabler Mechanismus erwiesen und wird daher von der EWG als Erfolg und Modell propagiert.

Man kann jedoch nicht übersehen: Insgesamt sind die bereitgestellten Mittel gering. Mit 75 Mio Europäischen Rechnungseinheiten (ERE) pro Jahr machen sie nicht mehr als $0,7\%$ der Gesamtexporte der AKP-Staaten in die EWG aus. Stabex klammert zahlreiche Exportprodukte aus, die ebenfalls starken Preisschwankungen unterliegen. Man denke an Kupfer, das für Sambia und Zaire herausragende Bedeutung hat. Eine Erlösstabilisierung erfolgt grundsätzlich auch nur für jenen Teil der Exporte, der in die EWG-Staaten geht. Obwohl Stabex besonders die ärmsten AKP-Staaten stützen soll, kam bisher die Elfenbeinküste in den Genuß der höchsten Mittel je Land. Die Beihilfen der EWG sind zurückzuzahlen; nur die ärmsten Staaten sind von dieser Pflicht ausgenommen.

Die Berechnungsmethode berücksichtigt nur die exportseitigen Erlöseinbußen, stellt aber keine Beziehungen zu den Verlusten her, die durch Ansteigen der Importpreise entstehen. Mit Stabex bleibt die Preisbildung weiter dem „freien Spiel der Kräfte“ des kapitalistischen Weltmarktes ausgesetzt. D. h. die mit dem Integrierten Rohstoffprogramm angestrebte Stabilisierung der Preise wird umgangen, so daß sich die Multis weiter mittels der Preisschere bereichern können und zahlreichen AKP-Staaten trotz Stabex bereits Handelsbilanzdefizite entstanden sind.

Bei Stabex handelt es sich um eine „mäßige Einkommenssicherung zugunsten der AKP-Regierungen“, um eine Stabilisierung der Staatseinnahmen in konjunkturbedrohten Entwicklungsländern und damit vielfach um eine Einkommenssicherung privilegierter Eliten. Hingegen kommen die Mittel nicht den unmittelbaren Produzenten, den Bauern, zugute.⁶ Der Einsatz der Mittel für Entwicklung steht für alle ehemaligen Kolonialländer auf der Tagesordnung. Die Kernfrage besteht heute darin, wel-

che ökonomische Grundstruktur die jungen Staaten entwickeln, welche sozialökonomische Richtung sie einschlagen werden.

Eine von der EWG als wesentlich verfolgte Zielstellung des Vertrages von Lomé ist es, solche Tendenzen und Effekte auszulösen, welche eine vom Auslandskapital abhängige Entwicklung herbeiführen, ja diese Entwicklung unmittelbar dem Verwertungsinteresse des imperialistischen Kapitals unterzuordnen.

Zwei Bereiche des Vertrages von Lomé bieten sich hierfür als Steuerungsinstrumente besonders an:

- die „industrielle Zusammenarbeit“ — sie soll nach offizieller Terminologie den Technologietransfer, den Auf- und Ausbau der für die industrielle Entwicklung erforderlichen Infrastruktur, den Aufbau von Industrien für die Verarbeitung von Rohstoffen und die Herstellung von Halb- und Fertigwaren in den AKP-Staaten fördern;

- sowie die finanzielle und technische Hilfe — im Rahmen des 4. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) stellt die EWG rund 3,39 Mrd ERE, das sind ca. 10 Mrd DM, zur Verfügung; darin sind 375 Mio ERE für Stabex und 339 Mio ERE zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit unter den AKP-Staaten enthalten. Neben der Schwerpunktförderung im Agrarbereich (36 % der Mittel des EEF) rangieren auch in diesem Bereich Industrialisierung und wirtschaftliche Infrastruktur (11,9 bzw. 27,2 %) an vorderer Stelle.

AKP und Auslandskapital

Allein schon das System der Mittelvergabe aus dem EEF „läßt Zweifel daran aufkommen, ob in jedem Fall anhand der Prioritäten des jeweiligen AKP-Staates entschieden wird. Obwohl jeder Staat bei der Programmierung seine natürlichen Ressourcen, Pläne und Projekte vor den Vertretern der EG-Kommission offenlegen muß, erhält er keine verbindlichen Finanzierungszusagen. So läßt sich vermuten, daß das Eigeninteresse der EWG an Informationen über Rohstoffe, Märkte und nicht zuletzt politische Zielsetzungen in den AKP-Staaten kein unwesentliches Die EWG-Kommission stellte im Januar 1978 in einer Mitteilung an den Ministerrat eindeutig programmatisch fest: „Die Gemeinschaft braucht breitgestreute, umfangreiche Investitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der Entwicklungsländer:

- zur Diversifizierung und Absicherung ihrer Rohstoffversorgung,
- zur Schaffung einer dauerhaften Grundlage für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern,
- zur Erhaltung und Stärkung der Präsenz der europäischen Industrie und des europäischen Handels auf den Märkten der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Konkurrenz.“⁹

Was den Handel betrifft, so kann die EWG sehr zufrieden sein. Obwohl die Gegenpräferenzen der AKP-Staaten entfallen sind, war das System der allgemeinen Bindungen und Abhängigkeiten derart stark, daß es der EWG als Ganzes gelungen ist, ihren Marktanteil in den AKP-Staaten zwischen 1972 und 1977 von 42 auf 48 % auszubauen. Hauptnutznießer war zweifelsohne die BRD, die in diesem Zeitraum ihren Exportanteil (Ausfuhr aller EWG-Staaten in die AKP-Länder = 100) von 14,3 auf 20,2 % ausdehnte, während er bei den übrigen EWG-Staaten stagnierte (Frankreich) oder zurückging (bei Großbritannien sogar erheblich).

Unzufrieden ist die EWG mit dem Stand der Direktinvestitionen. Diese haben zwar in den letzten Jahren aus Ländern der EWG und den USA schnell zugenommen. Und einige EWG-Staaten waren bereits emsig, um das Klima für solche Investitionen zu verbessern. Die BRD hat z. B. mit einigen AKP-Staaten Investitionsförderungsverträge geschlossen, die auch wesentliche Elemente gegen politische Risiken enthalten.

Die EWG macht jedoch deutlich, daß sie die Realisierung entscheidender Entwicklungsprojekte in den AKP-Staaten dem

privatmonopolistischen Kapital ihrer Mitgliedstaaten überlassen möchte; sie gibt unumwunden zu verstehen, daß die AKP-Staaten insbesondere mit einer stärkeren Mitwirkung der EWG an der Industrialisierung erst rechnen könnten, wenn sich die AKP-Staaten zur Aufgabe ihrer ablehnenden Haltung gegen ein multilaterales System für Kapitalschutz bereitfinden.

Während bereits schlüssige Aussagen über die Wirkungsweise des laufenden Vertrages von Lomé möglich sind, ist noch nicht voll absehbar, wie sich das künftige vertragliche Verhältnis zwischen der EWG und den AKP-Staaten gestalten wird.

Die AKP-Staaten sind zwar grundsätzlich zum Abschluß eines neuen Abkommens bereit — sie sind ebenso auf die Märkte wie auch auf die Hilfe der EWG angewiesen; sie wünschen aber erhebliche Veränderungen: einen wirklich ungehinderten Zugang zum EWG-Markt, d. h. Abbau aller noch für bestimmte Produkte bestehenden Beschränkungen; stärkeren Technologietransfer; wesentlich höhere finanzielle Hilfe; Modifizierung des Stabex-Systems derart, daß die EWG Erlöseinbußen für die Gesamtheit der Exportwaren ausgleicht.

Dem steht das unbedingte Interesse der EWG gegenüber, sich die Grundstruktur der Assoziierung als Mechanismus zur Sicherung von Macht und Einfluß in einer beträchtlichen Gruppe von Entwicklungsländern zu erhalten und — den neokolonialistischen Inhalt kaschierend — ein „Modell“ von „Gleichberechtigung“, „Interdependenz“ und „Kooperation“ vorzugaukeln. Um ihre Vorherrschaft zu konsolidieren, möchte sie ein Abkommen von längerer Dauer (möglichst 10—15 Jahre Laufzeit). Stärkere finanzielle und technische Hilfe will sie an eine Kapitalschutzklausel koppeln, um einer Nationalisierung investierten ausländischen Privatkapitals möglichst vorzubeugen.

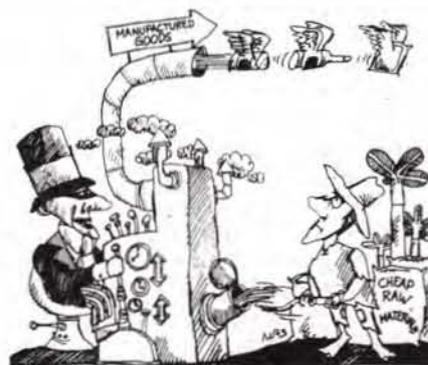
Die „Industrieförderung“ möchte sie vorrangig zu einer Gelegenheit privater Unternehmer machen, um den Weg einer auslandsabhängigen privatkapitalistischen Industrialisierung zu stimulieren. Um sich vor einer eventuell heranwachsenden Konkurrenz der AKP-Staaten zu schützen, will die EWG über einen sog. Konsultationsmechanismus Schutzbestimmungen für die eigene Industrie durchsetzen. Außerdem wird von der EWG die Frage der Menschenrechte hochgespielt. Die EWG möchte eine entsprechende Klausel verankert wissen, um den Vorwand zu erhalten, unter dem sie auf unliebsame Regierungen Druck ausüben kann. Um politisch stärker auf die AKP-Staaten einwirken zu können, will die EWG die gemeinsamen Institutionen möglichst ausbauen.

Anmerkungen:

- 1) Offiziell tritt auch nach Gründung der Europäischen Gemeinschaften (EG) im Jahr 1967 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Vertragspartner auf.
- 2) Aufmerksamkeit verdient insbesondere eine Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften und des Generaldirektorats für Entwicklung bei der EG-Kommission, der wir einen Großteil des im folgenden wiedergegebenen statistischen Materials entnommen haben. Siehe: Analysis of EEC-ACP trade 1972—1977, in: The Courier, Brüssel, Nr. 52 November-Dezember 1978, S. 45—105
- 3) The Recent Economic Experience of Developing Countries in Relation to United Nations Development Objectives. Report by the UNCTAD Secretariat, 13. April 1977, Tab. 1, S. 6
- 4) Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1978, Washington 1978, Tabellenanhang S. 88 ff.
- 5) Monthly Bulletin of Statistics (UN), New York, Juni 1978, S. LVIII ff.
- 6) R. Tetzlaff, Das Abkommen von Lomé: ein Durchbruch in der europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit, in: H. Bley/R. Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn, Reinbek 1978, S. 277
- 7) H. Gerth-Wellmann, Die EG und die Dritte Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 12/1978, S. 1435
- 8) Bericht der Kommission an den AKP-EWG-Ministerrat über die finanzielle und technische Zusammenarbeit 1977 im Rahmen des Abkommens von Lomé, Brüssel 1978, S. 6; zit. nach: ebenda
- 9) Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Europäische Investitionsförderung in den Entwicklungsländern, Informativische Aufzeichnung P-6, Brüssel 1978, S. 1; zit. nach: ebenda

Michael Mohnke

V. UNCTAD – neue Sachlichkeit?



Die V. Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 7. Mai bis 3. Juni d. J. in Manila/Philippinen endete mit insgesamt dürftigen Ergebnissen. Zu diesem Schluß jedenfalls muß man kommen, wenn man sich die Erwartungen noch einmal vergegenwärtigt, die insbesondere von Seiten der Entwicklungsländer in diese Konferenz gesetzt worden waren. UNCTAD V sollte Weichen stellen für die Auseinandersetzung um die Verwirklichung der seit langem geforderten Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIWO) in den 80er Jahren. Nach Meinung des UNCTAD-Generalsekretärs Gamani Corea fiel ihr zudem die Vorformulierung einer für die im nächsten Jahr anstehende Formulierung einer Neuen Internationalen Entwicklungsstrategie der Vereinten Nationen zu (vgl. Kommentar in AIB 6/1979).

Auch nach Auffassung der kapitalistischen Industrieländer und ihrer Vertreter sollten in Manila Weichen gestellt werden. Für sie bestand das Hauptanliegen darin, eine Entscheidung herbeizuführen, ob „Konfrontation oder Kooperation“ zukünftig das bestimmende Element im Verhandlungsprozeß mit der Dritten Welt sein würde. Wenn hierzulande hervorgehoben wird,

„daß UNCTAD V in einer guten und sachlichen Atmosphäre abgelaufen ist“, (Erklärung Lambsdorffs zu den Ergebnissen von UNCTAD V) so darf man vermuten, daß es gelungen ist, den „Nord-Süd-Dialog“ zumindest vorläufig in „gemäßigte Bahnen“ zu lenken. In der Tat verlaute aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) sehr offen, daß die westlichen Industrieländer ihre Position haben bewahren können. In einer BMZ-Auswertung heißt es, die auf UNCTAD V gemachten Zugeständnisse „berühren nicht den Kern der bestehenden Wirtschaftsordnung“.

Dies ist das Resultat einer Verhandlungstaktik, die sich auf der westlichen Seite nach den schlechten Erfahrungen von UNCTAD IV in Nairobi 1976 (siehe AIB 6/1976) nach und nach durchgesetzt hat. Statt wie bisher rigoros alle Forderungen aus der Dritten Welt abzuwehren, ist man dazu übergegangen, diejenigen Forderungen aus der NIWO herauszulösen, die sich noch am ehesten systemimmanent verwirklichen lassen. In all jenen Fragen, die vom Standpunkt der Verfechter des bestehenden Wirtschaftssystems „ordnungspolitische Grundsatzfragen“ sind, beharrte man nach wie vor auf dem Status quo.

Stellungnahme von Otto Graf Lambsdorff

Die immense Bedeutung des Ressourcentransfers für die Entwicklungsländer habe ich bereits unterstrichen. Ebenso wichtig sind aber der Welthandel und der Kampf gegen den Protektionismus, der Strukturwandel und die Privatinvestitionen.

Es ist durchaus verständlich, wenn die Entwicklungsländer die Forderung nach einer Umstrukturierung der Weltwirtschaft erheben, wenn sie einen größeren Anteil an der industriellen Produktion und am Welthandel verlangen. Wir sind nicht nur bereit, diesen Prozeß hinzunehmen, wir wollen ihn auch aktiv fördern. Das angemessene Konzept wäre nicht, Strukturwandel administrativ zu verordnen. In erster Linie bleibt es eine wichtige Aufgabe der Unternehmen, den erforderlichen Strukturwandel zu bewältigen. Aufgabe des Staates kann es grundsätzlich nur sein, die Bereitschaft und Fähigkeit zur strukturellen Anpassung durch Verbesserung der Rahmenbedingungen zu stärken. Andernfalls wären schwerwiegende Fehlentwicklungen nicht auszuschließen.

Denn die Vielfalt ökonomischer Daten, die über freien Warenverkehr und freie Investitionsentscheidungen leistungsfähige Strukturen erhalten und schwache verändern, können im Rahmen administrativer Maßnahmen nicht erfaßt werden. Diese Form der Strukturpolitik wäre weltwirtschaftlich nicht weniger bedenklich als es der Versuch wäre, überlebte Strukturen durch handelsbeschränkende und andere dirigistische Maßnahmen künstlich zu erhalten.

Untrennbar verbunden mit einer marktwirtschaftlich orientierten Weltwirtschaftsordnung ist zweifellos auch die Freizügigkeit der internationalen Kapitalbewegungen und damit die Möglichkeit zu Auslandsinvestitionen. Direktinvestitionen im Ausland führen per saldo zu einem verstärkten zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr. Diesen privaten Direktinvestitionen kommt daher vor allem bei der Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft eine ganz entscheidende Funktion zu. Alle Privatinvestitionen bedeuten langfristiges Kapital für Entwicklungsländer, sind mit der Übertragung von tech-

nischem und unternehmerischem Know-how verbunden, beflügeln die Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen, stärken die Exportkraft des Gastlandes und schaffen über verbesserte Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten die Voraussetzungen für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen.

Wir sehen Direktinvestitionen im Ausland nicht unter dem Gesichtspunkt „export of jobs“ (Arbeitsplatzexport; d. Red.) und erfreulicherweise teilen auch die deutschen Gewerkschaften diesen Standpunkt weitgehend. Es ist dabei ein unnachahmlicher Vorzug privater Investitionen, daß sich der Investor mit seinem ganzen unternehmerischen Engagement hinter den wirtschaftlichen Erfolg seines Vorhabens stellt. Das ist eine starke Triebfeder, die sich auch schon einige Entwicklungsländer — wie die Erfahrung zeigt — zunutze gemacht haben.

Eine unerläßliche Voraussetzung für das Engagement von Unternehmerkapital und Technologie, das eine wachsende Zahl von Entwicklungsländern offensichtlich wünscht, ist ein gutes Investitionsklima; letztlich haben es also allein die Entwicklungsländer in der Hand, ob und in welchem Umfang ihr Land für Privatinvestitionen attraktiv ist. Investitionsentscheidungen sind und bleiben freiwillige Entscheidungen der Unternehmen, nicht der Bundesregierung. Wir können nur Anreize für Investitionen in Entwicklungsländern geben, insbesondere Steuererleichterungen und Garantien. Wir wollen unsererseits dazu beitragen, Befürchtungen der Entwicklungsländer vor Auslandsinvestitionen abzubauen. Wir wirken aktiv bei den Bemühungen mit, die Tätigkeit von transnationalen Unternehmen transparenter zu machen und klare Verhaltensregeln für die Tätigkeit dieser Unternehmen sowie für die Heimat- und Gastländer der Investoren zu schaffen.

(Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 56/10. 5. 1979, Auszug)

Verallgemeinernd läßt sich diese — insbesondere von der Bundesregierung praktizierte — Taktik als Mischung zwischen selektiver Konzessionsbereitschaft und prinzipieller Härte beschreiben. Während die USA in der Auseinandersetzung um die NIWO selbst minimale Zugeständnisse ablehnen, hat insbesondere die BRD einen Anteil an der allmählichen „Auflockerung“ der bislang relativ einheitlichen Front der Interessensvertretung der Dritten Welt. Gleichwohl spielen beide Führungsmächte der kapitalistischen Welt auf einer abgestimmten Partitur. Die Konzessionsbereitschaft der BRD wirkt umso beeindruckender je hartnäckiger sich die USA geben, wengleich sich die westdeutsche Konzilianz auf Neben- und Untergeordnetes beschränkt.

Kurz vor UNCTAD V hat die Bundesregierung grünes Licht für die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds im Rahmen des Integrierten Rohstoffprogramms gegeben. Ferner willigte sie in einen freiwilligen Beitrag zum sog. Zweiten Fenster ein — ein Fonds, mit dem industrielle Diversifizierungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern gefördert werden sollen. Bereits auf der Weltbanktagung im letzten Jahr hat BMZ-Minister Rainer Offergeld eine Schuldenstreichung auf Antrag für die ärmsten Entwicklungsländer angekündigt. Darüber hinaus sollen diese Länder in der Zukunft nur noch (nicht rückzahlbare) Zuschüsse anstatt wie bisher Kredite erhalten.

Während man so scheinbar flexibel Konzessionsbereitschaft in Nebenfragen signalisierte, hat man „keinen Zweifel daran gelassen, daß öffentliche Entwicklungshilfe nur dann die gewünschten Wirkungen . . . erzielen wird, wenn sie durch private Leistungen in Form von Investitionen, Krediten und verstärktem Warenaustausch tatkräftig ergänzt wird.“ (Lambsdorff) Der Kern dessen, was man langfristig erreichen will, ist ein rechtsverbindlicher Schutz für die Direktinvestitionen der westdeutschen Konzerne in den Entwicklungsländern, Sicherheit gegen Enteignungsbestrebungen und Sanktionsinstrumente gegen diejenigen, die sich nicht daran halten. Die Rede des bundesdeutschen Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff in Manila (siehe Kasten) hat noch einmal in aller Deutlichkeit klargemacht, daß die Bundesregierung in dieser Frage nicht bereit ist, auch nur einen Fuß breit zurückzugehen.

Diese Haltung steht nun allerdings diametral dem entgegen, was die Entwicklungsländer mit ihrer Forderung nach eine NIWO auf die Tagesordnung gesetzt haben.

In ihrem Programm von Arusha (Februar 1979) hatten sie versucht, strategische Schlüsselziele für UNCTAD V zu formulieren. Diese betrafen u. a. die Errichtung eines Steuerungsmechanismus zur Beteiligung der Dritten Welt am weltweiten Industriepotential. Dazu sollten die Kompetenzen der UNCTAD deutlich erweitert werden. Die Tätigkeit von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IMF) sollte stärker an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer ausgerichtet werden. Durch ein erhöhtes institutionelles Mitspracherecht sollte zukünftig verhindert werden, daß insbesondere der IMF als Einmischungs- und Erpressungsinstrument in die Weltwirtschaftspolitik der Entwicklungsländer (siehe z. B. Türkei-Kommentar in diesem Heft) fungiert. Weiterhin sollten die drei wichtigsten kapitalistischen Länder — USA, BRD, Japan — konkret dazu aufgefordert werden, ihre Entwicklungshilfe bis Anfang der 80er Jahre auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts zu erhöhen.

Im Mittelpunkt der Anstrengungen der Entwicklungsländer auf UNCTAD V stand der Versuch, eine Resolution zum Thema „Interdependenz“ zu verabschieden. Darunter verstehen sie nicht wie die Vertreter der kapitalistischen Welt die angeblich symmetrische gegenseitige Abhängigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, sondern die wechselseitige Bedingtheit der einzelnen Bestandteile ihres Konzepts einer NIWO.

Das Bestreben, auf diese Weise eine Richtschnur für die 80er Jahre zu bekommen, die verhindert, daß der Verhandlungsprozeß mit den kapitalistischen Staaten auf Einzelfragen beschränkt bleibt, mußte auf erbitterten Widerstand stoßen. Die westliche Welt — darunter die Bundesrepublik — ist nicht bereit, die Forderung nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zu akzeptieren und darüber in einen Verhandlungsprozeß einzutreten. Sollten hierüber noch irgendwelche Illusionen bestanden haben, so sind diese durch UNCTAD V endgültig zerstört worden. Genau so wenig ist der Westen bereit, an den Kompetenzen der „heiligen Kühe“ Weltbank und IMF rütteln zu lassen. Die kapitalistischen Industrieländer stemmen sich fernerhin mit aller Kraft gegen einen Ausbau der UNCTAD zum uni-

Stellungnahme von Horst Sölle

Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt uningeschränkt die Verwirklichung der gerechten Forderungen der Entwicklungsländer, wie sie in den bereits genannten Resolutionen fixiert sind. Die DDR ist — ebenso wie die anderen sozialistischen Staaten — entschiedener Verfechter einer demokratischen Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das ist für sie keine Frage der Taktik, sondern ergibt sich aus dem Wesen ihrer sozialistischen Ordnung. Sie hat diese Haltung stets unter Beweis gestellt.

Die Deutsche Demokratische Republik teilt die Auffassung, daß die UNCTAD das derzeit universellste Organ im Rahmen des UN-Systems auf dem Gebiet von Handel und Entwicklung ist. Als eine Aufgabe von hohem Rang erweist sich dabei die allseitige Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Das ist ein außerordentlich komplexes Problem und schließt sowohl den Ost-West-Handel als auch die ökonomischen Beziehungen zwischen sozialistischen und Entwicklungsländern ein.

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern nehmen einen bedeutenden Platz in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der DDR ein. Ihre Formen reichen vom herkömmlichen Warenaustausch bis zur komplexen, vielgestaltigen wirtschaftlichen, industriellen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Die Deutsche Demokratische Republik sieht einen kontinuierlichen Ausbau dieser Beziehungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht vor.

In Auswirkung dessen konnte in den letzten Jahren der Warenaustausch mit Entwicklungsländern beträchtlich gesteigert werden. Allein 1978 betrug seine Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr 32 %. Im Vergleich zum Handel mit Ländern anderer Regionen wurde gegenüber den Entwicklungsländern das höchste Wachstumstempo erreicht.

Es ist ein vorrangiges Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik, derartigen Beziehungen einen komplexen Charakter zu verleihen

und sie nicht nur auf den Warenaustausch zu beschränken. Sie stellt interessierten Partnern in diesen Ländern Maschinen, Ausrüstungen und komplette Anlagen sowie technologisches Wissen auf der Basis entsprechender zwischenstaatlicher Abkommen sowie kommerzieller Verträge zur Verfügung.

Die Partner in den Entwicklungsländern werden so in ihrem Streben nach ökonomischer Unabhängigkeit und umfassenderer Nutzung ihrer Ressourcen, insbesondere durch Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Lande, unterstützt.

In Übereinstimmung mit den von der Deutschen Demokratischen Republik hierbei angewandten Prinzipien gehen die errichteten Betriebe in das nationale Eigentum dieser Länder über. Es erfolgt deshalb keinerlei Gewinntransfer.

Auf diese Weise tragen wir zur beschleunigten ökonomischen Entwicklung der Partnerländer im Rahmen unserer Möglichkeiten bei und leisten damit einen unmittelbaren Beitrag zu ihrer sozialen Entwicklung.

Es hat sich erwiesen, daß besonders solche Beziehungen für alle Beteiligten vorteilhaft sind, die sich auf der Grundlage langfristiger zwischenstaatlicher Abkommen über den Handel, die industrielle, ökonomisch-technische, wissenschaftlich-technische und kulturell-wissenschaftliche Zusammenarbeit vollziehen. Solche erprobten Mechanismen, wie z. B. gemeinsame Wirtschaftsausschüsse auf Regierungsebene, üben einen fördernden Einfluß aus. Die Gesamtzahl der Abkommen, die die DDR bisher mit 45 Entwicklungsländern abgeschlossen hat, erhöhte sich auf 79. Es versteht sich dabei von selbst, daß bei der Gestaltung dieser Handels- und Wirtschaftsbeziehungen solche Kriterien, Mittel und Methoden zur Anwendung kommen, wie sie zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung üblich und möglich sind.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 23/1979, Auszug)

versellten Gremium für die Verhandlung von Entwicklungs- und Handelsfragen.

Dies hat sich in den zentralen, auf UNCTAD V verabschiedeten Resolutionen niedergeschlagen. Insgesamt muß nüchtern festgestellt werden, daß dort von den Forderungen des Arusha-Programms lediglich unverbindliche und vage Formulierungen übriggeblieben sind. In einer Resolution über Strukturanpassung und Protektionismus bleibt es bei Absichtserklärungen. Die UNCTAD wird als „ein“ Instrument der „Nord-Süd-Verhandlungen“ unter anderen definiert. Eine Resolution über den Ressourcentransfer („Entwicklungshilfe“) beläßt es bei unverbindlichen Aufforderungen. In Frage der „Interdependenz“ der verschiedenen Bestandteile der NIWO und bei der Resolution über das Weltwährungssystem haben die kapitalistischen Industrieländer Veto eingelegt. Eine Reihe weiterer Resolutionen — so ein Entwurf der sozialistischen Länder zur Rolle der internationalen Konzerne — ist erst gar nicht abgestimmt worden, sondern wurde an UNCTAD-Unterausschüsse in Genf weitergeleitet.

Nun wäre es den kapitalistischen Industrieländern sicher nicht gelungen, dies alles abzublocken, wenn die in der sog. „Gruppe der 77“ zusammengeschlossenen Entwicklungsländer konsequent bei den in Arusha aufgestellten Zielsetzungen geblieben wären. Zwei Problembereiche haben die Verhandlungstatik der Entwicklungsländer jedoch zusätzlich belastet, einmal eine sich verstärkende zentrifugale Tendenz innerhalb der Front der Dritten Welt, zum anderen Unklarheiten über die Rolle der sozialistischen Staaten in der Auseinandersetzung um die demokratische Neuordnung der Wirtschaft. Beides waren ideale Ansatzpunkte für die westliche Taktik, vorhandene Widersprüche zu fördern, existierende oder potentielle gemeinsame Positionen aufzuspalten und damit das Verhandlungspotential der Dritten Welt insgesamt zu schwächen.

Manila-Resultate: Unverbindliches

Zwar ist in Arusha der wachsende Differenzierungsprozeß innerhalb der Länder der Dritten Welt in verschiedene politische und gesellschaftliche Systeme usw. und die Gefahr, die dies angesichts der westlichen Taktik von „Teile und Herrsche“ bedeutet, benannt worden. Jedoch zeigte sich in Manila ein Mangel an Zusammenhalt immer dann, wenn die Vertreter der westlichen Welt gezielt solche Fragen in die Debatte warfen, die Sonderinteressen einzelner Ländergruppen betreffen. Besonders deutlich wurde dies an der Problematik der Öl- und Energiepreise. Hier ist den kapitalistischen Ländern zeitweilig ein Zusammenspiel mit Vertretern aus der Gruppe der nichterdöl-exportierenden Länder gelungen, was darauf hinauslief, daß das ökonomische und politische Potential der OPEC-Staaten nicht voll in die Waagschale geworfen werden konnte.

Hemmend hat sich auch bemerkbar gemacht, daß viele Entwicklungsländer die sozialistischen Länder mit den kapitalistischen Staaten im Sinne einer pauschalen und klassenneutralen „Nord-Süd-These“ auf die gleiche Stufe stellen. Dies ist nicht neu; jedoch bildete es von vornherein einen festen Bestandteil der Taktik der kapitalistischen Industrieländer, über den ständigen Hinweis auf die quantitative im Vergleich geringeren „Leistungen“ der RGW-Staaten ein sie selbst entlastendes Verwirrspiel zu betreiben. Geradezu genüßlich vermerkt Lambsdorff: „Ein bemerkenswertes Ergebnis von UNCTAD V ist auch die Tatsache, daß praktisch zum ersten Mal öffentlich die entwicklungspolitische Rolle der osteuropäischen Staatshandelsländer kritisch diskutiert worden ist. Die Versuche dieser Staaten, Entwicklungspolitik primär als eine Verpflichtung der Industrieländer des Westens zu interpretieren, sind während der Diskussion in Manila auf einhellige Ablehnung gestoßen. Es geht nicht um Bewältigung von Vergangenheit, sondern um eine gemeinsame Zukunftsaufgabe.“

Wenngleich es eine Übertreibung ist, von „einheitlicher Ablehnung“ zu sprechen, hat diese Haltung zweifellos das Verhand-

lungspotential der Entwicklungsländer geschwächt. Die Vertreter der kapitalistischen Industrieländer haben ihrerseits nichts unversucht gelassen, derartige Positionen gezielt zu fördern. Diese Taktik entspringt dem imperialistischen Dilemma, in der Auseinandersetzung um die NIWO bislang mit einer relativ einheitlichen Front von Entwicklungsländern und sozialistischen Ländern konfrontiert gewesen zu sein, durch die es 1974 überhaupt erst gelungen war, den sich in der NIWO widerspiegelnden Kampf um die ökonomische Unabhängigkeit auf die internationale Tagesordnung zu setzen.

Entlastungsangriffe auf sozialistische Länder

Angesichts dieser Konstellation galt es, wie ein bürgerlicher Ideologe 1977 im Europa-Archiv (Folge 10/1977, S. 300) formulierte, „eine in der Form behutsame, in der Zielsetzung deutliche Unterstützung der Forderungen der Dritten Welt gegen die sozialistischen Staaten unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Verantwortung aller leistungsfähigen Länder für den Weltentwicklungsprozeß“ anzustreben.

Freilich kann sich ein solches, ausschließlich taktisch motiviertes Parteiergreifen des Westens für die Dritte Welt lediglich auf solche Elemente der NIWO beziehen, die für den Bestand der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht systemgefährdend sind. Die sozialistischen Länder haben auf UNCTAD V gerade jene Forderungen der NIWO besonders unterstützt, die über das bestehende System der Wirtschaftsbeziehungen hinausweisen: Die Kontrolle der internationalen Konzerne, das Recht auf Souveränität über die nationalen Ressourcen und die völkerrechtliche Legitimität von Enteignungsmaßnahmen gegenüber dem ausländischen Kapital. Ihre Vertreter wiesen in ihren Reden und Resolutionsvorschlägen darauf hin, daß am Markt orientierte Regulierungsinstrumente wie beispielsweise der Gemeinsame Fonds zwar als erste Schritte sinnvoll sind, daß diese jedoch mit erweiterten Kontrollmechanismen gegen die internationalen Konzerne gekoppelt werden müssen, wenn die Ursache der für die Entwicklungsländer schädlichen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt — die Spekulation an den internationalen Warenmärkten — beseitigt werden soll. In der Frage des Ausbaus der UNCTAD zu dem universellen und wichtigsten Verhandlungsgremium in Fragen der Durchsetzung der NIWO hatten die Entwicklungsländer in Manila die ungeteilte Unterstützung der sozialistischen Staaten, auf deren Initiative hin die UNCTAD 1964 gegründet worden war.

Eine stärkere Koordinierung des Vorgehens von sozialistischen und Entwicklungsländern hätte somit zweifellos die Schlagkraft der Kräfte, die für die demokratischen Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eintreten, beträchtlich erhöhen können. Vor allem aber könnte dies dazu beitragen, daß das NIWO-Konzept in seinen antiimperialistischen Kernorientierungen weit stärker als bisher profiliert wird.

Dies scheint überhaupt eine Schlüsselfrage für die weiteren Auseinandersetzungen zu sein. Denn die in den westlichen Massenmedien zur Schau gestellte Genugtuung über die „neue Sachlichkeit“ auf UNCTAD V zeigt letztlich nichts anderes an, als die Befriedigung darüber, daß Systemfragen weitgehend ausgeklammert blieben. „Versachlichung“ kann für die Apologeten der Kapitalherrschaft im Zusammenhang der Auseinandersetzung über die Neuordnung der Weltwirtschaft immer nur heißen, daß ihre eigenen Interessen gesichert bleiben. Es sind jedoch gerade die aus diesen Interessen erwachsenden Mechanismen von Ausbeutung und Abhängigkeit, die für die Unterentwicklung hauptverantwortlich sind.

Ohne die Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht der internationalen Monopole und ohne Übergang zu sozialrevolutionären Veränderungen innerhalb der Entwicklungsländer kann auf Dauer keine neue Weltwirtschaftsordnung verwirklicht werden, die ihren Namen verdient. Ob es in nächster Zeit zu einem Klärungsprozeß in dieser Richtung kommt, bleibt abzuwarten.

Ein interessantes Buch für jeden neuen Abonnenten

Abonnenten werben Abonnenten!

Jedem AIB-Abonnenten, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bieten wir ein interessantes Buch aus dem Themenbereich Dritte Welt. Die einzigen Bedingungen:

1. Der Werber muß selbst AIB-Abonnent sein.
2. Der gewonnene Abonnent muß das Abo bezahlt haben.

Für einen Abonnenten:



Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents

311 Seiten, Peter Hammer Verlag 1976

Das Buch des uruguayischen Schriftstellers gilt als beste Darstellung der lateinamerikanischen Geschichte. Als Standardwerk gehört es in die Bibliothek eines jeden, dem die Probleme dieses Kontinents nicht gleichgültig sind.

Sergio Ramirez
Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
 157 Seiten, Peter Hammer Verlag 1976

Rudi Maslowski
Deutsches Geld & Dritte Welt. Dargestellt am Beispiel Brasiliens
 216 Seiten, Peter Hammer Verlag 1973

Kay-Michael Schreiner (Hrsg.)
Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im südlichen Afrika
 196 Seiten, Peter Hammer Verlag 1974

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Erste allgemeinverständliche Darstellung des Konflikts im südlichen Afrika. Faktenreich werden die Interessen offengelegt, die dafür verantwortlich sind, daß im Süden Afrikas noch immer Rassendiskriminierung und Apartheid den Alltag bestimmen.



Gerhard Stuby/Erich Wulff (Hrsg.)
Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärdiktatur in Chile
 263 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1977

Dieter Boris/Peter Hiedl
Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart
 209 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1978

Wolfgang Ritter
Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes
 254 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1979



Wolfram Brönnner
Der Nahost-Konflikt und die Palästina-Frage

318 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1979

Monographische Untersuchung über Geschichte und aktuelle Probleme des Nahost-Konflikts. Besonderes Gewicht hat die Darstellung des palästinensischen Befreiungskampfes. Mit einem umfassenden Dokumentenanhang.

Iván Ljubetić
Chiles Arbeiter im Widerstand
 133 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1978

Raul Valdes Vivo
Äthiopien — eine unbekannte Revolution
 128 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1978

Manfred Uschner
Lateinamerika. Schauplatz revolutionärer Kämpfe
 346 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1975

Eberhard Hackethal
Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Putsch in Chile
 192 Seiten, Union Verlag 1976

Fritz Noll/Ingrid Kurz/Horst-Eckart Gross
Unidos Venceremos. 20 000 Kilometer durch Lateinamerika
 170 Seiten, Weltkreis Verlag 1978

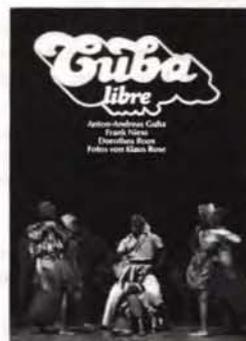
Gunther Mayr
Unter weißen Wilden in Namibia, Südafrika und Zaire
 192 Seiten, Weltkreis Verlag 1978

Für zwei Abonnenten:



Hannes Stütz/Dieter Süverkrupp
Kuba. Vom Zuckerrohr zur Zukunft
 144 Seiten, reich bebildert, Weltkreis Verlag 1978

Bernd Kübler (Hrsg.)
Cuba libre
 160 Seiten, reich bebildert, Kübler Verlag 1977



.....
Ich habe als neuen AIB-Abonnent gewonnen:

Name: _____

Anschrift: _____

Meine Anschrift: _____

Mein Name: _____

Buchwunsch: _____

Sandino—die „Waffe voller Hoffnung“

Sergio Ramirez

Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers



aktuell
ro
ro

Nicaragua -
ein Volk
im Familien-
besitz

Herausgegeben vom Informationsbüro
-Nicaragua-

Der Befreiungskampf des nikaraguanischen Volkes gegen die Somoza-Diktatur hat eine dramatische Zuspitzung erfahren.

Dem Beginn der Diktatur des Somoza-Clans im Jahre 1934 ging unmittelbar die heimtückische Ermordung des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers, Augusto César Sandino, voraus. Er konnte zwar ermordet werden, jedoch nicht seine Vorstellungen und Ideen, die mit der Gründung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) im Jahre 1961 eine Wiederbelebung erfuhren und heute bestimmend im Befreiungskampf sind.

Pablo Neruda nannte Sandino „die Waffe voller Hoffnungen“. Doch wer war nun eigentlich Augusto César Sandino, dessen Tradition so lebendig im Herzen der patriotischen Nikaraguaner lebt?

Einen fundierten Einblick vermittelt das Taschenbuch von Sergio Ramirez, **Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1976, 157 S., 16,— DM.

Der Autor, selbst Nikaraguaner und führender Kopf der „Gruppe der 12“, hat in diesem Buch Hintergrundmaterial und Selbstzeugnisse Sandinos zusammengestellt.

1895 in einem kleinen Dorf Nikaraguas als uneheliches Kind eines Landbesitzers geboren, lernte Sandino früh das Elend seines Volkes kennen und es „reifte in seiner Kindheit die Frage nach der Gerechtigkeit in ihm heran“ (S. 25).

Von 1920—1926 arbeitete er in den verschiedensten Berufen, z. B. als Lagerverwalter, auf Erdölfeldern, in Honduras, Guatemala und Mexiko. Zurückgekehrt nach Nicaragua leistete er politische Aufklärungsarbeit unter den Bergleuten, stellte eine kleine bewaffnete Armee auf und schloß sich mit seinen Leuten der liberalen Partei an, die einen Krieg gegen die damalige Regierung führte. Die Zielsetzung von Sandino und seinen Leuten ging aber schon darüber hinaus. Sie verstanden ihren Kampf gleichzeitig als Parteinahme gegen die ausländische Intervention und gegen jegliches Annexionsbestreben seitens der USA. So wurde Nicaragua zu der Zeit „in den Atlanten als ein nordamerikanisches Protektorat bezeichnet, galt also als eines seiner kolonialen Besitztümer“ (S. 23). 1927 erklärten sich die Generäle den USA und der Regierung Nikaraguas gegenüber zur Kapitulation bereit. Allerdings: Alle Generäle, bis auf einen — Sandino.

Dies war der Beginn der ersten Guerillaarmee Lateinamerikas. Am 2. 9. 1927 wurden „die Bauern, die sich in Waffen erhoben haben . . . auf das Gründungsdokument des ‚Verteidigungsheeres der Nationalen Souveränität von Nicaragua‘“ (S. 31) vereidigt. Unter der roten und der schwarzen Fahne (rot: Freiheit, schwarz: Tod — Freiheit oder Tod) schlugen sich die Guerilleros mit ihrer neuen Taktik der „Überraschungsangriffe aus dem Hinterhalt auf Kolonnen . . . und Sturmangriffe auf Garnisonen in kleinen Dörfern“ siegreich. Sandino versicherte

täglich, daß der Krieg ein sofortiges Ende fände, wenn „der letzte Besatzungssoldat Nikaragua verlassen habe“ (S. 38). Er bemühte sich um internationale Unterstützung für das Anliegen seines Volkes, erhielt Sympathien, aber nur unverbindliche Zusagen: „Sandino war in seinem Kampf international isoliert“ (S. 48).

Trotzdem konnten am 1. 1. 1933 Sandino und seine Leute den langersehnten Sieg feiern: Das letzte Kontingent der US-Marines verließ das Land. Das Friedensabkommen wurde unterzeichnet. Daß die neugebildete Nationalgarde indessen die Rolle der alten Besatzungsmacht zu spielen begann, war Sandino nicht verborgen geblieben. Kurz bevor er auf Befehl des Führers der Nationalgarde — Somoza — ermordet wurde, sagte er: „Meine Politiker haben mich hinter Licht geführt“ (S. 48). Die Bedeutung General Sandinos besteht nach S. Ramirez weniger in seinem wissenschaftlich fundierten Denken, als in seinem unbeirrten „Kampf auf Leben und Tod mit dem Imperialismus“ (S. 47/48). Die im Buch folgenden 63 Dokumente von und über Sandino zeigen, daß seine Mörder „nichts anderes (taten), als ein Samenkorn unter die Erde zu bringen“ (S. 46).

Wie die Saat Sandinos aufgegangen ist, wurde spätestens im Herbst 1978 mit der Besetzung des Nationalpalastes der Hauptstadt und dem später folgenden landesweiten Generalstreik deutlich. Aus diesem aktuellen Anlaß erschien:

Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.), Nicaragua — ein Volk im Familienbesitz, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 1979, 167 S., 5,80 DM.

Anliegen der Autoren ist es, „die nicaraguanische Wirklichkeit, die vergangenen und künftigen Ereignisse besser zu verstehen“ (S. 15) und „diesen Kampf nicht nur als Sache der Nicaraguaner anzusehen, sondern von außen den Teil dazu beizutragen, den sie von uns erwarten: Solidarität durch konkrete Hilfe und Öffentlichkeit für ihre Probleme“ (S. 14/15 f).

Das Buch gliedert sich in sechs Abschnitte, in denen in einprägsamer Mischung aus Augenzeugenberichten, Gedichten, Fotos, Dokumenten und Interviews dem Leser die wichtigsten aktuellen Probleme des Volkes nahegebracht werden.

Im ersten Kapitel „Geschichte der Unterdrückung“ wird die Geschichte des Landes in knapper Form dargestellt, sowie die Frage der Menschenrechte und der Charakter der US-Militärhilfe an den Somoza-Clan untersucht.

Informativ ist die Darstellung der politischen Organisationen, die nur leider nicht aktuell genug gehalten ist und eine Charakterisierung der Vereinigten Volksbewegung (MPU) vermissen läßt.

Das zweite Kapitel hat die wirtschaftliche Situation, mit dem Schwerpunkt Entwicklungshilfe, zum Gegenstand. Die Autoren üben Kritik an der Entwicklungshilfepraxis der Bundesrepublik — dem mittlerweile drittgrößten Handelspartner Nikaraguas —, da sie nicht nur weitgehend den bundesdeutschen Multis in Nicaragua zugute kommt, sondern auch über Organisationen abgewickelt wird, die „direkt von der Familie Somoza kontrolliert“ (S. 82) werden. Die lange Liste nur der wichtigsten Firmen, die in Somozas Familienbesitz sind, zeigt dem Leser, daß der Titel des Buches seine Berechtigung hat.

Zwei Dokumente zur Kirche in Nicaragua — im folgenden Kapitel — abgedruckt, dokumentieren die Breite des Widerstandes: ein Brief der Priester der Erzdiözese an J. Carter mit der Bitte, jegliche Unterstützung an Somoza einzustellen und ein Brief Ernesto Cardenas an das Volk. Cardenal versteht den Kampf des Volkes hier als einen aufgezungenen, das unterdrückte Volk verteidige sich nur (vgl. S. 103).

Im vierten Kapitel „Widerstand“ findet sich ein — spannend geschriebener — Bericht des lateinamerikanischen Schriftstellers Gabriel Garcia Márquez über die Besetzung des Nationalpalastes in Managua, sowie andere Berichte aus einzelnen Städten während des Generalstreiks im September 1978.

Ein Interview mit Sergio Ramirez über die Rolle der „Gruppe der 12“ und deren Vorstellungen über das zukünftige Nicaragua schließt das Buch ab.

Im Dokumenten- und Datenanhang sind die wichtigsten Fakten zum Land, zur Geschichte, sowie Bücher zum Thema zusammengefaßt. Ebenso ist eine programmatische Erklärung der FSLN aufgenommen. Alles in allem: zwei Bücher, die sich gut ergänzen.

B. Pflug

West Sahara

Nachdem das am 7./8. 4. 1979 neu gebildete Militärkomitee für Nationale Rettung in Mauretanien am 23. April ein Abkommen mit der Frente POLISARIO in Tripolis zur Beilegung des Westsaharakonflikts unterzeichnete, schien die Lösung näher gerückt. Doch Frankreich, das mittlerweile gezwungenermaßen das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes — allerdings im Gegensatz zu Spanien nicht die POLISARIO — anerkannt hat, veranlaßte die ökonomisch ruinierte mauretanische Führung zum Rückzieher; laut einer POLISARIO-Erklärung vom 31. Mai kehrte man zur alten „Politik des Zauderns und der Ausflüchte“ zurück. Am 3. Juni erklärte dann der bisherige Staatschef Mauretaniens, M. Ould Salek, seinen Rücktritt und legte den Vorsitz im Militärkomitee nieder. Zum Nachfolger in beiden Funktionen wurde Oberstleutnant Mahmoud Ould Ahmed Louly ernannt. Trotz der marokkanischen Truppenpräsenz von 40000 Mann in der Westsahara orientiert die POLISARIO darauf, „den von mauretanischen Aggressorenkräften besetzten Teil der DARS auf dem friedlichen Wege wiederzuerlangen“, so das Kommuniqué der POLISARIO-Exekutivkomiteetagung von Anfang Mai d. J. Ihre internationalen Positionsgewinne zeigt nicht nur die zunehmende Zahl von — nunmehr 21 — Anerkennungen der DARS, zuletzt durch Vietnam und Äthiopien. Das illustriert auch die Tatsache, daß die Westsaharfrage während des Nichtpaktgebundenen-Gipfels in Havanna, in der Herbstsession der UN-Vollversammlung (vgl. AIB 2/1979) sowie in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) erörtert wird.

Palästina

Vom 4.—6. Mai 1979 fand in Basel eine vom Weltfriedensrat einberufene Internationale Konferenz der Solidarität mit dem palästinensischen Volk statt, auf der Repräsentanten aus 60 Ländern und von über 100 Organisationen vertreten waren. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die mit 4 Mitgliedern das Exekutivkomitees unter Leitung ihres Außenministers Faruk Kadumi teilnahm, würdigte das Treffen als bisher größte Solidaritätsaktion dieser Art. Die Konferenz charakterisierte die Separatabkommen von Camp David/Washington „als schwerwiegende Eskalation der imperialistischen Verschwörungen in diesem Gebiet“. Ein Appell der über 200 Konferenzteilnehmer wendet sich gegen „jegliche Versuche oder Vereinbarungen mit dem Ziel der Lösung des Nahostproblems außerhalb der Vereinten Nationen unter Mißachtung der UNO-Resolutionen und in Abwesenheit der PLO“. Er orientiert auf das Mobilisieren für die volle Verwirklichung der UN-Resolutionen zur Palästinafrage. Das Baseler Treffen diene auch der Vorbereitung der für den 22.—24. Oktober 1979 geplanten „Weltkonferenz der Solidarität mit dem arabischen Volk — zentrales Thema: die Palästinafrage“ in Lissabon.

Ekuador

Da die ekuadorianischen Präsidentschaftswahlen vom 16. 7. 1978 für keinen der Bewerber eine absolute Mehrheit brachte, wurde eine Stichwahl zwischen den zwei aussichtsreichsten Kandidaten für den 29. 4. 1979 angesetzt. Sie gewann der Kandidat der Sammlung der sozialdemokratisch orientierten Volkskräfte (CFP), Jaime Roldos mit 62% der Stimmen. Roldos kündigte an, ein Präsident der Armen sein zu wollen. Dies ist auch bitter nötig. Das Prokopfeinkommen Ekuadors liegt zwar bei 640 Dollar, doch auf die mittellose indianische Landbevölkerung (40% der Bevölkerung) entfallen lediglich 60 Dollar im Jahr. Zu ihren Gunsten fordert Roldos eine Agrarreform. Darüber hinaus tritt er für eine Steuer- und Bildungsreform ein. Dies heißt jedoch nicht, daß er, wie ihm seine Gegner aus dem Lager der Latifundisten und ausländischen Konzerne vorwerfen, eine sozialistische Regierung etablieren wolle. Vielmehr hat er sich wiederholt für den Schutz des Privateigentums und einen Ausgleich zwischen der ökonomischen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit ausgesprochen. Es wird sich erweisen müssen, ob die Reaktion durch dieses Versprechen beruhigt werden kann und ob die Militärs tatsächlich in die Kasernen zurückkehren, ohne sich vorher entscheidenden Einfluß gesichert zu haben.

Mexiko-Kuba

Der am 17./ 18. Mai 1979 auf Einladung des mexikanischen Präsidenten José López Portillo erfolgte Besuch von Fidel Castro in Mexiko war mehr als ein bloß formeller Staatsakt. Neben einer Bilanzierung und Vertiefung der 1978 beschlossenen Programme über wissenschaftliche, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit beider Staaten, standen im Mittelpunkt der Gespräche Themen wie Abrüstung, Entkolonialisierung, Zimbabwe und Namibia, Nichtpaktgebundene sowie internationale Rohstoff- und Energiepolitik (so das Gemeinsame Kommuniqué, in: Granma, Havanna, 27. 5. 1979). Insbesondere dem letzten Punkt kam insofern ein zentraler Stellenwert zu, als Mexiko durch die kürzliche Entdeckung enormer Ölvorkommen zum viertgrößten Erdölproduzenten der Welt avancieren kann. Von daher konzentrierte sich jüngst das Interesse der kapitalistischen Hauptländer auf dieses Land, symbolisiert durch die „Good-will-Tour“ Jimmy Carters nach Mexiko im Februar d. J. Dessen Absichten, den USA unter für sie günstigsten Bedingungen alternative Erdölquellen zu sichern, hatten freilich bei Portillo wenig Gegenliebe gefunden. Dieses Auftreten gegenüber neokolonialen Vereinnahmungsversuchen unterstützend, betonte Fidel Castro: „Mexiko wird immer unsere bescheidene aber dennoch aufrichtige und zuverlässige Unterstützung in seinem patriotischen Kampf haben, hier in dem erhabenen und großmütigen Gedanken ausgedrückt, daß Energiequellen ein Erbgut der Menschheit seien“ (ebenda).

Nichtpaktgebundene

Am 10. 6. 1979 ging in Colombo eine Außenministerberatung des Koordinierungsbüros der Nichtpaktgebundenen zu Ende. Die 25 Büro-Mitgliedsstaaten einigten sich über die Tagesordnung und eine Reihe von Empfehlungen an die 6. Gipfelkonferenz, die im September d. J. in Havanna stattfinden wird. Die Entscheidung über die rechtmäßige Vertretung Kampucheas und über den beantragten Ausschluß Ägyptens aus der Bewegung wurden bis zum Gipfeltreffen vertagt. Empfohlen wurde hingegen die Aufnahme des Iran, Grenadas, Boliviens, Surinams und Pakistans in die Reihen der Nichtpaktgebundenen sowie die Veranstaltung der 7. Gipfelkonferenz 1982 in Bagdad. Die Schlussklärung von Colombo enthält eine scharfe Verurteilung der Nahostpolitik der USA, die „das Thema Palästina zu liquidieren“ trachteten. Der israelisch-ägyptische Separatvertrag stelle einen Bruch der Prinzipien der UNO wie der Nichtpaktgebundenen dar und solle deshalb von den Mitgliedsstaaten nicht anerkannt werden. Das Treffen verurteilte ferner die Aktivitäten zur Installierung von Marionettenregimes in Zimbabwe und Namibia und bekräftigte seine Solidarität mit dem Kampf der Völker Chiles und Nikaraguas.

Afghanistan

Die Auseinandersetzungen zwischen der afghanischen Revolutionsregierung unter Nur Mohammed Taraki und vom Ausland unterstützten konterrevolutionären Kräften haben seit Anfang Juni d. J. einen neuen Höhepunkt erreicht. In einigen Landesteilen kam es zu erbitterten Kämpfen, wobei es den sog. Rebellen jedoch nicht gelang, größere Städte unter ihre Kontrolle zu bekommen. In diesem Zusammenhang würdigte Präsident Taraki besonders die herausragende Rolle des Komitees zum Schutz der Revolution bei der Verteidigung und Vertiefung der sozialen Errungenschaften. So konnte bis Anfang Juni im Rahmen der Bodenreform Land an 230 000 Bauernfamilien übergeben werden (Kabul Times, 4. 6. 1979; siehe auch AIB 6/1979). Gegen diesen Kurs kämpfen vor allem die ultrarechte Islamische Partei Afghanistans, zu der Kreise der Geistlichkeit zählen, und eine sog. Nationale Befreiungsfront von Stammesführern und Großgrundbesitzern, die ihr Fußvolk aus Flüchtlingslagern in Pakistan rekrutiert. In den Ostprovinzen Nangahar und Pakhtia griffen pakistanische Milizen in die Kämpfe ein. Finanzen, Waffen und ihre Ausbildung erhalten diese Kräfte dabei von Seiten der USA, Großbritanniens und der VR China; auch Saudi Arabien und der rechte Flügel der Geistlichkeit im Iran versicherten ihre Unterstützung.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Retter der Türkei?

„Ein Mann rettet die Türkei,“ so wertete die Zeit vom 15. 6. 1979 die von Walther Leisler Kiep vermittelte westliche Sonderhilfe für das wirtschaftlich bankrotte Land am Bosphorus. Bei heute 19 Mrd Dollar Auslandsschulden ist die Ecevit-Regierung nicht in der Lage, die Schuldentilgung zu begleichen, und generell zahlungsunfähig. Eine Arbeitslosenziffer von offiziell 20 % und eine Inflationsrate von 70 % zeugen von der Tiefe der türkischen Krise. Hierin auch liegt der Grund für die in letzter Zeit außerordentliche Verschärfung der sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Lande (siehe detailliert K. Sahin in AIB 6/1979, S. 4—8).

Und dies ausgereicht in einer Situation, da mit dem Sturz des Schah-Regimes im vorderen Orient ein strategischer Eckpfeiler der Westmächte gegen das sozialistische Lager und die nationale Befreiungsbewegung gefallen ist. Mit dem Zerfall des anglo-amerikanisch dirigierten CENTO-Pakts (1955 als Bagdad-Pakt gegründet, 1959 mit dem Austritt des Irak umbenannt) nämlich ist die strategische Bedeutung der Türkei als eurasischer Vorposten der NATO noch beträchtlich gewachsen. Die USA drängen nach dem Verlust ihrer Militärbasen im Iran auf zusätzliche Stützpunkte in der Türkei. Das NATO-Oberkommando agierte als Insirator einer konzertierten westlichen Türkei-Hilfe, mit der der „kranke Mann am Bosphorus“ und mit ihm die „Südflanke“ der NATO um jeden Preis stabil gemacht werden soll. Der scheidende NATO-Oberbefehlshaber für Europa, US-General Alexander Haig, brachte mit einer persönlichen Initiative in Washington und Brüssel das Projekt eines „zweiten Marshall-Plans für die Türkei“ ins Rollen. Haig, der zuvor erfolglos im Iran zugunsten einer Niederwerfung der revolutionären Volksbewegung interveniert hatte, vermeinte die Türkei mit einer westlichen Sonderhilfe von etwa 10 Mrd Dollar gegen derartige „Erschütterungen“ immunisieren zu können.

Vater der Türkei-Hilfe: A. Haig

Anfang Januar d. J. zählte bei dem Gipfeltreffen der Regierungschefs der USA, BRD, Frankreichs und Großbritanniens in Guadeloupe ein kollektives imperialistisches Krisenmanagement in der Türkeifrage zu den hervorstechenden Themen. Der Bundesregierung, den USA und der Weltbank schob man die Hauptrollen bei der Organisation der Soforthilfe zu. Eine historische Neuheit, denn erstmals gestand man in einem internationalen Hilfskonsortium Bonn die federführende Rolle bzw. das Auftreten als „Feuerwehrmann der Weltpolitik“ (Der Spiegel, 21. 5. 1979) zu.

Zum persönlichen Beauftragten für die Rettet-die-Türkei-Aktion ernannte Bundeskanzler Helmut Schmidt im Einvernehmen mit US-Präsident Jimmy Carter das CDU-Präsidiumsmitglied und amtierenden niedersächsischen Finanzminister, Walther Leisler Kiep. Er vermittelte und knüpfte Verhandlungsfäden, bis am 30. Mai 1979 in Paris die Geberländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über Ausmaß und Zusammensetzung der westlichen Finanzspritze entschieden.

Danach soll die Türkei für das Jahr 1979 insgesamt 1,45 Mrd Dollar erhalten, davon 906 als langfristiges Darlehen zur Importfinanzierung. Die größten Posten wollen die USA mit 248 Mio Dollar, die BRD mit 200, Belgien mit 75, Frankreich mit 70, Italien mit 40, Österreich mit 35, Großbritannien, die Schweiz und Norwegen mit je 30 Mio Dollar aufbringen. Hinzu kommen Kredite seitens der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IMF), der Europäischen Gemeinschaft (EG) und von Privatbanken.

Die Ecevit-Regierung mußte sich jedoch erst den vom IMF ersonnenen erpresserischen Vorbedingungen der Finanziers beugen: drasti-



Türkei-Vermittler W. Leisler Kiep im April 1979 in Ankara

sche Abwertung der türkischen Währung, Lohnstopp, zusätzliche Vergünstigungen für das Auslandskapital, Reduzierung des staatlichen Wirtschaftssektors u. a. m.

Am 12. Juni trug die türkische Regierung der ersten Forderung mit einer Abwertung des Türkischen Pfundes um 43,5 % Rechnung. Der zweiten Kernforderung, die auf weiteren Demokratieabbau und insbesondere die Ausschaltung der klassenbewußten Gewerkschaften zielt, ist die Ecevit-Regierung mit Ihrer Ausdehnung des Kriegsrechts von 13 auf 19 Provinzen und mit ihrer Verschärfung der Repression im Mai d. J. ein weiteres Stück nähergerückt. Das Verbot der 1. Mai-Feiern, die Verhaftung von rund 1500 Demokraten, darunter die Führer des progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei (TSIP), verdeutlichen den hiermit verbunden Rechtsdrift der Regierung.

Es versteht sich, daß damit die Träger der faschistischen Gefahr um Türkes, und die ultrarechte Generalität nur weiter an Gewicht gewinnen. Und gerade auf ihnen ruhen im Ernstfall die Hoffnungen der NATO-Strategen. Insofern kann die westliche Hilfe mitnichten als ein Damm gegen die drohende Faschisierung des Landes interpretiert, sondern eher als eine Ermunterung hierfür gewertet werden. Die von den USA gewährte Gesamthilfe für die Türkei in Höhe von 500 Mio Dollar für 1979 ist der drittgrößte Auslandshilfeposten nach Israel und Ägypten überhaupt. Washington intendiert damit vermehrte Abhängigkeit und Interventionsrechte, die beispielsweise im Falle des Iran (1953), Griechenlands (1967) oder Chiles (1973) in faschistische Militärputsche einmündeten.

Auch die Stützungsrolle der Bundesrepublik ist hier im NATO-Kontext mit einzuordnen und verfolgt zudem handfeste wirtschaftliche Eigeninteressen. Bundesdeutsche Konzerne rangieren heute auf Platz 2 der ausländischen Kapitalinvestoren hinter ihre Konkurrenz aus Frankreich und den USA. Und die BRD ist größter Waren- und Waffenexporteur in die Türkei. Nimmt man die auffallende Duldsamkeit bundesdeutscher Behörden gegenüber dem Treiben türkischer Faschisten in der BRD hinzu (siehe AIB 6/1979), so hinterläßt die Rettet-die-Türkei-Initiative Bonns einen fahlen Nachgeschmack.